Die Begründung

des

Deutschen Reiches

durch

Wilhelm I.

Siebenter Band.

Die Begründung

des

Deutschen Reiches

durch

Wilhelm I.

Von

Heinrich von Sybel.

Siebenter Band.

Auf rauhen Pfaden immer aufwärts.

Erste bis vierte Auflage.

München und Leipzig 1894.
Druck und Verlag von R. Oldenbourg.

Papier der
München-Dachauer Actiengesellschaft für Papier-Fabrikation.

Vorrede.

Dieser Band war vollständig gedruckt, als ich am 26. November aus Paris den Figaro vom 23. d. erhielt mit der in acht Abschnitten sich ausdehnenden Vorrede Emil Ollivier's zu seiner auf sieben Bände berechneten Geschichte des liberalen Kaiserthums, d. h. des Ministeriums Ollivier vom 2. Januar bis zum 9. August 1870. Wie ich seitdem gehört, ist der erste Band des großen Werks am 26. ausgegeben worden. Ich habe ihn bis jetzt noch nicht erhalten. Indessen reicht die Vorrede völlig aus, Kenntnisse und Charakter des Verfassers in helles Licht zu setzen. Als seine Hauptaufgabe läßt er den Nachweis erkennen, daß der Krieg von 1870 das Werk einer diabolischen Intrigue Bismarck's gewesen ist, der Nachweis aber enthält nichts als eine Wiederholung der längst widerlegten Erfindungen des dem Verfasser ungefähr gleichwerthigen Herzogs von Gramont. Meine Leser finden sie ausführlich S. 235 ff. dieses Bandes.

Berlin, 29. November 1894.

Heinrich von Sybel.

Inhalt des siebenten Bandes.

Dreiundzwanzigstes Buch.

Deutschland und Frankreich.

1. Capitel.

Das erste Zollparlament.

Wir haben nunmehr zu beobachten, wie sich unter den wechselnden Bewegungen der europäischen Politik in dem unruhigen Jahre 1868 der nationale Gedanke in unserem Vaterlande weiter erprobt hat.

I. Beginn des Reichstags.

Während des Verlaufs der süddeutschen Wahlen zum Zollparlament war in Berlin beschlossen worden, zunächst den norddeutschen Reichstag zum 23. März einzuberufen; mit einer kurzen Unterbrechung durch die Osterferien würde er vier Wochen lang tagen, und dann mit dem Eintritt der Süddeutschen in seine Reihen am 27. April die Session des Zollparlaments beginnen, deren künftige Ergebnisse jetzt auf allen Seiten mit mehr Spannung als Hoffnung erwartet wurden. Die Thronrede, mit der König Wilhelm am bestimmten Tage den Reichstag eröffnete, beschränkte sich auf die geschäftliche Ankündigung der fertig gestellten Vorlagen: zur weiteren Entwicklung der Freizügigkeit ein Gesetzentwurf über Gewerbe-Ordnung, ein anderer über größere Freiheit

der Eheschließung, sodann eine Vorlage über die Quartierleistung an die bewaffnete Macht in Friedenszeiten, eine andere über die Einführung gleiches Maaßes und Gewichts nach metrischem und decimalem System. Das Alles waren Entwürfe durchaus im Sinne der vorigjährigen Session, bei ihrer Verwirklichung höchst geeignet zur Förderung des Wohlstandes, Erleichterung des Verkehrs und Sicherung der persönlichen Rechte. Dazu kam eine lange Reihe von Postverträgen, durch welche die Wohlthaten der neuen Postgesetze auch in den internationalen Verkehr Aufnahme gefunden. Ein anderer Vertrag regelte die bisher streitigen Rechtsverhältnisse zurückkehrender Auswanderer, welche drüben das amerikanische Bürgerrecht gewonnen hatten, hier aber wegen der früher umgangenen Militärpflicht in Anspruch genommen wurden. Der Etat für das Jahr 1869 konnte noch nicht vorgelegt werden, da erhebliche Positionen desselben sich in der frühen Jahreszeit überhaupt noch nicht anschlagen ließen, oder von den Beschlüssen des Zollparlaments abhängig waren. Endlich kündigte der König die wiederholte Einbringung des schon im vorigen Jahre berathenen Bundesschuldengesetzes an, mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß die damals erschienenen Schwierigkeiten durch beiderseitiges Entgegenkommen ihre Erledigung finden würden.

Dieser Hoffnung aber entsprach die Stimmung der Mehrheit nicht mehr. Wohl waren auch ihre liberalen Bestandtheile des besten Willens, den innern Ausbau des Bundes befestigen und durchführen zu helfen und dazu, so weit wie möglich mit den Regierungen Hand in Hand zu gehn. Unmöglich war es zu verkennen, welche Fülle von Wohlfahrt und Rechtssicherheit die einheitliche Gesetzgebung des Bundes

bereits gebracht hatte und weiter bringen würde. Hier wo es sich um Befreiung der wirthschaftlichen Arbeit, der ökonomischen Production, des innern und des internationalen Verkehrs handelte, kam es im Reichstage stets zu sorgsamer Prüfung, oft zu lehrreicher Erörterung, nicht selten zu unnöthiger Amendirung, aber fast niemals zu principiellem Parteikampf. Der Vertrag mit Amerika, worin Preußen auf die Heranziehung der in die Heimath zurückgekehrten amerikanischen Bürger zum Militärdienst verzichtete, wurde ohne Schwierigkeit angenommen, und noch weniger Widerspruch erhob sich gegen die auf allen Seiten freudig begrüßten Postverträge. Der Commissionsbericht über den Gesetzentwurf zur Erleichterung der Eheschließungen lieferte traurige Bilder von der Willkür und Befangenheit der Polizeibehörden und Gemeindevorsteher, von der Rechtsunsicherheit insbesondere der ärmeren Classen, von der Menge der dadurch veranlaßten wilden Ehen, von der wachsenden Zahl der unehelichen Kinder. Keine Stimme erhob sich zur Vertheidigung dieser Übelstände; die Verhandlung drehte sich nur um die zweckmäßigsten Mittel zur Heilung, bis auch darüber ein Einverständniß mit allseitiger Zustimmung erzielt war. Neben diesen Erfolgen in der Gegenwart eröffneten sich weite Aussichten für die Zukunft. Auf eine von Wagner und Planck veranlaßte Aufforderung zur Einführung eines neuen Strafrechts, einer neuen Strafproceßordnung und der dadurch erforderlichen Änderungen in der Organisation der Gerichte erklärte Präsident Delbrück sofort die Bereitwilligkeit der Regierungen, und der Bundesrath setzte bald nachher mehrere Commissionen zur Ausarbeitung der begehrten Entwürfe ein. Eine weitere Commission war mit der Entwerfung eines

neuen Heimathgesetzes beschäftigt, eine zweite mit der Herstellung einer neuen Civilproceßordnung, eine dritte mit der Lieferung einer neuen Hypothekenordnung beauftragt. Ein wahres Wettrennen der beiden Bundesgewalten um die Gewinnung legislativer Schöpfungen. Der hochconservative mecklenburger Landrath und spätere Minister von Bassewitz seufzte: wir machen zu viele Gesetze, wir arbeiten zu schnell, man wird bald seine ganze Zeit zur Lectüre der Gesetze verbrauchen müssen, und keine Zeit übrig behalten zu leben.

Aber dies Alles war doch nur die eine Seite der Lage. So häufig die liberalen Elemente des Reichstags der Tendenz der Bundesgesetze zur Pflege der Volkswohlfahrt Beifall zollten, so wenig wollten sie deshalb auf das Streben nach Erweiterung der parlamentarischen Macht über die Schranken der Bundesverfassung hinaus verzichten. Für die äußerste Linke verstand sich dies von selbst, aber auch bei den sonst der Regierung befreundeten Nationalliberalen gewann die zweite Hälfte des Parteinamens ein immer wachsendes Gewicht. So wechselte im Reichstag das Wetter unaufhörlich, bald freundliche Temperatur, bald heftige Stürme. Kaum war der Reichstag constituirt, so erhob sich am 2. April als Rufer im Streit der alte Waldeck mit dem Antrage, die Zusicherung von Diäten an die Mitglieder des Reichstags wieder herzustellen. Wir sind, sagte er, die Vertreter des ganzen Volks, also muß auch das Volk ganz freie Wahl ohne irgend eine Schranke haben, dann wird es immer den richtigen Mann finden. Für ihn war das Volk ebenso unfehlbar wie für den Ultramontanen der Papst. Wir haben das größte Interesse, bemerkte er weiter, möglichst liberal zu verfahren, sonst werden wir den Süden nie gewinnen.

Bismarck wandte ihm ein, es sei nicht verständig, an der erst vor einem Jahre beschlossenen Verfassung jetzt schon zu rütteln, zumal an diesem Artikel, der recht eigentlich als Compromiß zwischen Regierungen und Reichstag die Verfassung erst ermöglicht hätte. Was aber den Süden beträfe, so verkenne Waldeck, der stets nur in seinen Doctrinen lebe, auch hier wieder die Wirklichkeit der Dinge. Der Süden, führte er aus, sträubt sich gegen die vollständige Verbindung mit uns, nicht weil wir nicht liberal genug sind, sondern weil wir ihm viel zu liberal sind. Das einzige Baden ist dort liberal und dieses begehrt eifrig den Eintritt in den Bund. Die liberalen Süddeutschen also wollen sich anschließen; die sich nicht anschließen wollen, sind die reactionären Parteien. Ich will sie nicht näher bezeichnen, die jüngsten Wahlen in Süddeutschland haben sie klar vor Augen gestellt, und es gehört eine grenzenlose Unwissenheit in Bezug auf die Thatsachen dazu, um dies Verhältniß in Abrede zu stellen. Wenn wir diesen Parteien, die in Süddeutschland die Oberhand haben, gewisse Bürgschaften, die in dem gepriesenen Österreich vielleicht jetzt zu Falle kommen, geben wollten — und das wäre keine liberale Maßregel — dann würden wir vielleicht eine süddeutsche Majorität für den Anschluß gewinnen können.

So starken Eindruck diese schlagende Darlegung der wirklichen Sachlage machte, so wirksam die feste Haltung der Regierung die Gemüther bewegte, so erlangte sie schließlich für die Ablehnung des Antrags in einem äußerst schwach besetzten Hause nur eine Mehrheit von 97 gegen 92 Stimmen. Fast alle Nationalliberalen und selbst einige Altliberalen hatten sich auf Waldeck's Seite gestellt.

Ungleich tiefer griff gleich am folgenden Tage die Bewegung, als Lasker mit 45 Genossen den Antrag auf Erlaß eines Bundesgesetzes einbrachte, durch welches die Mitglieder der Landtage und Kammern in den deutschen Einzelstaaten für unverfolgbar wegen jeder in ihrem Beruf gethanen Äußerung erklärt wurden.

Wir haben früher gesehn, wie Lasker im vorigen Jahre denselben Grundsatz für Preußen im preußischen Landtag durchzusetzen suchte, die große Mehrheit des Hauses der Abgeordneten dafür gewann, dann aber im Herrnhause eine fast einstimmige Zurückweisung erfuhr. So jeder Hoffnung auf einen Erfolg in der preußischen Gesetzgebung beraubt, hatte er sich entschlossen, die große Frage in den Reichstag zu bringen.

Die sachlichen Gründe Für und Wider wurden in langer und interessanter Debatte auf's Neue entwickelt, den entscheidenden Mittelpunkt des Streites bildete an dieser Stelle aber der Zweifel, ob der Reichstag befugt sei, durch einen so tief einschneidenden Beschluß das Verfassungsrecht der Einzelstaaten zu ändern. Das von uns begehrte Gesetz, erklärte Lasker, würde kein Eingriff in die Landesverfassungen sein, sondern lediglich eine Änderung des Strafrechts, welches Gebiet so ausdrücklich wie möglich unserer Competenz überwiesen ist. Die Bundesgewalt könne das ganze geltende Strafrecht einer neuen Bearbeitung unterziehn, um so viel mehr also auch einzelne Handlungen, die bisher für strafwürdig gegolten, für rechtmäßig und deshalb für nichtverfolgbar erklären. Wenn ein Landesgesetz in gewissen Fällen den Abgeordneten gerichtlich zur Rechenschaft ziehe, so geschehe das, weil das dort geltende Strafgesetz seine Handlungen

für strafbar erkläre; mit dieser Voraussetzung falle auch die gerichtliche Verfolgung fort, ohne daß eine Änderung des Verfassungsrechts Statt gefunden hätte. Die Gegner erwiderten ihm, bei aller formalen Bündigkeit seines Schlusses werde thatsächlich doch durch das beantragte Gesetz ein bisher nicht überall anerkanntes Privileg für die Kammermitglieder festgesetzt, und damit die Stellung der Volksvertreter gegenüber der Regierung wesentlich erhöht, eine Machterweiterung der Kammern und damit eine Änderung des Verfassungsrechts geschaffen. Folglich enthalte der Antrag auch eine Erweiterung der Competenz der Bundesgewalt, eine Beschränkung der Selbständigkeit der Einzelstaaten, und eine solche Tendenz zu verkünden, sei gerade in der jetzigen Lage unklug und werde eine heftige Reaction in das Leben rufen. Zu einer nachdrücklichen Warnung dieses Sinns erhob sich der weimar'sche Minister von Watzdorff, dem niemand bisher ein reactionäres oder particularistisches Streben vorgeworfen hatte; Windthorst erklärte sich bereit, im preußischen Landtage den Antrag nach Kräften zu unterstützen, hielt aber die Annahme desselben hier im Reichstage für eine große Gefährdung der Festigkeit des Bundes. Täuschen Sie sich nicht über die Zeit, sagte er; die Hochfluth der deutschen Einheitsbewegung ist vorbei, wir befinden uns in einer starken Ebbe, und da heißt es, doppelt vorsichtig sein.

Bismarck nahm eine vermittelnde Stellung ein. In alter Zeit hatte er, wie wir sahn, sehr kräftig gegen das Verläumdungsprivileg der Abgeordneten geredet; jetzt bedurfte er zugleich der Freundschaft und der Mäßigung der Mittelparteien. Er erklärte sich also bereit, seinen Einfluß in Preußen für die Verwirklichung der Wünsche der Antrag-

steller geltend zu machen, nur mit der einen Einschränkung, daß zwar die Redefreiheit unbedingt sei gegen jeden im Hause Anwesenden, Minister und Abgeordneten — die können sich wehren, sagte er, es ist ja auch niemand gezwungen, Minister zu sein —, aber er wünsche die Erhaltung des gerichtlichen Schutzes für die Privatehre eines Abwesenden, der in der Verhandlung des Hauses verlästert worden sei. Hienach also werde er in Preußen zu wirken suchen. Für die Annahme aber eines Reichsgesetzes, wie der Antrag es begehre, im Bundesrathe einzutreten, könne er nicht in Aussicht stellen, da derselbe über die Competenz des Bundes hinausgehe.

Allein der Entschluß des Hauses stand fest. Mit einer bei politischen Streitfragen in dieser Versammlung seltenen Mehrheit, 119 gegen 65 Stimmen, nahm der Reichstag den Antrag Lasker an. Hatte Bismarck über Waldeck einen, wenn auch knappen Sieg davongetragen, so war es ihm hier nicht gelungen, die Mehrheit zu sich hinüber zu ziehn. Wohl aber setzte er bald nachher im Bundesrathe einen einstimmigen Beschluß durch, welcher dem Antrag Lasker die Bestätigung versagte. Indessen war dieses Mal der Gegensatz kein feindlicher mehr, denn wenn auch die gesetzliche Beseitigung der Beschwerde noch aufgehoben blieb, so kam seitdem doch auf deutschem Boden kein Fall mehr vor, bei dem ein Abgeordneter wegen einer Parlamentsrede vor Gericht verfolgt worden wäre.

Gleich nach dieser Verhandlung trat die Pause der Osterferien ein; dann folgten sechs ruhige Tage, wo gleiche Sorge für das allgemeine Beste die beiden Bundesgewalten auf gleicher Bahn erhielt, und keine Machtfrage ihre Gemüther entzweite. Aber schon am siebenten änderte sich plötzlich das

Bild, und aus unscheinbaren Anfängen entwickelte sich rasch ein stürmischer Verfassungskampf, der an die schlimmen Zeiten des großen Conflicts erinnerte.

Auf der Tagesordnung des 22. April stand der Commissionsbericht über den bereits in der Thronrede angekündigten neuen Gesetzentwurf betreffend die Verwaltung der Bundesschulden. Wir erinnern uns, daß 1867 der Reichstag an der damaligen Vorlage mehrfache Änderungen gemacht, und auf Antrag des Abgeordneten Miquel einen Zusatzparagraphen beschlossen hatte, nach welchem der Reichstag das Recht erhielt, gegen Beamte der Schuldenverwaltung, welchen Mängel in ihrer Thätigkeit zur Last fielen, gerichtliche Klage zu erheben. Für den neuen Entwurf hatte der Bundesrath alle jene Änderungen, wenn auch zum Theil mit schwerem Herzen, acceptirt, den Zusatz aber in bestimmter Kürze abgelehnt, und hoffte nun hiebei auf gleich freundliches Entgegenkommen des Hauses. Hier aber fand er sich sehr bald getäuscht. Schon in der Commission wurde Miquel's Zusatz auf's Neue beantragt und, nachdem Bismarck seinen energischen Widerspruch eingelegt hatte, nur mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt und hierauf von Miquel und 44 Genossen im Plenum wieder eingebracht.

Miquel suchte ihn Anfangs als eigentlich unbedeutend und selbstverständlich zu empfehlen. Der Gesetzentwurf stelle die Schuldenverwaltung unter die Controle einer Schuldencommission, welche periodisch darüber an den Reichstag berichten und die Entlastung der Verwaltungsbeamten nach Umständen zu ertheilen oder zu verweigern beantragen würde. Nun, der Zusatz bezwecke nichts weiter, als daß diese Controle in jedem Falle wirksam werde, daß sie auch dann zur

Ausführung komme, wenn die vorgesetzte Behörde der Verwaltung, der Bundeskanzler, das nach dem Commissionsbericht erforderliche Eingreifen unterlasse. Es handle sich also nur um einen ganz singulären Fall, aus dem weitere bedenkliche Consequenzen gar nicht zu ziehn wären.

Indessen gerade seine eifrigsten Helfer (Reichensperger, Hänel) erhoben gegen diese Auffassung nachdrücklichen Protest. Nein, der Antrag sei eben wegen seiner großen, wahrhaft grundlegenden Bedeutung vortrefflich. Er führe zu einer wirksamen Verantwortlichkeit nicht bloß jener unteren Beamten, sondern des Bundeskanzlers selbst, wenn dieser entweder seinen Untergebenen falsche Weisungen ertheilt hätte, oder gegen gesetzwidrige Handlungen derselben nicht in der erforderlichen Weise eingeschritten wäre. Daß er überhaupt verantwortlich sei, erkläre die Verfassung ausdrücklich, und erkenne damit das Princip an: werde es durch den Antrag zu praktischer Geltung gebracht, so sei das keine Änderung, sondern eine Verwirklichung der Verfassung. Die Behauptung, daß die Verfassung nicht eine juristische, sondern nur eine sogenannte moralische Verantwortlichkeit habe anordnen wollen, sei ein thörichtes Ammenmährchen; die Verfassung sei kein Gebetbuch und kein Moralkodex; sie sei ein Gesetz, und verfüge also stets rechtliche Befugnisse und Verpflichtungen. Ebenso unbegründet sei der Einwand, daß das durch den Antrag dem Reichstag zugedachte Klagerecht eine Neuerung sei und einem Streben nach Machterweiterung entspringe. Wenn einmal die ministerielle Verantwortlichkeit zur praktischen Durchführung kommen solle, so habe es bisher aller Welt als selbstverständlich gegolten, daß die Volksvertretung die Klage über die Verletzung eines Verfassungs-, d. h. eines

Volksrechts zu erheben habe. So möge also der Antrag, wenn auch zunächst auf beschränktem Gebiete, das wichtigste aller Freiheitsrechte aus dem papiernen Dasein in das wirkliche Leben hinüberführen.

Die Gegner bestritten die ganze Erörterung von Grund aus. Nicht bloß habe der constituirende Reichstag eine juristische, gerichtlich verfolgbare Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers nicht beschlossen, sondern er habe im Gegentheil einen darauf gerichteten Antrag (Verheißung eines Gesetzes über Verfahren und Forum eines solchen Processes) ausdrücklich abgelehnt. Ganz irrig sei die Vorstellung, daß die bloß moralische Verantwortlichkeit nur ein historisches Urtheil begründe; sie könne, trotz des Fehlens eines gerichtlichen Verfahrens, politische und parlamentarische Folgen von großer Wichtigkeit haben, gerade in dem jetzigen Zustande, wo die Competenz der höchsten Bundes- und Landesbehörden so wenig bestimmt sei. Unläugbar sei dann die weitere Thatsache, daß, mochte man für die Zukunft ein Klagerecht des Reichstags noch so zweckmäßig erachten, die Verfassung zwar dem Reichstag jährliche Rechnung über den ganzen Bundeshaushalt zur Entlastung einzureichen verfüge, keineswegs aber ihm deshalb auch ein Klagerecht zu gerichtlicher Verfolgung etwaiger Gesetzwidrigkeiten beilege. Offenbar begehre also der Antrag Miquel nicht bloß eine specielle Consequenz aus den in der Verfassung anerkannten Principien: er fordere in der That eine tiefgreifende Änderung der Verfassung, eine Machterweiterung des Reichstags von kaum absehbarem Umfang. Mit der gewohnten drastischen Kraft der Rede trat Bismarck in den Kampf ein. Sie wollen, sagte er, bei streitiger Auslegung eines Gesetzes den Bundeskanzler unter

den Kreisrichter stellen; dann kann der Kanzler seine Handlungen nur durch fortgesetzten Verkehr mit dem Kreisrichter sichern, indem er ihn täglich als constitutionellen Hausarzt consultirt; es wäre statt dessen vielleicht zu empfehlen, den Kreisrichter sogleich selbst zum Minister zu machen, nur würden Sie ihm dann schwerlich die Rechtsprechung weiter anvertrauen. Er hob darauf hervor, wie verkehrt es wäre, zwei Factoren der Gesetzgebung, also der höchsten souveränen Gewalt, bei einem entstehenden Zwiste unter die Entscheidung eines Civilrichters zu stellen, der im Pandektenrechte ohne Zweifel trefflich bewandert sei, leider aber jeder sachverständigen Kenntnis derjenigen Thatsachen entbehre, von deren Würdigung das Schlußurtheil abhängen müsse. Um die Nothwendigkeit einer wirksamen, mit Klagerecht versehenen Controle zu erhärten, habe ein Redner darin erinnert, daß wir beim Ausbruch des letzten Kriegs eigenmächtig 22 Millionen Darlehenskassenscheine emittirt haben: nun, hätten wir zu diesem Entschlusse, den der Kreisrichter vielleicht verurtheilt hätte, nicht den Muth gehabt, so ständen Sie heute unter den Ordonnanzen des durchlauchtigsten alten Bundestags, und Preußen wäre um einige Provinzen ärmer. Statt uns zu tadeln, sollten Sie uns danken. Noch schlimmer aber sei die im Antrag Miquel an der Spitze stehende Forderung, das Klagerecht des Reichstags unmittelbar gegen untergeordnete Beamte zu richten. Das damit in unsern Rechtszustand eingeführte Princip würde rasch um sich greifen und sofort die Auflösung aller Disciplin und die Mißachtung jeder vorgesetzten Behörde zur Folge haben. Der auf diese Art verantwortlich gemachte Beamte würde sich zur Kritik jeder an ihn gelangenden Weisung seines Vorgesetzten befugt erachten,

ob sie der parlamentarischen oder richterlichen Anschauung entspräche. Nicht mehr der Minister, sondern die Gerichte oder die Mehrheit des Parlaments würden die Verwaltung leiten. Also Machterweiterung des Reichstags erscheine auf jeder Seite, von der aus man den Antrag Miquel betrachte.

Bismarck knüpfte daran eine Beurtheilung der Taktik, nach welcher der Zeitpunkt zur Erreichung dieses Zieles gewählt worden sei. Twesten [1]) hatte es ausgesprochen, daß das Haus alle Ursache habe, unnachgiebig auf dem 1867 gefaßten Beschlusse fest zu bleiben. Denn die damals bewilligte Anleihe von zehn Millionen zu rascherer Entwicklung der Kriegsflotte und des Küstenschutzes könne von der Regierung vor der Vollendung des Bundesschuldengesetzes nicht realisirt werden: da aber die Fortbildung der Marine dringend nothwendig sei, so seien wir in der glücklichen Lage, daß die Regierung uns brauche, und folglich unsere Bedingung, wenn wir selbst sie nicht aufgäben, auf sich nehmen würde. Bismarck bemerkte darauf: was würden die Herrn sagen, wenn von Seiten der Bundesregierung der Spieß umgedreht würde? Sie setzen bei der Bundesregierung ein lebhafteres Interesse für die Flotte voraus, als Sie selbst documentiren. Was würden Sie sagen, wenn wir bei Ihnen den Patriotismus voraussetzten, den Sie bei den Regierungen vermuthen, und den Sie gewiß besitzen, er ist nur im Augenblick nicht erkennbar — wenn wir in dieser Voraussetzung erklärten: Sie bekommen keine Flotte, keine Telegraphen, wenn Sie uns nicht diese oder jene Beschränkung Ihrer parlamentarischen Rechte, z. B. der unbedingten Redefreiheit, bewilligen. Sie würden das, mild ausgedrückt, nicht hübsch finden. Sie

[1]) S. 154 der stenogr. Berichte.

wissen aber, daß wir es eben nicht thun, und so versuchen Sie es von Ihrer Seite ganz unbefangen, einen solchen Druck auf die Regierungen auszuüben. Die Opposition verwahrte sich dagegen sehr lebhaft. Wir sind ebenso bereit wie die Regierungen, die Marine zu fördern. Wenn die Regierungen darauf bestehen, durch Ablehnung unseres berechtigten und zweckmäßigen Antrags die Anleihe unmöglich zu machen, so erklären wir uns bereit, die erforderlichen Geldmittel auf andere Weise zu beschaffen. Es handelt sich für dieses Jahr um etwa 3½ Millionen; werden diese als Matricularbeiträge in den Etat eingestellt, so ergibt das auf den Kopf der Bevölkerung den leicht aufzubringenden Betrag von 3½ Groschen. Die Frage, wie hoch daneben der Kopf bereits belastet war, blieb einstweilen unerörtert. Bismarck schloß mit der Erklärung, daß erst gestern der Bundesrath einstimmig den Beschluß wiederholt hatte, den Antrag Miquel zurückzuweisen. Aber auch das Haus beharrte auf seinem Sinne und nahm den Antrag Miquel mit 133 gegen 114 Stimmen an. Auf der Stelle zog darauf Bismarck das Gesetz zurück, und in der dadurch herbeigeführten Ermanglung der Anleihe verfügte die Regierung die Einstellung aller nicht absolut dringlichen Arbeiten für die Marine.

II. Das Zollparlament.

In offenem Zerwürfniß also mit den liberalen und in nothdürftig ausgebesserter Freundschaft mit den conservativen Parteien ging Bismarck der Feuerprobe des ersten Zollparlaments entgegen. Trotz des schlimmen Verlaufs der süddeutschen Wahlen blieb er bei dem Entschlusse, durch möglichst freundliches Verhalten den Widerwillen der Gegner allmählich

zu mildern und sie in gemeinsamer Arbeit dem Gedanken engerer Vereinigung näher zu führen. Die Absicht höflichen und herzlichen Entgegenkommens theilten mit ihm, freilich aus verschiedenen Gründen, die Conservativen. Für die deutsche Einheit waren sie nie begeistert gewesen; ihr feudales System hatten stets zum Grundgedanken eine gewisse Unabhängigkeit der Gutsherrschaften und städtischen Obrigkeiten gehabt: wie hätten sie den süddeutschen Staaten die entsprechende Unabhängigkeit mißgönnen sollen? Anders stand es bei den Nationalliberalen. Auch sie wünschten den Streit zu vermeiden, aber sie waren durch die Mißhandlung ihrer Parteigenossen im Süden schwer gereizt und durchaus nicht gesonnen, eine Gelegenheit zu scharfer Verurtheilung dieser Vorgänge unbenutzt zu lassen. Die süddeutsche Mehrheit war auf solche Angriffe gefaßt; mit um so tieferem Mißtrauen und regerer Empfindlichkeit langten sie in Berlin an. Im Grunde ahnte jedermann, daß wie bei den süddeutschen Wahlen so auch im Zollparlamente die deutsche Frage bei keiner Verhandlung zurückgedrängt werden könne. So war die Atmosphäre des Sitzungssaals mit elektrischem Zündstoff gründlich geladen.

Die Thronrede, mit welcher König Wilhelm als Inhaber der Präsidialgewalt im Zollverein am 27. April die Session des Zollparlaments eröffnete, wies auf die durch die Macht des nationalen Gedankens gewonnene Ausdehnung des Zollvereins, und die damit geschaffene Gemeinschaft der Interessen zwischen allen seinen Gliedern hin. Bisher sei es nicht möglich gewesen, dem berechtigten Verlangen des deutschen Volkes nach einer wirksamen Theilnahme an der Gesetzgebung des Vereins zu entsprechen, deren Bedürfniß durch die

wachsenden Änderungen des wirthschaftlichen und politischen Lebens immer fühlbarer geworden; es sei die Frucht einer naturgemäßen Entwicklung, wenn heute Vertreter der ganzen Nation sich zur Berathung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen Deutschlands vereinigen. Nachdem der König dann die wichtigen Vorlagen, die an das Parlament gelangen würden, aufgezählt hatte, fügte er die Mahnung hinzu: Halten Sie, geehrte Herren, bei der Berathung das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge; vermitteln Sie von diesem Gesichtspunkte aus die einzelnen Interessen, und ein Erfolg, der Ihnen den Dank der deutschen Nation gewinnt, wird Ihre Anstrengungen krönen. Er schloß mit der Hoffnung, daß die freundschaftlichen Beziehungen der deutschen Regierungen zu allen auswärtigen Mächten die Segnungen des Friedens gesichert erscheinen ließen, zu deren Beschützung die deutschen Staaten sich untereinander verbündet haben, und jeder Zeit auf die geeinigte Kraft des deutschen Volkes werden zählen können.

Dagegen ließ sich nichts einwenden, aber wohlklingend war es der Mehrheit der Süddeutschen doch auch nicht, dies wiederholte Betonen des nationalen Strebens, der Vertretung und des Dankes der deutschen Nation, und vollends der lästigen Wehrbündnisse. Was hatte das Alles mit dem Zollverein der preußischen, bayerischen und schwäbischen Nationen zu schaffen?

Auch nicht angenehm war die freilich unvermeidliche Thatsache, daß, während die norddeutschen längst legitimirten Reichstagsmänner sofort in das Zollparlament eintraten, die Süddeutschen erst die Prüfung ihrer Wahlen durch eine norddeutsche Majorität durchzumachen hatten. Schon recht

verdrießlich schritten sie am 28. April zur Präsidentenwahl, wo die Geister sofort weiter auf einander platzen sollten. Zwar ging die Erhebung des trefflichen Reichstagspräsidenten Simson zum Vorsitz auch im Zollparlament ohne Parteikampf vorüber; der Streit entbrannte aber um so heftiger über die Wahl der beiden Vicepräsidenten. Die Mehrheit der Norddeutschen hatte, um sich den Brüdern aus dem Süden verbindlich zu zeigen, für beide Ämter süddeutsche Candidaten aufgestellt, für das erste den bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe, für das zweite den früheren badischen Minister Frhrn. von Roggenbach. Aber den bayerischen Klerikalen war Hohenlohe bitter verhaßt und sie stellten ihm einen ihrer Führer, Frhrn. von Thüngen, gegenüber, der freilich nur 59 Stimmen erhielt (der süddeutschen Particularisten und einiger norddeutscher Demokraten). Vollends aber der nationalliberale Roggenbach galt ihnen, eben weil er ein Süddeutscher und dennoch national gesinnt war, als dreifacher Verräther an der heiligen Freiheit des Südens. Mit kluger Berechnung wandten sie sich an die conservative Partei des Reichstags und schlugen ihr dessen ersten Vicepräsidenten, den Herzog von Ujest, an Roggenbach's Stelle vor. Hiemit gelang es in der That, Roggenbach auszuschließen. Dieses Erfolges froh, constituirten sich gleich nachher die süddeutschen Particularisten, verstärkt durch einige sächsische Demokraten, unter Thüngen's Vorsitz als „süddeutsche“ Fraction, öffentlich mit der Losung, jeder Ausdehnung der Befugnisse des Zollparlaments Protest entgegenzusetzen, im Stillen aber weiter entschlossen, auf diesem ihnen überall widerwärtigen Boden so wenige Früchte wie möglich reifen zu lassen.

Am 1. Mai berichtete eine Abtheilung des Hauses über die Prüfung bayerischer Wahlen. Sie stellte fest, daß das bayerische für das Zollparlament erlassene Wahlgesetz nicht überall den Bestimmungen des Vereins-Vertrags vom 8. Juli entspreche, fand darin aber keinen Grund, bei der allgemeinen Theilnahme an den Wahlen und ihren meist überwältigenden Mehrheiten die Gültigkeit derselben anzufechten oder sonstige Anträge zu stellen. Hier aber zeigte sich die oben erwähnte gereizte Stimmung der nationalliberalen Partei. Miquel begehrte eine Aufforderung des Hauses an den Vorsitzenden des Zollbundesraths, durch Vernehmen mit der bayerischen Regierung die Verhütung solcher Differenzen für die Zukunft zu bewirken. Vergebens bemühten sich bayerische Abgeordnete beider Farben, die Geringfügigkeit und praktische Bedeutungslosigkeit der Beschwerdepunkte nachzuweisen; alle liberalen Fractionen unterstützten Miquel's Antrag und gewannen ihm die Mehrheit. Übrigens hatte die Verhandlung, als eine objective Erörterung zweifelhafter Gesetzauslegung, sich überall in Ruhe und Mäßigung verlaufen.

Am folgenden Tage aber, dem 2. Mai, kamen die Württemberger Wahlen an die Reihe, und hier erfolgte eine heftige Entladung der gegenseitigen Verstimmung. Die Abtheilung fand hier wie in Bayern Bedenken gegen das für die Parlamentswahlen gegebene Wahlgesetz und noch mehr gegen die vom Ministerium dazu erlassenen Ausführungs-Verordnungen, wollte jedoch auch hier die Wahlen nicht im Ganzen cassiren, wohl aber eine Aufforderung des Hauses an Bismarck veranlassen, in Stuttgart wie in München für die Abstellung solcher Übelstände zu wirken. Der Minister von Mittnacht suchte dagegen die Übereinstimmung des

Württemberger Wahlverfahrens mit den Bestimmungen des Vertrags vom 8. Juli nachzuweisen, allerdings mehr in sophistischer als überzeugender Darlegung. Darauf erhob sich Braun (Wiesbaden), um seinem derb sarkastischen Humor jeden Zügel schießen zu lassen. Mit kurzen wuchtigen Schlägen zerriß er das feine juristische Gewebe des Ministers, um sich dann zu einem grellen Bilde des Württemberger Wahlkampfs zu wenden, wo drei unter einander grimmerfüllte Parteien sich in der Abneigung gegen die nationale Einheit und in einem künstlich aufgezogenen Preußenhaß vereinigt hätten, um jeden bundesfreundlichen Candidaten auszuschließen, das Alles unter offener Beeinflussung der Beamten durch die Regierung und der Wähler durch die Beamten, wovon er dann eine Reihe specieller Beispiele aufführte. Mittnacht's Vertheidigung gegen diese Angriffe war energisch und geschickt. Einzelne jener Beispiele konnte er als unbegründet nachweisen, freilich blieb noch sehr viel Unreinliches bestehn; was die wilden Schmähungen gegen Preußen betraf, so erklärte er, bei einer großen populären Leidenschaft käme stets aus den Tiefen vielerlei Schmutz zu Tage, aber es sei der Gipfel der Ungerechtigkeit, dafür die Minister verantwortlich zu machen; die Urheber der Leidenschaft seien vielmehr die Männer der nationalen Partei, die stets den Eintritt Württembergs in den Nordbund gefordert, deshalb den eignen Staat als einen verfallenden und verfaulenden dargestellt, und damit das patriotische Selbstgefühl des Volkes schwer beleidigt hätten. Die Mehrheit unserer Abgeordneten, schloß er, gehört wahrlich nicht zur Regierungspartei, aber daß ihre Gesammtheit ein treues Bild der Volksstimmung in Württemberg darstellt, das kann ich Ihnen verbürgen. In dieser

Weise setzte sich die Verhandlung noch lange fort. Die Conservativen beklagten den Ton, welchen Braun hineingebracht; Lasker erwiderte, ein Gewitter reinigt die Luft; wir haben uns die Meinung offen gesagt und werden allmählich uns besser verstehn: jedenfalls ist so viel deutlich geworden, daß wie bei den Wahlen, so auch im Zollparlament sich heute die deutsche Frage nicht mehr todtschweigen läßt; man mag es wünschen oder tadeln, sie bricht überall trotz aller Behutsamkeit an das Licht.

In namentlicher Abstimmung, unter vielfacher Spaltung der Parteien, wurde dann der Commissionsantrag als eine Mißbilligung des Verfahrens der Württemberger Regierung mit 162 gegen 105 Stimmen angenommen.

Die Nationalliberalen glaubten diesen Sieg verfolgen zu sollen. Eilf süddeutsche Genossen aus Darmstadt und Baden, unterstützt von der gesammten Partei des Reichstags, beantragten als Antwort auf die Thronrede den von ihnen vorgelegten Entwurf einer Adresse an den König von Preußen anzunehmen. Anknüpfend an den ersten Satz der Thronrede, daß durch den nationalen Gedanken der Zollverein aus unscheinbaren Anfängen zu einer festen Verbindung aller deutschen Staaten herangewachsen sei, sprach der Entwurf die Hoffnung aus, daß die Kraft des nationalen Gedankens ununterbrochen wirksam bleiben, und über die Schranken des Zollvereins hinaus demnächst das unerschütterliche Recht der ganzen deutschen Nation auf eine vollständige Vertretung aller ihrer Gesammtinteressen verwirklichen werde. Aber sie mußten erleben, daß sie über die Stimmung des Hauses gründlich im Irrthum gewesen. Wenn auch die juristische Kritik des Württemberger Wahlgesetzes nicht hatte zurückgewiesen werden

können, so wollten alle übrigen Parteien von einer Erneuerung des politischen Streits nichts wissen, und nachdem über den Antrag die Schlußberathung im Hause verfügt war, erschienen zwei Anträge auf motivirte Tagesordnung, von den Freiconservativen und von der Fortschrittspartei, und sogar drei Anträge auf einfache Tagesordnung, von den Conservativen, den norddeutschen Klerikalen und von der süddeutschen Fraction, sie Alle nach dem einfachen Satze, das beste Mittel zu weiterer Pflege der deutschen Gesammtinteressen bestehe zur Zeit in einmüthigem Zusammenwirken für die Lösung der dem Zollparlament gestellten Aufgaben innerhalb seiner vertragsmäßigen Schranken.

Es war vergebens, daß am 7. Mai Bennigsen auf das Bestimmteste erklärte, auch in ihren Reihen denke Niemand an eine Verletzung der bestehenden Verträge; auch für sie sei es selbstverständlich, daß jede Änderung derselben die freie Zustimmung aller süddeutschen Regierungen und Kammern erfordere: aber weshalb den Ausdruck patriotischer Wünsche und Hoffnungen verbieten? Wünsche, an deren künftiger Erfüllung niemand zweifle und die noch weniger jemand zu verläugnen den Muth habe. Freiherr von Thüngen zog sich auf den Boden der bestehenden Verträge zurück, deren Pflichten der Süden mit fester Treue erfüllen werde (er selbst hatte freilich Alles gethan, um ihren Abschluß zu hindern), dafür aber auch ihre Beachtung durch den Norden erwarte; es sei keine erfreuliche, aber eine begreifliche Thatsache, daß im Süden seit dem Kriege von 1866 ein tiefes Mißtrauen gegen den übermächtigen Sieger und drückende Sorge vor weiterer Vergewaltigung herrsche; man solle nicht durch verfrühte Zumuthungen über die Verträge hinaus die noch junge und zarte Freundschaft schädigen.

Die einfache Tagesordnung wurde darauf mit 186 Stimmen der Conservativen, Klerikalen und Demokraten gegen 150 der Freiconservativen und der nord- und süddeutschen Nationalliberalen angenommen.

Während dieser politischen Gefechte hatten übrigens auch die eigentlichen Geschäfte des Zollparlaments begonnen. Zunächst einige kleinere Vorlagen, unabhängig von der wesentlichen Aufgabe der Session, zugleich frei von principiellen Streitfragen, also mit glattem Verlauf der Verhandlung. Die erste war ein Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Zollverein und Spanien, in welchem ein jeder der beiden Contrahenten dem andern die Rechte der meistbegünstigten Nation gewährte; eine Bestimmung, die dem deutschen Handel nach Spanien die bisher den Franzosen bewilligten niedrigeren Eingangszölle zugestand. Als H. H. Meier aus Bremen es bedauerte, daß diese Wohlthat durch den Vertrag für den Zollverein nicht auch auf die spanischen Colonien ausgedehnt worden sei, konnte Präsident Delbrück sofort berichten, daß dieselbe Anregung bereits im Congresse der spanischen Cortes gegeben worden, und der spanische Minister darauf nach Berlin die Zusage der Bewilligung habe gelangen lassen.

Um so bereitwilliger sprach das Parlament einmüthig die Genehmigung des Vertrages aus.

Es kann gleich hier angeführt werden, daß ein Handelsvertrag gleiches Zwecks zwischen dem Zollverein und dem Kirchenstaat zehn Tage später vorgelegt und ebenfalls ohne Unterschied der Parteien angenommen wurde.

Eine andere Vorlage des Bundesraths betraf verschiedene Erleichterungen bei der Behandlung der in das Vereinsgebiet einzuführenden Waaren durch die Zollbehörden, sowie Milde-

rung einiger Bestimmungen des Zollstrafgesetzes. Auch hier war die Aufnahme eine durchaus günstige, und wurde überall Einverständniß zwischen Bundesrath und Parlament erzielt. Man bedauerte nur, daß der Bundesrath sich auf diese, allerdings sehr wohlthätigen Einzelbestimmungen beschränkt hätte, und sprach in einer Resolution die Hoffnung des Hauses aus, daß die Regierungen thunlichst bald zu einer umfassenden liberalen Reform der Zollordnung und des Zollstrafgesetzes schreiten würden. Der Bundesrath erhob dagegen keinen Widerspruch.

Unterdessen waren dann auch die großen Vorlagen der Session bei dem Hause eingegangen: ein neuer Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein, sodann eine den Grundsätzen desselben entsprechende Umarbeitung des von dem Vertrage nicht berührten Restes des bisherigen Vereinstarifs, und endlich ein Gesetz über eine gleichmäßige Besteuerung des Tabaks im ganzen Vereinsgebiet. Alle diese Entwürfe standen mit einander in engem Zusammenhang, und zwar in doppelter Beziehung. Seit dem englisch-französischen Handelsvertrag von 1860 war in halb Europa eine große freihändlerische Bewegung zum Durchbruch gekommen und hatte in der Herabsetzung oder Abschaffung zahlreicher Eingangszölle, sowie durch die Gewährung der Rechte der meistbegünstigten Nation an weitere Contrahenten Ausdruck gefunden. Auch Österreich hatte seit 1866 seinen früher behaupteten Standpunkt aufgegeben und nach der neuen Weise Verträge mit England, Frankreich, Belgien geschlossen; als dann 1867 zwischen ihm und dem Zollverein die Erneuerung des durch den Krieg zerrissenen Handelsvertrags von 1865 zur Sprache kam, verstand es sich, daß auch hier von dem

frühern Begehren einer großen Zolleinigung zwischen dem Verein und Österreich keine Rede mehr war, sondern das einfache Streben nach Erleichterung und Erweiterung des Verkehrs, soweit sie ohne zweifellose eigne Schädigung möglich war, den Inhalt des Vertrags bestimmte.

Vielleicht noch weiter als in Österreich waren diese Anschauungen auf deutscher Seite verbreitet. Bismarck hatte unter den damaligen Verhältnissen seit 1853 und noch entschiedener seit dem französischen Handelsvertrag diese Richtung genommen. Delbrück war von jeher, nach Theorie und Erfahrung, ein energischer Vertreter freihändlerischer Gedanken. Im norddeutschen Reichstag bekannte sich eine gewaltige Mehrheit zu derselben Farbe. Die Conservativen schwärmten in jener Zeit ebenso hitzig für die Abschaffung der Eisenzölle, wie ihre folgende Generation für die Erschwerung fremder Korneinfuhr. Unter den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei war es nur eine kleine Minderheit, welche den entgegengesetzten Grundsätzen anhing. Dasselbe galt von den Vertretern Darmstadts und Badens, und nur unter den Abgeordneten Bayerns und Württembergs fand sich eine stärkere Gruppe entschlossener Schutzzöllner. Im Ganzen also wurden die neuen Tarife von dem Parlamente nicht bloß mit Gunst, sondern mit lauter Freude aufgenommen.

Es war begreiflich, daß unter solchen Umständen die Regierungen sich mit der Hoffnung schmeichelten, zum Dank für die schönen Tarife auch eine entgegenkommende Aufnahme des zweiten, allerdings weniger populären Theils ihrer Vorlagen zu finden. Durch die Aufhebung oder Verminderung so vieler Eingangszölle würde sich, wenigstens für die nächsten Jahre, ein ansehnlicher Ausfall in den Zollerträgen ergeben,

welchen die Regierungen rund auf 2½ Million Thaler jährlich veranschlagten, und für den sie um so dringender einen Ersatz (hoffentlich mit einigem Überschuß) begehrten, als mehrere, und zwar in erster Linie Preußen, zu Hause ihre Staatsbudgets in schwerem Gedränge sahn. Es wurde also vorgeschlagen, eine erhöhte Steuer auf den inländischen, einen erhöhten Eingangszoll auf den ausländischen Tabak und einen neuen Eingangszoll auf das zur Zeit unbesteuerte Petroleum zu legen.

Man begann die Verhandlung mit dem österreichischen Handelsvertrag, und hier war vom ersten Augenblicke an das günstige Ergebniß vorauszusehn. Vor Allem war dabei der gebräuchliche Eifer zum Amendiren ausgeschlossen; bei einem Antrage mit einer fremden Macht gibt es kein Drittes neben Annahme oder Verwerfung. Sodann spaltete sich hier die sonst überall zur Verneinung entschlossene süddeutsche Fraction. Sie Alle waren eifrige Anhänger Österreichs, entrüstet, daß Preußen die österreichischen Brüder aus dem deutschen Bunde hinausgeworfen, erfüllt von dem Wunsche, mit Österreich wachsende Fühlung wieder zu gewinnen. Drei Viertel der Herrn brachten es nicht über das Herz, einen Vertrag abzuweisen, der ihnen gesteigerte Berührung mit Österreich eröffnete. So verlief sich die Verhandlung nicht als ein Kampf, sondern als ein Meinungsaustausch. Aus der großen Masse der herabgesetzten Tarifpositionen kamen in etwas gründlicher Weise nur drei Artikel zur Besprechung, Leinengarn, Roheisen und Wein. Als Moritz Mohl wegen der Verminderung des Schutzes gegen fremde Concurrenz die Vernichtung dieser blühenden Industrien weissagte, wurde ihm von Otto Camphausen dargelegt, daß die Flachsspinne-

reien allerdings eine Zeitlang schutzbedürftig gewesen seien, um Capital für den Übergang von der Hand- zur Maschinenspinnerei zu sammeln, daß sie jetzt aber capitalkräftig genug seien, um auch nach Herabsetzung des Schutzzolls bei richtigem Betriebe keine Concurrenten mehr fürchten zu müssen. Was aber das Roheisen betraf, so belehrte den eifrigen Schutzzöllner Herr von Hennig, daß einst bei freier Einfuhr sich in Ost- und Westpreußen eine blühende Eisenindustrie entwickelt habe, weil sie ihr Rohmaterial aus England auf dem Seewege sehr viel billiger beziehn konnte, als auf dem weiten Landtransport aus Westfalen; diese Industrie sei zu Grunde gegangen, als man ihr durch einen hohen Schutzzoll das englische Roheisen vertheuert habe. Besondere Verhältnisse kamen bei der Erörterung des Weinzolls zur Sprache. Mecklenburg und Lübeck gehörten damals noch nicht zum Zollverein, weil sie aus älterer Zeit durch einen Handelsvertrag mit Frankreich gebunden waren. Nun hatte die französische Regierung eingewilligt, sie aus diesem Verbande zu entlassen, wenn der Zollverein die Eingangsabgaben auf Wein entsprechend herabsetze und zugleich verspreche, die eingeführten Wein von jeder inländischen Verbrauchssteuer frei zu lassen. Da auch Österreich diese Herabsetzung dringend wünschte, hatte der Bundesrath sie in den Vertrag aufgenommen, und die besten Sachkenner im Hause, gerade aus dem Süden, erläuterten, daß die deutsche Rebe keine Concurrenz zu scheuen habe, also der Zoll herabzusetzen, und damit Mecklenburg und Lübeck dem Vereine zu gewinnen sei. Die Vertreter von Darmstadt und Mainz, Metz und Bamberger, erklärten sich ganz einverstanden, erwähnten aber eine Verbrauchsteuer auf Wein in ihrer engern Heimath, die

beinahe ebenso hoch sei wie der vorgeschlagene Grenzzoll: so ergebe sich thatsächlich in Hessen der unglaubliche Mißstand eines Schutzzolls zu Gunsten der Fremden auf Kosten des Inlandes. Sie behielten sich darüber einen besondern Antrag vor.

Das Haus schritt darauf zur Abstimmung und nahm den Vertrag mit allen gegen 17 Stimmen an. Die letztern waren sämmtlich feste Schutzzöllner aus der süddeutschen Fraction, welche mit tiefer Wehmuth den freiern Verkehr mit Österreich nach ihrer ökonomischen Doctrin für einen Schaden ihres Landes erklären mußten.

Nach der Natur der Dinge wäre jetzt über die zweite Tarifvorlage des Bundesraths zu beschließen gewesen. Denn dann erst hätte ein vollständiges Bild von den durch Verminderung der Zölle entstehenden Ausfällen der Staatseinnahmen vorgelegen, und wäre die Frage ihres Ersatzes durch neue Steuern spruchreif geworden. Aber die süddeutsche Fraction fürchtete, daß auf diesem Wege die Majorität vielleicht zu einer Bewilligung der von den Regierungen begehrten Tabaksteuer gebracht werde, und Moritz Mohl beantragte, zunächst diese auf die Tagesordnung zu setzen. Sie sei so wichtig, sagte er, daß man sie streng objectiv und isolirt auf ihre Bedeutung prüfen müsse, ohne sonstigen Beziehungen Einfluß auf das Urtheil zu gestatten. Georg Vincke, der sich in dieser Session auffallend schweigsam verhielt, widersprach ihm in der Sache, da es allgemeine Regel sei, zuerst die Ausgaben oder Ausfälle zu ermitteln und danach die nöthigen Einnahmen zu bemessen. Aber, setzte er hinzu, da Mohl, wie ich höre, den einstimmigen Wunsch der süddeutschen Genossen ausgesprochen hat, sollten wir ihnen gefällig sein.

Ägidi unterstützte diese brüderliche Gesinnung, und obgleich Bamberger bemerkte: wir Süddeutschen sind niemals einstimmig, auch sind wir nicht ein Malteser-Convent mit einer nord- und einer süddeutschen Zunge, sondern wir sind ein deutsches Parlament — wurde Mohl's Antrag angenommen, und am 15. Mai die Vorberathung über die Besteuerung des Tabaks eröffnet.

Die Frage ist seitdem sehr oft in unsern Parlamenten erörtert und die Lösung in den mannichfaltigsten Formen stets vergeblich erstrebt worden. An dieser Stelle sie gründlich zu behandeln, würde schwerlich den Lesern erfreulich sein: es wird genügen, die leitenden Gesichtspunkte in Erinnerung zu bringen.

Bei jedem Auftauchen der Frage pflegt sich sofort ein Sturm zahlreicher Interessenten, Tabakspflanzer, Tabakshändler, Tabaksfabrikanten, zu erheben. Eine in kräftiger Blüthe stehende Industrie werde durch erhöhte Besteuerung gestört, wenn nicht ruinirt. Und zwar seien es vorwiegend viele Tausende kleiner Leute, die an dieser Production betheiligt seien, theils als Tabakspflanzer, theils als Fabrikarbeiter, welchen durch eine solche Maaßregel plötzlich die Nahrung abgeschnitten würde. Dasselbe gelte aber auch auf der Seite der Consumenten, da die Tabaksteuer, wie bekanntlich jede indirecte Steuer, vorwiegend die ärmere Classe treffe; es sei ungerecht und inhuman, dem armen Manne seinen einzigen Genuß, die Pfeife, zu vertheuern. Dieser Aufruf der Menschenfreundlichkeit fand um so weitern Widerhall, als auch der Mittelstand seine Bremer, und der reiche Mann seine Havanna-Cigarre lieber niedrig als hoch im Preise stehn sahn.

Dagegen erklärten die Vertheidiger der Besteuerung, der Tabak sei kein Lebensbedürfniß, sondern ein Genußmittel, mithin als solches, und wegen seiner besondern Eigenschaften mehr als jedes andere zur Besteuerung geeignet. Bei der colossalen Steigerung, die sein Verbrauch in Deutschland gefunden, sei er in allen Ständen verbreitet; die Steuer stelle also, wie kaum eine andere, bei geringer Belastung des Einzelnen, dem Staate einen großen Ertrag in Aussicht. Dabei könne ein Jeder sich nach Belieben auch dieser kleinen Last entziehn, indem er etwas weniger rauche als bisher. Was nun die Humanität gegen den armen Mann betreffe, so sei das Wort nirgendwo verkehrter angebracht als hier. Wenn der arme Mann täglich einige Cigarren weniger verdampfe als bisher und für das Geld seinen Kindern Brod kaufe, so sei das eine Wohlthat für seine Familie und für ihn selbst. Denn bei dem Tabak stehe es so, daß die billigeren, also schlechteren Sorten, und vor allen andern das in Deutschland erzeugte Kraut sehr viel mehr Nicotin enthielten als die feinern amerikanischen[1]), und folglich auch der Gesundheit sehr viel schädlicher seien als diese. Was könne man gegen eine indirecte Steuer einwenden, die, wenn der Consum trotz derselben gleich bleibe, die Staatscasse fülle und, wenn sie ihn beschränke, die Gesundheit des armen Mannes stärke? Man klage nun über die Störung der Fabrikanten. Aber jede erhebliche Reform des Zollsystems schädige für den Augenblick einige Zweige der Industrie, während sie andern aufhelfe; wolle man sich nicht zu gänzlichem Stillstand verurtheilen, so müsse man, aller Erfahrung entsprechend, nach kurzem Übergang auf baldige Herstellung

[1]) Nach Liebig's genauen Untersuchungen.

des Gleichgewichts hoffen. Jedenfalls sei eine so niedrige Ausnutzung des Tabaks für die nationalen Zwecke, wie sie in Deutschland Statt finde, unerhört in der ganzen civilisirten Welt.[1])

Alle diese Sätze wurden denn auch 1868 von hüben und drüben mit gleichem Feuer vorgetragen. Von Anfang an war schon nach der Zahl der zum Worte sich meldenden Redner die Sympathie für wohlfeile Cigarren und die Antipathie gegen neue Steuern unverkennbar im Übergewicht. Das Entscheidende war, daß neben der Fortschrittspartei und der süddeutschen Fraction auch die große Masse der Nationalliberalen sich mit gleicher Schärfe wie am 22. April dem Antrage der Regierung entgegen warf. Den Ausschlag für die Gestaltung des schließlichen Ergebnisses gab einer ihrer Führer, welcher den materiellen Inhalt der Vorlage als wohl begründet anerkannte, jedoch überhaupt das Bedürfniß erhöhter Staatseinnahmen läugnete. Die Pflicht jeder Volksvertretung, sagte Twesten, sei es, vor irgend einer stärkern Belastung des Volkes entweder den Nachweis des Bedürf-

[1]) Über den damaligen Zustand machte Michaelis folgende Angaben: Zoll auf Kaffee per Centner im Zollverein 5, in England 9 1/5 Thlr., auf Thee dgl. 8 Thlr. im Z.-V., 18 2/3 in England, auf 100 Quart Branntwein 13 Thlr. im Z.-V., im Durchschnitt 86 in England, auf Wein dgl. 6 Thlr. im Z.-V., 8 2/5 in England, auf Bier dgl. 1 1/4 Thlr. im Z.-V., 4 2/3 in England, auf Tabak per Centner 4 Thlr. im Z.-V., 116—129 Thlr. in England. Die Einnahme des Staats vom Tabak betrug 1865 in Frankreich 233 Mill. Frcs., im Zollverein 2,7 Mill. Thlr. oder 10 Mill. Frcs. Nach den damaligen Durchschnittswerthen war im Zollverein der Rohrzucker mit einem Eingangszoll von 55 Procent des Werths belastet, der Kaffee von 22, der Reis von 25, Kakao von 33 Procent. Dagegen der Tabak von 18,2 Procent. Als hätte der Gesetzgeber das Volk verführen wollen, lieber Tabak als Nahrungsmittel zu kaufen.

nisses oder die bindende Zusage einer entsprechenden Erleichterung sonstiger Lasten erhalten zu haben. Beides aber werde hier vermißt. Ein Redner habe darauf hingewiesen, nach Bewilligung der Tabaksteuer könne die viel härtere Salzsteuer abgeschafft werden: das sei sehr richtig, aber man wisse doch auch, wie viel schwieriger ein Steuererlaß als eine Steuereinführung zu erlangen sei, und so müsse das Haus darauf bestehn, die Tabaksteuer in der Hand zu behalten, bis die Aufhebung der Salzsteuer vorhergegangen sei. Allerdings erscheine die Zahl der durch die vorgeschlagene Tarifreform herabgesetzten Zölle sehr groß; die nähere Betrachtung zeige aber, daß die meisten sich auf Waaren von gleich geringer Bedeutung für den Handelsverkehr wie für die Zollcasse beziehn; die Hoffnungen, die man in kaufmännischen Kreisen auf die Reform gesetzt, seien also keineswegs erfüllt worden; man frage sich z. B., warum nur der Zoll auf Roheisen und nicht auch auf die verschiedenen Eisenfabrikate vermindert worden sei. Überhaupt fänden sich in der langen Reihe der erleichterten Artikel schließlich nur drei, Roheisen, Wein und Leinengarn, wo die Herabsetzung des Zolls die Staatscasse für den Augenblick mit einem empfindlichen Ausfall bedrohe. Gerade bei diesen aber sei es äußerst wahrscheinlich, daß mit der Verminderung des Zolls sehr rasch eine entsprechende Vermehrung der Einfuhr und damit ein reicher Ersatz des anfänglichen Verlustes für die Staatscassen erfolgen würde. Die Nothwendigkeit einer neuen und vollends einer so hoch bemessenen Abgabe, wie die vorgeschlagene Belastung des Tabaks, sei als bewiesen nicht anzuerkennen.

Bis dahin war die Sachlage die folgende gewesen: Der Eingangszoll auf ausländischen Tabak betrug 4 Thaler für

den Centner. Der im Inland gezogene Tabak entrichtete im norddeutschen Bunde eine in vier Classen abgestufte Bodensteuer von 6 bis 3 Thaler auf den (preußischen) Morgen. In Süddeutschland wurde überhaupt keine Steuer vom Tabaksbau erhoben, wohl aber hatten die Pflanzer bei der Ausfuhr ihres Gewächses nach Norddeutschland eine Übergangsabgabe von 20 Sgr. auf den Centner zu entrichten.

Der Bundesrath schlug jetzt vor, den Zoll für ausländischen Tabak von 4 auf 6 Thaler zu erhöhn, und die Steuer für den inländischen auf 12 Thaler, also auf das Doppelte des im Norden bisher erhobenen Maximalsatzes, für den ganzen Zollverein festzusetzen, wofür dann der Süden von der Übergangsabgabe befreit werden würde.

Dagegen stellte aus den vorher angegebenen Gründen Twesten den Antrag, den Zoll auf fremden Tabak ungeändert zu lassen, und die Steuer für inländischen auf sechs Thaler für den Morgen oder 3 Sgr. auf jede Parzelle von drei Quadratruthen zu bestimmen.

Statt eines Ertrags von 1 900 000 Thalern, wie ihn die Regierungen begehrt, würden diese Ansätze jährlich etwa 450 000 Thaler liefern, von denen jedoch nach Abrechnung der süddeutschen Übergangssteuer und der Erhebungskosten nur ein geringer Betrag in die Zollvereinscasse gelangen würde.

Obgleich Michaelis als Bundescommissar in bestimmten Zahlen darlegte, daß ohne Zuschüsse des Zollvereins der norddeutsche Bund in diesem Jahr seine Matricularumlagen um zwei Millionen erhöhn, und in Folge dessen der preußische Etat mit einem Deficit von fünf Millionen abschließen müsse, errang Twesten einen vollständigen Sieg. Nachdem die Regierungsvorlage und ein vermittelndes Amendement durch

eine überwältigende Mehrheit verworfen worden, wurde Twesten's Antrag in namentlicher Abstimmung von 167 Stimmen gegen 135 angenommen. Die Minorität bestand aus den Abgeordneten, die überhaupt jeder neuen Steuer feindlich waren, aus den norddeutschen Fortschrittsmännern und Demokraten, sowie aus Süddeutschen aller Parteifarben.

Unter diesen Umständen stellten die Nationalliberalen jede feindselige Stimmung gegen die Regierung, jede grundsätzliche Opposition auf das Bestimmteste in Abrede. Wenigstens einen Theil der Vorlage hätten sie trotz der allgemeinen Verwerfung gerettet. Hochzuschätzen sei die erreichte Gleichheit der Steuer im Norden und Süden. Mehr zu thun sei eben unmöglich gewesen. Die neue nationale Institution, das Zollparlament, hätte nicht gleich sein erstes Erscheinen durch eine neue Belastung des Volkes ankündigen sollen. Insbesondere den Süden habe man nicht zugleich durch die Verminderung des Zollschutzes für den Weinbau und durch eine schwere Steuer auf den Tabaksbau dem nationalen Gedanken entfremden dürfen, während die Beweise für ein bleibendes Bedürfniß der Staatscassen in so augenfälliger Weise fehlten. Sobald diese geliefert seien, würden sie es an sich nicht fehlen lassen. Im Bundesrathe nahm man die schönen Worte höchst ungläubig hin; man hörte trotz aller Gründe aus dem Spruche nur das Nein heraus. Indessen brachte der nächste Tag noch einmal ein helles Aufleuchten der alten Gefühle, sogar bei einer Budgetfrage. Allerdings handelte es sich nicht um die Auflage einer neuen, sondern um die Erleichterung einer vorhandenen Steuer.

Auf den 18. Mai war die Schlußberathung oder dritte Lesung des österreichischen Handelsvertrags anberaumt. Zu

dessen Position: Herabsetzung des Eingangszolls auf Wein brachten jetzt Bamberger und Genossen den schon früher angekündigten Antrag, der Bundesrath des Zollvereins möge auf Abhülfe der Beschwerden hinwirken, zu welchen im Großherzogthum Hessen das Zusammentreffen der herabgesetzten Weinzölle mit dem bestehenden System der indirecten Steuern Anlaß gibt. Wie früher bemerkt, würde sich fortan in Hessen-Darmstadt der Zoll auf französischen Wein nur um ein Geringes höher stellen als die einheimische Weinsteuer, nämlich für die hessische Ohm der Zoll auf rund 12, die Steuer auf etwas über 9 Gulden[1]), so daß bei der billigeren Weinerzeugung in Frankreich jede Concurrenz der einheimischen Weine unmöglich würde. Außerdem beschwerten sich die Antragsteller über die allen Grundsätzen des Zollvereins widersprechende Erhebungsart der Steuer, welche den Verkehr unerträglich belaste, Haussuchungen bei Tag und bei Nacht veranlasse, Unterschleif und Hinterziehung der Steuer zur Folge habe.

Allein obwohl die behaupteten Thatsachen nicht in Abrede zu stellen waren, erhob sich Moritz Mohl im Sinne der süddeutschen Fraction unerbittlich gegen Bambergers Antrag. Was in dieser Sache vertragsmäßig zu geschehn hat, sagte er, ist ganz zweifellos. Der Vertrag vom 8. Juli zählt die Gegenstände auf, die jeder Einzelstaat mit einer innern Steuer belegen darf; unter ihnen erscheint auch der

[1]) Nach den Angaben des hessischen Obersteuerraths Fabricius (S. 253 der stenographischen Berichte), der jedoch aus der Summe der Steuer seine eignen Angaben über Weingroßhandel und Octroi wieder wegläßt, und so den Gesammtbetrag der Steuer auf 7 Gulden und 10 Kreuzer berechnet. Vgl. auch wenige Seiten weiter die Rede des hessischen Regierungsraths Pfannebecker.

Wein, jedoch wird bei diesem für die Steuer ein gewisser Maximalsatz bezeichnet. Nun ist in Hessen die Weinsteuer von 9 Gulden immer noch niedriger als der Maximalsatz von 10; sie ist also mit dem Zollvereinsvertrag in vollem Einklang; zeigen sich thatsächliche Übelstände, so ist die Abhülfe Sache der hessischen Landesgesetzgebung. Das Zollparlament aber ist ebenso wenig befugt wie der Zollbundesrath in diese Sache einzugreifen und damit die eigne Competenz unrechtmäßig zu erweitern. Das hessische Mitglied des Zollbundesraths, Geh.-Rath Hofmann, beeilte sich, die Richtigkeit dieser Auffassung zu bekräftigen, seiner Regierung alle Rechte zu wahren und dem Parlamente jede Zuständigkeit zur Sache abzusprechen.

Beiden Herrn sollte dieser Eifer nicht zur Freude gereichen.

Bisher hatte Bismarck in die Verhandlungen persönlich nicht eingegriffen. Hier aber gab er die einfache aber schlagende Erklärung, so wenig wie sein hessischer College sei er in der Lage, in diesem Augenblick sagen zu können, ob der Bundesrath glauben werde, die Competenz zur Beurtheilung des eben erst bekannt gewordenen Antrags zu besitzen. Nachdem aber, fuhr er fort, durch ein Mitglied des Bundesraths diese Competenz angezweifelt worden, ist es mir ein Bedürfniß, zu constatiren, daß dies eben die persönliche Ansicht des einzelnen Mitgliedes ist, daß wir Beide nicht im Stande sind, eine Ansicht im Namen des Bundesraths über diese Frage zu äußern, und daß mein Eindruck prima facie der entgegengesetzte von dem meines hessischen Collegen ist (lebhaftes Bravo), indem ich mir sehr wohl denken kann, daß der Bundesrath, wenn er glaubt, daß durch die Modalität

der Besteuerung diejenige Verkehrsfreiheit im Inlande beschränkt oder gefährdet ist, welche die Institutionen des Zollvereins verbürgen, daß er alsdann competent sein könnte, die Remedur eintreten zu lassen (lebhaftes Bravo). Nach einer Gegenbemerkung Hofmann's setzte Bismarck noch hinzu: meines Erachtens handelt es sich hier nicht um die Frage, ob die hessische Gesetzgebung im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrage steht, sondern darum, ob die legislativen Organe des Zollvereins berechtigt sind, mit der Frage, ob dieses der Fall sei, sich zu beschäftigen.

Heute wird sich schwerlich im Norden oder Süden jemand finden, dem bei dieser Sache die Einrede der Incompetenz noch begreiflich schiene. Das Parlament faßt einen Beschluß über Weinzölle, der in einem Vereinsstaate schwere Übelstände hervorruft: soll es ihm nicht zustehn, den Bundesrath auf diese aufmerksam zu machen, und ihm baldigste Abhülfe anheim zu geben? Der Zollvereinsvertrag erklärt es als sein Ziel, die allgemeine Übereinstimmung aller innern Verbrauchssteuern herbeizuführen; ist es dem Parlamente verwehrt, einen Fall grober Nichtübereinstimmung bei ihm zur Sprache zu bringen? Der Vertrag begehrt gemeinsames Wirken zur Verhinderung von Zollentziehung und Unterschleif bei den innern Verbrauchssteuern: der Antrag Bamberger erhebt sich gegen eine Gesetzgebung, die zu solchen Mißbräuchen unaufhörlich Anlaß gibt. Und dies soll eine Überschreitung seiner Competenz sein? ja, es soll sich darin ein planmäßiges Streben auf Erweiterung der Competenz ankündigen?

Bis dahin hatte wenigstens die Verhandlung sich einfach um die specielle Frage gedreht, ob das Parlament sich

um die hessischen Weinsteuern bekümmern dürfe, so lange deren Betrag das vertragsmäßige Maximum von 10 Gulden nicht übersteige. Jetzt aber, nach Bismarck's einfacher Billigung des Antrags, gerieth das reizbare Mißtrauen der Südfraction in doppelt heftige Wallung, und der klerikale Württemberger Probst ließ sich verleiten, Mohl's politischen Fehler auf die äußerste Höhe zu steigern, und eine große politische Verhandlung gerade durch seine Warnung vor derselben herbeizuführen.

Es gibt, sagte er, hier im Hause eine zahlreiche Partei, die durch Erweiterung unserer Competenz dem Süden die Bahn zum Eintritt in den Nordbund zu öffnen wünscht. Unsere Fraction will das nicht; sie hält streng auf vertragsmäßige Begrenzung unserer Competenz und widersteht deshalb jeder Erörterung der deutschen Frage, damit nicht unsere Uneinigkeit offenkundig, und der innere Friede im Parlament gebrochen wird. Dazu kommt, daß an einer Stelle eine Lawine über uns hängt, die durch die Erschütterung unseres Haders in das Rollen kommen könnte. Es gibt Jemanden, der mit lauerndem Vergnügen anhören würde, wenn wir hier vortragen müßten, wodurch der Gegensatz zwischen Nord und Süd erhalten wird, warum bei uns die Wahlen so preußenfeindlich ausgefallen sind, weshalb wir den Eintritt in den Nordbund ablehnen.

Damit waren denn alle Schleusen geöffnet, da jedes Mitglied der Mehrheit mit innerer Entrüstung diese Sätze sämmtlich zurückzuweisen brannte.

Noch einmal nahm Bismarck das Wort. Er wies auf seine bekannte Note vom 7. September und deren Erklärung, daß der Nordbund jede Pression vermeide, den Süden zum

Eintritt zu veranlassen; erst wenn dieser aus eigner freier Entschließung sich dazu melde, werde der Nordbund erwägen, ob er nach seinen Interessen ihn gestatten könne; denn, sagte er, meine Herrn, so empressirt, wie Sie meinen, sind wir nicht. Berathen Sie in aller Ruhe die Zollsachen; wir denken nicht daran, die Competenz dieses Parlaments zu erweitern, aber ebenso werden wir auch nicht gestatten, sie zu vermindern. Und dann zum Schluß ein kurzer Satz, der wie ein Axthieb Probst's Andeutungen über eine von Frankreich drohende Gefahr zerschlug: vor allen Dingen gebe ich Ihnen zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet.

Sofort brauste dann der Sturm von allen Seiten über die Südfraction und deren ultramontane und socialdemokratische Helfer herein. Ja, wir wollen die nationale Einheit, wir wollen das hier und überall verkünden; wir scheuen einen redlichen Streit nicht, denn nur ein solcher kann uns zur Einigung verhelfen; wir wollen den innern Kampf durchführen und zugleich dem Auslande erklären, daß wir schon heute darüber einig sind, ihm jede Einmischung in Deutschlands Vollendung zu verbieten. Aber wahrlich, wir suchen die Einheit nicht auf dem Wege einer Erweiterung der Competenz dieses Hauses. Dazu reicht der Zollverein überhaupt nicht aus. Durch die Einberufung auch eines mächtigen Parlaments wird ein nationales Staatswesen, wie wir es für Deutschland begehren, noch nicht geschaffen; dazu gehört die Einsetzung einer festen Regierung, wie wir sie im Nordbund haben, die uns der Zollverein nicht liefern kann.

Um solche Gedanken bewegten sich in mannichfaltigen Formen die Reden der sonst so scharf gespaltenen, in diesem

Augenblick durch Probst's blinden Eifer geeinigten Parteien, Altliberale und Nationalliberale, Fortschrittspartei und Conservative. Wohl zum größten Verdrusse der Südfraction erschien am Schlusse auf der Tribüne ein Vertreter der bayerischen Provinz Schwaben, Völk, um in einer von Verstand, Humor und Enthusiasmus überströmenden Rede seinen engern Heimathgenossen das Recht zu der Redeform „wir Süddeutsche, wir Schwaben" zu bestreiten, indem er ausführte, daß durch die zufällige Vertheilung der Einwohner in den Wahlbezirken die Gegner zwar die Mehrheit der Mandate errungen, die Mehrheit der Wähler aber auf der nationalen Seite stehe. Als er mit dem Ausruf schloß: noch haben einige Leute Vergnügen daran, sich mit Schneeballen zu bewerfen; aber die Sonne wird mit wachsender Wärme ihnen das Material bald verzehren: ja, meine Herrn, es ist Frühling geworden in Deutschland, da ging ein jubelnder Beifall durch das Haus, und nicht bloß der Vertrag mit Österreich, sondern auch Bamberger's Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Einen so ärgerlichen Tag hatte die Südfraction noch nicht erlebt, indessen sollte ihr sehr bald dafür reichlicher Trost zu Theil werden. Es sollte sich zeigen, daß auch bei der nationalgesinnten Mehrheit immer noch ein starker Rest der alten Stimmung zurückgeblieben war, bei welcher die deutsche Einheit ein hohes Ideal gewesen, das praktische Handeln aber durch locale und materielle Interessen bestimmt wurde. Am 18. Mai hatte man für eine leuchtende Zukunftshoffnung geschwärmt, am 19. ging man wieder völlig nüchtern an die Geldgeschäfte des heutigen Tags.

Zur Berathung stand die Regierungsvorlage über Reform des allgemeinen Zolltarifs, soweit er nicht schon durch den

österreichischen Handelsvertrag zu Gunsten freieres Verkehrs geändert worden war. Es war eine stattliche Reihe von Gegenständen, für die der bisherige Zoll ganz erlassen oder mehr oder weniger erleichtert erschien, 57 Artikel mit vielfachen Unterartikeln, bei denen der Zollausfall auf mehr als 200 000 Thaler berechnet worden war. Aus dieser erfreulichen Reihe stach nur ein Posten widerwärtig für alle Freihändler hervor, keine Beseitigung eines alten, sondern die Wiedereinführung eines 1865 aufgehobenen Zolls, einer Abgabe von 15 Silbergroschen auf den Centner Mineralöls, deren jährlicher Ertrag auf 500 000 Thalern geschätzt wurde und höchst wahrscheinlich mit jedem Jahre wachsen würde. Alle liberalen Volksfreunde, die Tags zuvor mit Bismarck zusammen gestimmt, waren hier einig mit der Südfraction, die gar keine neue Steuer im Zollparlament passiren lassen wollte. Alle übrigen Posten des neuen Tarifs erweckten geringe Sorge, das gespannte Interesse des Hauses sammelte sich auf das Petroleum. Bereits ging das Gerücht, wenn dieser Artikel der allgemeinen Abneigung unterliege, wolle der Bundesrath die ganze Vorlage zurückziehn. Um hierüber Klarheit zu gewinnen, stellte nach einer kurzen Generaldebatte Braun (Wiesbaden) den Antrag, die einzelnen Artikel nicht nach ihrer Reihenfolge in der Vorlage zu berathen, sondern zuerst über das Petroleum zu entscheiden. Das Haus beschloß in diesem Sinne, obgleich Präsident Delbrück erklärt hatte, der Bundesrath pflege nicht hypothetische Beschlüsse zu fassen, er warte das Verhalten des Hauses ab und werde dann seinerseits Stellung dazu nehmen.

Daß der Petroleumzoll einen noch schwerern Stand als die Tabaksteuer haben würde, war zweifellos. Denn

zunächst erschienen alle die Gründe, die gegen diese in das Feld geführt worden, hier in vollem Umfange wieder: die Mangelhaftigkeit des Beweises für das finanzielle Bedürfniß, der nur durch das Studium des vollständigen nächsten Budgets für Bund und Staat geliefert werden könne; sodann die Wahrscheinlichkeit, daß durch die Herabsetzung der übrigen Zölle kein Ausfall, sondern ein vermehrter Verbrauch und dadurch ein Gewinn der Zollcassen entstehn würde; ferner die Gehässigkeit, daß auch hier wie durch jede indirecte Steuer der arme Mann in stärkerem Maße als der Reiche belastet würde, endlich die politische Unmöglichkeit für das Zollparlament, dauernde Einnahmen zu bewilligen, über deren Verwendung ihm kein Aufsichtsrecht zustehe. Ich stimme, sagte der Führer der bayerischen Nationalpartei, Marquard Barth, gegen jede Bewilligung, damit der Bundesrath genöthigt ist, uns im nächsten Jahre wieder zu berufen und demnächst uns bessere Rechte einzuräumen, wie sie einer wirklichen Vertretung der deutschen Nation zukommen. Wer seinen Geldsack fest verschlossen hält, setzte er hinzu, gewinnt Einfluß, denn er wird von allen Seiten her bittend umworben; wer sein Geld ausgeschüttet hat, sinkt selbst in die Lage des Bittstellers hinab.

Zu dem Allen trat hier noch ein weiterer Beweis gegen den Steinölzoll, nämlich die unbestreitbare Thatsache, daß dies Öl nicht, wie der Tabak, ein bloßes Genußmittel ohne weitere Wirkung als eine Schädigung der Gesundheit, sondern daß es nach seiner colossalen Einfuhr und Billigkeit zu einem Arbeitsmittel, mithin zu einer Quelle gesteigerter Production und Wohlhabenheit geworden sei; durch alle Schichten der Bevölkerung habe es sich verbreitet und in

die ärmsten Hütten zur Nachtarbeit das Licht gebracht: wollen Sie, schloß Braun eine pathetische und blumenreiche Rede, dem Volke durch Vertheuerung des Steinöls das Licht wieder in Finsterniß verwandeln?

Diesen mannichfachen Erörterungen trat der frühere preußische Finanzminister der neuen Ära, Herr v. Patow, mit der kühlen Gelassenheit des bewährten Fachmanns entgegen. Er machte Barth auf die Möglichkeit aufmerksam, daß der Bundesrath ein stets unfruchtbares Zollparlament überhaupt nicht mehr berufe; er mahnte die Gegner, nicht die amtliche Unwissenheit des Zollparlaments in Budgetsachen der Einzelstaaten zum Vorwand der Abläugnung öffentlicher Bedürfnisse zu nehmen, da es Allen sattsam bekannt sei, daß die Mitglieder des Hauses sehr gut um das Budget ihres Staates Bescheid wüßten. Was dann den Ölzoll betraf, so lehnte er die Klagen über dessen Verderblichkeit mit dem Hinweis auf den minimalen Betrag desselben ab. Er hatte auf seinen Gütern genaue Angaben der Verkäufer und der Käufer des Petroleums gesammelt und danach für die niedrigste Classe des einfachen Feldarbeiters einen jährlichen Verbrauch von zehn Pfund ermittelt. Da der Zoll auf 15 Sgr. für den Centner vorgeschlagen war, würde dies dies eine jährliche Steuerlast von 1½ Sgr. ergeben, deren Betrag fast genau erspart sein würde, wenn der Arbeiter im Laufe des ganzen Jahrs ein Seidel Bier weniger als bisher tränke. Der Abgeordnete v. Wedemeier bestätigte diese Data; er hatte seine Forschungen in den Büchern großer und kleiner Ölhändler noch weiter erstrecken können und legte dar, wie der Verbrauch des Petroleums auf jeder höhern Stufe der Wohlhabenheit erheblich steige, bis er bei dem Millionär zu

der großen Masse von 900 Pfund, damit einer Steuerlast von 4½ Thalern, also dem 90fachen Betrage des armen Manns, gelange. Gerade bei dieser Steuer also sei es weniger als bei irgend einer andern erlaubt, von einer ungerechten Überlastung der kleinen Leute zu reden.

Allein der Entschluß der Mehrheit stand unwiderruflich fest. Mit 190 gegen 99 Stimmen wurde der Artikel gestrichen. Um so flotter ging die Verhandlung über die übrigen Posten ihren Gang; alle Zollbefreiungen wurden trotz Mohl's Anstrengungen genehmigt. Zu erwähnen ist nur ein von mehreren Seiten angeregter Zusatzantrag: den Bundesrath aufzufordern, demnächst ein Gesetz über eine sachgemäße Reform der bisherigen Besteuerung des Zuckers vorzulegen, da durch Erleichterung derselben ein großer Massenverbrauch, und folglich eine Steigerung der Staatseinnahmen zu erwarten sei. Delbrück bemerkte darauf, daß er die Begründung des Antrags nicht unterschätze; der Zucker aber sei der weitaus bedeutendste Posten in dem ganzen System unserer Verbrauchsteuern, so daß selbst ein kleiner Fehler in seiner Behandlung die schwersten finanziellen Folgen habe. Der Antrag müsse also der genauesten Prüfung unterzogen werden; zur Zeit könne er nichts als sorgsame Erwägung versprechen.

Als das Haus dann am 23. Mai zur Schlußberathung des Tarifgesetzes schritt, kündigte Delbrück im Namen des Bundesrathes an, daß ohne die Genehmigung des Petroleumzolls das ganze Gesetz für die Regierungen unannehmbar werde. Man hatte es erwartet; es machte also keinen Eindruck mehr. Die freihändlerische Mehrheit dachte, im nächsten Jahre werde der Bundesrath nachgiebiger sein müssen. Der

Ölzoll wurde definitiv mit 149 Stimmen gegen 86 verworfen: Bismarck erklärte sofort, daß der Bundesrath das ganze Gesetz zurückziehe.

Damit waren die Geschäfte der Session erledigt. Was noch weiter geschah, war zunächst eine Reihe von Höflichkeiten des Nordens an die süddeutschen Brüder. Die Thronrede, womit König Wilhelm die Session abschloß, pries die erlangten Ergebnisse und stellte für die noch nicht erreichten eine günstige Zukunft in Aussicht; das gemeinsame Zusammenwirken dieser Wochen habe trennende Vorurtheile hoffentlich beseitigt oder doch vermindert; er werde wie bisher seine Stellung nicht auf die ihm zu Gebote stehende Macht, sondern auf die Heilighaltung der Rechte der Bundesstaaten und der bestehenden Verträge stützen.

Dann gab die Stadt Berlin den süddeutschen Gästen ein großes Gartenfest; es folgte ein glänzendes Bankett in der Börse und endlich eine Festfahrt nach Kiel zur Besichtigung des neuen deutschen Kriegshafens und der Anfänge einer deutschen Marine. Die süddeutschen Freunde ließen sich das Alles gern gefallen, der officielle Dank erschien aber in Gestalt eines Berichts der Südfraction an ihre Wähler. Darin belobte sie sich, daß sie streng und erfolgreich jede Änderung des Charakters des Zollparlaments und jede erhebliche neue Besteuerung verhindert habe; sie erklärte, nach allen hiesigen Beobachtungen mehr als je überzeugt zu sein, daß der Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund die völlige Vernichtung ihrer Selbständigkeit sein würde; das preußische Militärwesen beeinträchtige die Pflege der materiellen und geistigen Cultur und müsse zu einer erdrückenden Belastung des Volkes führen. Der einzige

Weg zur Rettung liege in einem festen Zusammenschluß aller süddeutschen Kräfte auf Grund freisinniger Einrichtungen, d. h. in der endlichen Errichtung des Südbundes.

III. Schluß des Reichstags.

Der nationale Einheitsgedanke hatte also in diesem Zollparlamente noch keine Eroberungen gemacht. Bismarck, der, wie er es am 18. Mai den Süddeutschen selbst gesagt, ihren Eintritt in den Bund ohne alle Ungeduld erwartete, ließ es sich wenig anfechten, sondern veranlaßte schon nach wenigen Tagen, am 27. Mai, die Wiedereröffnung des Norddeutschen Reichstags, um hier die so glänzend begonnene Consolidation des Bundes und die Steigerung der öffentlichen Wohlfahrt fortzusetzen. Vor Allem dringend aber war dafür die Beschwichtigung der finanziellen Händel, für welche das Zollparlament ebenso unfruchtbar wie für den Drang zur deutschen Einheit geblieben war, und wobei der durch Miquel's Antrag veranlaßte Beschluß vom 22. April jeder Verständigung zwischen Bundesrath und Reichstag hemmend im Wege stand. Hier also galt es, einen Ausgleich möglichst rasch herbei zu führen, und demnach wurde gleich nach Ablauf der eben einfallenden Pfingstwoche am 4. Juni als erste Grundlage dazu der Entwurf des Bundes-Etats für 1869 dem Hause vorgelegt, und von diesem die Vorberathung im Plenum auf den 8. anberaumt. Zwar vernahm man einige Klagen, diese Frist sei viel zu kurz für die Bildung eines gründlichen Urtheils über den Etat, aber die große Mehrheit drängte aus der Hitze der Hundstage ungeduldig nach Hause, und in der That schloß sich der Etat in den meisten Punkten seinem Vorgänger so völlig an oder die Gründe der Abweichung

lagen so einfach auf der Hand, daß in der That ein weitläufiges Studium zum Verständniß unnöthig war. Als demnach am 8. Juni die Sitzung eröffnet wurde, wußte jedermann, daß es zu einer heißen Verhandlung nur über einen Gegenstand kommen würde, eben über die Clausel Miquel zum Bundesschuldengesetze.

Wie wir oben gesehn, hatte bei der letzten Berathung dieses Gesetzes Twesten dringend zur Aufrechthaltung der Clausel ermahnt, weil es für die Regierung unmöglich sei, die Entwicklung der Marine zu unterbrechen; sie könne also das ihr durch die Anleihe bewilligte Geld absolut nicht entbehren und müsse schließlich die durch die Clausel ihr auferlegte Bedingung sich gefallen lassen. Zwar erklärten die übrigen Redner der nationalliberalen Partei, daß sie nach wie vor die Marine kräftig zu fördern wünschten und höchst bereit seien, wenn die Regierung wegen der Clausel die Anleihe nicht realisire, ihr dann anderweitige Geldmittel für die Marine zu bewilligen. Allein da die Partei, im offenen Gegensatz zu diesen schönen Worten, im Zollparlament den Regierungen möglichst jede Erhöhung ihrer Einnahmen versagte, so fand jene Versicherung nur geringen Glauben. Die conservative Presse führte täglich das Thema aus, die liberale Opposition suche der Regierung jede andere Hülfsquelle für die Marine abzuschneiden außer der Realisirung der Anleihe und folglich der Unterwerfung unter die Miquel'sche Clausel; in allen Tonarten wurde die Gehässigkeit eines Verfahrens erläutert, wodurch man eine verfassungswidrige Machterweiterung auf Kosten der Marine, also der Sicherheit des Landes, erzwingen wollte. Natürlich antworteten die Liberalen durch die Umkehrung der Anklage: die Schuld an der

Schädigung der Marine treffe allein die Regierung, die zur Erhaltung einer reactionären Willkürherrschaft die aus ächtem constitutionellem Geiste hervorgegangene Clausel zurückweise, und deshalb statt 3 ½ Millionen aus der Anleihe nur 300 000 Thaler aus verfügbaren Fonds für die Marine verwende.

Bei diesem Gefecht von Klagen und Gegenklagen war offenbar die Stellung der Regierung, welche das bestehende Verfassungsrecht vertrat, taktisch günstiger als die der Opposition, welche eine tiefgreifende Änderung desselben begehrte. Überhaupt verstand man draußen in weiten Kreisen die schweren Consequenzen der scheinbar so harmlosen Miquel'schen Clausel nicht; bei der nationalen Popularität, deren sich damals die emporstrebende Flotte erfreute, erregte es Ärgerniß, daß dieselbe durch einen solchen Hader gefährdet werden sollte. Um so lebhafter klammerten sich die Nationalliberalen an ihre frühern Verheißungen: sie dächten nicht an eine Schädigung der Marine; im Gegentheil, wenn die Regierung dabei bleibe, die Anleihe zurückzuweisen, so würden sie ihr die erforderlichen Gelder aus anderweitigen Quellen entgegen tragen. Welchen Gewinn sie von diesem Verfahren erwarteten, ist schwer zu sagen. Schafften sie der Regierung das Geld durch neue Steuern, so wurde freilich die Flotte gebaut, aber daß es durch vermehrte Abgaben anstatt durch eine Anleihe geschah, würde die Popularität der Partei nicht erhöhn, und mit der Nothwendigkeit der Anleihe fiel auch das Bundesschuldengesetz und die Miquel'sche Clausel in das Wasser.

Indessen man hatte die Bahn einmal betreten, und in Umkehrung der gewohnten Verhältnisse durchmusterte dieses

Mal die liberale Linke alle Budgetposten nach Erhöhung der Erträge, während die Regierungen dabei beharrten, weitere Belastung des Volkes abzulehnen.

Zunächst bot sich die Erhöhung der Matricularbeiträge dar um jene 3½ Million, die ursprünglich die Anleihe hätte liefern sollen. Delbrück erklärte bestimmt die Unthunlichkeit der Maaßregel, da die Beiträge für 1869 bereits auf 23 Millionen, also um fast drei Millionen höher als im Vorjahre, hätten angesetzt werden müssen. Eine weitere Steigerung würde den Haushalt der Einzelstaaten in gründliche Zerrüttung bringen. Nun wohl, wurde darauf erwidert, so sehe man von den Beiträgen ab; es gibt im Budget noch andere Mittel und Wege, der Marine zu Hülfe zu kommen: der Etat schätzt die Haupteinnahmen des Bundes offenbar zu niedrig ein; die befürchteten Ausfälle durch die Herabsetzung der Postporti und vieler Zölle werden sich nicht so hoch belaufen, vielmehr durch gesteigerten Verkehr sich in Mehreinnahmen verwandeln. Delbrück räumte ein, daß dies nach einigen Jahren immerhin geschehen könnte. Aber man berathe den Etat von 1869, und für dieses nächste Jahr sei die Fortdauer des Ausfalls ganz zweifellos. Man hatte getadelt, daß die halbe Million, welche die Tabaksteuer in ihrer neuen Gestalt liefern würde, im Etat gar nicht erwähnt sei: natürlich, sagte Delbrück, wie sollte sie im Etat für 1869 erwähnt werden: sie wird ja erst im Sommer 1869 nach der Erndte festgestellt und dann Ende December fällig. Kein besseres Glück hatte ein Vorschlag Lasker's. Es hatte sich ergeben, daß 22 Procent der im Jahre beförderten Briefe Portofreiheit genossen hatten; hebe man diese Freiheit auf, so strömen uns große Summen zu. Delbrück bemerkte, der

größte Theil jener Briefe enthalte die Dienstcorrespondenz der Behörden; belaste man sie mit Porto, so müßten es die Staaten zahlen; es sei also gleichbedeutend mit einer entsprechenden Erhöhung der Matricularbeiträge.

Genug, das ordentliche Budget bot keine Mittel für die außerordentlichen neuen Schöpfungen der Marine. Nur die Realisirung der Anleihe konnte helfen.

Je unabweisbarer diese Thatsache hervortrat, desto leidenschaftlicher entwickelte sich die Debatte über die Miquel'sche Clausel. Jede Partei schob dem Gegner die Verantwortung für das Unheil des Vaterlandes zu, wenn er eigensinnig auf seiner Meinung beharre. Unaufhörlich flog der Vorwurf doctrinärer Starrheit und mangelnden Patriotismus hinüber und herüber. Indessen blieb bei diesem Feuerwerk ein großer Theil des Hauses kalt. Von verschiedenen Seiten kam der Ruf, alle diese Recriminationen seien nutzlos. Alle Welt sei einig in dem Wunsche, die deutsche Flotte mächtig erstehn zu sehn! es müsse doch möglich sein, eine Vermittlung zu finden, wobei der Wille der Nation verwirklicht und zugleich keine Partei zur Verletzung ihrer Principien genöthigt würde. Da erhob sich, um den Weg zu einer solchen Vermittlung anzudeuten, Otto Camphausen, damals einer der höchsten Beamten des preußischen Finanzministeriums, gleich bewährt als Techniker dieses Faches wie als alter Parlamentarier, dessen Reden durchgängig auf rhetorischen Schmuck und Farbenwechsel verzichteten, aber durch erschöpfende Sachkenntniß, geschlossene Logik und sicheres Urtheil über das Erreichbare stets zum Zwecke trafen. Er knüpfte an eine heftige Äußerung von Schulze-Delitzsch an, es sei unerhört, daß der Bundesrath, dem erst der Reichstag das Anleiherecht durch

Eintragung in die Verfassung zugebracht habe, jetzt dem Reichstage die Controle über dessen Ausübung verweigern wolle. Camphausen erinnerte daran, daß bei diesem Gegenstande sehr verschiedene Arten von Aufsichtsbehörden möglich seien, daß in Preußen durch ein Gesetz von 1850 die Schuldenverwaltung mit den strengsten Controlen umgeben sei, daß sich diese Einrichtung jetzt während 18 Jahren ausnahmslos bewährt habe. Als 1867 der Bundesrath bei Gelegenheit der Marine-Anleihe auch die Vorlage eines Gesetzes über das Bundesschuldenwesen ankündigte, war der Glaube allgemein, das Gesetz werde im Wesentlichen die trefflichen preußischen Vorschriften auch auf die Verwaltung der Bundesschulden übertragen und dabei im Reichstage keinen Widerspruch finden. Auch die Regierungen, sagte er, waren überrascht, als das Gegentheil eintrat, und vollends, als nebenbei ein politisches Princip von weitgreifender Bedeutung dem Gesetze eingefügt werden sollte. Es war natürlich, daß sie darauf einzugehn weigerten. Er mahnte dringend beide Parteien, durch fortgesetzten Zank die Erbitterung nicht zu steigern, sich nicht selbst durch heftige Betheuerungen die Hände für die Zukunft zu binden, sondern auf Verständigung und Ausgleich zu sinnen. Er erhielt lebhaften Beifall, der freilich ein letztes grimmiges Wortgefecht zwischen Wagener (Neustettin) und dem Grafen Schwerin nicht verhütete. Dann aber schloß die Generaldebatte, und am 9. Juni begann die specielle Erörterung der einzelnen Posten des Etats. Der Etat der Marine wurde einstweilen ausgesetzt, und über alle übrigen Abschnitte ergab sich dann am 9. und 10. Juni eine Verhandlung, die weit mehr den Charakter einer akademischen Besprechung, als eines parlamentarischen Kampfes hatte. Es

fehlte nicht an kritischen Bemerkungen, Wünschen für die Zukunft, selbst an einigen harmlosen Anträgen; die Summe aber der Abstimmungen war endlich, stets abgesehn vom Marine-Etat, die Genehmigung aller Posten des Etats. Die Gedanken waren weniger auf die vorliegenden Ziffern, als auf die nächsten Mittheilungen des Bundesraths gerichtet.

In der That hatten sich die Regierungen auf einen Vermittlungs-Vorschlag in dem von Camphausen bezeichneten Sinne geeinigt und dafür die Zustimmung des wegen Krankheit abwesenden Bismarck als auch die Genehmigung des Königs erhalten. Als nun am 10. die Abstimmung über die Angaben des Etats sich bereits dem Schlusse näherte, meldete Simson dem Hause den Eingang eines vom Bundeskanzler übersandten Gesetzentwurfs folgenden Inhalts an: Die Verwaltung der 1867 vom Reichstage für die Marine-Zwecke bewilligten Anleihe wird bis zum Erlaß eines definitiven Gesetzes über die Verwaltung der Bundesschulden der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen und von dieser nach Maaßgabe des Gesetzes von 1850 und unter der Verpflichtung geführt, keine Zinsconvertirung als auf Grund eines speciellen Gesetzes vorzunehmen. Die obere Leitung steht dem Bundeskanzler zu, jedoch erstreckt sich der auf Grund des preußischen Gesetzes abgelegte Eid der Beamten, keinen gesetzwidrigen Befehl der Regierung auszuführen, fortan auch auf die Verwaltung der Bundessachen. Die Verwaltung wird durch eine Bundesschulden-Commission beaufsichtigt, in welche drei Mitglieder des Bundesraths und drei des Reichstags, gewählt von ihren Committenten, sowie der Präsident der preußischen Oberrechenkammer eintreten. Sie hat jeder Zeit das unbedingte Recht der Einsicht in alle

Acten, Bestände und Maaßregeln der Verwaltung und wird jährlich dem Reichstag Rechnung über dieselbe zur Entlastung vorlegen.

Der vorgeschlagene Ausgleich bestand also darin, daß nicht im Allgemeinen über die bleibende Einrichtung der Bundesschulden-Verwaltung bestimmt wurde, wobei dann nothwendig eine Partei auf ihre Grundsätze über die Clausel Miquel hätte verzichten müssen, sondern daß für jetzt nur die Verwaltung der Anleihe von 1867 eine provisorische Regelung in einer Weise erhielt, welche alle erforderlichen Cautelen für die Sicherheit der Staatsinteressen darbot.

Das Haus beschloß sogleich auch für diese Vorlage eine Vorberathung im Plenum; der Tag für dieselbe wurde aber noch nicht bestimmt, da alle Welt vor der öffentlichen Erörterung der entscheidenden Frage Berathungen innerhalb der Fractionen und zwischen ihnen wünschte.

Über den Verlauf dieser Gespräche liegen keine Berichte vor. Die Ergebnisse traten sehr bald zu Tage.

Die Fortschrittspartei hatte von Anfang an keine Anleihe für den jungen Bundesstaat gewollt, und sie sich höchstens gefallen lassen, wenn damit die Verantwortlichkeit der Minister erreicht würde. Von dem Vermittlungsantrag wollte sie also nichts wissen. Daß mit dessen Verwerfung die Entwicklung der Marine in völliges Stocken gerathen würde, machte bei ihr keinen Eindruck. Für die Marine zeigte sie überhaupt nur ein schwaches Interesse, und vollends wegen einer, zur Zeit noch nicht einmal erkennbaren, Kriegsgefahr ein hohes Princip politischer Freiheit aufzugeben, wies sie energisch zurück. Ein Staat, der auf die Freiheit verzichtet, war Waldeck's Ausspruch, verdient nicht zu leben.

Ihnen gegenüber hatten die Conservativen, Freiconservativen und Altliberalen stets gegen Miquel's Clausel gestimmt, ließen sich aber den neuen Antrag, der sie wenigstens in das Ungewisse vertagte, im Hinblick auf die Pflege der Marine und die Versöhnung der beiden Bundesgewalten gefallen.

Bei dieser Lage der Dinge gab der Entschluß der großen nationalliberalen Partei den Ausschlag. Sie hatte bis dahin für die Verantwortlichkeit der Minister Seite an Seite mit der Fortschrittspartei tapfer gestritten. Jetzt aber, wo die Festigkeit der Regierung und die enge Finanzlage die Frage auf die Spitze stellte: auf eine unbestimmte Zeit entweder Verzicht auf die Marine oder auf die Clausel, da zeigte sich, wie weit trotz der Gemeinschaft gewisser constitutioneller Schlagworte ihre Gesinnung von der der radicalen Parteien verschieden war. Sie hatten warme Herzen für die deutsche Seemacht; sie entschieden sich für die Annahme des Vermittlungsantrags. Wenn ich, sagte Lasker in offenem Gegensatz gegen Waldeck's Ausführungen, nur die Wahl habe zwischen der Schädigung des Vaterlandes und dem Aufgeben eines Freiheitsrechtes, so stimme ich heute, und werde stets so stimmen, für das Vaterland.

Aber freilich, so verständig es war, eine unhaltbar gewordene Stellung zu verlassen, nach allem Vorangegangenen blieb es für die Partei ein Rückzug. Als dann am 15. Juni die Verhandlung im Plenum begann, entwickelte sie sich rasch zu einer leidenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen den ehemaligen Verbündeten. Mit allen Waffen des Spottes und des Pathos führte die Fortschrittspartei den abgefallenen Freunden ihre Schwäche und Charakterlosigkeit zu Gemüthe;

mit bitterem Hohne ließ sie aus deren frühern kampfesmuthigen Reden die Citate auf sie herab regnen, von der Unmöglichkeit irgend eines Zurückweichens in dieser für den Kampf so äußerst günstigen Frage. Wie sich versteht, fehlte es den so hart Angegriffenen am Stoffe zur Abwehr und zu Gegenklagen nicht; an einzelnen Punkten griffen auch wohl Delbrück oder einzelne Conservative mit nachdrücklicher Polemik gegen die Fortschrittspartei ein. Löwe (Kalbe) hatte die Geldvergeudung für die Marine beklagt, welcher man jetzt freie Bahn eröffnete. Ihm erwiderte General von Moltke[1]): welcher verständige Mensch würde nicht wünschen, daß die enormen Ausgaben, die in ganz Europa für Militärzwecke gemacht werden, für Friedenszwecke gemacht werden könnten. Eine internationale Verhandlung aber, wie man sie oft dafür empfohlen hat, wird das nie zu Stande bringen. Ich sehe für den Zweck nur eine Möglichkeit, und das ist, daß im Herzen von Europa sich eine Macht bilde, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann. Deswegen glaube ich, daß wenn dieses segensreiche Werk jemals zu Stande kommen soll, es von Deutschland ausgehn wird. Aber, meine Herrn, erst dann wird dies geschehn, wenn Deutschland stark genug ist, das heißt, wenn es geeinigt sein wird. Um aber dahin zu gelangen, trotz Europas Mißgunst, dazu brauchen wir Armee und Flotte, und ich vertraue deshalb, daß Sie das von der Regierung gebotene Gesetz annehmen werden.

Moltke's Rede erinnert an das berühmte Wort Friedrich's des Großen: wäre ich König von Frankreich, so sollte in ganz Europa kein Kanonenschuß ohne meine Erlaubniß abgefeuert

[1]) Stenogr. Berichte S. 442 und 450.

werden. Moltke konnte den Spruch ändern: wenn König Wilhelm deutscher Kaiser wird, so wird er das Kanonenschießen in Europa verbieten. Es war unmöglich, den kurzsichtigen Jammer über den sogenannten Militarismus treffender zurückzuweisen. In wahrhaft prophetischer Rede hatte der große Feldherr der europäischen Welt das Bild der kommenden Zukunft gezeichnet.

Der Reichstag entsprach unter lebhaftem Beifall seiner Aufforderung mit 151 gegen 42 Stimmen. Unmittelbar nachher legte Delbrück, in der sichern Voraussicht eines gleichen Ergebnisses in der dritten Lesung, den Etat vor, wie er jetzt nach Realisirung der Anleihe sich stellen würde. Die Schlußberathung fand darauf am 19. Juni Statt. Es wurde darin zuerst der Vermittlungsvorschlag, und unmittelbar nachher der ganze Etat, in seiner definitiven Fassung unverändert angenommen. Gleich darauf fand auch die Wahl der drei Reichstagsmitglieder für die neue Schulden-Commission Statt.

Hiemit war dann der innere Friede hergestellt, und nach so vielen Mißerfolgen für die Regierungen ein wichtiger Sieg erfochten. Die Marine hatte erhebliche Geldmittel erhalten, und der Andrang der Liberalen auf Erweiterung der parlamentarischen Macht war fehlgeschlagen. Freilich, ob hierin ein Symptom auf ruhigere Tage in der Zukunft zu erkennen sei, lag völlig im Ungewissen; gerade auf dem finanzpolitischen Gebiete waren zwar die errungenen Vortheile für den Augenblick äußerst angenehm, aber die allgemeine Lage zeigte schwere Bedenken schon für eine nahe Zukunft. Der Bundesetat für 1869 ergab eine Gesammtausgabe von 77,7 Millionen Thalern (darunter 66 für die Armee, 1½ für Küstenvertheidigung, 8½ für die Marine). Dagegen stand eine Einnahme aus

den eignen Quellen des Bundes von 49,3 Millionen; der Fehlbetrag wurde durch 5,1 Millionen aus der Anleihe und durch 23,3 Millionen Matricularbeiträge gedeckt. Dringend nothwendig erschien also eine Erhöhung der ordentlichen Einnahmen des Bundes; eine solche konnte aber in ausgiebiger Weise nur das Zollparlament verschaffen, und was war nach den bisherigen Erfahrungen von dem Zollparlament zu erwarten?

So schloß die finanzpolitische Thätigkeit dieses Reichstags ab. Wir haben hier noch einen Blick auf die gesetzgeberischen Ergebnisse seiner letzten Wochen zu werfen.

Zunächst ist die Bestätigung neuer Postverträge mit der Schweiz und Belgien, sowie eines Telegraphenvertrags mit Luxemburg zu erwähnen.

Sodann wurde die weitere Ausbildung der Bundesverwaltung vielfach angeregt, und wo es irgend thunlich war, der Mangel eines collegialen und verantwortlichen Ministeriums in Erinnerung gebracht. Zu förmlichen Anträgen und Beschlüssen darüber kam es jedoch nicht mehr. Nur zum Budget fand eine Resolution des Grafen Bethusy-Huc Annahme, Aufforderung an den Bundeskanzler: die noch auf dem preußischen Etat stehenden Kosten des auswärtigen Amtes auf den Bundesetat zu übernehmen. Weiter sind in diesem Zusammenhang zwei Vorlagen des Bundesrathes aufzuführen. Die eine betraf die Einrichtung eines geordneten und unabhängigen Rechnungswesens zur Sicherung der gesetzmäßigen Erhebung und Verwendung der Einnahmen des Bundes. Das Bedürfniß einer solchen Behörde war, wie keiner Ausführung bedarf, dringend in jedem Sinne; es fehlte aber für jetzt völlig an der Zeit, eine neue Schöpfung vorzubereiten und durchzuführen. Der Bundesrath schlug also vor, hier

wie bei der Schuldenverwaltung zu verfahren, und bis zu einer definitiven Regelung die entsprechende preußische Behörde, die ebenfalls durchaus bewährte Oberrechnungskammer, mit der gleichen Aufgabe für den Bundesdienst zu beauftragen. Es wurde zwar von Twesten und Kirchmann hervorgehoben, daß die Instruction dieser Behörde aus dem Jahre 1824 stamme, also nicht überall mit den Grundsätzen des constitutionellen Staatswesens zusammen stimme; das Haus nahm deshalb einen Antrag Twesten's an, die vorgeschlagene Einrichtung für jetzt auf die drei Jahre 1867, 1868, 1869 zu beschränken, lehnte aber, bei der Kürze dieses Termins, jedes weitere Eingehen auf die sachlichen Bedenken Kirchmann's ab.

Eine zweite Vorlage betraf einzelne Rechtsverhältnisse sämmtlicher Bundesbeamten. Zu der Ausarbeitung einer Dienstpragmatik hatte auch hier die Zeit nicht ausgereicht; man hatte sich also begnügt, einige unaufschiebliche Fragen durch ein besonderes Gesetz zu erledigen. Es handelte sich zunächst um die häufigen Versetzungen der Bundesbeamten aus dem Gebiete eines Bundesstaats in den andern, und die hieran sich knüpfenden Fragen des gesetzlichen Domicils, Heimathsrechts, Steuerpflicht u. s. w. Der Reichstag erklärte sich mit den Bestimmungen des Entwurfs überall einverstanden. Nur daß die Bundesbeamten in der Besteuerung überall ebenso behandelt werden sollten, wie die Landesbeamten des Staates, in dem sie wohnten, erregte den Unwillen der Versammlung. Denn es wurde daran erinnert, daß in Preußen und in mehreren Kleinstaaten, also im größten Theil des Bundes, die Landesbeamten zwar für die Staatssteuern wie alle andern Einwohner behandelt würden, für die Gemeindesteuer aber

nur die Hälfte ihres Gehalts in Anrechnung käme, und daß dieses gehässige Privileg jetzt auch auf die Bundesbeamten ausgedehnt werden sollte. Die Debatte steigerte sich rasch zu sehr lebhaftem Ton. Als Delbrück hervorhob, es sei doch ganz unmöglich, die Bundesbeamten schlechter zu stellen als die Beamten des Einzelstaats, erfolgte die Antwort: nichts einfacher als die Gleichstellung auf dem Boden des Rechts zu bewirken: führt das Privileg nicht für die Bundesbeamten ein, sondern schafft es auch bei den Staatsbeamten ab. Dabei blieb es: das Privileg wurde für's Erste den Bundesbeamten versagt.

Eine längere Reihe von Gesetzentwürfen bezog sich auf verschiedene Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt.

Die Aufhebung aller Zinsbeschränkung im vorigen Jahre veranlaßte einen Antrag der conservativen Partei auf vollständige Abschaffung der Schuldhaft. Jetzt, wo ein schlimmer Gläubiger sich die abscheulichsten Wucherzinsen erpressen dürfe, sei es unerträglich, daß der Richter verpflichtet bleibe, zur Erreichung eines so schändlichen Zwecks durch Einsperrung des Schuldners zu helfen. Die Juristen hatten gegen den Antrag, der weitere Änderungen in der Proceßordnung nothwendig machte, mancherlei Bedenken, und der Bundesrath setzte ihm deshalb einen Gesetzentwurf von gleicher Tendenz, aber von umsichtigerer Ausarbeitung entgegen, der dann auch nach kurzer Berathung beim Reichstage Annahme fand.

Ähnlich verlief sich die Behandlung eines andern gleichfalls aus dem Reichstage hervorgegangenen Antrags. Die durch die rastlose Thätigkeit Schulze's (Delitzsch) seit etwa zehn Jahren in das Leben gerufenen Genossenschaften, welche ohne Beihülfe des Staats und ohne gewaltsame Umwälzung

durch gemeinsame Thätigkeit ihren Mitgliedern Credit, billigere Rohstoffe, selbständige Fabrikanlagen, wohlfeileren Haushalt zu verschaffen suchten, hatten damals große Erfolge gewonnen und sich weit und breit durch ganz Deutschland verbreitet. Man zählte etwa 1300 bis 1400 solcher Vereine, davon 1200 im Gebiete des norddeutschen Bundes, deren Vorschüsse an die Mitglieder im Jahre sich auf mehr als 67 Millionen Thaler beliefen. Ihre Organisation, wie sie sich im praktischen Verlauf herausgebildet hatte, war bis dahin in keiner Gesetzgebung vorgesehn; sie glich in mancher Beziehung hier einer offenen, dort einer geschlossenen Handelsgesellschaft, dann wieder einer Aktiengesellschaft oder einem freien öffentlichen Verein: jedenfalls trat bei ihrer Ausdehnung das Bedürfniß gesetzlicher Regelung ihrer privatrechtlicher Beziehungen, (Verhältniß des Vereins zu den Behörden, zu seinen Mitgliedern, seinen Beamten, seinen Schuldnern, seinen Gläubigern u. s. w.) immer gebieterischer hervor, und so hatte im Einklange mit Schulze (Delitzsch) die preußische Regierung 1867 mit dem Landtage ein Gesetz vereinbart, welches überall bei den Genossenschaften als völlig zweckgemäß anerkannt wurde. Deshalb brachte jetzt Schulze (Delitzsch) bei dem Reichstag den Antrag ein, dieses preußische Gesetz möglichst unverändert zum Bundesgesetz zu erheben. Der Reichstag stimmte zu, der Bundesrath aber überwies vor einer Beschlußfassung den Antrag einer Prüfung durch seine bereits in Thätigkeit getretene Commission für eine neue Civilproceß-Ordnung. Das Ergebniß war nach einigen Wochen eine lange Reihe kleiner, meist nur stylistischer Verbesserungen — reine Sylbenstechereien, brummte Twesten; aber, rief Schulze, ich nehme sie alle ohne irgend ein

Bedenken an. So that auch der Reichstag, und gerade am letzten Tage der Session kam das wichtige Gesetz zu Stande.

Die durchaus gerechtfertigte Sorgfalt, womit der Bundesrath jeden neuen Antrag einer Prüfung seiner weitern Einwirkung auf die bestehenden Rechtsordnungen unterzog, und damit gründlicher aber auch langsamer arbeitete, als es von manchem Ungeduldigen gewünscht wurde, veranlaßte in dieser Session unmittelbar vor Thorschluß bei einem Gegenstande von höchster Bedeutung einen eigenthümlichen Act der Beschleunigung. Gleich nach dem Erscheinen des Gesetzes über die Freizügigkeit mußte es deutlich werden, daß einem Einwanderer die Erlaubniß zum persönlichen Aufenthalt nichts nütze, wenn es ihm verboten bleibe, dort sich durch sein Gewerbe zu ernähren. Bei der unendlichen Mannichfaltigkeit der Gewerbe- und Gemeindeordnungen in den verschiedenen Staaten, Provinzen und Ortschaften des Bundes war die Aufstellung einer neuen Gewerbeordnung für den ganzen Bund eine ebenso schwierige wie dringende Aufgabe, deren Lösung man schon 1867 vergebens versucht hatte. Im folgenden Jahre hatte der Bundesrath ein großes Gesetz von 172 Paragraphen darüber vorgelegt, ganz und gar auf den Grundsätzen der Gewerbefreiheit auferbaut. Eben deshalb wehrte sich die conservative Partei in der Commission mit frischer Erbitterung gegen jeden Paragraphen, so daß noch weithin kein Ende abzusehn war, als die Session sich ihrem Ende zuneigte. Da griffen Lasker und Miquel ein, um der gerade an dieser Stelle höchst erregten Volksstimmung wenigstens einige Frucht zu bieten. Sie nahmen keine positiven Bestimmungen aus der großen Regierungsvorlage in

ihren Antrag hinüber, wohl aber vier negative, welche allerdings die drückendsten Bande vollständig zerschnitten:

Die Zünfte können keinem Nichtzünftigen die Ausübung seines Gewerbes verbieten —

niemand kann gehindert werden, mehrere Gewerbe zu betreiben — oder Gesellen und Lehrlinge nach Belieben anzunehmen, oder als Arbeiter bei jedem Arbeitgeber ohne Unterschied des Gewerbes einzutreten —

ein Unterschied von Stadt und Land für gewerbliche Thätigkeit findet nicht mehr Statt.

Delbrück erklärte darauf, daß der Bundesrath einen Beschluß über den Antrag noch nicht habe fassen können; er persönlich stehe nicht an, sein Einverständniß damit auszusprechen; er verstehe den Antrag übrigens dahin, daß er nicht einen Gegensatz gegen die Regierungsvorlage bezeichnen, sondern nur ein provisorisches Zugeständniß enthalten solle, das nach Berathung der großen Vorlage von selbst in Wegfall käme.

Die Antragsteller bestätigten diese Auffassung, zogen einen beanstandeten Paragraphen zurück und lehnten, um die Hauptsache zu sichern, jede von Links oder Rechts her vorgeschlagene Verbesserung höchst entschieden ab. So gewannen sie die Zustimmung des Reichstags und konnten auch auf die Bestätigung durch den Bundesrath rechnen.

Durch diese drei Gesetze über Schuldhaft, Genossenschaften und Beginn der Gewerbefreiheit waren neue mächtige Quellen eröffnet, aus denen sich weitere Befruchtung der Arbeit und des Verkehrs über das gesammte Gebiet des Bundes ergießen sollte.

Schließlich ist hier zu Ehren dieser Session noch hervorzuheben, daß damals Bundesrath und Reichstag in gemein-

samer Thätigkeit dem deutschen Volke das metrische und decimale Maaß- und Gewichtssystem verschafft, und damit auch eine starke Anregung zur Reform des deutschen, bisher so heillos zersplitterten Münzwesens gegeben haben. Und ferner ist hier hinzu zu fügen, daß mit gleicher Einmüthigkeit die Bundesgewalten das kurz zuvor erlassene preußische Gesetz, welche die öffentlichen Spielbanken auf den 31. December 1872 beseitigte, für das ganze Bundesgebiet in Kraft gesetzt haben.

Nehmen wir dies Alles zusammen mit den schon früher erwähnten Arbeiten des Frühlings, so begreifen wir, daß, trotz der Mißerfolge im Zollparlament, trotz des politischen Zankes im Reichstag und trotz vielfach hervortretender Mißstimmung in den annectirten Provinzen, der König in der die Session beschließenden Thronrede dem Hause mit warmen Worten den Dank für die angestrengte und erfolgreiche Thätigkeit aussprechen und die hohe Bedeutung der erlangten Erfolge rühmend hervorheben konnte. Denn der Parteienstreit im Parlament und die Mißstimmung im Lande gingen vorüber, was aber blieb und wuchs, war die Wirkung jener befreienden Gesetze, wodurch das ganze Dasein der Menschen in Gewerbe und Verkehr, in Arbeit und Genuß auf eine höhere Stufe der Entwicklung gehoben wurde, so daß schon vor dem Ablauf eines Menschenalters die Erinnerung an das frühere Leben unter der nationalen Zersplitterung erloschen, und der Zustand im nationalen Bund und Reich zur selbstverständlichen Thatsache geworden ist, natürlich unter dem Vorbehalte für jeden freien Mann, jetzt auf dem fruchtbaren Boden eben so viel zu tadeln und zu streiten, wie früher auf dem dürren.

2. Capitel.

Schwankungen der französischen Politik.

1. Erhebung des Liberalismus.

In Deutschland hatte die Regierung durch ihre großen Kriegserfolge die Macht erlangt, die Bewegung der politischen Parteien in festen Schranken zu halten. Zugleich aber hatte sie durch die nationale Bedeutung ihrer Siege die Herzen der Majorität wenigstens in Norddeutschland gewonnen, darauf gestützt, ohne Ängstlichkeit die bestehenden Freiheitsrechte der Bürger anerkannt und erweitert, und der Volksvertretung im Bunde eine starke und einflußreiche Stellung eingeräumt. Gewiß, der Fluß der Dinge stand nicht still; neue, weitere Forderungen erhoben sich, aber ein stabiles Gleichgewicht war für längere Zeit gesichert.

Anders stand es in Frankreich. Um diese letzte Phase des zweiten Kaiserreichs und damit die Ursache des großen Kriegs richtig aufzufassen, müssen wir uns den bisherigen Verlauf in raschem Überblick vergegenwärtigen. Nach seinem Ursprung war das Kaiserthum das Erzeugniß eines revolutionären Umsturzes, eines socialen Kriegsstandes. Gegen=

über der herandrohenden Gefahr weiterer Erschütterungen und communistischer Tyrannei hatte Alles, was in Frankreich zur besitzenden und erwerbenden Classe gehörte — und dazu zählte die überwältigende Masse der bäuerlichen Bevölkerung — den rettenden Staatsstreich Louis Napoleon's mit all seinen Blutthaten jubelnd begrüßt, und die darauf begründete, alle politische Freiheit vernichtende Dictatur ohne Widerspruch auf sich genommen. Genug, es war wieder Ordnung und Ruhe im Lande. Man schwelgte in der Sicherheit des Eigenthums, der Entfaltung der Industrie und des Verkehrs, der Steigerung jeder Art der materiellen Genüsse. Um so grimmiger aber kochte die Wuth in den Herzen der für den Augenblick niedergeworfenen Parteien. Der Meineidige des 2. December blieb für sie ein Bandit, den mit allen Waffen zu bekämpfen als heilige Pflicht jedes Patrioten erschien.

Anfangs konnte Napoleon mit Verachtung auf diese wilden Leidenschaften herabblicken. Er war populär bei dem Clerus, der Armee, den Bauern. Seine Verwaltung errang mit großer Einsicht bedeutende Erfolge auf dem wirthschaftlichen Gebiete, und, was wohl die Hauptsache war, in den ersten sieben Jahren seiner Regierung wurde seine auswärtige Politik so kräftig und umsichtig geführt, daß Frankreich sich plötzlich wieder an der Spitze des ganzen europäischen Staatensystems befand. Ein Fürst in solcher Stellung ist noch niemals, und am Wenigsten in Frankreich, gestürzt worden.

Indessen wirkte auch hier die Alles verwandelnde Zeit, und mit der Dauer seiner Macht erlebte das Kaiserthum eine rasch fortschreitende Umgestaltung seiner Grundlage. Das Grauen vor dem rothen Gespenst hatte wie den Besitz,

so auch die Bildung in Frankreich zur Anerkennung des Staatsstreichs geführt. Aber je weiter vor dem kräftigen Walten der Regierung die revolutionäre Gefahr zurücktrat, desto größere Kreise begannen die Frage zu erheben, weshalb die Dictatur noch nothwendig sei. Seit 1815 hatte man so unbefangen Frankreich und Paris als die Quelle aller politischen Freiheit auf dem europäischen Continent gepriesen, und sah jetzt anstatt der großen Grundsätze von 1789 die Allmacht einer höchst willkürlichen Polizei, die Knebelung der Preßfreiheit und des Vereinsrechts, die Wahlen zur Volksvertretung, zwar nach allgemeinem Stimmrecht, aber unter herrischer Bevormundung durch die Staatsbehörden in Wirksamkeit. Scham und Zorn erfüllten gerade die besten Elemente des Volkes, die Geister, in denen noch eine ideale Richtung und ein patriotischer Gemeinsinn pulsirte. Ging dies so fort, so würde sehr bald der Kaiser mit einer Schaar eigennütziger Stellenjäger einsam zwischen seinen Bauern und Soldaten stehn, ohne Verbindung mit dem geistigen Leben der Nation.

Es war der begabteste unter seinen damaligen Rathgebern, sein Halbbruder Morny, der, wie er einst beim Staatsstreiche das Beste gethan, auch zuerst die Nothwendigkeit einer neuen Wendung der innern Politik in das Auge faßte. Aus dem autoritären müsse ein liberales Kaiserthum werden. Natürlich, nicht an einem einzigen schönen Festtage würde Napoleon seine sämmtlichen Herrscherrechte zu den Füßen der Volksvertretung niederlegen: nein, unter allen Umständen sollte er die Macht der Entscheidung behalten; aber er besaß eine solche Fülle der Rechte, daß er eine lange Reihe einzelner Geschenke, ohne irgend ein Wagniß für die

Festigkeit seiner Krone, dem erfreuten Parlamente und dem hoffentlich dankbaren Volke darbringen konnte. Man machte 1860 eine Probe, indem man dem gesetzgebenden Körper, wie dort die Volkskammer hieß, das Recht verlieh, auf die Thronrede des Kaisers bei Eröffnung der Tagung mit einer großen Adreßdebatte zu antworten; zugleich führte man die amtliche Veröffentlichung aller Kammerverhandlungen ein. Aber wie nun weiter?

Offenbar bedurfte man zur Lösung der Aufgabe eines im Parlamente hervorragenden Mannes, der zugleich von liberaler und monarchischer, und zwar bonapartischer, Gesinnung erfüllt, fest in seinen Grundsätzen und sicher in der Behandlung gegebener Verhältnisse war. Aber ein solcher Phönix war schwer zu finden. Die große Mehrheit der Abgeordneten war durchaus nicht liberal und ebenso wenig geistreich; die kleine Opposition zwar talentvoll, jedoch ganz entschieden republikanisch. Indessen gerade in dieser Gruppe entdeckte Morny's Scharfblick den Mann, den er suchte, den Abgeordneten eines urdemokratischen Pariser Stadtviertels, Emil Ollivier, den Sohn eines schwer verfolgten Republikaners von 1848, den Zögling und Liebling des großen, seitdem exilirten Volkstribunen Ledru-Rollin, einen Mann also, der wenn irgend jemand der republikanischen Fahne fest verpflichtet schien. Ollivier aber ließ sich durch seine Vergangenheit nicht binden. Er war im kräftigsten Mannesalter, ehrgeizig und selbstbewußt, leicht erregbar und in hohem Maße eitel; er wünschte nicht mehr zu wühlen, sondern zu herrschen, nicht mehr zu zerstören, sondern zu bauen; er hatte gelernt, wie viel geräuschvolle und inhaltsleere Phrase in den Verheißungen seiner republikanischen Freunde sich vor-

fand, wie wenig Freiheit von der unduldsamen Herrschsucht der jacobinischen Schule zu erwarten war; der Abfall von ihr war längst in seinem Innern vollzogen. So fand ihn Morny, als er 1864 ihm einen liberalen Gesetzentwurf der Regierung, zu Gunsten der bis dahin streng verpönten Arbeiter-Coalitionen vorlegte, und ihn bat, die Vertretung desselben im Hause zu übernehmen; es werde nur der erste Schritt auf liberalen Wegen auch für die Regierung sein, welche in dieser neuen Laufbahn überall mit Freude seinen Rathschlägen Gehör geben würde. Der Werber hatte damit den richtigen Ton angeschlagen, Ollivier widerstand dem Bilde nicht, nach seinen liberalen Grundsätzen Frankreich organisirt und hoffentlich unter seiner Lenkung regiert zu sehn; wie wenig käme dabei noch auf die Aufschrift Monarchie oder Republik an! Genug, er schlug ein. Robespierre's Biograph Hamel versichert, Ollivier habe für seinen Verrath an der heiligen Sache der Republik eine jährliche Rente von 30000 Franken erhalten: ich kann das nicht controliren, jedoch fordert es die Gerechtigkeit, daneben auch die andere Thatsache zu bemerken, daß ihm seine liberalen Grundsätze im Wesentlichen weder für Geld noch für Macht feil geworden sind.

Unzögerlich schritt er an das Werk. Sollte das liberale Kaiserthum, oder mit anderen Worten die constitutionelle Monarchie unter Napoleon III. allmählich verwirklicht werden, so war es unerläßlich, zunächst innerhalb des Parlamentes selbst, zwischen den monarchischen und den republikanischen Absolutisten das neue Banner aufzupflanzen. In der That gelang es, bei der Adreßdebatte von 1865 eine Gruppe von 61 Mitgliedern (unter 280) zu einem Antrage zu vereinigen, der der Dynastie Bonaparte die feste Anhäng-

lichkeit der Nation versicherte, und den Kaiser demnach aufforderte, diesem treuen Volke eine weitere Entwicklung der politischen Freiheit entgegen zu bringen. Der Antrag, von Rechts und Links bekämpft, wurde abgelehnt. Aber „die dritte Partei", die ihn gestellt hatte, war gegründet und wurde von mehr als einer Seite her durch günstige Umstände gefördert.

Zunächst war seit 1859 die Autorität des unbeschränkten Kaiserthums durch eine ununterbrochene Reihe von Mißgriffen und Fehlschlägen ihrer auswärtigen Politik in schlimmen Verfall gerathen. Eine aus verschiedenen Elementen gebildete Opposition hielt dem ehrgeizigen und reizbaren Volke in immer heftigeren Wiederholungen vor, wie sehr Frankreichs Machtstellung in Europa durch das von Napoleon zugelassene Heranwachsen der deutschen und der italienischen Einheit gelitten habe, ohne daß dem Kaiser dafür eine Compensation durch eignen Landerwerb gelungen sei. Das letzte Ziel der Opposition bei diesen Vorwürfen war nicht gerade baldiges Entflammen eines Eroberungskriegs, den sie selbst eher scheute als wünschte: ihr Streben ging auf den Nachweis der Unfähigkeit des persönlichen Regiments und die Verbreitung parlamentarischer Tendenzen im Volke. Allerdings mußte Napoleon die Gefahr gerade dieser Angriffe mit schwerer Besorgniß empfinden: am Wenigsten ein Bonaparte konnte auf die Dauer die Behauptung ertragen, daß unter ihm Frankreich eine Macht dritten Ranges geworden sei. Er fand sich also wider Willen gedrängt, auswärtigen Erwerbungen nachzugehn und weiteres Wachsthum der Nachbarn zu hindern, deshalb starke Allianzen zu suchen und die eigne Heeresmacht in immer höhere Bereitschaft zu setzen. Damit

wurde dann die ausgesprochene Sicherung des europäischen Friedens unmöglich, obgleich sie auch von dem französischen Volke, wie von jedem andern lebhaft ersehnt war.

Diese Sehnsucht erfüllte übrigens niemanden stärker als den Kaiser selbst. Nach allen Beziehungen seiner Natur war er ein Mann des Friedens und nicht des Kriegs. Er liebte zu denken, zu phantasiren, zu träumen, aber es wurde ihm schwer, den Entschluß zum Handeln zu fassen, und rasche Entschließung, wie der Krieg sie in jedem Augenblick fordert, war ihm immer unmöglich. Vollends als er 1859 die Greuel des Schlachtfeldes in dichter Nähe gesehn, waren seine Nerven schwer erschüttert und der Gedanke nochmaliges Blutvergießens ihm abscheulich. In dieser Lage traf ihn der für sein weiteres Dasein entscheidende Schlag: im Jahre 1865 erlebte er den ersten Anfall einer gefährlichen Nieren- und Blasenkrankheit, welche dann nach kürzeren oder längeren Zwischenräumen alljährlich mit wachsender Stärke wiederkehrte, manches Mal sich mit Ischias- oder Gichtschmerzen complicirte, jedenfalls aber die Hoffnung auf vollständige Heilung immer bestimmter ausschloß. Unter ihren quälenden Schmerzen versagten dem Kaiser die körperlichen und geistigen Fähigkeiten, sein einziger Gedanke war bewegungslose Ruhe. Nach der Beschwichtigung des Anfalls überschlug er in düsterer Sorge die Zukunft, die eigne und noch mehr die seines jungen Sohnes. Im August 1866, soeben vom Krankenlager erstanden, faßte er alle Erwägungen in den Satz zusammen: eine gründliche Änderung ist nöthig, ein vollständig neues System der auswärtigen und der innern Politik.

Er begann mit der erstern, indem er dem besiegten Österreich den Rücken kehrte, und dem siegreichen Preußen

jenes vielberufene Bündniß vorschlug, nach welchem er zunächst Luxemburg und weiterhin Belgien, Preußen aber Süddeutschland erhalten sollte. Dazu würde dann als dritter Genosse Italien treten, und ohne Blutopfer der Glanz des napoleonischen Namens in jeder Hinsicht hergestellt sein.

Aber wir sahn, wie die preußische Verhandlung sich hinzog. Im December faßte den Kaiser der Argwohn, Preußen würde nicht bloß die Allianz ablehnen, sondern ihm als offener Gegner vor Luxemburg in den Weg treten; er befahl auf alle Fälle dem Kriegsminister eine Reform des Heerwesens, die dessen Stärke verdoppeln würde. Bald nachher, Januar 1867, entschied sich definitiv das Scheitern des preußischen Bundesplans, und auch mit Italien gelang die Verständigung nicht. Ich habe keinen Bundesgenossen in Europa, sagte Napoleon seinen Ministern, ich kann mich nur noch auf mein Volk stützen. Sein Entschluß war gefaßt, den liberalen Weg einzuschlagen, durch freisinnige Zugeständnisse den Dank des Volkes zu gewinnen, und auf diesem festen Grunde den Thron und die Thronfolge zu sichern.

Leicht war ihm diese Entschließung nicht geworden, unzählige Male mochten sich Hoffnungen und Befürchtungen in seiner Seele abgelöst haben. Er wußte sehr wohl, mit wie grimmigem Hasse die Republikaner, Socialisten und Radicalen den Namen Bonaparte verfolgten, und wie zahlreich sie unter der städtischen Bevölkerung waren. Er durfte also nur langsam und stufenweise zu liberalen Zugeständnissen schreiten. Dann aber möchte bei der ganzen Masse aller constitutionell Gesinnten die Ungeduld erwachen, und jedes eingeräumte Freiheitsrecht als Waffe zu weiterer Beschränkung der Kaisermacht benutzt werden. Freilich, er selbst

sehnte sich nach dem Zeitpunkt, wo er einen Theil der Last und der Verantwortung auf andere Schultern legen und, gedeckt durch ein verantwortliches Ministerium, vom sichern Hafen aus dem Kampfe draußen zuschauen könnte. Aber würden dann diese Minister immer auch mit richtigem Blick und redlichem Willen im Interesse seiner Krone und seines Sohnes handeln? Würde das Parlament es ihnen immer gestatten? Wäre es schließlich doch nicht das Sicherste, in der bisherigen Weise das Steuer selbst zu regieren? Aber wie lange würde die durch Alter und Krankheit gelähmte Hand es noch festhalten können? Wäre nicht Eile zur Beschaffung des Ersatzes oder doch der Beihülfe nöthig?

Er hatte schon früher mit dem vornehmsten seiner Rathgeber, Rouher, die Frage besprochen. Rouher bekleidete damals das Amt des Staatsministers und war als solcher berufen, alle Vorlagen und die gesammte Politik der Regierung in den Kammern zu vertreten; damit ragte seine Stellung über die seiner Collegen hoch hervor, welche ohne Verbindung unter einander lediglich gehorsame Secretäre des Kaisers waren. Auf das erste Wort Napoleon's von Freisinn und Volksgunst wies Rouher den Gedanken energisch zurück, mit so gefährlichen Dingen wolle er in keiner Weise sich befassen. Napoleon aber blieb auf seinem Sinn, setzte sich jetzt mit Ollivier persönlich in Verbindung, und entwickelte diesem, welche Einräumungen er dem Liberalismus zu machen gedachte. Ollivier sprach seine große Freude über diese Tendenz aus, erachtete aber die Bewilligungen als unzureichend für eine bedeutende Wirkung. Vor Allem betonte er die Wichtigkeit einer unbedingten, offen angekündigten Friedenspolitik,

also die Zustimmung zu der Vollendung der deutschen und der italienischen Einheit; denn dann würde die begonnene, allgemein verhaßte Heeresreform überflüssig, und eine solche Popularität würde dem Kaiser zu Theil werden, daß er ohne Sorge für die Sicherheit seiner Krone sofort eine völlig liberale und parlamentarische Regierung würde einrichten können. Über die hiemit beantragte Abrüstung ging Napoleon schweigend hinweg; es waren die Tage, in welchen der Luxemburger Handel sich immer bedenklicher verwickelte. Als er dann Ollivier ein Ministerium anbot, lehnte dieser, der nicht unter Rouher dienen wollte, mit der höflichen Wendung ab, er hoffe als freier Abgeordneter dem Kaiser wirksamer nützen zu können, denn als Minister. Napoleon genehmigte: Ollivier's geistreiches und blendendes Gespräch hatte seine ganze Sympathie gewonnen, und an solchen Gefühlen, die nicht immer eine zuverlässige Menschenkenntniß zum Grunde hatten, pflegte er mit dauernder Zähigkeit festzuhalten. Nach einiger Zeit schrieb er ihm, er habe einige von ihm empfohlene Punkte in sein Programm aufgenommen, es damit aber auch definitiv abgeschlossen, da er weiter nicht gehn könne. Am 19. Januar 1867 wurde das Aktenstück in Gestalt eines Schreibens an den Staatsminister veröffentlicht. Es enthielt folgende Erklärungen:

Die 1860 eingeführte Adresse habe sich nicht bewährt; statt ihrer solle jedes Mitglied der beiden Kammern das Recht erhalten, bei ausreichender Unterstützung durch die Kammer Interpellationen an die Regierung zu richten.

Der Kaiser würde in einzelnen Fällen den betreffenden Ressortminister neben dem Staatsminister mit der Vertretung der Regierung im Parlamente beauftragen.

Ein Preßgesetz würde die Gewalt der Polizei über die Presse beschränken und die Beurtheilung der Preßvergehn den Gerichten überweisen.

Ein anderes Gesetz würde das Versammlungs- und Vereinsrecht regeln.

So vollende ich, schloß der Kaiser, endlich die Krönung des durch den Volkswillen errichteten Gebäudes.

Man sieht, so gerne Napoleon liberal und populär zu werden wünschte, so groß war daneben die Ängstlichkeit bei jedem Verzicht auch nur auf einen kleinen Theil seiner Macht. Die Möglichkeit, in einzelnen Fällen den Ressortminister mit der Kammer verhandeln zu lassen, war doch eine gar zu kleine Annäherung an die von den Liberalen gewünschte Verantwortlichkeit der Minister. Der Werth der in Aussicht gestellten Preßfreiheit und des Vereinsrechts war einstweilen bis zum Erlaß der verheißenen Gesetze völlig unbestimmt. Gerade hier aber sollte Napoleon die erste unangenehme Erfahrung auf dem Gebiete des Liberalismus machen.

Die Regierung erachtete die Preßfreiheit bis zum Erlasse des verheißenen neuen Gesetzes als den bisherigen Bestimmungen noch unterworfen. Im Lande aber war man der Meinung, nach dem Manifeste vom 19. Januar würde die bisherige Willkür der Preßpolizei wenn nicht ganz beseitigt, doch auf ein bescheidenes, festes Maaß beschränkt werden. So schrieb und druckte man, was das Herz begehrte, und natürlich die radicalsten Hitzköpfe am Eiligsten und Beleidigendsten. Von Jubel und Dankbarkeit war keine Rede; die gewährte Freiheit schien nur die Zahl der Feinde vermehrt oder die bisher versteckten an das Tageslicht gezogen zu haben. Nach dieser Erfahrung fiel es Rouher nicht schwer,

die Billigung des Kaisers zu scharfer Unterdrückung dieses Treibens zu gewinnen. Die Folge war nach einigen Monaten ein offner Bruch zwischen Napoleon und Ollivier. Dieser, der sich nicht bloß mit liberalen Worten abspeisen lassen wollte, bekämpfte am 12. Juli 1867 den Staatsminister in einer großen Rede als den Verderber der besten Sache, den Feind aller freien Gedanken; die Machtstellung, die er in solcher Art mißbrauche, sei unerträglich; mehr als ein Hausmeier, mehr als ein Großvezir herrsche er ohne Verantwortlichkeit als ein Vicekaiser. Napoleon sah darin eine Beleidigung seiner selbst und sandte dem Minister mit einem huldvollen Schreiben das Großkreuz der Ehrenlegion. Der persönliche Verkehr mit Ollivier wurde dadurch unterbrochen, und dieser wandte sich seitdem mit voller Energie wieder der Opposition zu, wo er bei jedem Anlaß die Forderung eines dem Parlamente verantwortlichen Ministeriums, als des Inbegriffs und der Garantie aller politischen Freiheiten, mit Thiers und der Linken wiederholte.

Dies war allerdings bei den activen Politikern aller liberalen Schattirungen ein fester Glaubensartikel, der in Zeitungen und Vereinen ihren Anhängern unaufhörlich eingeprägt wurde. Aber die große Masse der Bevölkerung, die Bauern auf dem Lande und die Gewerbtreibenden in den Städten hatten seit dem Alarm von 1848 den politischen Händeln überhaupt den Rücken gekehrt und sich unter dem „persönlichen Regiment" ihres wachsenden Wohlstandes erfreut. Hier empfanden sie nun seit 1866 einen schlimmen Druck durch die Unsicherheit des europäischen Friedens, und also ihres Credits und ihrer Speculationen. Wir sahn vorher, wie kräftig Ollivier dies dem Kaiser im Januar 1867 vorhielt: schaffen Sie

durch die Zustimmung zur deutschen Einheit sichern Frieden, so gewinnen Sie eine solche Popularität, daß Sie ohne Gefahr für die Krone die weitesten Freiheitsrechte gewähren können. Im Herbste 1867 bestätigte Rouher dieselbe Thatsache, allerdings zu entgegengesetzter Nutzanwendung: schaffen Sie sichern Frieden und lassen Sie die Heeresreform fallen, so entfachen Sie einen solchen Volksjubel, daß Sie unbedenklich die gefährlichen Geschenke vom 19. Januar zurücknehmen und den alten Zustand wieder herstellen können. Dann aber fand der Minister sich doch zu der schließlichen Erklärung gedrungen, ein so schönes Ergebniß sei zur Zeit noch nicht erreichbar. Es gehe eben nicht an, Süddeutschland den Preußen zu überlassen, um dann zu entwaffnen, da man in Salzburg mit Österreich Abrede genommen, und vor Allem die Gefühle der Armee nicht verletzen dürfe. So kam er zu dem Schlusse, man müsse wohl bei der gegenwärtigen Haltung bleiben, und sowohl die Preßfreiheit gewähren lassen als die Armee verstärken.

So wurde Niel's Heeresreform in dem Winter von 1867 auf 1868 der Hauptgegenstand der parlamentarischen Kämpfe. Bürger und Bauern wütheten, wie wir oben sahn, über die vermehrte Militärlast, für die sie keinen Grund fanden, und deren bloße Ankündigung das Vertrauen auf die Dauer des Friedens störte. Hier setzten nun die Redner und Schriftsteller der Opposition ein, in voller Freude, daß diese bisher so unverwüstlich kaiserlichen Bauern und Krämer endlich mißvergnügt und mißtrauisch wurden. „Ihr wißt, rief man, keinen Grund für diese colossale Rüstung. In der That, die ganze Welt will ebenso wie Ihr den Frieden. Wer den Krieg will, das ist der Kaiser. Nachdem er durch seine blödsinnige

Politik Frankreichs Ansehn in Europa ruinirt und sich damit auch das Herz des Volkes entfremdet hat, fühlt er jetzt das Bedürfniß, durch auswärtige Triumphe sein Ansehn im Innern zu erneuen und seinen verblaßten Purpurmantel im Blute Frankreichs wieder aufzufärben. Wollt Ihr dies hindern, und die Segnungen des Friedens bewahren? Es gibt Ein Mittel, und bei den nächsten Wahlen habt Ihr es in der Hand. Die Minister müssen der Volksvertretung unterworfen werden; sie müssen nicht mehr den Launen des Kaisers, sondern dem Willen der Nation dienen." So wurde schon 1868 für die im folgenden Jahre bevorstehende Neuwahl des gesetzgebenden Körpers die populäre Losung die Sicherstellung des europäischen Friedens durch die Erlangung verantwortlicher Minister. Ein geflügeltes Wort Ollivier's fand weit und breit im Lande gläubige Hörer: Freiheit und Friede, oder Krieg und Despotismus.

II. Versuch eines Dreibundes.

Gegenüber diesen aufgeregten Massen bildeten die Anhänger des bisherigen unbeschränkten Kaiserthums eine Minderheit, die weniger durch ihre Zahl als durch ihre einflußreiche Stellung bedeutend war. Wie bei der Opposition unterschieden sich auch hier Gemäßigte und Radicale, und bei beiden wirkten Beweggründe mannichfaltiger Art zusammen. Sie waren bisher die Theilnehmer an der Herrlichkeit und den Genüssen des Kaiserreichs gewesen; ihnen gehörten die hohen Ämter am Hofe, im Heere, in der Verwaltung 2c., sie hatten Grund zu der Sorge, bei einer weitern Entwicklung des Systems vom 19. Januar neue Männer an ihre Stelle rücken zu sehn. Dazu kam bei Vielen die drückende Furcht,

daß die Bestimmungen des 19. Januar an sich schon völlig ausreichten, um nicht bloß einen Ministerwechsel im constitutionellen Sinne herbeizuführen, sondern den Abgrund der 1851 erstickten socialen Revolution wieder zu eröffnen. Es ist nicht zu läugnen, daß zur Entstehung dieser Ansicht die radicalen Parteien im Jahre 1868 reiches Material lieferten. Nach dem Erscheinen des Preß- und des Vereinsgesetzes erhob sich allgemeiner Zorn gegen die drakonischen Strafen jedes Vergehns, so wie gegen deren Überweisung an die Zuchtpolizei- anstatt an die Geschworenen-Gerichte. Aber ohne deren Einschreiten zu fürchten, benutzte die Opposition die neuen Streitmittel zu immer heftigern Angriffen auf die Regierung, die sie ihnen geschenkt hatte, und bald gesellten sich zu den anständigen Organen der Parteiführer die Schmutz- und Schandblätter, wie Rochefort's Laterne, Ulbrich's Glocke und ähnliche Erzeugnisse, gegen welche dann die Preßprocesse in nicht absehbarer Reihe sich folgten. In den großen Städten zeigten sich die Spuren einer weitverbreiteten Gährung; vielfach wurde die äußere Ruhe durch kleine Aufläufe gestört; es blieb kein Zweifel an der fortschreitenden Bildung revolutionärer Vereine, welchen die Londoner Internationale festen Mittelpunkt und kräftigen Rückhalt bot. Die conservativen Bonapartisten erklärten, das allgemeine Stimmrecht, ohne freie Presse und Vereine, habe sich bisher ungefährlich erwiesen; jetzt aber mit diesen Waffen ausgerüstet, werde es bald allmächtig heranwachsen, in kurzer Frist aus der Volksvertretung alle conservativen Elemente fortspülen, und dann zum Todesstreiche gegen die Monarchie, die Religion und das Eigenthum ausholen. Der Kaiser selbst habe am 19. Januar die Dämme niedergerissen, und es sei unmöglich,

den verderblichen Schritt zurück zu thun. So stehe das Kaiserreich schon jetzt am Anfang des Endes. Wo sei noch Rettung zu finden?

Die eifrigsten Vertreter dieser Auffassung richteten einen Club in der Arkadenstraße ein, von welcher Wohnung sie den Spitznamen der Arkadier erhielten. Sie entfalteten zunächst in ihren Zeitungen einen energischen Widerstand gegen alle liberalen Bestrebungen und einen ebenso entschlossenen Kampf für das absolute Kaiserthum als Schutzwall für Ordnung, Recht und Wohlstand. Dabei aber blieben sie nicht stehn. Was die Zukunft betraf, so sahn sie für die Dynastie nur Einen Weg zum Heile. Die Opposition selbst gab ihn an. Unaufhörlich verkündete sie dem Lande, daß der Kaiser Krieg suche, um durch glänzende Triumphe den Glanz seines Hauses herzustellen. Nun, diese Kriegspolitik, welche die Opposition dem Kaiser unterschob, wurde ihm von den Arkadiern jeden Tag auf das Dringendste empfohlen. Entweder Friede und Revolution, lautete ihre Devise, oder Kriegsruhm und Ordnung. Freilich hüteten sie sich, bei der augenblicklichen Stimmung des Landes ihr Kriegsbanner öffentlich zu entfalten. Aber sie kannten nur zu gut die Beweglichkeit und Erregbarkeit des französischen Geistes; irgend ein hastiger Schritt Bismarck's konnte plötzlich das nationale Ehrgefühl in Wallung setzen und mit einem Schlage die Kriegsfurie entfesseln. Eben diese Möglichkeit peinigte den kriegsscheuen Kaiser. Die Arkadier aber thaten Alles, sie zur Wirklichkeit zu machen. Ihre Zeitungen leisteten das Ersinnliche, um die nationale Abneigung gegen Preußen und Italien anzufachen und zu steigern. Vor Allem erhielten sie die aufreizenden Gerüchte gegen Bismarck, als den allgegen-

wärtigen Unruhstifter und Übelthäter, im Umlauf. Er besolde die Wiener, die Pesther und die süddeutsche Presse, er habe Garibaldi's Rothhemden Geld und Waffen geliefert, er bezahle die Revolutionshelden in Rumänien und in Spanien, er stehe in Verbindung mit der Agitation der russischen Panslavisten; er habe vornehme Damen der höchsten Pariser Kreise in seinem Dienst, um dort den Samen des Unfriedens auszustreuen. Es gebe kein Versprechen, das er nicht gebrochen, keinen Vertrag, den er nicht mißachtet hätte. Er sei voll von Talent und Kühnheit, aber ein gewissenloser Staatsmann, ohne Treu noch Glauben. Nach Österreichs Niederlage sei er rastlos beschäftigt, auf allen Seiten Minen zur Sprengung der französischen Übermacht, der einzigen Schranke seiner wilden Ehrsucht, zu graben. Frankreich möge sich vorsehn! Nicht weniger thätig war die Partei in der nächsten Umgebung Napoleon's. Die Kaiserin Eugenie war schön, klug und lebenslustig, weder kriegseifrig noch blutdürstig: aber sie blickte mit Sorge auf den kränklichen alternden Gemahl und vernahm jetzt jeden Tag, daß die Thronfolge ihres jungen Sohnes unsicher sei, so lange der Name Napoleon den ererbten Schmuck glänzender Siegeslorbeeren entbehre. Ein großer Theil des Klerus stimmte ein bei jeder Schmähung gegen das protestantische Preußen und den Kirchenräuber Victor Emanuel. Daß die überwiegende Masse des Officiercorps mit Jubel von der Rache für Sadowa redete, verstand sich von selbst.

Wie wir wissen, theilten die Häupter der Regierung diese Kriegslust ganz und gar nicht. Napoleon, Rouher, Niel kannten zu genau die Unzulänglichkeit der neuen französischen Rüstung, die Isolirung Frankreichs in Europa, die

solide Macht des norddeutschen Rivalen. Aber dies unaufhörliche Doppelconcert, womit Freunde und Gegner sie bedrängten, von links das Thema: ihr habt Frankreichs Machtstellung vernichtet — und dann von rechts das trefflich dazu passende Gegenthema: ihr müßt Frankreichs Ruhm und Ehre wieder herstellen — war doch nicht bloß lästig, sondern auf die Dauer höchst gefährlich. Nichts konnte unter diesen Umständen der Regierung näher liegen, als die Frage, ob es denn ganz unmöglich wäre, ohne Blutvergießen dem Stolze des französischen Volkes auf friedlichem Wege einige Genugthuung zu verschaffen. Nun kam in Deutschland die Reform des Zollvereins zu Stande, und Anfang 1868 wurde die Berufung des ersten Zollparlaments beschlossen. Dies führte dann in Paris zu der Erwägung, ebenso wie Preußen schon vor 1866 durch den Zollverein eine leitende Stellung unter den deutschen Staaten gewonnen hatte, ein ähnliches Verhältnis für Frankreich mit Luxemburg und Belgien, vielleicht auch mit Holland und der Schweiz zu erwirken, zunächst durch Zoll- und Eisenbahnverträge, und, wenn Alles glückte, weiterhin durch Militär-Conventionen und Schutz- und Trutzbündnisse. Ein solches Bild erschien dem französischen Kaiser so lockend, daß er ohne nähere Prüfung der Schwierigkeiten einen ersten Schritt zur Verwirklichung der erfreulichen Phantasie that. Sein Vetter der Prinz Jerome Napoleon reiste, nach der erlaubten Wißbegier die Schönheit der Mark Brandenburg kennen zu lernen, Anfang März 1868 als Privatmann nach Berlin, wurde hier mit auserlesener Höflichkeit und Freundlichkeit aufgenommen und besprach mit Bismarck die französischen Pläne. Bismarck hat später erklärt, der Prinz habe mit Hindeutung auf die Vorschläge vom August 1866

das Wort fallen lassen, bei dem französischen Vorgehn würde auch Preußen sein Belgien anderwärts finden. Gewiß ist, daß Bismarck weder hierauf noch über irgend einen Theil der französischen Eröffnung eine Ansicht geäußert hat. Der englische Botschafter in Berlin, Lord Loftus, erhielt gleich nachher die Notiz: man weiß im Übrigen nicht, was Bismarck dem Prinzen gesagt hat, es steht aber fest, daß der Prinz ohne eine neue Provinz in seiner Tasche nach Paris zurückgekommen ist. Darauf ging aus London eine vertrauliche Mittheilung an das französische Cabinet, daß ein Zollverein oder gar eine Militärconvention mit Frankreich für Belgien durch die von Europa gewährleistete Neutralität des Landes ausgeschlossen sei. Napoleon war, wie wir sahn, während des Sommers 1868 durch deutsche und orientalische Vorgänge sattsam in Anspruch genommen und ließ für den Augenblick die belgische Sache ruhn: kaum aber hatten jene Sorgen sich verzogen, so beschloß er im Spätherbst, in der Hoffnung auf die Sympathien der belgischen Ultramontanen und deren Erbitterung gegen das liberale Ministerium Frere-Orban, der Sache näher zu treten, und zwar für den Anfang in möglichst unscheinbarer Weise. Er veranlaßte die französische Ostbahngesellschaft, sich mit den Verwaltungen von zwei belgischen und einer holländischen Bahn über den Ankauf in Verhandlung zu setzen, indem er ihr den Ersatz der Kaufkosten und Staatsgarantie für einen guten Zinsertrag verhieß. Die belgischen Gesellschaften wurden durch ein hohes Angebot verlockt und zeichneten im December 1868 einen vorläufigen Vertrag, welcher der französischen Regierung thatsächlich den Besitz und die Verwaltung durchgehender Linien nach Brüssel und nach Rotterdam verschaffen sollte. Kaum aber war dies

in Brüssel bekannt geworden, so erhob sich eine allgemeine Unruhe, und der Ruf ging durch das Land, dies sei der erste Schritt zur Einverleibung Belgiens in das französische Kaiserreich. Am 11. December kam die Angelegenheit in der zweiten Kammer zur Sprache, und der Minister Frere-Orban erklärte, eine Abtretung belgischer Bahnen an eine ausländische Gesellschaft sei ohne Genehmigung der Regierung unmöglich, und diese Genehmigung werde niemals ertheilt werden. Trotzdem bestanden die Bahnen, die auf den mächtigen Rückhalt Frankreichs bauten und das Recht der Regierung zu einem solchen Verbote bestritten, auf ihrem vortheilhaften Handel und brachten ihre Verträge mit der Ostbahn am 31. Januar 1869 zum endgültigen Abschluß. Da aber brach die patriotische Aufregung des Volks in brausenden Ergüssen zu Tage, der Gegensatz der Parteien trat bei dem Aufschwung des Nationalgefühls zurück, und der sofort entschlossene Minister zauderte keinen Augenblick, der Autorität der Regierung und der Freiheitsliebe des Volkes energischen Ausdruck zu geben: am 10. Februar legte er der zweiten Kammer ein neues Gesetz vor, welches eine Veräußerung jener Art von der Erlaubniß der Regierung abhängig machte. Zehn Tage später hatte dasselbe die fast einstimmige Genehmigung beider Kammern gefunden, wurde am 23. publicirt, und die Bahnverträge waren damit der Nichtigkeit verfallen.

In Paris, wo man Frere-Orban's Erklärung vom 11. December unbeachtet gelassen und mit dem Abschluß der Verträge am 31. Januar die Sache für vollendet gehalten hatte, war die Überraschung und Entrüstung über das rücksichtslose Durchgreifen Frere-Orban's groß. Allen voran war die Presse der Arkadier, die hier bereits den Samen zu

einem großen Kriege ausgestreut sah; nach löblichem Gebrauche meldete sie als völlig beglaubigte Thatsache, die belgische Regierung, zuerst von der freundlichsten Gesinnung beseelt, habe dann unter dem Drucke von Bismarck's Einfluß den feindseligen Schritt gethan, um Frankreich zu verletzen, Zwietracht zu erregen und Preußen einen bequemen Vorwand zu einem Angriffskrieg gegen Frankreich zu liefern. Die gehässige Erfindung wurde von allen Seiten her nachdrücklich zurückgewiesen, und ihre Urheber vermochten auch nicht das Atom eines Beweises zu liefern. Aber nur um so empörter war man in Paris über die Keckheit, womit das kleine Belgien sich einem Plane des großen Frankreich in den Weg gestellt habe. Ein solches Auftreten sei eine offene Beleidigung der französischen Ehre, für welche eine unbedingte Genugthuung geleistet werden müßte; die geringste Forderung gehe auf die sofortige Genehmigung der angefochtenen Verträge.

Auch Napoleon war schwer betroffen und persönlich verletzt. Eine so harmlose Sache, der Ankauf einer Bahnverwaltung, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, und dagegen eine patriotische Entrüstung, ein Scandal, der seinen Widerhall zuerst in Frankreich und dann in ganz Europa fand. Das Benehmen der belgischen Regierung, sagte er, ist ein Schlag in mein Gesicht. Dazu kamen aber in demselben Augenblick Berichte der französischen Diplomatie aus Deutschland, welche bei Napoleon's gereizter Stimmung seine Erbitterung weit über das Maaß des gemeldeten Inhalts hinaus steigerten. Es war ein Gerücht aufgetaucht, Preußen habe sich Frankreich verpflichtet, drei Jahre lang an dem Zustande Deutschlands nichts zu ändern. Napoleon wußte natürlich, daß es falsch war, aber unangenehm war es immer, daß

Bismarck sich beeilte, den süddeutschen Höfen die Grundlosigkeit desselben, und daß er überhaupt darüber mit Paris nicht verhandelt habe, zu versichern. Noch schlimmer wirkte jedoch ein Bericht aus Karlsruhe, daß zwischen Baden und Preußen ein Vertrag über militärische Freizügigkeit unterhandelt werde, nach welchem also in Zukunft jeder norddeutsche Bürger seiner Wehrpflicht in einem badischen Regimente, und umgekehrt jeder Badenser der seinigen in einem norddeutschen genügen könne. Die staatsrechtliche Stellung des Großherzogthums wurde freilich dadurch nicht berührt; immer aber war es ein neuer Schritt auf der Bahn zur deutschen Einheit, und gerade an jener empfindlichen Stelle, hart an der langen Elsasser Grenze, wo alle Tage von preußischen Rüstungen und Spionen die Rede war und die Gemüther in Unruhe erhalten wurden. Und diese neueste Kunde kam gleichzeitig mit einem von England beschützten Auftreten Belgiens, welches als Verletzung der französischen Ehre aufgefaßt wurde. Welche Ausbrüche der innern Gährung, welche Verwicklungen konnten daraus entspringen! Ein Friedenswerk diplomatischer Geschicklichkeit hatte man im Sinne gehabt, und bei dem ersten Vorgehn befand man sich auf kampfglühendem Boden. Es galt, nach Schutz und Stützen auszuschauen. Der französische Gesandte in Brüssel, La Gueronniere, ein eifriger Chauvinist und Preußenfeind, der übrigens Bismarck für einen flachen Kopf und für einen unruhigen Politiker ohne feste Ziele hielt, bezeichnete bald nachher einem seiner Collegen die französischen Stimmungen dahin: der Kaiser ist friedfertiger als die Minister, diese sind friedfertiger als das Volk; friedlich gesinnt ist auch das Volk, aber reizbar in seinem nationalen Ehrgefühl; wenn Bismarck

in seinen deutschen Sachen so forttorkelt, kann er trotz der allgemeinen Friedensliebe eine furchtbare Explosion veranlassen. Eben diese Besorgnis war es, welche Napoleon im Augenblicke zu völlig unerwarteten Entschließungen vorwärts drängte.

Er berief Metternich und Vitzthum in die Tuilerien und sagte ihnen, sie hätten ihn zu einer Abrüstung aufgefordert, die in diesem Augenblicke weniger als jemals thunlich sei. Er wolle ihnen etwas Besseres vorschlagen, nämlich eine Tripel-Allianz zwischen Frankreich, Österreich und Italien. Die Verhandlung würden sie mit Rouher zu führen haben; das tiefste Geheimniß sei unerläßlich; kein Mensch dürfe eine Sylbe davon erfahren, auch der ihm sonst vertraute Lavalette nicht, der vor Kurzem das Ministerium des Auswärtigen übernommen hatte, und am wenigsten der eitle Schwätzer Gramont, der französische Botschafter in Wien.[1]) Nach einigen Tagen legte ihnen Rouher den Bundesentwurf vor: die drei Mächte vereinigen sich, um allen preußischen Eroberungsgelüsten Schach zu bieten und dann Österreich seine frühere Stellung in Deutschland wieder zu verschaffen. Wenn Rouher geglaubt hatte, daß dieses Angebot als unwiderstehlicher Magnet auf Österreich wirken würde, so wurde er sehr schnell enttäuscht. Vitzthum nahm auf der Stelle das Wort zu der Erklärung, daß bei den innern Zuständen Österreichs und den ihm wohlbekannten Grundsätzen Beust's an solche Bestimmungen gar nicht zu denken sei. Metternich bestätigte das unbedingt, forderte aber Vitzthum auf, einen Gegenentwurf zu schreiben. Vitzthum erklärte sich dazu bereit. Seine Ausarbeitung begann dann mit den Worten: die drei Mächte, entschlossen, fortan die gleiche politische Linie im

[1]) Beust a. a. O. II, 341. Dazu ungedruckte Memoiren.

Orient wie im Occident einzuhalten, haben eine Defensiv-Allianz geschlossen. Die folgenden Artikel enthielten in allgemeinen Wendungen das Versprechen festen Miteinandergehns; jedoch setzte einer unter ihnen eine bestimmte Ausnahme von dieser Regel fest: für den Fall, daß Frankreich sich zu einem Kriege gegen Preußen veranlaßt fände, behält sich Österreich im Voraus die Freiheit vor, während der Dauer eines solchen Kriegs neutral zu bleiben. Dies entsprach denn allerdings den französischen Wünschen sehr wenig, jedoch bestimmte Abreden blieben zur Zeit überhaupt unmöglich schon aus dem einfachen Grunde, weil Beust, schleunigst in Kenntniß gesetzt, aber durch Rouher's ursprünglichen Antrag erschreckt, seinen Vertretern einstweilen keine Instructionen gab. Von einer eigentlichen Unterhandlung konnte also keine Rede sein; es blieb bei mehreren Gesprächen, in welchen die Herrn sich vorläufig über Vitzthum's in einigen Details abgeänderten Entwurf verständigten, worauf dann im März 1869 Vitzthum Erlaubniß erhielt, das Schriftstück zu näherer Erwägung persönlich nach Wien zu überbringen.

Hier kam er sehr bald zum Ziel. Denn so wenig Beust von Rouher's Schutz- und Trutzbündniß hatte wissen wollen, so ganz in seinem Sinne war Vitzthum's Vorschlag auf gemeinsame Behandlung jeder auftauchenden Frage, wodurch ein überhastiges Verfahren der Pariser gezügelt, und im Nothfall Österreichs Rücktritt in die Neutralität offen gehalten, sonst aber thätige Freundschaft zwischen Paris und Wien erklärt würde. Auch Kaiser Franz Joseph war einverstanden, und Vitzthum kehrte im Anfang April 1869 nach Paris zurück, um hier die amtliche Verhandlung des Dreibundes zu eröffnen. Gleichzeitig nahm auch Napoleon die im vorigen

Jahre resultatlos eingeschlafenen Gespräche mit Italien wieder auf. Anfangs diente dabei als Mittelsperson zwischen ihm und Victor Emanuel der Militär-Attaché der italienischen Gesandtschaft in Paris, Graf Vimercati; bald aber wurden außer ihm auch der Gesandte Nigra selbst und in Florenz der General Menabrea zugezogen, der letztere jedoch nur in seiner Eigenschaft als königlicher Generaladjutant, hinter dem Rücken des Ministeriums, dessen Präsident er damals war.

Auf so gute Nachricht aus Wien, und damit auf einen starken europäischen Rückhalt gestützt, beschloß Rouher, dem Napoleon auch die belgische Unterhandlung übertragen hatte, dem ungezogenen Verfahren des kleinen Nachbars eine scharfe Lection angedeihn zu lassen. Wie immer, ging sein Wunsch auch dieses Mal nicht auf Krieg, aber er meinte, durch Anschlagen eines hohen Tones dem belgischen Unterhändler imponiren zu können; es war dieses Mal Frere-Orban selbst, der am 2. April nach Paris gekommen war, um seinen guten Willen zu zeigen. Rouher erklärte ihm, vor Allem hätte Belgien die Kaufverträge der Ostbahn anzuerkennen, dann würde man gerne jeden Satz daraus entfernen, der für Belgiens Unabhängigkeit bedrohlich erscheinen könnte. Diesen Standpunkt aber anzunehmen, lehnte Frere-Orban auf das Entschiedenste ab. Die Existenz der Verträge ist es, rief er, die unsere Unabhängigkeit bedroht; sie sind und bleiben vernichtet; dafür aber sind wir bereit, die Ostbahn durch sonstige Verkehrserleichterungen in billiger Weise zu entschädigen. Er legte im weiteren Verfolge der Conferenzen mehrere Vorschläge dieser Art vor, Rouher aber erklärte Alles für unannehmbar, so lange Belgien nicht die Kaufverträge genehmigt habe. Privatim wurde Frere-Orban auf alle Weise bald mit

Drohungen, bald mit Schmeicheleien bearbeitet. Wie viel schöner, sagte man, würde Belgiens Stellung sein, wenn es statt seiner einsamen Neutralität eine Anlehnung an Frankreich vollzöge, vermittelst eines Zollvereins oder einer Militär-Convention. Frere blieb ruhig in seiner Haltung: Belgien sei ganz zufrieden mit seiner Neutralität und verlange nichts Besseres. Am 19. April machte er Rouher ein letztes Anerbieten über Entschädigung der Ostbahn, Rouher aber verharrte auf der alten Forderung, zuerst Anerkennung der Kaufverträge, und fand darin Napoleon's Zustimmung. Frere-Orban, meinten sie, würde schon mürbe werden. Allein dieser gab allerdings die Hoffnung auf freundliche Vereinbarung auf, dachte deshalb aber nicht an Unterwerfung, sondern schickte sich zur Rückreise an, um dann in Brüssel furchtlos abzuwarten, ob und wie Frankreich zur Gewalt schreiten würde.

Diese standhafte Unerschrockenheit trug ihre Frucht. Napoleon und Rouher mußten erleben, daß sie nicht bloß die belgische Regierung, sondern auch das französische Volk falsch beurtheilt hatten. Sie hatten einen belgischen Zollverein zur Befriedigung des französischen Selbstgefühls in das Auge gefaßt: nun aber war der stärksten Partei der französischen Industriellen schon der belgische Handelsvertrag zu liberal und die daraus erwachsene belgische Concurrenz äußerst widerwärtig; sie erstrebten nicht volle Verschmelzung, sondern volle Abschließung gegen Belgien, gerade das formelle Gegentheil von Napoleon's Forderungen. Und als dann die Verhandlung mit Frere-Orban einen immer schärfern Charakter annahm, und überall von kriegerischen Maaßnahmen gegen die unhöflichen Belgier gesprochen wurde, da vereinten die

mächtigen Fabrikanten ihren Einfluß mit der liberalen Opposition zu dem Wahlruf: Friede nach Außen und verantwortliche Minister im Innern. Die gesammte unabhängige Presse erklärte, daß Belgien nichts gethan habe, als was jede Regierung in seiner Lage thun würde. Wenn Preußen eine wichtige Bahn im Elsaß kaufen wollte, würde Frankreich das zulassen? Die radicalen Blätter waren der Meinung, daß der ganze Streit nur eine Maske sei; nicht den belgischen Bahnen, sondern der liberalen belgischen Verfassung wolle man in Wahrheit zu Leibe.

Nicht hoffnungsreicher als im eignen Lande sah es für Napoleon's Pläne bei den Mächten aus. Die Unterhandlung über den Dreibund zeigte unerwartete Schwierigkeiten. In England tobte die öffentliche Meinung gegen jede Antastung der belgischen, von Europa sanctionirten Neutralität. Napoleon's Freund, Lord Clarendon, war jetzt Minister des Auswärtigen; er vermied jedes drohende Wort, um dem Kaiser den Rückzug nicht unmöglich zu machen. Aber kein Mensch hatte einen Zweifel, daß England einen Gewaltschritt gegen Belgien nicht ruhig hinnehmen würde. Und endlich erhob sich die schwerwiegende Frage: im Falle eines Bruchs, was wird Preußen thun? welcher der streitenden Mächte wird es seine Sympathie zuwenden?

Bismarck war für's Erste der Meinung, daß es wegen des Eisenbahnhandels zu einem Bruche nicht kommen dürfe. Was an Preußen läge, solle geschehen, um bei keiner der beiden Parteien kriegerische Neigungen emporwachsen zu lassen. Das damals so thatenscheue England solle nicht glauben, Preußen in den Kampf verwickeln zu können, um dann selbst im Hintergrunde zu bleiben. Und Frankreich solle sich nicht

schmeicheln, daß Preußen irgend eine Verletzung seiner Interessen aus Furcht vor einem französischen Kriege sich gefallen lassen würde. Ich will hier einen mir in Abschrift vorliegenden Brief Bismarck's aus dieser Zeit einrücken, weil darin seine Stellung gegenüber Frankreich nicht bloß in der belgischen Sache, sondern in der ganzen Zeit von 1866 bis 1870 auf das Bestimmteste charakterisirt ist.

„Vor allem", schrieb er, „darf in Paris die Meinung nicht aufkommen, daß wir den Krieg fürchten. Wir sind fern von jeder Überhebung, wie von jedem Wunsch nach Krieg; aber wir haben auch nach gewissenhafter Prüfung unserer Kräfte, wie der des eventuellen Gegners die Überzeugung, daß wir einem Kriege mit Frankreich gewachsen sind, und daß, wenngleich die Entscheidung in einer höhern Hand liegt, die Chancen des Sieges, menschlicher Weise zu reden, auf unserer Seite liegen. Ein Krieg ist an und für sich stets ein Unglück, aber daß er ein größeres Unglück für uns als für Frankreich wäre, daß wir mehr Ursache ihn zu vermeiden hätten, als Frankreich, ist ein Gedanke, den wir hier nicht verstehn. Dies Bewußtsein, im Verein mit einer aufrichtigen Friedensliebe, bestimmt unsere ganze Haltung Frankreich gegenüber; darum legen wir auch auf die wechselnden Phasen in der Stimmung selbst der leitenden Kreise in Frankreich und auf das zeitweilige Hervortreten feindlicher Velleitäten weniger Gewicht."

Aus dieser, in ihrer Kraft ruhenden Friedensliebe ergab sich für Preußen in der belgischen Frage ein sehr einfaches Verfahren: vollständiges Schweigen. Der König blieb unzugänglich; Bismarck, von allen Gesandten angegangen, gab inhaltlose oder ausweichende Antworten: wir hoffen, daß es Friede bleibt; wir warten den Verlauf ab und werden je

nach den Umständen handeln. Es war ganz sicher die für die Erhaltung des Friedens richtigste Politik. Durch sein Schweigen dämpfte er die Kriegslust beider Parteien, ohne einer von ihnen Grund zur Beschwerde zu geben, und trug schließlich das allgemeine Lob für Preußens so heilsam wirkende Haltung davon.

Nach alledem hatte Napoleon keinen Zweifel mehr. So schmerzlich es war, er mußte sich zum Rückzug entschließen. Statt eines diplomatischen Triumphs hatte er einen neuen Fehlschlag erlebt; er mußte es hinunter würgen, wenn die Pariser sich erzählten, daß dem Kaiser nichts mehr gelinge. Er befahl, daß Frere-Orban's letzter, bereits abgelehnter Vorschlag ihm noch einmal vorgelegt werde. Er fand jetzt, daß derselbe sich in der Hauptsache zur Grundlage für die technische Erwägung der Bahninteressen durch eine gemischte Commission eigne. Der belgische Staatsmann wurde zu ihm geladen und von der neuen Wendung in Kenntniß gesetzt. Je rauher bisher der Staatsminister gegen Frere-Orban aufgetreten war, desto unmöglicher war nach des Kaisers nachgiebiger Entschließung seine fernere Theilnahme an der Verhandlung, und an seiner Stelle verständigte sich Marquis Lavalette mit Frere-Orban am 27. April über ein Protokoll, worin die Kaufverträge vom 31. Januar aufgegeben wurden, und eine nach vierzehn Tagen zu bildende gemischte Commission die Bestimmung erhielt, auf Grund der von Frere-Orban vorgelegten Denkschrift billige Entschädigung für die Ostbahn und möglichste Erleichterung des Eisenbahnverkehrs zwischen beiden Ländern zu verabreden.

Damit war der Anfangs so bedenklich aufflammende politische Hader geschlichtet. Die Arbeiten der gemischten Commission

über die technischen Einzelheiten haben für uns kein Interesse mehr; sie waren mühsam und weitschichtig und kamen erst am 10. Juli zum Abschluß. Der durch das Protokoll vom 27. April hergestellte Friedensstand wurde dadurch aber keinen Augenblick erschüttert. Zu dem Protokoll lieferte dann gleich nachher Graf Beust ein verwunderliches Nachspiel.[1]) Wie es scheint, wünschte er bei dem langsamen Fortschritt der Verhandlungen über den Dreibund Napoleon auf einem andern Gebiete einen Freundschaftsdienst zu leisten, und offenbar über die Entscheidung des 27. April noch nicht unterrichtet, schrieb er am 1. Mai zu Belgiens Belehrung eine Depesche, die er gleichzeitig auch mehreren andern Höfen mittheilte. Er empfahl darin mit Wärme und Nachdruck den Belgiern unbedingte Gefügigkeit, da sie sonst zu tödtlichem Schaden ihrer Industrie die Kündigung ihres so vortheilhaften französischen Handelsvertrags erleben könnten; ihre Bedenken gegen die französischen Forderungen seien unbegründet; in Österreich gebe es mehrere Eisenbahnen unter ausländischer Verwaltung, die niemals dem Staate Schaden gethan; der deutsche Zollverein beweise, daß kleinere Staaten mit einem größern solche Verbindungen ohne Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit eingehn könnten; der Abschluß eines Zollvereins mit Frankreich sei für Belgien das beste Mittel, die vorhandene Spannung zu lösen. Lord Clarendon war entrüstet über eine so unterwürfige Sprache gegenüber der unberechtigten französischen Anmaaßung und fand bei allen andern Höfen einmüthige Zustimmung zu dieser Kritik. Aber auch bei Napoleon erhielt Beust's verspätetes Eingreifen keinen Beifall;

[1]) Vgl. die Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Delegationen von 1869.

er hatte sich bereits zur Nachgiebigkeit bequemt, und je einleuchtender Beust die Grundlosigkeit des belgischen Widerstandes darlegte, desto weniger ließ sich die bei dem Rückzug offenbarte Schwäche der französischen Politik verschleiern.

Zu gleicher Zeit war, ungestört durch den wechselnden Verlauf der belgischen Frage, die geheime Unterhandlung über den Dreibund Frankreich, Österreich, Italien weiter gegangen.[1]) Über den Vertrag zwischen Frankreich und Österreich verständigten sich Beust und Rouher ohne besondere Hindernisse, nachdem dieser den österreichischen Grundsatz, kein Trutz-, sondern nur ein Schutzbündniß einzugehen, sich ohne Widerstreben hatte gefallen lassen. Der von ihnen vereinbarte Entwurf charakterisirte sich durch drei Artikel:

Die drei Mächte schließen eine Defensiv-Allianz zum Zwecke der Erhaltung des europäischen Friedens —

bei jeder vorkommenden Frage wird eine gemeinsame diplomatische Action eintreten —

Österreich behält sich die Erklärung seiner Neutralität vor, falls Frankreich sich genöthigt sähe, einen Krieg zu beginnen.[2])

Beust überließ sich der Hoffnung, mit diesen Bestimmungen würde die Gefahr entfernt sein, daß Napoleon ohne vorheriges Einverständniß mit seinen Bundesgenossen plötzlich einen Angriffskrieg gegen Deutschland beschlösse.

[1]) Ich habe die dabei erwachsenen Acten nicht gesehn, kann also für den genauen Wortlaut der einzelnen Entwürfe und Verbesserungsanträge nicht einstehn, um so sicherer aber für den Sinn derselben und den allgemeinen Gang der Verhandlung nach den mir aus höchst authentischer Quelle zugekommenen Mittheilungen. Das Schlußergebniß hat bekanntlich Graf Beust in seinen Memoiren bereits veröffentlicht.

[2]) Beust a. a. O. II, 369.

Die Frage war nun, ob sich Italien diesem Entwurf anschließen würde, und hier erhoben sich langwierige Anstände.

König Victor Emanuel wurde allerdings nicht wie Beust durch die Sorge bedrückt, nach einem siegreichen Kriege Napoleon's gegen Preußen in volle Abhängigkeit von Frankreich zu gerathen, obgleich dies Ergebniß für Italien in noch höherem Maaße als für Österreich zweifellos gewesen wäre. Aber der König vertraute in dieser Beziehung seiner persönlichen Freundschaft mit Napoleon und hielt auch eine vollständige Überwältigung Preußens bei einem französischen Kriege nicht für so sicher, wie Beust dies annahm. Der Gedanke eines großen Kriegs im französischen Bunde war ihm also nicht abschreckend, sondern anlockend, weil er, wie wir schon früher bemerkten, sich schmeichelte, dabei auf die eine oder die andere Weise zur Erreichung seines Lebenszwecks, zum Besitze Roms, zu gelangen. Freilich hatte er für diese Anschauungen im eignen Lande nur eine sehr geringe Zahl von Genossen. Im Cabinette selbst war die Mehrzahl seiner Minister von tiefem Mißtrauen gegen Napoleon und von entschiedener Friedenssehnsucht erfüllt. In der großen Mehrheit des Volkes hatte seit Mentana der bittere Haß gegen Alles, was französisch hieß, sich immer mehr vertieft; alle liberalen und radicalen Parteien erklärten ein Bündniß mit Frankreich für abscheulich. Mazzini's Agenten gaben überall die Losung aus, der König habe durch seine schmähliche Erniedrigung unter Napoleon's Gebote seine Krone verwirkt; ihn müsse man stürzen, und dann die triumphirende Republik den Boden Italiens von dem Schmutze der französischen Soldateska reinigen.

Der König fürchtete nicht gerade eine Revolution, wohl aber sah er, daß er durch ein französisches Bündniß ein hohes Spiel unternehme, dessen Verlauf ohne die Erlangung Roms ihn politisch schwer beschädigen könnte. Auf den Vorschlag der Triple-Allianz antwortete er also mit einer Hinweisung auf seine Anträge von 1868 und begehrte wie damals vor Allem die Erneuerung des September-Vertrags im italienischen Sinne, d. h. Italien verbürge dem Papste Sicherheit gegen jede Gewalt, Frankreich aber verspreche unter Anerkennung des Grundsatzes der Nichteinmischung (also auf immer) seine Truppen aus dem römischen Gebiet zurückzuziehn. Allein Rouher, eingedenk seines dreifachen Niemals von 1867 und des darauf folgenden Beifallssturmes in der Kammer, erklärte die Genehmigung dieses Begehrens für schlechthin unmöglich, während Beust, damals in heißem Streite mit der Curie über das österreichische Kirchenrecht, Italiens Wunsch von Herzen gern erfüllt hätte. Als man dann Italiens weitere Vorschläge durchging, hätte Rouher keine Einwendung gegen die Erwerbung Wälsch Tyrols gehabt, hievon aber wollte Beust nicht reden hören, und Menabrea beschränkte darauf seinen Wunsch auf eine Grenzberichtigung am Isonzo, die zwar nicht ebenso bestimmt abgewiesen, aber doch auch in den Vertrag nicht aufgenommen wurde. Nach dem italienischen Antrage von 1868 sollte ja auch von solchen Eroberungen erst nach einem glücklichen Kriege die Rede sein, nach dem besprochenen Entwurfe aber das Bündniß die Erhaltung des Friedens zum Zwecke haben. Eine andere Clausel bat Menabrea selbst zu streichen, die gemeinsame Einwirkung der drei Mächte auf die nächste Papstwahl, auf welches dornige

Thema dann die beiden andern Mächte gerne verzichteten. Über die gemeinsame Erwägung jeder sonst auftauchenden Frage vor jeder Entschließung herrschte allgemeines Einverständniß. So wäre man einig gewesen, hätte nur das römische Räthsel nicht fort und fort der Lösung entbehrt. Noch einmal versuchten die Österreicher ihr Glück an dem heillosen Problem. Wenn es nur gelang, Napoleon zur Erneuerung des September-Vertrags und damit zur Rückberufung seiner Truppen aus Rom zu bestimmen, so bedurfte Italien nach dem Abschlusse des vorliegenden Bündnisses für seine künftige Sicherheit der ausdrücklichen Anerkennung des Grundsatzes der Nichteinmischung nicht mehr. Denn sollte Napoleon dann aus irgend einem Grunde wieder eine Besatzung nach Rom zu schicken wünschen, so mußte der Ausführung dieser Maaßregel nach dem zweiten Artikel des Bündniß-Entwurfs eine gemeinsame Berathung der drei Mächte vorausgehn, bei der Österreich wie Italien sich jedem gewaltsamen Schritte widersetzen würde. In der That ließ sich Menabrea, ebenso gut französisch wie klerikal gesinnt, zu einer weiteren Unterhandlung auf dieser Grundlage bestimmen und beschränkte sein Begehren auf den Abzug der Franzosen aus Rom unter Italiens Zusage, keine Vergewaltigung des Papstes zu begehn oder zuzulassen. Aber auch hiegegen hatte Napoleon Bedenken. Er war bereit zu dem formellen Versprechen, seine Truppen aus dem römischen Gebiet zurückzuziehn so bald wie irgend möglich. Allein schon jetzt einen bestimmten Zeitpunkt der Räumung anzugeben, fand er sich nicht in der Lage. Er verhieß die Räumung, sobald er die Sicherheit des Papstes unantastbar sehe; weiter aber wollte er nicht gehn. Rouher und Vitzthum

bestürmten die Italiener, sich mit diesem kaiserlichen Worte zu begnügen, und nach mehrfachem Hin- und Herschreiben brachte Vimercati aus Florenz Ende Mai die italienische Einwilligung. Triumphirend berichtete Vitzthum an Beust: die einzige wahre Schwierigkeit war Rom; wir haben sie durch Geduld überwunden. Am 4. Juni ging er befriedigtes Sinnes nach Brüssel zurück.

So waren die Diplomaten über den Dreibund einig geworden, und die Urkunden gelangten jetzt an die Souveräne zur Unterzeichnung.

Den Erwartungen Napoleon's entsprach das Werk nicht vollständig. Wohl erschien ihm die Vorstellung imposant, daß in diesem Bunde hundert Millionen Katholiken durch Einen Willen gelenkt würden, aus welcher Äußerung dann auch erhellt, wie sich durch die lange Beschützung Roms sein eigenes Bild in seinen Augen gestaltet hatte. Für Friedenszeiten war der feste Zusammenschluß dieser Millionen ohne Zweifel sehr erfreulich; leider wurde er gerade für schlimme Tage, wo er am Werthvollsten gewesen wäre, durch die Vorbehalte der beiden Mächte in bedenklicher Weise problematisch. Noch im Juni zeigte sich dies in grellem Lichte. Menabrea wagte, nachdem er sich über die Stimmung der übrigen Minister erkundigt hatte, zur Zeit es nicht, ihnen den Bündnißentwurf mitzutheilen, und so mußte die königliche Bestätigung einstweilen verschoben werden. Als es Napoleon gemeldet wurde, legte er seinerseits die unvollzogene Urkunde mit großer Gemüthsruhe bis auf Weiteres zurück. Seit einigen Wochen bedrängten ihn heißere Sorgen aus dichterer Nähe: am 23. Mai hatten die allgemeinen Neuwahlen für den gesetzgebenden Körper, und mit ihrem Ergebniß eine

bedenkliche Entscheidung über das absolute Regiment von 1852 Statt gefunden. Wenn Napoleon bei dem Wunsche blieb, in einen erfreulichen Ruhestand zu treten, so waren jetzt die Männer vorhanden und bereit, dem ermüdeten Herrscher die Arbeit abzunehmen.

III. Sieg der liberalen Tendenzen.

In dem Programme, welches einst Ollivier dem Kaiser vorgelegt, hatte auch die Forderung gestanden, die Wahlen nicht wie bisher durch die Organe der Staatsgewalt zu Gunsten der von der Regierung aufgestellten Candidaten zu beeinflussen. Je mißlicher aber sich die Verhältnisse für das absolute Regiment gestalteten, je weitere Verbreitung und Energie die Forderung verantwortlicher Minister gewonnen hatte, desto fester stand Rouher's Entschluß, wie bei den frühern Wahlen alle Mittel zur Erlangung einer regierungsfreundlichen Mehrheit aufzubieten. Präfecten, Pfarrer, Gensdarmen erhielten strenge Weisung und unbegränzte Vollmacht, durch Überredung, Einschüchterung oder Corruption auf die Gemüther der Wähler zu wirken. An recht vielen Orten kam ihnen das Volk bereitwillig entgegen. Ebenso oft wie das Angebot des Präfecten war es das Begehren der Wähler, welches den Preis einer loyalen Wahl bestimmte, hier der Bau einer neuen Straße, dort die Richtung einer Eisenbahnlinie, anderwärts die Unterstützung eines Kirchenbau, und so fort.[1]) Aber auch die Candidaten der Opposition ließen es an ähnlichen Verheißungen nicht fehlen, versprachen den

[1]) Dergleichen kommt jetzt auch anderwärts vor. Damals sah man in Deutschland darin ein Symptom politischer und sittlicher Fäulniß der französischen Zustände.

Fabrikanten Schutzzölle, den Arbeitern Verbesserung ihres dürftigen Unterhalts, schilderten aller Welt den Segen des Friedens, der Freiheit und der Verantwortlichkeit der Minister. Zum Wahlort holten beide Parteien die Bewohner der entfernteren Bezirke in glänzenden Kutschen ab, bewirtheten sie reichlich vor und nach der Abstimmung und fuhren sie am Abend in angeheiterter Stimmung nach Hause. So wurde auf Grund des allgemeinen Wahlrechts in einem großen Theile Frankreichs der 23. Mai 1869 zu einem festlichen Jahrmarkt, wo das souveräne Volk seine Stimmen für möglichst schönen Preis, hier für größere Freiheit, dort für sichere Ordnung, überall aber für Erhaltung des Friedens losschlug.

Das Ergebniß fiel zu Ungunsten des absoluten Regiments und der Arkadier aus. Die alte stets der Regierung gehorsame Mehrheit zerbröckelte. Die großen Städte hatten radical, wenn nicht geradezu republikanisch gewählt; in Paris verlor Ollivier seinen Sitz und mußte sich ferne im Süden einen andern erobern, Thiers und Jules Favre kamen erst in einer Stichwahl gegen Rochefort's Genossen durch; mehrere Tage lang tobten darauf republikanische Straßentumulte, welche der Polizei zu stark waren und durch das Militär erdrückt werden mußten. Aus dem Lande hatte man anfangs die Meldung von 199 ministeriellen Wahlen erhalten; gleich nach dem Zusammentritt der Kammer zeigte sich aber starker Abfall in ihren Reihen, so daß die gemäßigte liberale Mittelpartei, zu deren Führern Ollivier gehörte, es auf 130 Stimmen brachte und für jeden liberalen Antrag der 40 Stimmen der Linken und damit der Mehrheit sicher war. Fragte man nach der Zahl der Wähler im Lande, so hatte seit den letzten

Wahlen von 1863 die Regierung über eine Million Stimmen verloren, die Opposition rund 1½ Million gewonnen.

Es war also die Unhaltbarkeit der unumschränkten Regierung von 1852 dargethan. Noch gab aber Rouher das Spiel nicht verloren und hielt den wankenden Kaiser fest. Vor Allem galt es, Zeit zu fernerer Erwägung zu gewinnen: so wurde die Kammer zwar auf den 28. Juni einberufen, zunächst aber nur zu einer außerordentlichen Session, mit der einzigen Aufgabe der Prüfung der Vollmachten, da die Entwürfe des Budgets noch nicht fertig gestellt seien. Allein die Liberalen, durch den Strom der öffentlichen Meinung vorwärts getragen, wollten von Zögerung und Verschleppung nichts wissen. Die Mittelpartei kündigte eine von 116 Mitgliedern unterzeichnete Interpellation an, welche sogleich nach der Constituirung der Kammer zur Verhandlung kommen sollte und die Nothwendigkeit verantwortlicher Minister, sowie erweiterter parlamentarischer Rechte nachdrücklich aussprach, als die besten Mittel, dem Lande einen stärkern Antheil an seinen Angelegenheiten zu verschaffen. Einige Wochen vergingen über der Prüfung der Vollmachten, und bereits hatte sich Napoleon zum Einlenken entschlossen, noch nicht zu voller Nachgiebigkeit, wohl aber zum Entgegenkommen, um hoffentlich günstigere Bedingungen zu gewinnen. Kaum war die Kammer constituirt, so sandte er ihr, vor dem Beginn der Verhandlung über die Interpellation, eine kaiserliche Botschaft des Inhalts, daß er dem Senate, der allein das Recht hatte, eine Änderung der Verfassung zu beschließen, empfehlen werde, dem gesetzgebenden Körper die freie Wahl seines Bureaus, freiere Behandlung der vorkommenden Amendements und Interpellationen, sowie

Beschlußfassung über das Budget nach dessen einzelnen Capiteln zu gewähren. Was aber die Minister betraf, so sollte nur der Artikel der Verfassung aufgehoben werden, der ihnen verbot, Mitglied einer Kammer zu sein. Von der Verantwortlichkeit war keine Rede.

Natürlich ließ sich die Kammer die Erweiterung ihrer Rechte gerne gefallen, dennoch aber wogte der Unwille der Majorität über die Verweigerung der Hauptsache lebhaft auf. Bei einem Theile der Rechten wirkte dabei die Eifersucht gegen den bisherigen Vicekaiser, den Staatsminister Rouher, mit, die, wie man wußte, von mehr als einem der übrigen Minister durchaus getheilt wurde. Die Stimmung war so entschieden, daß der Präsident des Hauses, Schneider, ein großer Industrieller, sich zum Kaiser begab, um ihm zu erklären, daß es weiter so nicht gehe, die Kammer und das Land seien einmüthig in der Verwerfung des Staatsministers, an dessen Stelle ein verantwortlicher Ministerrath treten müsse. Der Kaiser rang mit seinen widerspruchvollen Wünschen in bitterer Unentschlossenheit. Rouher sagte ihm: geben Sie mir Vollmacht, so jage ich alle diese Querulanten zum Hause hinaus und stelle einfach die Verfassung von 1852 wieder her. Dies aber ging ganz und gar gegen Napoleon's Sinn. Es waren stets dieselben Fragen, die ihn bald von der einen, bald von der andern Seite her peinigten. Er lechzte nach der Befreiung von den Mühen, Sorgen und Schmerzen der höchsten Gewalt, und dann wieder empfand er eine Schmälerung derselben als eine persönliche Demüthigung. Würde ein parlamentarisches Ministerium stets den Willen und die Mittel haben, die Thronfolge seines Sohnes gegen die Republikaner aufrecht zu erhalten? Freilich war das unsicher in hohem

Grade. Aber wie lange noch würde Er bei seinem elenden Krankheitsstande die körperliche und die geistige Kraft behalten, persönlich die Zügel der Regierung zu führen? Kurz, er entschloß sich zu dem zweiten Schritt. Am 2. August sollte der Senat zusammen treten, um neben der Erweiterung der parlamentarischen Rechte auch die zur Bildung eines verantwortlichen Ministeriums erforderlichen Änderungen der Verfassung zu beschließen.

Dies bedeutete dann allerdings eine gründliche Umwandlung der Dinge und die Ausarbeitung aller Folgerungen, die sich daraus für den künftigen Zustand ergeben würden. Um die hiebei nöthige Ruhe zu gewinnen, beschloß man die Vertagung der Kammer auf unbestimmte Zeit, zu heftigem Unwillen der Radicalen. Am 17. Juli schaffte ein kaiserliches Decret das Amt des Staatsministers ab (Rouher erhielt das Präsidium des Senats als prunkvolle und machtlose Entschädigung), und ein anderes verfügte eine Modification des bestehenden Ministeriums. Fünf Mitglieder blieben an ihrer Stelle, zwei Abgeordnete übernahmen den Unterricht und die Landwirthschaft, und die Justiz ging in eine liberalere Hand über. Auffallend war, daß Lavalette das auswärtige Amt verließ und mit dem Botschafter in London, dem Fürsten Latour d'Auvergne, einem Schüler und Gesinnungsgenossen von Drouyn de Lhuys, die Stelle tauschte, ein deutliches Zeichen, wie wenig Napoleon damals mit der Haltung Italiens zufrieden war. Draußen erklärten die ungeduldigen Liberalen das neue Cabinet kurzweg für ein reactionäres; in Wahrheit aber war die Mehrzahl der Herrn von der Unhaltbarkeit des jetzigen Provisoriums überzeugt, widerstrebte nicht der Einsetzung des demnächstigen parlamentarischen Ministeriums,

sondern ersehnte den Augenblick, wo Ollivier, jetzt als Führer der Mittelpartei das gegebene Haupt desselben, zur That berufen würde.

So kam denn unter verschiedenen Einwirkungen und innern Kämpfen des Kaisers der Entwurf eines Senatusconsults zu Stande, welcher am 2. August der erlauchten Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollte. Auf den ersten Blick nahm er sich recht sehr constitutionell aus. Die Rechte des gesetzgebenden Körpers waren noch weiter als in der Botschaft vom 12. Juli bemessen, er überwies ihm die weitern Rechte des Gesetzesvorschlags, die Wahl des Bureaus, der eignen Bestimmung seiner Geschäftsordnung, der Festsetzung des Ausgabe-Budgets nach dessen einzelnen Capiteln, der Freiheit der Interpellationen. Dem Allen gegenüber stand aber ungeändert das Verbot fort, über einen Artikel der Verfassung zu verhandeln, da außer einer allgemeinen Volksabstimmung nur dem Senat das Recht verbleiben sollte, eine Änderung der Verfassung zu beschließen. Sodann wurde über die Stellung der Minister verfügt: sie hängen nur vom Kaiser ab, sie verhandeln im Rathe unter seinem Vorsitz, sie sind verantwortlich, sie können nur durch den Senat in Anklagestand versetzt werden, sie können Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers sein, sie haben Zutritt zu beiden Versammlungen und müssen auf ihr Verlangen jeder Zeit gehört werden. So war das vielbegehrte Wort: Verantwortlichkeit der Minister, endlich erschollen. Da aber daneben der Artikel der Verfassung aufrecht erhalten wurde, daß der Kaiser dem französischen Volke verantwortlich sei, so war es um die constitutionelle Selbständigkeit der Minister gegenüber dem Kaiser und um ihre

Abhängigkeit vom Parlamente schwach bestellt. Indessen wer sich an die Folgen erinnerte, welche die Einräumungen vom 19. Januar in dem politischen Zustande gehabt hatten, mochte über die Unklarheit oder die Lücken der jetzigen Errungenschaft hinwegsehn, in der Ansicht, daß trotzdem thatsächlich die Volksvertretung hinlängliche Macht haben würde, bei jeder wichtigen Frage ihren Willen durchzusetzen.

Indessen ehe der Senat zum Beschlusse gelangte, trat ein Ereigniß ein, welches alle Gedanken ausschließlich spannend in Anspruch nahm: der Kaiser, der schon im vorigen Sommer wieder leidend gewesen und mehrere Wochen von den Geschäften entfernt in Fontainebleau gelebt hatte, erkrankte am 11. August 1869 auf's Neue, und das Übel entwickelte sich bald so heftig, daß gegen Ende des Monats die Ärzte eine rasche Auflösung zu fürchten begannen. Da ging ein gewaltiger Schrecken durch das Land; die Socialisten und Anarchisten jubelten; die Börsen wurden durch eine furchtbare Panik erschüttert, die dunkle Ungewißheit der Zukunft belastete die Gemüther. Im Ministerium lagen die bedeutendsten Mitglieder, Forcade vom Innern, Magne von den Finanzen, im Streit, der Kriegsminister Marschall Niel war am 14. August gestorben, und der wenig befähigte General Leboeuf an seine Stelle getreten. Inmitten einer Verfassungskrisis war das Land ohne Volksvertretung, ohne Oberhaupt und so gut wie ohne Regierung.

Um so mehr beeilte sich der Senat mit dem Beschlusse über den ihm vorgelegten Entwurf. Die damit zunächst befaßte Commission erstattete ihren Bericht mit einigen wenig bedeutenden Verbesserungsanträgen zu Gunsten der Rechte des Senats. Die Verhandlungen im Plenum dauerten vom

1. bis zum 6. September; es machte dabei ein großes Aufsehn, daß Prinz Napoleon mit voller Schärfe eine wirksamere Verantwortlichkeit der Minister, und bei Verfassungsänderungen Gleichberechtigung des gesetzgebenden Körpers mit dem Senate begehrte. Jedermann sah darin für den Todesfall des Kaisers die Aufstellung einer Candidatur gegen die Rechte der Kaiserin und ihres Sohnes. Im Senate fand jedoch der Prinz eine Unterstützung von nur zehn Stimmen; alle Übrigen genehmigten das vorgeschlagene Senatusconsult.

Allmählich trat indessen in dem Befinden des Kaisers eine Wendung zum Bessern ein, so daß er am 10. September sich aus dem Krankenzimmer in St. Cloud nach Paris überführen lassen konnte. Das Senatusconsult wurde an demselben Tage in der amtlichen Zeitung bekannt gemacht und damit gültiges Verfassungsrecht. Immer aber war Napoleon's Zustand so unsicher und seine Schwäche so groß, daß eine früher beabsichtigte Besichtigung des Lagers von Chalons ausgesetzt, und bald nachher auch die Einberufung der vertagten Kammer, zu wildem Toben der Radicalen, auf Ende November verschoben werden mußte. Vor diesem Termin konnte selbstredend auch von der jetzt unabweisbaren Umbildung des Ministeriums keine Rede sein.

Dagegen kam noch im September die große Angelegenheit des Dreibundes zur Entscheidung.

Wir haben gesehn, wie der Minister Menabrea Anfangs den Entwurf des Vertrags wegen der ungünstigen Formulirung der römischen Sache seinen Collegen gar nicht vorlegte. Als es endlich geschah, zeigte sich sofort, wie begründet seine Sorge gewesen. Der Ministerrath erklärte, ein Kriegsbündniß gegen Preußen, gegen den Genossen von 1866, sei unmöglich.

Der Sieg in einem solchen Kampfe würde ein maaßloses Übergewicht der französischen Macht ergeben. Der Ministerrath erhob keine Einwendung gegen ein Defensivbündniß, welches keine Feindseligkeit gegen die Ergebnisse des Kriegs von 1866 und gegen die deutsche Einheit zum Zwecke haben dürfe, und stellte die weitere Bedingung, daß Frankreich seine Truppen aus Rom abrufe und in Bezug auf diese Stadt den Grundsatz der Nichteinmischung anerkenne.[1]) In den letzten Tagen des August wandte sich Menabrea nach Wien mit der Bitte, daß Österreich bei Napoleon die baldige Räumung Roms erwirke und dadurch Italien die Zeichnung des Bundesentwurfs ermögliche. Beust war gerne bereit und sandte auf's Neue den Grafen Vitzthum nach Paris. Allein bereits hatte sich Napoleon's Krankheit verschlimmert, und der Graf konnte kein Gespräch mit ihm erlangen. Bei dem Minister Fürsten Latour war nach dessen den Italienern abgeneigter Gesinnung vollends nichts durchzusetzen, und Vitzthum kehrte unverrichteter Dinge nach Wien zurück. Es erfolgte dann eine italienische Erklärung, daß man im Übrigen gegen den Bundesvertrag keine Einwendung erhebe, aber wie Österreich sich für den Fall eines Krieges die Neutralität offen gehalten habe, so werde für Italien die Theilnahme an einem Kriege erst nach der Räumung Roms möglich sein.

Nach seiner Herstellung besprach Napoleon die Frage mit Lavalette und Latour. Lavalette, sonst, wie wir wissen, ein Freund Italiens, war hier doch der Meinung, ein solches Bündniß sei für Frankreich von sonderbarer Bedeutung. Wir würden, sagte er, auf jede selbständige Entschließung

[1]) Vgl. Guiccioli, Quintino Sella I, 242 ff.

in unsern diplomatischen Unterhandlungen verzichten, und dafür im Kriegsfalle, wo das Bündniß seinen vollen Werth entfalten sollte, von beiden Genossen im Stiche gelassen werden. Das wäre ein unbilliger Handel. Latour, dem jede Annäherung an Italien unerwünscht war, trat Lavalette's Ausführung vollkommen bei.

Auch der Kaiser widersprach nicht. Er erwog zugleich, daß die Gründe, nach denen er im April zum Antrage des Dreibundes geschritten war, wesentliche Änderungen erfahren hatten. Er hatte sich von der streng neutralen Haltung Preußens in dem belgischen Bahnstreit überzeugt. Der militärische Freizügigkeitsvertrag zwischen Norddeutschland und Baden war seitdem in Wirksamkeit getreten; es war klar, daß er an der politischen Stellung des Großherzogthums nicht das Mindeste änderte. Bismarck behauptete unverrückbar den am 7. September 1867 verkündeten Standpunkt: die süddeutschen Staaten haben jeden Tag das Recht, ihren Eintritt in den Nordbund anzumelden, aber Preußen thut keinen Schritt, sie dazu zu veranlassen. Napoleon schloß also: seit 1868 haben sich die Verhältnisse gebessert; Preußen scheint nichts überstürzen zu wollen; kommt die deutsche Einheit im Laufe der Zeiten allmählich zu Stande, so wird das französische Volk sich gewöhnt haben, sie als unausbleibliches Naturereigniß zu betrachten und sich deshalb nicht zu kriegerischer Aufwallung erhitzen.

Bei so friedlichen Aussichten fand sich Napoleon nicht veranlaßt, den Abschluß eines wenig vortheilhaften Bündnisses zu vollziehn. Nach dem schweren Krankenlager war er an Körper und Geist ermattet, und der Gedanke, in ein neues System seiner auswärtigen Politik einzutreten, hatte den

frühern Reiz für ihn verloren. Er wollte ruhn; demnächst erhalte er parlamentarische Minister, mochten diese dann zusehn, was zweckmäßig wäre. Er schrieb dem Kaiser Franz Joseph, er habe die Unterzeichnung des Vertrags auf unbestimmte Zeit verschoben, würde aber auch ohne Vertrag bereit sein, Österreich, wenn es angegriffen würde, zu Hülfe zu kommen. Franz Joseph sprach dafür in der Antwort seinen Dank aus und bemerkte, daß er die Wiedereröffnung der Verhandlungen ganz der Convenienz Napoleon's anheim stelle. Napoleon ließ das auf sich beruhn, sagte aber bald nachher dem Grafen Vimercati, er könne nach Allem, was geschehn, die Besprechung des Dreibunds nicht wieder aufnehmen, dazu sei nur Österreich in der Lage. So blieb das ganze Ergebniß der langen Verhandlung ein briefliches Versprechen der drei Souveräne, daß keiner von ihnen ein Bündniß mit einer fremden Macht ohne Vorwissen der beiden andern eingehn würde, eine Zusage, welche übrigens Franz Joseph und Napoleon bereits 1867 mündlich mit einander ausgetauscht hatten.

Während auf diese Art das Streben nach einem festen Zusammenschlusse Frankreichs und Österreichs erfolglos blieb, gelang gleich nachher der preußischen Regierung, den Beginn einer folgenreichen Wendung in ihren Beziehungen zum Wiener Hofe herbeizuführen.

Seit 1866 hatte sich der Verkehr zwischen beiden Stellen auf die unerläßlichen und nicht immer angenehmen geschäftlichen Mittheilungen beschränkt. So eben erst, gleich nach dem Austrage des belgischen Eisenbahnhandels, hatte Beust, im Ärger über das Fiasco seiner Depesche vom 1. Mai gegenüber dem allgemeinen Lobe der schweigenden Zurück-

haltung Preußens, am 8. Juli ein Schreiben nach Dresden erlassen[1]), und sich beschwert, daß eine andere Macht das Urtheil der sächsischen Regierung über die Depesche vom 1. Mai ungünstig zu beeinflussen gesucht habe. Es entspann sich daraus eine diplomatische Correspondenz zwischen den drei Cabinetten, worin der Natur der Sache nach Beust keine Lorbeeren davontrug; es folgte ein längerer Zeitungskrieg zwischen den officiösen Berliner und Wiener Blättern, bis endlich Preußen, wo man trotz aller Reibungen stets an dem Wunsche auf Herstellung der alten Freundschaft mit Österreich festhielt, durch einen unerwarteten Schritt der Zänkerei ein Ende machte.

Damals lud der Khedive Ismael von Ägypten die europäischen Potentaten zu der feierlichen Einweihung des eben eröffneten Kanals von Suez ein. Kaiser Franz Joseph versprach zu kommen; Napoleon lehnte aus Rücksicht auf seine Gesundheit ab, entsandte aber statt seiner die freudig reisende Gemahlin. In Berlin erbat sich der Kronprinz die königliche Erlaubniß zu der interessanten Fahrt, und hier kam der Gedanke zur Sprache, die Reise über Wien gehn zu lassen und in der Hofburg anzufragen, ob ein officieller Besuch des Kronprinzen bei dem kaiserlichen Hofe willkommen sein würde. Die Bejahung kam umgehend, und am 7. October traf der Kronprinz in Wien ein. Die Aufnahme konnte erwünschter nicht gedacht werden; der Kaiser, in preußischer Uniform, empfing den Kronprinzen am Bahnhof; in der Burg begrüßte ihn zu seiner Überraschung die Kaiserin, die er noch in Ischl vermuthet hatte. Keine Ehrenbezeugung

[1]) Publicirt im österreichischen Rothbuch. Preußen war nicht darin ausdrücklich genannt, aber unverkennbar bezeichnet.

fehlte. „Es konnte", schrieb er, „nach 1866 keinem Österreicher leicht werden, einen Vertreter unseres Königs erscheinen zu sehn, aber niemand hat mich dies fühlen lassen. Der Kaiser war in seinem Wesen gegen mich unverändert, und wer seine Art so genau kennt, wie ich, der konnte keinen Augenblick im Zweifel sein, daß er mir mit aufrichtiger Wärme entgegen kam." Auch die Erzherzoge waren freundlich, und namentlich Erzherzog Albrecht, als bester Sachverständiger, bezeugte dem Kronprinzen, daß er (der Kronprinz) als Soldat seine Schuldigkeit gethan, und daß jedermann dies anerkennen müsse. Der liberale Minister Giskra sprach seine Freude aus, in dem Besuche die Anbahnung einer bedeutungsvollen Annäherung zu erblicken; der Erfolg der Sendung werde sich allmählich fühlbar machen. Auch Graf Beust denke nicht mehr an Rache, sondern nehme das Geschehene als Geschehenes hin. In der That verwahrte sich Beust lebhaft gegen Bismarck's Klage, daß er die Presse in preußenfeindlichem Sinne beeinflusse, setzte dann aber die Bemerkung hinzu, was die süddeutsche Frage betreffe, so sei er der Entwicklung derselben keineswegs feindlich gesinnt; als österreichischem Minister liege ihm aber an erster Stelle die Pflicht ob, für die Wohlfahrt der österreichischen Kronländer zu sorgen, und deshalb müsse er jede Entwicklung der süddeutschen Frage, die diese Wohlfahrt gefährden könne, mit scharfem Blicke überwachen.[1]) Dieser Äußerung, sowie der damaligen Lage der Dinge überhaupt entsprach dann die Thatsache, daß Kaiser Franz Joseph

[1]) Beust hatte in der That in den Delegationen August 1869 seine Erklärung vom März 1867 wiederholt, daß die preußisch-süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Prager Frieden in Widerspruch ständen.

sowohl damals in Wien als auch nachher in Ägypten keine politischen Gespräche mit dem Kronprinzen führte. Für die Zukunft aber hatte Giskra die Stimmung des Monarchen vollkommen richtig bezeichnet. Ein erster fruchtbarer Schritt zur Versöhnung zwischen den frühern Nebenbuhlern war geschehn, und damit eine neue Aussicht auf die Befestigung des europäischen Friedens eröffnet worden.

3. Capitel.

Weltbürgerliche Bestrebungen.

Die gewaltigen Erfolge, welche das Jahr 1866 der Sache der deutschen Einheit gebracht hatte, waren seitdem durch die vereinte Thätigkeit der liberalen und der nationalen Parteien weiter ausgebaut worden. Ihre Auffassungen deckten sich nicht vollständig, beruhten aber auf gemeinsamen Grundgedanken, die trotz mancher Differenzen und Reibungen ein fruchtbares Zusammenwirken immer wieder ermöglichten.

Die Liberalen strebten nach weitester Freiheit der Individuen, wie die Natur sie in unabsehbarer Mannichfaltigkeit und Verschiedenheit gestaltete. In Anerkennung dieses Naturgesetzes sollte ein Jeder das Recht haben, die Eigenart seiner Kräfte und Neigungen in vollem Umfang zu entfalten, ungehindert durch fremde, seinem Wesen unzuträgliche Einflüsse — so weit es die Ordnung des Gemeinwesens irgend zuließe.

Ganz in gleichem Sinne ging die Forderung der nationalen Partei dahin, der Gesammtheit des deutschen Volks den ihren Mitgliedern gemeinsamen Bestrebungen die volle Freiheit der Entwicklung zu gewähren, und sie vor der Beherrschung oder Beeinflussung durch fremde, ihrem Wesen

antipathische oder ihrer Unabhängigkeit gefährliche Elemente zu bewahren.

Die überraschende Macht, womit diese Tendenzen sich in der Mitte Europas auf dem deutschen Boden Raum gemacht hatten, verfehlte nicht eine entsprechende Reaction von verschiedenen Seiten hervor zu rufen.

Die Widersacher waren untereinander keineswegs verbündet, im Gegentheil, sie widmeten sich den bittersten Haß, und ihre Ziele lagen von einander so weit entfernt wie kurzes irdisches Wohlleben und ewige himmlische Seligkeit. Aber gemeinsam war ihnen gerade in der Bekämpfung der deutschen Einheit ein negativer Grundgedanke, die Verwerfung der individuellen Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit. Alle Menschen sind gleich, denn bei Allen wiederholen sich die wichtigsten Eigenschaften der menschlichen Natur. Die kleinen Verschiedenheiten bei den einzelnen Personen fallen dagegen nicht in das Gewicht und geben keinen Anspruch auf besonderes Recht. Wo ein von der Natur Begünstigter sich über Seines Gleichen erheben will, muß im Namen der Vernunft und der Menschenliebe das Gemeinwesen diesen Hochmuth brechen und die Gleichheit in allen Beziehungen herstellen. Von diesem Punkte aus entwickelt sich dann der socialdemokratische Staat, der 1793 der Welt gezeigt hat, wie gründlich er die Freiheit der einzelnen Menschen erstickt und die Grenzen der Nationen überfluthet.

Eine andere Wendung nimmt zu gleichem Ziel eine klerikale Anschauung. Alle Menschen sind gleich, denn Alle sind krank an ihrer Sündhaftigkeit, die sie dem ewigen Verderben entgegen führt. Folglich haben Alle, Könige und Bettler, Kinder des Nordens und des Südens, sich zu ihrer

Rettung den Anordnungen des Einen, Heiligen Arztes in ihren innern Vorstellungen und äußern Handlungen zu unterwerfen.

Für beide Bewegungen ist das Jahr 1868 Epoche machend gewesen.

I. Communistische Bewegung.

Armuth und Elend hat zu allen Zeiten auf dieser Erde existirt und wird zu allen Zeiten existiren, so lange die Natur neben starken und klugen auch schwache und dumme Menschen geboren werden läßt. Auch hat es nie an Bestrebungen, doctrinären und gewaltthätigen, gefehlt, die Armuth in Wohlstand zu verwandeln, oder wie man das heute ausdrückt, die sociale Frage zu lösen. In alten Zeiten war es die Lage der Bauern, welche die Aufmerksamkeit der Völker in dieser Hinsicht auf sich zog. Seit dem vorigen Jahrhundert hat die große, durch Maschinen betriebene Industrie zahlreiche Arbeitermassen auf einzelnen Punkten angesammelt, dadurch neben colossaler Production auch colossales Elend erzeugt und folglich ein neues Streben zur Lösung der socialen Frage hervorgerufen. In Deutschland, wo diese Industrie erst seit der Vollendung des Zollvereins zu einer bedeutenden Entfaltung gelangte, haben vor 1848 nur einzelne Schriftsteller, unter ihnen die Bedeutendsten Friedrich Engels und Karl Marx, ihre Studien der Lage der Arbeiter gewidmet, aber im Publicum nur geringe Theilnahme gefunden. Bei der Märzrevolution durchsetzte sich die republikanische Partei sehr stark mit socialistischen Elementen, und zwar sogleich im radicalsten Sinne, welche dann nach dem Siege der Reaction sich einer doppelt scharfen

Verfolgung ausgesetzt fanden und großen Theils im Auslande Unterkunft suchten. Marx nahm nach langem Umherziehn seinen Wohnsitz in London.

So hatten in Deutschland auf dem wirthschaftlichen Gebiet die individualistischen und freihändlerischen Anschauungen das Feld wieder allein; in voller Herrschaft standen die Forderungen: Freiheit des Eigenthums und des Verkehrs, Freiheit der Vereine und des Wettbewerbs, fester Glaube, daß durch das freie Spiel dieser Kräfte nicht bloß die größte Erzeugung, sondern auch die beste Vertheilung der Güter erreicht würde, mithin Ermahnung an die Staatsgewalt, sich des unmittelbaren Eingreifens in diese Verhältnisse zu enthalten.

Die arbeitende Classe brachte den schönen Verheißungen dieser Sätze mehr Zweifel als Vertrauen entgegen; als jedoch Schulze-Delitzsch, wie wir oben bei der Geschichte des Reichstags von 1867 erwähnt haben, sie mit menschenfreundlicher Energie auf ihre eigne Kraft, auf Fleiß und Sparsamkeit verwies und ihnen dazu ergiebige Hülfsmittel in seinen Rohstoff-Consum- und Creditvereinen entgegenbrachte, war der Erfolg doch sehr bedeutend. Zugleich gab Schulze damals die erste Anregung zur Freiheit des Coalitionsrechts für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Aber Schulze blieb bei seiner wohlgemeinten Thätigkeit nicht lange ungestört. Seit 1863 verfolgte ihn mit unermüdlichen Angriffen Ferdinand Lassalle, ein jüdischer Bourgeois wie Marx, aus dessen Schriften er gewisse sozialistische Anschauungen übernommen hatte, ein geistreicher, beredter und eitler Schriftsteller, der von sich selbst aussagte, daß er jede Zeile gerüstet mit dem Geiste seines ganzen

Jahrhunderts schreibe. Seine Reden und Schriften beweisen in der That, daß der Umfang seiner Belesenheit ihm eine gewisse Berechtigung zu dem stolzen Worte gab, freilich aber auch, daß das 19. Jahrhundert erheblich größere Ansprüche an Unbefangenheit der Auffassung und Correctheit der Schlüsse macht, als sie Lassalle jemals gezeigt hat. Über seinen Charakter begnüge ich mich zu bemerken, daß seine socialistischen Mitstreber nach seinem Tode sich darüber in sehr verschiedenem Sinne ausgesprochen haben. Im Jahre 1869 gab ihm Liebknecht auf dem Congreß zu Basel das Zeugniß, er sei ein Mann von großer Fähigkeit und Energie und vor Allem höchst ehrenwerth gewesen, was man von .seinen Nachfolgern nicht sagen könne. Dagegen hat ihn 1868 Bernhard Becker, sein Nachfolger im Vorstande des deutschen Arbeitervereins, in einer besonderen Broschüre als einen grundsatzlosen Lebemann geschildert, der endlich in einem widerwärtigen Liebeshandel zu Grunde gegangen sei.

Lassalle bekämpfte nun Schulze und neben ihm die gesammte Fortschrittspartei zunächst mit dem ehernen Lohngesetz Ricardo's, nach welchem in Folge der Concurrenz und des steten Anwachsens der Bevölkerung der Arbeitslohn stets auf das Minimum des nothwendigsten Lebensunterhalts herabsinke, folglich die von Schulze dem Arbeiter angepriesene Sparsamkeit für diesen eine unmögliche Tugend sei, und kein Lohnarbeiter jemals ein Vermögen zurücklegen könne. Hier bleibe alle Selbsthülfe wirkungslos. Um so mehr sei der Staat verpflichtet, Beistand zu leisten. Lassalle schlug dazu das Verfahren vor, daß der Staat jeder Arbeitergenossenschaft ein Capital vorschieße zur Gründung einer Fabrik auf

eigne gemeinsame Rechnung, und sprach zugleich die Hoffnung aus, eine solche Gesellschaft werde sehr rasch in die Lage kommen, aus dem Ertrage der Fabrik dem Staate den geleisteten Vorschuß mit Zinsen zurück zu zahlen. Diese Anweisung auf die Beistandpflicht des Staats zündete unter den deutschen Arbeitern; mehrere Tausende schlossen sich der neu aufgehenden Hoffnung an, wandten Schulze-Delitzsch den Rücken und traten in Genossenschaften zur Gründung von Productiv-Associationen mit Staatshülfe zusammen. Allein die praktische Ausführbarkeit des Vorschlags zeigte sich nur in seltenen Fällen erreichbar, selbst wo sich die dazu nöthigen Kapitalien auftreiben ließen. Für jede Fabrik, deren Thätigkeit eine complicirtere Technik voraussetzt, erwies sich die republikanische Verwaltung durch die Arbeiter als unbrauchbar. Wo diese aber bei einfachen Betrieben ausreichte und gedieh, so daß die Zahl der Arbeiter vermehrt werden mußte, dachten die ursprünglichen Genossen nicht daran, die neuen Gehülfen in ihre Genossenschaft aufzunehmen. Sie fühlten sich jetzt als Eigenthümer, fielen in die geächtete capitalistische Wirthschaft zurück und nahmen ganz einfach die Neuen als Lohnarbeiter an. Als diese sich beschwerten, war die bündige Antwort: wir haben zehn Jahre Mühe und Arbeit gehabt, um ein Vermögen zu sammeln; ihr habt an der Arbeit keinen Theil genommen; mit welchem Rechte verlangt ihr heute Antheil an der Frucht der Arbeit?

Die Widerlegung war schlagend und traf das ganze socialdemokratische System.

Die Aufhebung des Privateigenthums hat Lassalle öffentlich niemals begehrt. Er hat sich damit begnügt, in seinen rechtsgeschichtlichen Werken mit einem großen Aufwande von

Gelehrsamkeit und Sophistik den Nachweis zu versuchen, daß die geschichtlichen Grundlagen der Begriffe des Eigenthums und des Erbrechts im Wandel der Zeiten sich völlig verflüchtigt hätten, daß sie also in der Gegenwart nur durch einen ganz willkürlichen Act der Gesetzgebung fortgefristet würden und jeder Zeit durch ein neues Gesetz von Rechtswegen abgeschafft werden könnten, und zwar, wie ausführlich erörtert wird, ohne irgend eine Entschädigung der bisherigen Eigenthümer. Äußerlich sichtbare Wirkungen haben diese Werke nicht gehabt und auch in der wissenschaftlichen Litteratur nur eine spärliche Anerkennung gefunden.

Am 31. August 1864 war Lassalle einer im Duell erhaltenen Schußwunde erlegen; wenige Wochen später trat ein ungleich stärkerer Führer in die entstandene Lücke. Am 28. September nahm in London Marx an der von Paris angeregten Gründung eines internationalen Arbeitervereins Theil. Anfangs dachten gerade die französischen Urheber weder an Politik noch an Revolution, bald aber zog Marx, der seit langer Zeit den internationalen Charakter der gesammten Arbeiterbewegung sich zum Grundsatz erhoben und schon 1848 ein grimmig revolutionäres Manifest mit den Worten geschlossen hatte: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" — Marx also zog sehr bald seine Genossen zu seinem Programm hinüber und wurde seitdem, zwar nicht der Präsident, wohl aber der für die deutschen Angelegenheiten bestimmte Generalsecretär des Bundes. Kein anderes Mitglied des Vorstandes war ihm an Arbeitskraft und Kenntnissen, an grenzenlosem Fanatismus und angeborenem Herrschertalent gewachsen, und in kurzer Zeit wurde Marx die leitende Seele der von den Arbeitern bewunderten, von

allen andern Parteien gehaßten und gefürchteten „Internationale".

Seine Ziele hatte er längst in verschiedenen kleineren Schriften ausgesprochen. Im Jahre 1867 begann er die Herausgabe eines schwerwiegenden Werks, „Das Capital", um durch die Geschichte der Entstehung des englischen Großcapitals seit dem 16. Jahrhundert und durch die Schilderung des jetzigen Elends der englischen Arbeiter die Abscheulichkeit und Unerträglichkeit dieses Zustandes in volles Licht zu stellen, zugleich aber auch den wissenschaftlichen Beweis zu führen, daß die jetzige Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung den Arbeiter rettungslos zum ausgebeuteten Sclaven des Capitalisten, des alleinigen Besitzers aller Arbeitsmittel, mache, so zwar, daß auch ein barmherziger Capitalist durch die Consequenz des Systems gezwungen sei, die Arbeiter in gleicher Weise fort und fort zu mißhandeln. Nichts könne demnach helfen, als der Sturz des ganzen Systems, indem man die Arbeitsmittel, die für den Betrieb einer Fabrik unentbehrlich sind, Grund und Boden, Gebäude, Maschinen, Rohstoffe, Geld u. s. w., dem schmarotzenden Capitalisten entziehe und den thätigen Arbeitern überweise. Die Consequenz wäre die Verwandlung alles Privateigenthums in Gesammtbesitz. Eine solche Umwälzung kann natürlich nur mit Gewalt durchgesetzt werden; die Arbeiter sind also zu diesem Zweck in festen Verbänden in jedem Lande unter der obersten Leitung der Internationale zu organisiren.

Den Beweis der Berechtigung und der Unvermeidlichkeit dieser socialen Revolution versucht er nun durch eine wieder an den englischen Nationalökonomen Ricardo angelehnte Werth- und Lohntheorie zu liefern, deren wesentliche Sätze

hier kurz anzuführen sind, da sie fortdauernd das Evangelium der deutschen Sozialdemokratie geblieben ist.

Der Tausch- oder Kaufwerth einer Waare wird hienach durch die menschliche Arbeit erzeugt, vorausgesetzt, daß diese eine gesellschaftlich nothwendige ist, daß sie einem der Gesellschaft nützlichen Zwecke dient. „Eine Biene", sagt Marx[1]), „beschämt in dem Bau ihrer Zellen manchen menschlichen Baumeister, was aber von vorn herein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er sein Werk im Kopfe gebaut hat, ehe er es in der Wirklichkeit baut. Am Ende des Arbeitsprocesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginne desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also ideell vorhanden war. Er bewirkt nicht bloß eine Formveränderung des Naturstoffs, sondern er verwirklicht in demselben seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Thuns als Gesetz bestimmt, dem er seinen Willen unterordnen muß." Eine auf solche Art geistig geleitete Arbeit hat nun die Wirkung, daß der Arbeiter, mit Marx zu reden, durch die Verwendung seiner Gehirn-, Nerven- und Muskel-Substanz dem bearbeiteten Stoffe einen bisher nicht vorhandenen Werth zusetzt, einen Mehrwerth erzeugt. Oder in einem trivialen Beispiel ausgedrückt: wenn ein Schneider für 35 Mk. Tuch gekauft und noch für 5 Mk. weitere Auslagen gehabt hat, und dann in zwölf Stunden daraus einen Rock in einer neuen Modeform herstellt und ihn für 60 Mk. verkauft, so ist durch seine Arbeit der Werth des Tuchs um 20 Mk. gewachsen; der Käufer hat das durch die Zahlung anerkannt, und der Schneider hat den Mehrwerth erhalten, weil er ihn geschaffen und dadurch verdient hat.

[1]) I, 142.

Weiter aber: die neue Rockform findet solchen Beifall, daß der Schneider zur Erledigung aller Aufträge zehn Lohnarbeiter annimmt. Nach dem ehernen Lohngesetz gewinnt er sie für einen Tagelohn, der dem Minimum des dort erforderlichen Lebensunterhalts entspricht. Sagen wir fünf Mark. Er gibt ihnen das Tuch, das Arbeitsgeräth, die erforderlichen Weisungen, legt sich dann auf sein Sofa und sieht zu, daß sie fleißig arbeiten. Abends spät sind die zehn Röcke fertig, am folgenden Tage abgeliefert und bezahlt. Wie stellt sich jetzt die Rechnung?

Einnahme 600 Mk. Auslagen für Tuch und Geräth 400 Mk. Gewinn oder Mehrwerth 200 Mk.

Davon erhält jeder Arbeiter fünf, die Arbeiter zusammen 50 Mk. Es bleibt für den nicht arbeitenden Meister ein Betrag von 150 Mk., dreißig Mal so viel wie jeder Arbeiter, drei Mal so viel wie die Arbeiter zusammen empfangen.

Er hat das Geld, um die Arbeitsmittel gelegentlich wohlfeil anzukaufen, die Arbeiter liefert ihm das Lohngesetz unter allen Umständen zu wohlfeilstem Preis. Die menschliche Arbeitskraft, die Schöpferin jedes Mehrwerths, sinkt in Folge des stets übermäßigen Angebots selbst tief unter den Tauschwerth ihres Productes herab.

Setzen wir nun an die Stelle der kleinen Schneiderwerkstatt mit zehn Gehülfen eine große Fabrik mit mehreren hundert Arbeitern, mit einem Maschinenbetrieb, der in jeder Stunde das Erzeugniß der Handarbeit verzehnfacht, vielleicht verhundertfacht, so wird es deutlich, wie der Fabrikherr mit raschen Schritten durch die Aneignung des Erzeugnisses seiner Arbeiter mühelos zum Millionär wird, während die täglich

ausgebeuteten Arbeiter trotz aller Anstrengung bei ihrem kümmerlichen Tagelohn ihr Lebenlang arme Schlucker bleiben und mit Sehnsucht der sie erlösenden Revolution entgegenharren.

Man erkennt leicht, daß diese Theorie auf den beiden Grundsätzen beruht: dem ehernen Lohngesetz und der Lehre vom Ursprung des Mehrwerths. Ist einer derselben unrichtig, so fällt das ganze Gebäude über den Haufen. Beide aber sind unrichtig, das Gegentheil der Wahrheit, das Gegentheil der Erfahrung.

Das eherne Lohngesetz ist eine wissenschaftliche Abstraction, die Antwort auf eine theoretisch beschränkte Frage: wie stellt sich die Lohnhöhe unter der Voraussetzung, daß lediglich der augenblickliche Nutzen der beiden Contrahenten darüber entscheidet? In der Wirklichkeit kommt aber eine solche Isolirung der Frage sehr selten vor, vielmehr wirken durchgängig mannichfaltige sonstige Einflüsse darauf ein. Ein barmherziger Fabrikherr sucht dem Elend seiner Arbeiter abzuhelfen, er weiß trotzdem die ihm drohende Concurrenz zu bestehn. Ein einsichtiger Fabrikherr weiß, daß für sein eignes Interesse besser gesorgt ist, wenn seine Arbeiter kräftig und zufrieden, als wenn sie verkommen und grimmig sind. Dabei ist das Maaß des Lohngesetzes, das Minimum des Lebensunterhaltes selbst, eine der Änderung fortdauernd unterworfene Größe. Bei wachsendem allgemeinem Wohlstand wachsen auch die Forderungen der allgemeinen Lebenshaltung für alle Stände, und jeder Arbeitgeber wird durch die öffentliche Meinung zu der entsprechenden Verbesserung der Lage seiner Arbeiter gezwungen. Dazu kam seit der Gewährung der Coalitionsfreiheit und der Entwicklung des

Vereinsrechts die Erhöhung der Widerstandskraft der Arbeiter. Schon sehr bald war ihr Einkommen so weit gestiegen, daß sie sparen und zurücklegen konnten. Sie vermochten die Kosten zahlloser Ausstände und Boykotts aufzubringen; sie zahlen in die Kassen ihrer Local- oder Gewerkvereine, sowie in die Kasse des allgemeinen Communistenvereins ihre regelmäßigen Beiträge und liefern damit die Mittel zu zahlreichen Gehältern von Beamten und Redactoren und zu gesetzlich verbotenen Reichstagsdiäten. Die Partei selbst hat demnach das Lohngesetz schon selbst fallen gelassen. Wie hätte sie auch unter dessen Anerkennung Beiträge von ihren Arbeitern fordern können?

Die zweite Frage, wer unter den in einem großen Fabrikbetriebe beschäftigten Personen der wahre Schöpfer des Mehrwerths ist, scheint mir durch Marx's eigne oben angeführte Sätze peremtorisch beantwortet, und es ist nur zu bedauern, daß Marx das Ergebniß im weitern Verlauf seiner Erörterung völlig vergessen hat. Die Arbeit, vernahmen wir dort, erschafft neue Werthe, wenn sie einem nützlichen Zwecke dient, welcher schon bei dem Beginn des Arbeitsprocesses in der Vorstellung des Arbeiters vorhanden war, „der in der Arbeit seinen Zweck weiß, welcher die Art und Weise seines Thuns als Gesetz bestimmt, dem er seinen Willen unterordnen muß." Die eben gestellte Frage ist damit vollständig erledigt. Wer den Zweck eines Fabrikbetriebes im Voraus in seinen Gedanken feststellt, die dazu erforderlichen Arbeitsmittel erwägt und anschafft, das Risico des ganzen Unternehmens auf sich nimmt, im Verlaufe des Arbeitsprocesses seinen Willen und das Thun seiner Gehülfen dem Gesetze des großen Zweckes unterwirft: das ist keiner der von ihm zur Bedienung seiner

Maschinen vereinigten Arbeiter, das ist ganz allein der Unternehmer, der Fabrikherr, der Capitalist. Marx's Behauptung, daß er der Schmarotzer sei, der die durch seine Lohnarbeiter geschaffenen Mehrwerthe mühelos einstreiche, stellt die Wahrheit auf den Kopf. Der Fabrikherr allein ist durch seine geistige, während des ganzen Verlaufs unausgesetzte Arbeit der Schöpfer der Mehrwerthe, welche demnach von Rechtswegen ihm allein zufallen. Die Handarbeiter haben darauf keinen größeren Einfluß als die Maschinen, die sie nach der Weisung des Fabrikherrn im Betrieb halten, ohne den Zusammenhang oder Zweck der einzelnen Bewegungen zu kennen oder kennen zu müssen.

Es erscheint hier bei Marx, dem Gelehrten, der selbst niemals Lohnarbeiter gewesen, eine wunderbare Geringschätzung der Kopfarbeit im Vergleiche mit der Handarbeit, die sich seitdem bei der communistischen Partei fortdauernd gesteigert hat. Trotz der langjährigen mühevollen Vorbereitung, welche die geistige Ausbildung erfordert, trotz der unabsehbaren Leistungen, welche sie bei zweckmäßiger Arbeit hervorbringt, verdient sie keinen höhern Lohn, als die verachtete Anstrengung des Handarbeiters. Der entsprechende Lohn des geistigen Producenten, hat neulich ein Weiser bemerkt, ist der hohe Genuß der Production selbst. Haben wir doch in parlamentarischen Verhandlungen über die Dotation unserer Feldherrn Äußerungen gehört: jeder Soldat setzt sein Leben für das Vaterland auf das Spiel, was kann der General mehr thun? Er kann eben, was der Soldat nicht kann, das Heer zum Siege führen und das Vaterland erretten.

Bei der Nichtigkeit der Gründe der communistischen Theorie könnte ihre dauernde Einwirkung auf Millionen Menschen

befremdlich erscheinen, wenn man sich nicht erinnerte, daß ihre Beweise, in eine philosophische Schulsprache eingewickelt, dem nicht- oder halbgebildeten Publikum unverständlich, aber imposant erschienen, um so besser aber alle daraus abgeleiteten Forderungen begriffen wurden, weil diese sich nicht an den Verstand, sondern an die stärksten Leidenschaften ihrer Hörer richteten.

Neben der schriftstellerischen Leistung war Marx gleich nach der Gründung der Internationale auf die Einrichtung einer wirksamen Propaganda bedacht. Ein in London residirender Generalrath bildete die Regierung des Vereins, als Minister wurde für jedes Land ein Generalsecretär bestellt. Dort arbeitete dann ein Centralausschuß als leitender Mittelpunkt für die Bezirkgruppen oder Sectionen der einzelnen Vereine. Im Jahre 1866 sollte ein allgemeiner Congreß in Genf Bericht über die bisherigen Erfolge erhalten und die definitiven Beschlüsse über die Organisation des Vereins fassen. Nach Deutschland sandte Marx 1865 zur Unterstützung des dortigen Centralausschusses einen seiner begabtesten Schüler und glühendsten Verehrer, Liebknecht, dem wir bereits im deutschen Reichstag begegnet sind, und dieser hatte sich zunächst in einem äußerst verwirrten Treiben zurecht zu finden.

Nach Lassalle's Tod waren die von ihm dictatorisch geleiteten Vereine theils zerfallen, theils unter einander in Streit gerathen. Die eine Partei erkannte als Führerin eine Gräfin Hatzfeld an, eine einst schöne, jetzt völlig emancipirte Dame, sehr reich, schlau und herrschsüchtig, die andere war unter die Herrschaft eines Frankfurter Patriciersohns, von Schweitzer, gerathen, eines frivolen, aber mit Geist und Willenskraft ausgerüsteten Mannes, der, aus seinen Kreisen in Folge seines anrüchigen Wandels hinausgewiesen, für einige

Jahre, um eine neue Würze des Lebens zu erproben, die Zügel einer socialen Vereinsgruppe ergriff und sie mit fester Hand und großem Erfolg zu führen wußte. Den von Lassalle begonnenen Krieg gegen die Berliner Fortschrittspartei nahm er äußerst nachdrücklich wieder auf; als diese durch Dr. Hirsch nach englischem Muster Gewerkvereine zu gründen begann, mit der Aufgabe, eine Casse zur Aufrechthaltung von Ausständen zu bilden, um dadurch die Arbeiter zu Fortschrittsgenossen zu machen, folgte Schweitzer diesem Beispiel auf der Stelle, und standen seitdem fortschrittliche und socialistische Gewerkvereine in lebhaftem Hader. Plötzlich aber erschien ein scharfes Manifest des Hatzfeldt'schen Verbandes, worin Schweitzer und Hirsch in gleichem Tone abgekanzelt, und die Ausstände überhaupt als eine für die Arbeiter verderbliche Thorheit verurtheilt wurden. So war Streit an allen Orten, die Verbände lösten sich immer mehr, und nur mit großer Anstrengung hielt Schweitzer den seinigen leidlich zusammen. Unter diesem Wirrwar hatten sich in Sachsen und Thüringen wieder neue Arbeitervereine gebildet, die sich von jenen Zänkereien fern hielten, allmählich an Zahl und an Mitgliedern wuchsen und in der Politik sich entweder zum Fortschritt hielten oder als demokratische Volkspartei auftraten. In diesen Kreisen hatte allmählich der als rechtschaffener Handwerker emporgekommene Bebel Ansehn und Einfluß gewonnen, wurde 1865 Vorsitzender eines Leipziger Arbeiterbildungsvereins, und 1867 Vorsitzender des Ausschusses eines Verbandes der eben erwähnten neuen Vereine. Bereits in den constituirenden Reichstag gewählt, läugnete er dort, daß er Socialist sei, er gehöre zur Volkspartei. Wenn er noch nicht Socialist war, so stand er im Begriffe, Communist zu

werden. Schon seit 1865 hatte Liebknecht mit ihm Freundschaft geschlossen und ihm das Verständniß für die Lehren seines Propheten Marx eröffnet. Am 5. bis 7. September 1868 fand ein Verbandstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg Statt. Es waren dort etwas über 120 Vereine durch Delegirte vertreten; als Präsident des Vororts Leipzig stellte Bebel den Antrag, der Verbandstag möge das von dem Genfer Congreß unterdessen bestätigte Programm der Internationale zu dem seinigen machen. Nach langer heftiger Verhandlung wurde der Antrag von 68 gegen 48 Stimmen angenommen, worauf die Minorität unter Protest den Saal verließ und sich sofort auf Grund des bisherigen Programms als deutscher Arbeiterbund selbständig constituirte. In dem neuen Programm der Mehrheit wurde das Wort Aufhebung des Privateigenthums vorsichtig vermieden; das communistische Princip aber war deutlich genug bezeichnet einmal durch „den Anschluß an die Bestrebungen der Internationale, weil die Emancipation der Arbeiter nur durch das Zusammenwirken aller Länder erreicht werden könnte", und sodann durch die Erklärung, daß die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von den Monopolisten der Arbeitswerkzeuge die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des socialen Elends, der geistigen Herabwürdigung, der politischen Abhängigkeit bildete, eine Erklärung, die wieder nur eine vorsichtige Umschreibung der Marx'schen Forderung war, alle Arbeitsmittel — und was ist nicht Arbeitsmittel? — den Capitalisten zu nehmen und der Gemeinschaft der Handarbeiter zu überweisen, also alles Privateigen in Gesammteigen zu verwandeln. Im Gegensatz zu der dortigen Minorität, zu den Lassalleanern und den fortschrittlichen Gewerkvereinen,

die sämmtlich die Politik aus ihrem Wirken entfernt hielten und nur auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung für die materiellen Interessen der Arbeiter wirken wollten, wurde ferner erklärt: die politische Bewegung ist unentbehrlich zur ökonomischen Befreiung der Arbeiter; die sociale Frage ist untrennbar von der politischen, und ihre Lösung nur möglich im demokratischen Staat.

So war der weltbürgerliche Communismus zum ersten Male in Deutschland öffentlich von einer großen Genossenschaft als ihr politisches Glaubensbekenntniß verkündet worden. Die Wirkung zeigte sich bald als sehr bedeutend. Als Bebel und Liebknecht im folgenden Jahre auf den 7. August einen allgemeinen deutschen socialdemokratischen Arbeitercongreß nach Eisenach beriefen, erschienen neben ihren Anhängern auch die Lassalleaner, allerdings in starker Minderheit, mit 110 Vereinsdelegirten, während die Communisten 262 Vereinsdelegirte, angeblich Vertreter von 150 000 Arbeitern, zählten. Es kam aber sehr bald auf's Neue zum Bruch. Die Lassalleaner traten wieder aus, und die beiden Parteien tagten in gesonderten Localitäten. Die glänzenden Aussichten, welche das Nürnberger Programm den Arbeitern eröffnet hatte, waren zum Magnet für große Massen geworden. Immerhin fand es Liebknecht auch jetzt noch nicht rathsam, ganz offen mit der Sprache herauszugehn, theils im Hinblick auf die leider noch bestehende Macht der Polizei, theils aus der Sorge, etwas schwache Gemüther unter den Genossen abzustoßen. So begann dieses Mal das Programm mit dem Satze: die socialdemokratische Partei in Deutschland erstrebt den freien Volksstaat; vermieden wurde die Bezeichnung der Partei als einer communistischen, und das Wort Republik als Name

der begehrten Staatsform. Als ein offenherziger Genosse bei der Debatte den Ausdruck Republik beantragte, wurde er sofort aus Gründen der Opportunität zurückgewiesen. Dann folgte ein Satz, die heutigen politischen und socialen Zustände seien höchst ungerecht, mit größter Energie zu bekämpfen, und jede Klassenherrschaft abzuschaffen. Hieran schloß sich der Satz, unter den man in Nürnberg die Aufhebung des Privateigenthums versteckt hatte, die Überweisung aller Arbeitsmittel an die Arbeiter, auch dieser in etwas abgeschliffener Form: die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Capitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft jeder Art, und deshalb erstrebt die socialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Productionsweise (Lohnsystem) den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter. Wie begründet die Rücksicht auf die noch unvollständige Reife mancher Genossen gewesen war, zeigte sich hier an der allerdings entscheidenden Stelle. Die Versammlung setzte anstatt der vorgeschlagenen Worte den Satz: die jetzige Productionsweise soll durch genossenschaftliche Arbeit ersetzt werden. Liebknecht tröstete sich mit der richtigen Wahrnehmung, daß die communistischen Principien auch in dieser Formel enthalten seien. Dann wurde die politische Freiheit als unentbehrlich für die sociale verkündet, und insbesondere gegenüber dem jetzigen Zustande weiter begehrt: Wahlrecht aller 20jährigen Männer für jeden Vertretungskörper, Einführung der directen Gesetzgebung durch das Volk, Einrichtung der Volkswehr anstatt der stehenden Heere, obligatorischer und unentgeltlicher Unterricht in der Volksschule, Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer (und Erbschaftssteuer, setzte die Versammlung hinzu).

Betont und beschlossen wurde weiter noch die Nothwendigkeit einer einheitlichen Organisation der Partei, die Constituirung derselben unter der Leitung eines Ausschusses von fünf Personen und die Abstimmung aller Mitglieder über eingreifendere Congreßbeschlüsse. Ferner erklärte die Partei, sich als Zweig der Internationale zu betrachten, unter der, wieder vorsichtigen, Beschränkung: soweit es die Landesgesetze gestatten. Als Parteiorgan sollte eine Zeitung, der Volksstaat, unter Liebknecht's Redaction dienen, jedes Mitglied auf diese abonniren, oder monatlich einen Groschen für Parteizwecke entrichten. Zur Verhütung von Unregelmäßigkeit in Cassensachen wurde eine besondere Controlcommission eingesetzt.

Der nächste „socialdemokratische" Parteitag fand nach dem Beschlusse des vorigjährigen in Stuttgart vom 4. bis 7. Juni 1870 Statt. Ein nochmaliger Versuch der Lassalleaner blieb wieder erfolglos; sie hatten nicht die Oberhand und verschwanden. Um Bebel und Liebknecht schaarten sich 74 Delegirte von 111 Orten mit 15 398 Mitgliedern. Die Zahlen waren also sehr viel geringer, als 1869, viele Unentschlossene mochten abgefallen, aber auch Manche zu regelmäßiger Beitragszahlung nicht geneigt sein. Jedenfalls war in dieser Versammlung die vorigjährige Vorsicht und Zurückhaltung vollständig verschwunden. Man fühlte sich unter Freunden und hielt nicht mehr hinter dem Berge. Die Führer erklärten, daß man sich an den Wahlen für Reichstag und Zollparlament betheiligen solle, um dort vielleicht einmal für einen etwas weniger ungünstigen Beschluß den Ausschlag zu geben, jedenfalls aber für die eignen Parteizwecke zu agitiren, und bei jeder Gelegenheit die Verhandlungen beider

Körperschaften in ihrer Nichtigkeit und als Comödienspiel zu entlarven. Dann wurde der Beschluß gefaßt, da, wie in der Industrie so auch beim Ackerbau, der Großbetrieb der einträglichste sei, und demgemäß die Großbesitzer die mittlern und kleinen Landwirthe allmählich ganz verdrängen und zu abhängigen Tagelöhnern machen würden, der Ackerboden aber die Urquelle aller Productionsmittel sei, müsse das Ackerland in gemeinschaftliches gesellschaftliches Eigenthum verwandelt, und der Boden von Staatswegen an Ackerbaugesellschaften verpachtet werden, welche verpflichtet seien, das Ackerland in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag nach contractlicher Übereinkunft unter die Genossen zu vertheilen.

Hier war also die communistische Lehre in nackter Offenheit als Programm des Congresses hingestellt. Allerdings bewiesen damit Bebel und Liebknecht, daß sie von den Zuständen und Stimmungen der Bauern keine Ahnung hatten, wenn sie bei ihnen irgend eine Wirkung von einem solchen Vorschlag erwarteten. Der neuerliche Gegenvorschlag des Herrn von Vollmar (die Herrnäcker unter die Knechte zu vertheilen) läßt diesen als den besser unterrichteten und deshalb gefährlicheren Demagogen erkennen.

Übrigens, wenn ich hier von Gefahren rede, so meine ich dabei nicht bloß die Gefährdung der bestehenden Gesellschaft, sondern noch mehr die der Tausende, die einstweilen auf die Worte der communistischen Führer schwören und sich durch sie in die Bataillone des Classenkampfes gegen das Capital einreihn lassen. Wenn man die Richtung bezeichnen soll, in welcher man sich der Lösung der socialen Frage nähern kann, so ist das gerade Gegentheil derselben ein Verein der Arbeiter zu dem ausgerufenen Classenkampf.

Denn Classe neben Classe gestellt, gibt es zwischen Capital und Arbeit keinen Gegensatz, sondern Gleichheit der Interessen. Capital ist nichts als die Frucht früherer Arbeit, und unaufhörlich steigen tüchtige Arbeiter in die Reihe der Capitalisten empor. Mit stets wachsendem Eifer suchte damals das Bürgerthum seit mehr als zehn Jahren dieses Streben der Arbeiter zu befördern; aus freier liberaler Gesinnung, und am Wenigsten aus Furcht vor Lassalle oder Marx, vollends nach den Erfolgen von 1866. Es waren keine Handarbeiter, die in der Paulskirche und dann im Nordbunde dem Volke das allgemeine gleiche Stimmrecht verschafften; wieder waren es Bürger, welche seit 1867 für die Handarbeiter die Coalitionsfreiheit durchzusetzen strebten; und nochmals waren es die „Bourgeois" in der Bundesregierung und der Volksvertretung, welche die Gesetze über Freizügigkeit, Paßfreiheit, Arbeitsfreiheit und freie Eheschließung in das Leben riefen. Es war der von den Socialisten so heftig geschmähte Schulze-Delitzsch, der Erwerb-Genossenschaften und Volksbanken geschaffen hatte, deren Zahl im letzten Jahre von 1300 auf 2000, deren Vorschüsse an ihre Mitglieder von 67 auf 111 Millionen gestiegen waren. Eine ganze Anzahl von Baugesellschaften suchten für die Arbeiter gesunde Wohnungen zu ermöglichen, die Unterrichtsverwaltung ordnete aller Orten den Bau heller und geräumiger Gebäude für die Volksschulen an; städtische Communen gründeten Fortbildungsschulen, um durch vermehrte Kenntnisse den Arbeitern das Emporkommen zu erleichtern, und richteten Sparkassen ein, die dem kleinen Manne für die geringste Einlage Zinsen lieferten und sich in Deutschland bald mit hunderten von Millionen füllten. Und unaufhörlich war die öffentliche Meinung der Besitzenden

in derselben humanen Richtung beschäftigt, die noch vorhandenen Schäden aufzudecken, und die Bürger an die mit dem Eigenthum verbundenen Pflichten zu erinnern. Für jetzt ließ sie sich durch die communistische Kriegserklärung in diesen wohlthätigen Bestrebungen nicht im Mindesten anfechten, theils nach dem Satze, daß man einer Revolution am Sichersten durch Abstellung gerechter Beschwerden vorbaut, theils nach der freilich eitlen Hoffnung, daß die Gegner bei völlig freier Discussion die Thorheit ihres Programms selbst erkennen würden. Die Hauptsache aber war, sie glaubte in unsern festgeordneten Zuständen an keine communistische Gefahr.

Sollte, was Gott verhüten wolle, eine solche Gefahr ernstlich wirksam werden, so würde es in Deutschland nicht anders ergehn als 1851 in Frankreich, die Nation würde dem Dictator zujubeln, der sie unter Suspension der politischen Freiheit vor der communistischen Knechtschaft bewahrte.

II. Klerikale Erhebung.

Nach der früher[1]) geschilderten Entfaltung einer ultramontanen Tendenz in der katholischen Kirche von 1814 bis 1840 blieb sie in ganz Europa und so auch in Deutschland fortdauernd im Wachsthum. In Preußen sehn wir ihr unter Friedrich Wilhelm IV. Thüre und Thor geöffnet; die von ihr bekämpften Staatsaufsichtsrechte waren dem Gefühle des Königs selbst zuwider, er erblickte in der katholischen Gemeinschaft eine Schwesterkirche, die er um die Festigkeit ihrer Dogmatik und die Stärke ihrer Einflüsse, nicht feindselig sondern bewundernd, beneidete. Eben diese Einflüsse fanden

[1]) I. Bd. S. 93.

dann erweiterte Bahn durch die Errungenschaften von 1848, wo die protestantischen Liberalen, erbittert wegen der Verfolgung der Lichtfreunde und Deutschkatholiken durch die mit den Orthodoxen verbündete Staatsgewalt, in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit sich bereit finden ließen, zu Gunsten der Religionsfreiheit die kirchlichen Hoheitsrechte des Staats in jeder Richtung zu beschränken, worauf sie dann sehr bald erleben mußten, daß sie nur zu Gunsten der sogenannten Freiheit der Kirche gearbeitet hatten, d. h. der Entfesselung einer Weltmacht, die zu ihren höchsten Pflichten die Vernichtung aller abweichenden Meinungen zählt. Freilich, wenn eine liberale Mehrheit der Volksvertretung in die preußischen Grundrechte den Satz einschrieb: die bestehenden Kirchen verwalten ihre innern Angelegenheiten selbständig — so hatte sie damit den Kirchen nicht eine volle Souveränität zuerkennen wollen. Vielmehr hatte sie es als selbstverständlich erachtet, daß die kirchliche Verwaltung bei aller corporativen Freiheit sich innerhalb der Schranken der allgemeinen Staatsgesetze zu halten hätte, ebenso wie die bürgerlichen Gemeinden oder die Wissenschaft und ihre Lehre, deren Selbständigkeit auch in der Verfassung garantirt war. Aber die Person, auf die hier Alles ankam, war bereit, den katholischen Bischöfen die weiteste Ausdehnung des gewährten Rechtes zu gestatten. Der König ließ thatsächlich alle Rechte fallen, die der Staat im vorigen Jahrhundert und von 1815 bis 1840 widerspruchslos gehandhabt hatte. Er sah jetzt in der Leitung der Volksschule durch den Klerus und der Sonderung der Gymnasien nach dem Religionsbekenntniß ein festes Verfassungsrecht. Er verzichtete auf jede bisher geübte Mitwirkung bei Anstellung, Versetzung und Absetzung der Pfarrer, so daß hier die Willkür der Bischöfe einen

weiten Spielraum erhielt. Er gab jede Einsicht und Aufsicht über die kirchlichen Orden und Corporationen auf, und vor Allem die Jesuiten dehnten seitdem das Netz ihrer Niederlassungen und Verbindungen weit durch Norddeutschland aus. Endlich gab der Staat jede Theilnahme an der Verwaltung des Kirchenvermögens aus der Hand: die von dem Bischof ernannten Kirchenvorstände waren dafür weder der Gemeinde noch der Staatsbehörde, sondern nur dem Bischof und dessen Rechnungskammer verantwortlich. Genug, mit Ausnahme des Fortbestandes der schlimmen protestantischen Ketzerei waren alle Wünsche Roms in Preußen damals erfüllt. Insbesondere waren die Bischöfe zufrieden, zeigten sich der Regierung entgegenkommend, vermieden sorgfältig jede confessionelle Streitigkeit. So fand auch nach dem Thronwechsel die Regierung Wilhelm's I. keinen Anlaß, an dem Zustande irgend etwas zu ändern.

Die klerikale Bewegung, welche hier so schöne Triumphe feierte, hatte sich in gleicher Weise fast in allen europäischen Ländern entwickelt, überall als nächstes Ziel die Befreiung der Kirche von den Aufsichtsrechten des Staats im Auge, und deshalb zur Stärkung im Kampfe fest geschaart um den Centralpunkt der gesammten Kirche, um den heiligen Stuhl zu Rom. Die Gesinnungen der stolzen gallicanischen Nationalkirche waren in den Stürmen der Revolution ebenso zu Grunde gegangen, wie die Emser Forderungen der drei rheinischen Kurfürsten. Niemals, rühmte man sich in Rom, habe der Papst sich eines so einmüthigen und ergebenen Episcopats erfreut, wie in diesem Jahrhundert. Der Klerus in allen seinen Schichten ließ kein anderes Gefühl als begeisterte Unterwürfigkeit gegen jede Verfügung des Stellvertreters

Christi erkennen. Diese allseitige Adoration konnte ihre Einwirkung auf das Oberhaupt, das ihr Gegenstand war, nicht verfehlen; sie gab ihm zwar keine neuen Gedanken, aber sie steigerte den Drang, seine Entschlüsse zu verwirklichen. Papst Pius IX. (Mastai-Ferretti) hatte von Natur ein starkes Selbstgefühl und eine lebhafte Phantasie; sein Nervensystem war so reizbar, daß er in jungen Jahren oft an epileptischen Anfällen zu leiden hatte. Wohl war sein geistiger Gesichtskreis bei der Geringfügigkeit seiner Kenntnisse beschränkt, und sein bewegliches Temperament hat ihn in äußerlichen Dingen von augenblicklichen Eindrücken abhängig und in seinem politischen Verhalten unbeständig gemacht. Aber um so unbeugsamer war er im Kerne seines Wesens. In seinem Geiste lag ein tiefer mystischer Zug, der ihn, wird berichtet, schon in früher Jugend bewegt hat. Weiter heran gewachsen, will er durch innere Erleuchtung erfahren haben, daß die heilige Jungfrau ihm himmlische Offenbarungen zukommen lasse, und diese Mittheilungen haben ihn sein Leben lang begleitet. Mehr und mehr versenkte er sich in religiöse Meditationen und erfüllte sich mit den höchsten Vorstellungen von der Herrlichkeit der Kirche in der Welt und der Herrlichkeit des Papstthums in der Kirche. Nicht auf wissenschaftliche Beweise begründete er sie; es waren innerlich erlebte Überzeugungen und eben deshalb über jeden Zweifel erhaben, gegen jeden Widerspruch gefeit. Als er dann selbst Pontifex geworden, und aus dem Exile in Gaeta, wohin ihn die römische Revolution vertrieben, durch die katholischen Mächte wieder auf den Thron zurückgeführt worden, war es ihm Herzenssache, seine himmlische Herrin, deren Schutz er im Unheil angerufen, mit einem neuen irdischen Glanze zu umgeben. Einer zur

Berathung der Sache geladenen Versammlung von Bischöfen ließ er eine Bulle vorlegen, welche eine alte Streitfrage zwischen Dominicanern einer-, Franciscanern und Jesuiten andrerseits zu Gunsten der letztern entschied, und demnach der Welt mittheilen sollte, daß der Papst auf Grund der Vollmacht Christi und der Apostel Petrus und Paulus, sowie kraft eigner Vollmacht erkläre und bestimme, die Lehre von der unbefleckten Empfängniß der Gottesmutter sei eine von Gott geoffenbarte Lehre und solle demnach für jeden Christen der Gegenstand festen und sichern Glaubens sein. Folgte dann die übliche Strafandrohung gegen jeden Andersdenkenden. Als einige Bischöfe schüchterne Bedenken äußerten, erhielten sie die Antwort: wenn der Papst für sich allein eine solche Entscheidung treffe, so offenbare er damit die souveräne Macht des heil. Stuhls über die Kirche und zugleich die Unfehlbarkeit, mit welcher Christus seinen Stellvertreter bekleidet habe. Damit war die Berathung zu Ende, und am 8. December wurde das neue katholische Dogma feierlich verkündet.

Der Papst erlebte nach kurzer Frist einen neuen Erfolg von hoher Bedeutung, für ihn zugleich ein schöner Lohn aus der Hand der Himmelskönigin für die ihr dargebrachte Verehrung. Kaiser Franz Joseph ließ sich durch den Erzbischof Rauscher 1855 zum Abschluß eines Concordats bestimmen, in welchem er das ganze kanonische Recht als geltendes Gesetz in allen seinen Landen anerkannte, dasselbe Recht, welches dem Papste die Befugniß beilegt, die Könige zu lenken und unter Umständen abzusetzen. Dazu Herrschaftsrecht der Bischöfe über den Klerus, die Schule, die Literatur, sowie freie Verwaltung eines Vermögens von 200 Millionen

Gulden, dazu Einrichtung zahlreicher Jesuitenschulen und starke Beschränkungen der Rechte der Juden und der Protestanten. Die Wiener Diplomatie empfahl dringend und mit großer Wirkung den protestantischen Höfen von Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt, auf dieselben Wege einzulenken, und sich durch schöne Concordate einen festen Rückhalt gegen die wieder heranwachsende preußische Ehrsucht zu sichern. Überhaupt war damals in Wien die Hoffnung verbreitet, wie Preußen durch den Zollverein die materiellen Interessen Deutschlands sich verbunden habe, so durch die Pflege der Kirchenpolitik Deutschlands geistiges Leben an Österreich zu ketten.

Das Alles stellte der römischen Curie Eroberungen in Aussicht, weitgreifender als irgend ein Gewinn des letzten Menschenalters.

Aber ein gründlicher Wechsel der Dinge stand bevor. Es begann die große nationale Bewegung zuerst in Italien, dann in Deutschland, die nach zehnjährigen Kämpfen Italien als Einheitsstaat unter die Herrschaft Victor Emanuel's führte, mit Einschluß von zwei Dritteln des Kirchenstaats, die in Deutschland die Gründung des Norddeutschen Bundes unter Wilhelm I. bewirkte, in beiden Ländern aber die Herrschaft Österreichs verdrängte.

Der Curie war dies Alles ein Greuel. Schon daß zwei bisher zersplitterte Völker sich in jugendstarke Großmächte umgestalteten, stand im Widerspruch zu der seit dem 13. Jahrhundert bewährten Regel, daß große Reiche in Kleinstaaten zu zerspalten seien, damit der gekrönte Priester über Alle herrsche. Weiter aber war das nationale Princip zwar von zwei Königen in Waffen zum Siege geführt, ursprünglich

aber von liberalen Parteien angeregt worden, so daß vom ersten Tage an die Herrschaft liberaler Ideen in den neuen Staatsgebilden vorauszusehn war. Und endlich hatte der subalpine Räuber die Hand nach dem Eigenthum der Kirche ausgestreckt, und nur die Anwesenheit einer französischen Besatzung das Patrimonium Petri mit der Hauptstadt dem Papste gesichert.

Pius war nicht der Mann, sich solchen Geschicken geduldig zu fügen. Vielmehr, gleich bei der ersten Regung der feindlichen Kräfte ergriff er seine Waffen, und mit jedem Anwachsen der Gefahr steigerte sich die Energie seines Gegenkampfes.

In Italien verhing er 1860 den Bann im Frühling über die Usurpatoren der Romagna, dann im December über die Bezwinger Umbriens und der Marken. Durch sein starres Festhalten an der Forderung vollständiger Wiedereinsetzung machte er, wie wir sahn, dem Kaiser Napoleon die Rolle seines Beschützers so widerwärtig, daß dieser 1864 den Vertrag vom 15. September abschloß, worin er seine Truppen aus Rom abzuberufen, Victor Emanuel aber dagegen Rom und das Patrimonium zu respectiren und zu schützen versprach. Der Papst sah darin die offene Drohung der Einnahme Roms durch die zum Wortbruch und zum Treubruch stets bereiten Italiener. Er antwortete, am Monatstage der unbefleckten Empfängniß, am 8. December 1864, mit einer feierlichen Kriegserklärung gegen das gesammte Freiheitsstreben der modernen Bildung und Politik, einer Consistorial-Ansprache an die Cardinäle, welche dann als Encyclica in alle Welt ging, begleitet von einem Verzeichniß oder Syllabus von 80 verdammenswerthen Irrthümern, darunter die Religionsfreiheit, die Preßfreiheit, die Freiheit der philosophischen

Forschung, die Erziehung der Kinder durch Laien, die Aufsichtsrechte des Staats über die Kirche, das königliche Placet, die Behauptung, daß die römischen Päpste und die allgemeinen Concilien die Grenzen ihrer Gewalt überschritten und die Rechte der Fürsten usurpirt haben, sowie die Meinung, daß die Kirche keine Befugniß habe, Gewaltmittel anzuwenden, und überhaupt keine zeitliche Macht, weder direct noch indirect, ausüben dürfe, daß die Abschaffung der weltlichen Herrschaft des Papstes zur Freiheit und zum Glücke der Kirche gereichen würde, u. s. w. u. s. w. Die Urkunde ließ keinen Zweifel über den Anspruch, daß der Staat in keiner Beziehung einen gebietenden Einfluß auf kirchliche Angelegenheiten zu fordern habe, um so mehr aber verpflichtet sei, auch in weltlichen Dingen den Geboten der Kirche Gehorsam zu leisten.

Als darauf 25. Februar 1865 ein großes römisches Jubiläum ausgeschrieben wurde, verwies der Erlaß noch einmal auf das Rundschreiben und den Syllabus, welche die Stimme des sichtbaren Oberhauptes der Kirche und als solche Gottes Stimme seien. Auf eine Ausführung des französischen Ministers Drouyn de Lhuys, daß die Fortdauer der französischen Besatzung in Rom erschwert werde durch die Verschiedenheit in der Politik der beiden Regierungen, insofern sie nicht gleichen Eingebungen und Principien huldigten, erwiderte dann am 19. November der Cardinal-Staatssekretär Antonelli: denke hiebei der Minister an die Grundsätze der socialen Umgestaltung, z. B. Cultfreiheit, Gewissensfreiheit u. dgl., so hat der hl. Stuhl dieselben schon öfters verurtheilt, und es würde deshalb die Schuldigkeit jedes guten Katholiken sein, in solchen Fragen seine Einsicht der Entscheidung dessen unterzuordnen, der von Gott

selbst den Völkern zum Führer und Lehrer nicht bloß im Glauben gegeben ist, sondern auch in Allem, was die Moral und die Gerechtigkeit betrifft.

Welche Anordnung des Staates ließe sich denken, die nicht direct oder indirect die Moral und das Recht beträfe, also nicht unter das entscheidende Urtheil des Papstes fiele?

Was nun Deutschland angeht, so versteht es sich, daß, sobald die alte Rivalität Preußens und Österreichs etwas schärfer sich fühlbar machte, die römische Curie so kräftig wie möglich für ihren Bundesfreund Österreich Partei nahm und für seine Sache zu wirken suchte. Als das wichtigste Organ diente hier der Jesuitenorden, dessen Vertreter seit der Dogmatisirung der unbefleckten Empfängniß sich der Gunst des Papstes und eines beinahe ausschließlichen Einflusses auf ihn erfreuten, jeden seiner Gedanken priesen und damit ihm ihre eigenen Wünsche zu insinuiren wußten. So waren sie denn auch bereit, gegen Preußen eine lebhafte großdeutsche Agitation in Angriff zu nehmen. Zunächst entwickelten die unter ihrem Einfluß stehenden Zeitungen in Rom, Italien, Frankreich, Österreich, sowie die gleichgesinnten Blätter in Süddeutschland und in Preußen selbst ein unausgesetztes Kreuzfeuer gegen das Ministerium Bismarck, wobei sie mit den sonst so gehaßten Liberalen in den Conflictjahren tapfer zusammenwirkten. Die preußischen Bischöfe, durch Friedrich Wilhelm IV. der Staatsaufsichtsrechte entledigt und von den Jesuiten durch gegenseitige Abneigung geschieden, hielten sich vorsichtig zurück: um so eifriger schloß sich der niedere Klerus, Succursalpfarrer, Vicare und Capläne, gedrückt durch ihre unbedingte Abhängigkeit von den Bischöfen, der jesuitischen Agitation zur Verherrlichung des Papstes und zur Bekämpfung der

preußischen Politik an. Nun gab es seit 1848 in Deutschland katholische Vereine, die aber in der dann folgenden kirchlichen Friedenszeit in sanfte Unthätigkeit verfallen waren. Es galt, sie wieder zu beleben, ihre Zahl zu vervielfältigen, ihre Organisation zu verstärken, neben die jährliche General-Versammlung ein leitendes Central-Comité zu stellen, und dieses auch zum Mittelpunkte des mißvergnügten niederen Klerus zu machen. Außer Preußen erhob sich ein ultramontaner Sturm in Baden gegen das liberale Ministerium Roggenbach, welches die souveränen Rechte des Staates über die äußern Verhältnisse der Kirche und seine unbedingte Leitung der Schule mit Nachdruck aufrecht erhielt, sowie in Darmstadt, wo der klerikale Minister Dalwigk mit dem ehrgeizigen Mainzer Bischof Ketteler Hand in Hand zur Bekämpfung der liberalen Mehrheit der zweiten Kammer ging. Wie sehr diese allseitige Bewegung den hoffnungsvollen Muth sowohl in Rom als in Wien stärkte, bedarf keiner Ausführung. Vollends als sich 1866 die Verwicklung zwischen den deutschen Großmächten dem offenen Bruche näherte, wollte man in Wien sichere Kunde aus Preußen haben, kein Katholik unter den preußischen Soldaten würde auf die Truppen des katholischen Kaisers schießen.

Aber, wie wir wissen, sie schossen Alle, und Königgrätz eröffnete für Deutschland eine neue Zukunft. An der bisherigen Freiheit der katholischen Kirche Norddeutschlands wurde dadurch nichts geändert. Trotzdem aber vermochte der Vatican dem König Wilhelm die Todsünde seines Bündnisses mit Victor Emanuel nicht zu verzeihn. Und dies war des Unheils noch nicht genug. Österreich war nicht bloß den preußischen Waffen unterlegen; um zu seiner inneren Herstellung zu gelangen, folgte es 1867 den Lockungen des

Liberalismus, und gab sich eine Verfassung, die nicht bloß mit seinem Concordat, sondern auch mit den Erklärungen des Syllabus in grellem Widerspruche stand. Denn sie gewährte allen Confessionen Religionsfreiheit und allen Staatsbürgern Preßfreiheit; sie beseitigte durch specielle Gesetze den herrschenden Einfluß der Geistlichkeit auf dem Gebiete des Eherechts und des Unterrichts. Dieser Schlag durch die Hand eines säcularen Bundesfreundes versetzte den Papst in flammende Entrüstung. In einer neuen Allocution am 22. Juni 1868 verurtheilte er die österreichische Verfassung und ihre Nebengesetze als ein Werk von unaussprechlicher Abscheulichkeit und Verruchtheit, erklärte, daß sie für jetzt und immerdar der Rechtskraft entbehrten, und wies die österreichischen Bischöfe an, Alles zu thun, um ihre Ausführung zu hindern.

Wenn bereits das Rundschreiben von 1864 nebst dem Syllabus darthat, daß der Papst alle Ansprüche seiner mittelalterlichen Vorgänger in seinem Innern wieder aufgenommen hatte, so war hier ein solcher Anspruch auf Oberhoheit über alle Staatsgewalten thatsächlich erhoben. Die Vorsichtigen unter seinen Anhängern erörterten, es sei das Alles nicht so schlimm gemeint; daß der Papst sich über ein Gesetz beschwere, welches den bisherigen Rechtszustand der Kirche einseitig ändere, sei doch nicht zu tadeln; die scharfen Ausdrücke seien nichts als die überlieferten römischen Kanzleiformeln. Nun wer solche Kanzleiformeln gebrauchen mag, tritt eben als Souverän und Oberherr auf, oder er ist eine lächerliche Figur, und für eine solche wird weder Freund noch Gegner Pius IX. halten wollen.

Beiläufig, wie erscheint hier die unzählige Male wiederholte Erklärung, die kirchliche Unabhängigkeit des Papstes

erfordere den Besitz des Kirchenstaats? Hätte 1867 noch Österreichs Herrschaft in Italien und die päpstliche im Kirchenstaat bestanden, so wäre bei dieser Kriegserklärung eine österreichische Armee in den Kirchenstaat eingerückt: wäre das eine Stärkung der kirchlichen Freiheit gewesen?

Jetzt, des Kirchenstaates beraubt, war der Papst frei, und nach seiner Weise im Kampfe stets zum Vordringen gereizt, beschloß er den lange erwogenen Schritt zu thun, der zu der vollständigen und endgültigen Sanction seines Standpunkts führen sollte: am 29. Juni 1868 berief er ein ökumenisches Concil, eine Versammlung aller katholischen Bischöfe der Erde, auf seinen Marientag, den 8. December 1869, in den Vatican.

Die Bulle sagte nichts über die dem Concil zu stellenden Aufgaben, oder vielmehr, sie sagte zu viel, das Concil werde alle Schäden der sündhaften Zeit heilen. Dafür erregte das von Pius selbst begründete und dotirte Leibjournal, die Civiltà cattolica, redigirt von zwei Jesuiten, controlirt täglich vom Papste selbst, großes Aufsehn durch eine eingehende Besprechung der berühmten Bulle Bonifaz VIII. von 1302, nach welcher die Könige die Vollmacht zur Regierung vom Papste erhalten und sie bei Strafe der Absetzung nach dessen Wink und Befehl zu führen haben, eine Bulle, die durch ein Concil des 16. Jahrhunderts bekräftigt war, und ohne Zweifel durch das bevorstehende Concil nochmalige Sanction erhalten sollte. Das Aufsehn, welches diese Artikel erregten, war groß; sie wurden bald nachher amtlich verläugnet, um so mehr befremdete aber das fortgesetzte Geheimniß, womit in Rom die emsige Ausarbeitung der für für das Concil bestimmten Vorlagen betrieben wurde. Indessen wurde es allmählich doch bekannt, daß es sich vornehmlich um die Erklärung der

Unfehlbarkeit des Papstes, in allen Entscheidungen seines Lehramts über Glauben und Moral, sowie über die Disciplin und das Wohl der Kirche handeln würde; dann war die Rede von einer Umgestaltung der Sätze des Syllabus in positive Dogmen; auch erfuhr man, daß eine besondere Commission mit der Behandlung kirchlich-politischer Fragen, also des Verhältnisses von Kirche und Staat, beschäftigt sei. Dies Alles veranlaßte am 9. April 1869 den bayerischen Minister Fürsten Hohenlohe, in einer Circularnote die Mächte zur Erwägung einzuladen, ob nicht auf einer europäischen Conferenz ein gemeinsames Vorgehen zu beschließen wäre, um den römischen Hof über ihre, dem Concil gegenüber einzunehmende Haltung im Voraus nicht im Ungewissen zu lassen.

Aber für einen solchen Vorschlag lagen die Verhältnisse nicht günstig. Von den katholischen Mächten, auf die es doch zunächst ankam, stand in erster Linie Frankreich, welches ja wieder die militärische Beschützung Roms übernommen hatte, aber durch äußere und innere Krisen so in Anspruch genommen war, daß es über das Concil bereits einen Entschluß zu fassen nicht gesonnen war. Österreich aber, Italien und Spanien standen auf so schlechtem Fuße mit der Curie, daß ihre Vorstellungen höchst wahrscheinlich den Eifer des Papstes nur verstärkt hätten. So wurde beschlossen, die Ereignisse abzuwarten. Man vernahm von der Absicht zahlreicher Bischöfe verschiedener Länder, sich dem päpstlichen Antrag zu widersetzen; auch unter den gebildeten Classen der katholischen Welt rührte es sich; im Mai ging aus Coblenz eine Adresse an den Bischof von Trier gegen die Unfehlbarkeit; in München sammelte sich um den hervorragendsten der katholischen Theologen in Deutschland, den bereits von

päpstlicher Ungnade betroffenen Döllinger, eine ganze Schaar namhafter Gelehrten und begeisterter Schüler in gleicher Gesinnung, und ähnliche Beispiele zeigten sich in den Facultäten von Bonn und Breslau. Es wäre also doch möglich, daß auch ohne Einmischung der Regierungen die kirchlichen Kräfte selbst das drohende Gewitter zerstreuten.

Aber wahrscheinlich konnte man schon jetzt das nicht nennen. Mit der Ankündigung des Concils verdoppelte der Jesuitenorden seine Thätigkeit in Frankreich und in Deutschland. Unzählige Flugschriften, Zeitungsartikel, Vereinsbeschlüsse bekundeten den Satz, daß jeder gute Katholik von der Unfehlbarkeit des Papstes längst überzeugt sei, daß das Concil hier nicht ein neues Dogma zu decretiren, sondern nur die in Aller Herzen lebende Wahrheit anzuerkennen habe, die Bischöfe würden ohne langes Debattiren die Unfehlbarkeit durch Acclamation bestätigen, und sollte sich unter ihnen ein Widerspenstiger finden, so würde der gesammte Klerus seiner Diöcese sich wie Ein Mann gegen ihn erheben. Selbst gemäßigtere ultramontane Blätter am Rhein, die anfangs über die Unfehlbarkeit sich zweifelnde Äußerungen erlaubt hatten, wurden vom Strome fortgerissen, und fielen mit heftigen Angriffen über die Unterzeichner der Coblenzer Adresse her. Die Generalversammlung der katholischen Vereine überbot — was viel sagen will — in ihren neuesten Resolutionen alle ihre bisherigen Leistungen an begeisterten Lobeshymnen für den Papst und leidenschaftlicher Bedrohung aller Gegner. Jedenfalls regte sich kein Widerspruch unter den Massen des niedern Volks. Der Abgeordnete Jörg schrieb in den historisch-politischen Blättern mit specieller Anwendung auf die bayerischen Verhältnisse, aber mit zweifelloser allgemeiner Gültigkeit:

zwischen uns und den Liberalen besteht ein socialer Kampf, der Kampf, des Volkes gegen die Bourgeoisie und der dieselbe vertretenden Beamten.

Der Mehrheit der deutschen Bischöfe war es bei diesem Treiben übel zu Muthe. Sie wußten, was die päpstliche Unfehlbarkeit bedeute, und vermochten nach Wissen und Gewissen nicht dafür zu stimmen. Aber seit Jahrzehnten hatten sie im Kampfe gegen die Aufsichtsrechte des Staats sich dem Papste zu Füßen gelegt, so daß eine oppositionelle Haltung allen ihren Gefühlen widerstrebte. Wie sie sich in Rom auch stellten mochten, hatten sie bei der Aufregung der Geister kräftigen Tadel in der Heimath zu besorgen, verdrießlich, wenn er von den Gelehrten, gefährlich, wenn er von den Jesuiten kam. Sie beschlossen endlich, durch einen gemeinsamen Hirtenbrief etwas beruhigendes Öl über die wogenden Gemüther auszugießen. Sie verkündeten ihnen, alle Gerüchte, durch die man sie über den Verlauf des Concils in Sorgen versetzt habe, seien grundlos. Das Concil werde kein neues Dogma festsetzen, es werde in voller Freiheit berathen, es werde nicht in Parteien zerfallen, sondern unter der Leitung des hl. Geistes in gemeinsamer Liebe Beschlüsse fassen. Prophetische Gabe seiner Verfasser hatte, wie sich bald auswies, das Schreiben nicht dictirt; dies bezeugte ihnen die Civiltà cattolica schon im October durch die deutliche Erklärung, daß die Bischöfe nicht nach Rom kämen, um dort nach dem Willen der Mehrheit Beschlüsse zu fassen, sondern um die im Voraus durch den unfehlbaren Papst getroffenen Bestimmungen gut zu heißen.

4. Capitel.

Parlamentarische Kämpfe. Erfolge der Regierung.

Wir kommen zu den Staatsactionen der uns beschäftigenden Jahre, welche damals auf dem Gebiete der innern Politik die Anstrengungen des leitenden Staatsmanns in höherem Maaße als die auswärtigen Fragen in Anspruch nahmen. Zwar die socialen und die kirchlichen Bestrebungen, die wir uns vergegenwärtigt haben, ließen einstweilen Bismarck's Arbeitszeit ziemlich ungestört. Er verkannte durchaus nicht, daß hier überall die Anfänge einer vielleicht bedrohlichen Zukunft zu Tage traten. Für den Augenblick aber lag für ihn entweder keine Möglichkeit oder doch kein Anlaß zu eingreifendem Handeln vor. Die Socialisten waren damals noch gelähmt durch ihre eigne Spaltung in vier Gruppen von bescheidenem Umfang, die unter einander und mit der Fortschrittspartei in erbittertem Kampfe lagen, und folglich der Regierung zur Zeit keine Schwierigkeiten bereiteten. In der Concilsfrage, die Bismarck nicht ohne Sorge beobachtete, konnte er nichts thun, so lange die völlige Zurückhaltung der katholischen Höfe fortdauerte.

Was jetzt seine Aufmerksamkeit fesselte, war kein Gegenstand so idealer Art, sondern eine sehr prosaische und sehr reale Schwierigkeit, die augenblickliche Finanznoth Preußens und des norddeutschen Bundes.

Der preußische Landtag wurde im Jahre 1868 am 4. November durch eine Thronrede eröffnet, worin der König zunächst das Deficit, sodann die Reform der Provinzial- und Kreisverfassung im Sinne der Selbstverwaltung, und schließlich die Aussicht auf dauernden Frieden in Europa besprach. Die drei Themata standen in bestimmter Verbindung mit einander. Die Selbstverwaltung begehrte, wie es in Hannover und Kurhessen bereits geschehn, eine anständige Dotation der übrigen Provinzen, ohne daß dadurch für das Staatsbudget erhebliche Ausgaben erspart worden wären. Das Vertrauen auf den europäischen Frieden aber war seit dem Luxemburger Handel noch nicht wieder hergestellt; Frankreichs Armeereform, seine wiederholten Erinnerungen an den Prager Frieden, jetzt die Spannung im Orient und die Sorge über Belgien ließen die Gemüther in der Welt der großen Geschäfte nicht zur Ruhe kommen, Industrie und Handel geriethen in immer tiefere Stockung: wir haben gesehn, wie sich daraus in Frankreich ein politischer Umschwung großes Styls entwickelte; in Deutschland war wenigstens ein schwerer Druck auf die Einnahmen des Staats die Folge. Finanzminister von der Heydt legte am 6. November das Budget für 1869 vor, mit einer Denkschrift, welche einen Ausfall von 5,2 Millionen nachwies. Im Jahre 1866 sei zwar das Gleichgewicht des Etats nicht gestört worden, aber die Unterbrechungen des gewerblichen Verkehrs durch den Krieg hätten ihre Nachwehn bei den neuen Kriegssorgen auch in das

folgende Jahr erstreckt; dazu sei die schlechte Erndte von 1867 gekommen, die in Ostpreußen zur wahren Hungersnoth geführt und den Staat zu schweren Opfern genöthigt habe. Auch die Bundescasse habe große Einbußen an ihren Einnahmen gehabt, deren Ersatz das Zollparlament verweigert habe, so daß die Matricularbeiträge der Bundesstaaten sich erhöhn müßten. Immer aber gebe die Regierung die Hoffnung nicht auf, daß ein baldiger Aufschwung erfolgen, und deshalb der Nothstand nur ein vorübergehender sein würde; sie beantrage deshalb weder neue Steuern noch eine Anleihe, sondern Deckung des Deficits durch Veräußerung eines Theils des Staatsvermögens, hauptsächlich von Cöln-Mindener Eisenbahn-Actien.

Diesem Antrag hatten Bismarck und Roon in Ermangelung eines Bessern für den Augenblick zugestimmt, waren aber im Herzen innerlich entrüstet, weil sie die Bestreitung laufender Ausgaben aus dem Capitalvermögen auf die Dauer als Verletzung der ersten Grundsätze jeder Staats- und und Privat-Ökonomie ansahn. Dagegen klärte sich die Stimmung bei den Abgeordneten einiger Maaßen auf, als sie die Deckung des Deficits ohne größere Belastung ihrer Wähler durch neue Steuern oder Schuldenzinsen vernahmen. Es war für Heydt um so erfreulicher, als im Übrigen der parlamentarische Horizont stark bewölkt erschien, aus den annectirten Provinzen vielseitige Beschwerden und Mißstimmungen angemeldet wurden, in Kurhessen und Hannover sich sogar ein Rechtsverein zur Wiederaufnahme Österreichs in den deutschen Bund und gleichem Recht für alle Regierungen, also mit einem Wort die Herstellung der Bundesverfassung von 1815 gebildet hatte. Im Hause selbst herrschte

Unwille gegen den Grafen Eulenburg, wegen seiner Langsamkeit und feudalen Tendenzen in Sachen der Verwaltungsreform, welche Stimmung er dann bei mehreren Posten seines Etats schmerzlich zu empfinden hatte, sodann gegen den Cultusminister Mühler wegen seiner starren Orthodoxie und arger Knauserei bei der Behandlung der Volksschule; während man mehrere Forderungen Eulenburg's gestrichen, zürnte man Mühler, daß er nicht höhere gestellt habe. Der Justizminister Leonhardt erregte bei der Budgetdebatte einen gewaltigen Sturm durch die unumwundene Erklärung, eine gestrichene Ausgabe dennoch machen zu wollen, ließ sich dann aber zu einem annehmbaren Vergleich bestimmen. Um so größern Beifall fand er, als er die Vorlage einer neuen Hypotheken-Ordnung für Preußen mit einer Rede begleitete, worin er die Nothwendigkeit einer Einheit des nationalen Rechts für ganz Deutschland darlegte und die Hoffnung aussprach, daß das eben eingebrachte Gesetz, sobald es in Preußen angenommen sei, zur Herrschaft nicht bloß im norddeutschen Bunde, sondern auch im Süden des Mains gelangen würde.

Die sonstigen Verhandlungen über specielle preußische Fragen liegen außerhalb des Rahmens unserer Darstellung: es mag nur noch ein Antrag von Freiconservativen und Nationalliberalen erwähnt werden, den Reichstag und den preußischen Landtag in der Weise zu verschmelzen, daß die preußischen Mitglieder des Reichstags zugleich auch den Landtag bilden sollten. Bismarck lehnte den Gedanken ab, weil damit der König das Recht verlieren würde, den Landtag aufzulösen, da der Reichstag sich eine partielle Auflösung nicht würde gefallen lassen, weil ferner das preußische Herrn-

haus in der Verfassung des Bundes keine Stelle finden könnte, und weil die Zahl der zur Annahme eines Mandats bereiten Bürger sich in Preußen stark vermindern würde, wenn man nicht ein, sondern immer nur zwei Mandate zugleich, und damit doppelte Arbeit übernehmen müßte. Der Antrag wurde darauf nicht weiter verfolgt.

Nach der Annahme des Budgets schloß die Sitzung am 6. März 1869.

Schon zwei Tage vorher, am 4. März 1869, hatte König Wilhelm die diesjährige Session des Reichstags eröffnet, mit einer Thronrede, welche der Versammlung eine lange Reihe von Verträgen und Gesetzen zur Prüfung vorlegte, zugleich aber auch hier die im preußischen Landtag gegebenen Erklärungen wiederholte, daß es nöthig sei, für die Deckung der Ausfälle der Bundescasse und damit für Verminderung der Matricularbeiträge zu sorgen, und daß der europäische Friede jetzt nach der glücklichen Lösung der orientalischen Spannung völlig gesichert erscheine, weil ihn zu stören, den Regierungen die Absicht, den Feinden der Ordnung aber die Macht fehle.

Gleich vom ersten Tage an zeigte es sich, daß die finanzielle Frage im Mittelpunkte aller Bestrebungen und Interessen stehn und für die weitere Richtung der deutschen Politik entscheidend sein würde. Um bald zu dieser Hauptsache zu gelangen, beschränken wir uns über die gesetzgeberische Thätigkeit der Session auf die nothwendigsten Angaben.

Eine Reihe von Postverträgen, sowie von Verträgen über den Schutz litterarischen Eigenthums wurden von dem Reichstag ohne Debatte genehmigt. Mit patriotischer Begeisterung aber, welcher Bennigsen warme Worte lieh, wurde

der Vertrag mit Baden über militärische Freizügigkeit angenommen.

Dagegen wurden einige Gesetzentwürfe zur Förderung der wirthschaftlichen Freiheit und Sicherheit einer höchst sorgfältigen und gründlichen Berathung, theils im ganzen Hause, theils in Commissionen unterzogen, die sich bei dem wichtigsten, der Gewerbeordnung, durch die ganze Dauer der Session hindurch zog. Über die leitenden Grundsätze herrschte vollkommene Einigkeit im Sinne der Gewerbefreiheit, aber eine Menge praktischer Einzelheiten gab Anlaß zu zahlreichen Verbesserungsanträgen und entsprechenden Änderungen des Entwurfs. Der Bundesrath erhob gegen viele keine Einwendung und ließ sich die übrigen gefallen. So kam ein Werk zu Stande, welches bis heute die Grundlage unseres Gewerbewesens geblieben ist.

Eine andere Vorlage hatte zum Zweck, die arbeitende Classe aus einem Krankheitszustande heraus zu reißen, der damals in weiter Ausdehnung Verderben brachte, das Recht jedes Gläubigers, zur Sicherung des einem Arbeiter gemachten Darlehens dessen jetzigen oder künftigen Lohn mit Arrest zu belegen, und dafür den Arbeitgeber verantwortlich zu machen. Die Folge war ein ungesunder und wucherischer Credit auf Grund des Lohnarrestes, der ohne diesen dem Arbeiter nie bewilligt worden wäre, jetzt aber von leichtsinnigen Arbeitern in zahllosen Fällen zum eigenen Ruin mißbraucht wurde. Eine große Fabrik wurde angeführt, deren Arbeiter in einem Jahre 1600 Lohnarreste erlebt hatten. Im Kreise Dortmund hatte man in derselben Zeit 10000 gezählt. Die Annahme des Gesetzes erfolgte im Reichstag mit großer Mehrheit.

Das Gesetz über Freizügigkeit sollte eine nothwendige Ergänzung durch ein Gesetz über den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes erhalten. Die preußische Regierung hatte ein solches, ebenfalls nach den Grundsätzen möglichster Verkehrsfreiheit, dem Bundesrathe vorgelegt, fand hier aber bei mehreren Mittelstaaten solchen Widerstand, daß die Sache liegen blieb und nicht an den Reichstag gelangte.

Ein besseres Geschick hatte eine Vorlage über die Rechtshülfe, welche jedes Gericht eines Bundesstaats nach der Aufforderung jedes Gerichts eines andern ebenso leisten sollte, als wäre das nachsuchende Gericht eine Behörde des eignen Staats. Der erste Abschnitt, über Unterstützung in Civilprocessen, kam glatt und rasch zur Annahme; in Bezug auf den Strafproceß erhoben sich Zweifel, ob nicht das Erscheinen des verheißenen Bundesstrafrechts abzuwarten sei, und Bedenken hinsichtlich des Zeugenzwangs und der Auslieferung eines Verklagten, der in dem nachsuchenden Staate eine Missethat begangen hatte, aber Bürgerrecht in dem andern besaß. Indessen kam man über die Schwierigkeiten hinweg, und die Vorlage wurde Gesetz.

Schon im vorigen Jahre war Rede davon gewesen, die zur Zeit des alten Bundes entstandene Wechselordnung und das deutsche Handelsrecht in die Reihe der norddeutschen Bundesgesetze aufzunehmen und dadurch für alle Bundesstaaten verbindlich zu machen. Dies kam jetzt zur Vollziehung und gab dann der Königl. sächsischen Regierung Veranlassung, die Errichtung eines Bundes-Oberhandelsgerichts in Leipzig zu beantragen. Obgleich Hamburg den Gegenantrag stellte, ein allgemeines höchstes Bundesgericht einzusetzen, beschloß der Reichstag die Be-

stätigung des von dem Bundesrath empfohlenen sächsischen Antrags.

Etwas schärfere Gegensätze zeigten sich bei einer Vorlage, welcher der Bundesrath kaum einen andern als einen formalen Werth beigelegt hatte, eines Reichstagswahlgesetzes zur Ausführung der in der Verfassung erklärten Grundsätze, bei welcher sich in den Einzelstaaten mehrfach kleine Abweichungen herausgestellt hatten. Es gab auch hier bei der Debatte manche Amendements, über die ohne Mühe eine Verständigung erreicht wurde, aber äußerst lebhaft platzten die Geister auf einander bei dem Satze, welcher die Militärpersonen von dem activen Wahlrecht ausschloß: Lasker, Waldeck und Bebel erklärten in seltenem Einverständniß, bei allgemeiner Dienstpflicht, also bei einem Volksheere wie dem norddeutschen, sei es ganz unerlaubt, die kräftigsten Schichten des Volks auf lange Jahre von dem kostbarsten Volksrechte auszuschließen; leider thue die Regierung das Mögliche, Heer und Volk zu trennen, während ein freies Volk mit seinem Heere Eins und dasselbe sein müßte. General Steinmetz fragte zurück, ob die Herrn eine deliberirende Armee wünschten, die unter den Waffen sich in Parteien spalte und dann ehrgeizigen Generalen Pronunciamentos nach spanischem Muster ermögliche. Es kam zu dem Beschlusse: bei Personen vom Militärstande im Heer und in der Marine ruht das Wahlrecht, so lange sie bei der Fahne sind.

Gleich in den ersten Tagen der Session wiederholte Lasker, nachdem in Preußen das Herrnhaus auf dem alten Standpunkte geblieben war, seinen Antrag auf Unverfolgbarkeit der Abgeordneten wegen ihrer im parlamentarischen Berufe gethanen Äußerungen, indem er die Hoffnung aussprach,

daß Bismarck nach seinen vorigjährigen Verheißungen die Annahme auch im Bundesrathe durchsetzen würde. Bismarck erklärte sich dann auch für den Inhalt des Antrags, wie für die Competenz des Reichstags, fügte aber hinzu, daß er im Bundesrathe zwar bei praktisch erheblichen Fragen stets das volle Gewicht Preußens in die Wagschale werfe, sonst aber streng an dem Grundsatze halte, in weniger dringenden Fällen der Selbständigkeit der Einzelstaaten gerechte Achtung zu schenken. Ein solcher Fall liege hier vor, da nach den bisherigen Vorgängen die Verfolgung eines Abgeordneten wegen seiner Reden factisch unmöglich geworden sei. Also Preußen, wurde entgegnet, soll durch die Kleinen majorisirt werden. Mit gebieterischer Ruhe erklärte Bismarck: ich kann im Bundesrath nur nach meinem Urtheil handeln; ich habe damit bisher, was nicht immer leicht war, die wachsende Festigkeit des Bundes erreicht; ich werde mich durch keine fremde Auffassung aus meinem Wege hinausdrängen lassen. Der Reichstag nahm darauf Lasker's Antrag mit 140 gegen 51 Stimmen an, der Bundesrath aber lehnte ihn ab.

Gleiches Schicksal hatte ein anderer, von Lasker im Verein mit Miquel gestellter Antrag, die Competenz des Bundes, wie sie im Artikel 4 der Verfassung begrenzt war, auf das gesammte bürgerliche Recht so wie auf das gerichtliche Verfahren einschließlich der Gerichtsorganisation auszudehnen. Daß die Einheit des ganzen Rechtssystems in einem großen Reich für das Publicum und die Richter erhebliche Annehmlichkeit und Sicherheit, und zugleich in einem Bundesstaate auch politische Vortheile darbietet, wird niemand bestreiten. Die sachlichen Gegengründe, die auch hier nicht fehlen, traten bei der damaligen Debatte zurück gegen den

principiellen Einwand der Incompetenz des Bundes, eine Verfassungsänderung ohne einstimmige Genehmigung aller Regierungen zu beschließen, einen Einwand, der schon 1867 bei der Berathung der Verfassung erhoben, aber vom Reichstag und durch die Bundesregierungen zurückgewiesen worden war. Wieder nahm der Reichstag mit großer Mehrheit den Antrag an, der Bundesrath aber beschloß auch hier die Ablehnung.

Noch sind zwei Kampf- oder Machtanträge zu erwähnen, einmal Waldeck's Begehren auf Diäten für die Mitglieder des Reichstags, anstatt des in der Verfassung ausgesprochenen Verbots der Annahme irgend welcher Entschädigung durch die Abgeordneten. Neue Gründe kamen nicht in das Gefecht. Das Ergebniß war Annahme des Antrags in der ersten Lesung mit 109 gegen 94 Stimmen, dann aber in der zweiten, ich weiß nicht, ob die Gegner sich verstärkt, oder die Freunde ihn verlassen, Verwerfung mit 110 gegen 100 Stimmen.

Um so glänzender entwickelte sich am 16. April die Redeschlacht über einen von Twesten und dem Grafen Münster mit 81 Genossen aus allen Parteien eingebrachten Antrag, betreffend das so oft besprochene Thema, die Einsetzung verantwortlicher Bundesminister des Auswärtigen, des Kriegs, der Marine, der Finanzen, des Handels. Sehr lebhaft wurde von den Antragstellern betheuert, daß nicht ein Mißtrauensvotum gegen den Kanzler damit gemeint sei, im Gegentheil eine Erleichterung der von ihm übernommenen, alle Menschenkraft übersteigenden Arbeitslast, durch Vertheilung derselben unter verschiedene selbständige Ressorts; es handle sich um festere Ordnung und besseres System im

Geschäftsgang, sowie um größere Klarheit des parlamentarischen Einflusses auf das Vorgehn der Regierung. Da über den Umfang der Verantwortlichkeit, sowie über das Verfahren und die Wirkung desselben der Antrag keine nähere Bestimmung enthielt, wurde es Bismarck nicht schwer, dessen völlige Unvereinbarkeit mit der bestehenden Bundesverfassung und den Rechten der Bundesfürsten nachzuweisen und die Vortheile des bisherigen Systems zu entwickeln. Er hatte einen guten Tag; die mehrstündige Rede gehört zu den glänzendsten seiner parlamentarischen Thaten, nach der Fülle der originalen Gedanken und dem Reichthum der benutzten Tonscala, von der Heftigkeit einer scharf vordringenden Polemik bis zu einer stets verbindlich bleibenden Ironie. Es ist ein Kunstwerk, von dem man keinen Auszug geben kann, was man nachlesen muß. Obgleich nun Bismarck jede Hoffnung auf die Zustimmung des Bundesrathes abschnitt, nahm das Haus den Antrag, wenn auch nur mit kleiner Mehrheit (111 gegen 100 Stimmen) an. Das lebhafte Interesse, welches die Mehrheit an der Frage nahm, entsprang theils aus dem Wunsche, den Einfluß des Bundesraths auf die Bundesregierung zu vermindern, und hauptsächlich hiegegen hatte Bismarck seine Streiche gerichtet, theils aber auch aus dem alten Bestreben, über die Regierung selbst eine leitende Beaufsichtigung durch das Parlament zu gewinnen. Man dachte wohl weniger an die seltenen Fälle eines gerichtlichen Verfahrens gegen Rechtsverletzungen eines Ministers, als an die aus dem Institut erwachsene Praxis anderer constitutioneller Staaten, durch ein Mißtrauensvotum den *sofortigen* Rücktritt des getadelten Ministers zu erzwingen. Die Schattenseiten der hieraus folgenden Unstätigkeit der Regierung hatte

man in Preußen bis dahin noch ebenso wenig vor Augen gehabt, wie die Möglichkeit, einen mißliebigen Minister auch ohne gerichtliche Verantwortlichkeit durch nachhaltige parlamentarische Bekämpfung aus dem Amte zu treiben. Man sollte sehr bald eine solche Erfahrung machen.

Drei Tage vorher, am 13. April, hatte der Bundesrath das Budget für 1870 dem Reichstag vorgelegt, und die Stimmung, womit man ihn dort aufnahm, wurde durch die schroffe Zurückweisung des Antrags Twesten-Münster nicht gebessert. Zwar gegen den Bundesetat selbst ließ sich nicht viel einwenden. Fünf Sechstel desselben nahm der Militäretat ein, der ja durch die Verfassung bis 1871 jeder Kritik des Hauses entzogen war. Gegen die Erhöhung der so lange umstrittenen Marine-Anleihe von 10 auf 17 Millionen erhob sich kein Widerspruch. Das Auswärtige Amt, das hier zum ersten Mal auf dem Bundesetat erschien, wurde an dieser Stelle freudig begrüßt und im Einzelnen nicht angefochten, und kaum anders erging es bei den kleinen Ausgaben der übrigen Ressorts. Aber übler zeigte es sich im Capitel der Einnahmen. In Folge der Portoermäßigung hatte die Postverwaltung starke Ausfälle erlitten und hoffte noch nicht auf Erholung durch Zunahme des Briefverkehrs. Dasselbe Ergebniß erschien bei einigen Zollherabsetzungen. Genug, bei der zweiten Lesung des Etats blieben die eignen Einnahmen des Bundes gegen seine Ausgaben um 25 Millionen Thaler, 2½ Million mehr als im laufenden Jahre 1869, zurück, es mußte also für 1870 diese gesteigerte Summe als Matricularbeiträge von den Einzelstaaten erhoben werden. Und hiemit trat man an die Quelle des ganzen Unbehagens: Preußen, welches nach seiner Einwohnerzahl von jener Summe

vier Fünftel, also rund 20 Millionen, aufzubringen hatte, befand sich in einem wachsenden Deficit, war also weder geeignet noch geneigt zu einem so starken Zuschuß. Der Finanzminister von der Heydt war bei dem preußischen Etat für 1869, wie wir sahn, der Schwierigkeit aus dem Wege gegangen durch Verkauf von Activ-Beständen, in der Hoffnung, daß ein endlicher Aufschwung von Handel und Industrie die Lücken rasch wieder ausfüllen würde. Statt dessen hatten die europäischen Spannungen von 1868 das Gegentheil bewirkt; der vorliegende Abschluß der Istrechnung von 1868 zeigte, daß man in das jetzt laufende Jahr mit einem erheblich stärkeren Ausfall, als vermuthet gewesen, eingetreten war, daß gegenwärtig der große Verkehr sich stets gedrückt verhalte, daß Preußen von seinem Activbesitz 7 Millionen verzehrt und für 1870 auf ein Deficit von 10 bis 11 Millionen zu rechnen habe. Das preußische Ministerium hatte dann eine Wiederholung der Aushülfe von 1868 ebenso bestimmt verworfen, wie die Deckung des Jahresbedarfs durch eine Anleihe, nach dem Grundsatze: in einem soliden Haushalt sind laufende Ausgaben nur durch laufende Einnahmen zu bestreiten. Was aber neue Steuern betraf, so hielt man in Preußen eine Erhöhung der directen zur Zeit für unmöglich; man beschloß also beim Bundesrathe die Aufbringung etwa des halben Betrags der Matricularbeiträge durch indirecte Abgaben zu beantragen, welche dann theils vom Reichstage, theils vom Zollparlament zu bewilligen wären. So meldete denn Präsident Delbrück gleich bei der ersten Lesung des Bundesetats drei neue Steuern an, Wechselstempel, Wegfall der Portofreiheiten bei der Post und, was das Erheblichste war, eine Erhöhung der Branntweinsteuer. Vierzehn Tage

später machte ein Bundescommissar die etwas schüchtern vorgetragene Anzeige, daß noch vier andere Vorschläge im Bundesrathe ihre letzte Redaction erhielten: eine sehr mäßige Biersteuer, eine ganz bescheidene Abgabe auf Leuchtgas, eine Steuer auf Schlußnoten im Börsenverkehr, ein Aufschlag von 10 Procent auf die Preise der Eisenbahnfahrkarten bei Reisen über drei Meilen hinaus. Um endlich den kritischen Blicken der Volksvertretung den Schauplatz ihrer finanziellen Thätigkeit vollständig zu erhellen, wurde weiter berichtet, auch dem Zollparlamente sollten Steuererfindungen überreicht werden, außer dem neulich zurückgestoßenen Petroleum eine Erhöhung der Zuckerrübensteuer. Zu dem Allen trat dann noch, wieder einige Wochen später, eine ausführliche Denkschrift von der Heydt's, die zur Begründung aller dieser Wünsche eine ganz specielle Darlegung der preußischen Finanzklemme lieferte.

Indessen, wie bündig die hier vorgelegten Zahlen redeten, so wenig vermochten sie die parlamentarische Stellung des Ministers zu verbessern. Sein Fehler, 1868 die Schwierigkeit durch die an sich schlechte Maaßregel des Verkaufs von Activbeständen umgangen zu haben, rächte sich jetzt. So fleißig auch seine Beamten seit der Vereitlung der für die Zukunft gehegten Hoffnungen gearbeitet hatten, so hatte man doch einen starken Zeitverlust erlitten, und anstatt gleich zu Anfang der Session mit einem umfassenden, wohl redigirten Plane aufzutreten, brachte man jetzt, durch lange Pausen getrennt, eine Steuerblume nach der andern, mit ungenügender Motivirung, Alles erst in der zweiten Hälfte der Session, als wäre es darauf angelegt gewesen, eine gründliche Erwägung dem Reichstag unmöglich zu machen. Lasker erhob sich sofort zu der persönlichen Invective: ein Mann, der in

zwei Jahren die blühenden preußischen Finanzen in diesem Grade heruntergebracht hat, ist nicht geeignet, die Geschäfte eines großen Staats zu leiten. Das Schlimmste aber für den Minister war, daß er 1868 mit solchem Nachdruck sein Verfahren auf die Behauptung gestützt hatte, das Deficit sei ein vorübergehendes, nach allen Anzeichen rasch verschwindendes. Die dafür von ihm vorgelegten Beweise wurden ihm jetzt, als heute noch vollkommen zutreffend, entgegen gehalten; ein Deficit solcher Art ist auch in Preußen oft ohne Schaden ertragen worden und hat sich dann bald wieder in Überfluß verwandelt. Und deshalb, fragten die nationalliberalen Redner, sollten wir eine lange Reihe bleibender Steuern bewilligen? (In Preußen besteht jede Steuer fort, bis auch die Regierung ihre Abschaffung genehmigt): so daß nach dem Verschwinden des Deficits die erhöhte Belastung des Volks bleibe, die Regierung aber in der Fülle des Reichthums schwimme? Wir werden uns, sagte Lasker, über den Militär-Etat 1871 zu unterhalten haben, und ich habe gar nicht die Absicht, heute schon so viele Steuern zu bewilligen, daß man uns nach zwei Jahren sagen kann, die Mittel sind vollständig vorhanden, wir können den Militäretat in seinem ganzen Umfang aufrecht erhalten. So tönte es wieder aus fast allen Reden der liberalen Seite: keine Steuern mehr auf unbegrenzte Dauer. „Das würde also für Preußen, bemerkte Bismarck, wieder eine Verfassungsfrage aufstellen, wieder eine Erweiterung der parlamentarischen Macht zur Bedingung nöthiger Staatseinnahmen machen. Sie finden, wie es scheint, daß der Schwerpunkt der preußischen Staatsgewalt nicht an der richtigen Stelle liegt; Sie wollen ihn näher dem Bereiche des Parlaments rücken. Darüber ließe sich ja verhandeln,

und ich würde in eine solche Verhandlung ohne Widerstreben eintreten. Aber nimmermehr dürfte dies auf dem Wege eines solchen Tauschgeschäfts geschehn. Wenn Sie eine Verfassungsänderung zum Preise der neuen Steuern machen, so nöthigen Sie die Regierung, auf eine solche Einnahme zu verzichten, und das Deficit durch die Beschränkung der Ausgaben, durch die Leistung allein der rechtlich und factisch nothwendigen, unter Hinausschiebung nicht bloß der überflüssigen, sondern auch der nützlichen Ausgaben in Wegfall zu bringen." Als ein Redner dies als eine Drohung bezeichnete, erwiderte Bismarck, es sei der Ausdruck der einfachen Verfassungspflicht; auch glaube er nicht, daß eine Volksvertretung wünschen könne, ihn unbewilligtes Geld ausgeben zu sehn.

Gewiß hätte nichts die Majorität des Hauses mehr erfreuen können, als eine Botschaft, daß eine Verminderung der Ausgaben jedes Bedürfniß neuer Einnahmen beseitigt hätte, und sie wußte ja sehr genau, welche gewaltige Ausgabe sie vor Allen los zu werden wünschte. Auch hier fand Lasker's Andeutung verstärktes Echo bei den Rednern der Linken. Der heutige Zustand ist unerträglich, hieß es; die Militärlast erdrückt Bildung, Wohlstand, Freiheit; zugleich aber ist sie unnöthig, denn die Völker alle sind von Natur und nach ihrem Interesse friedfertig, und in jeder Thronrede wiederholt uns Se. Majestät, daß auch keine der Regierungen den Frieden zu stören wünscht. Wozu also die colossalen Soldatenmassen? wozu diese Opfer an Geld und Arbeitskraft für einen ganz unproductiven Zweck? Preußen hat die Vermehrung der Armee zuerst durchgeführt, so sollte es auch die Abrüstung beginnen, oder wenigstens einen

Antrag auf allgemeine Abrüstung an die andern Cabinette bringen.

Es gibt für uns, schloß Löwe eine energische Rede, keinen andern Weg, in geordnete Zustände zu kommen, als Ersparnisse im Militäretat. Es geschah am 22. Mai 1869, daß ein gewissenhafter Redner sich in so gefährlichen Illusionen erging und damit den Beifall des Reichstags gewann.

Zu dem Allen kam dann noch zu Ungunsten der durch von der Heydt vorgeschlagenen Abgaben die schon 1868 hervorgetretene Abneigung der Majorität gegen die indirecten Steuern überhaupt, als einer ungerechten Mehrbelastung der ärmern Classen. Damals im Reichstag gab ihr den schärfsten Ausdruck Becker (Dortmund), der 1848 kecker Revolutionär gewesen, dann aufrichtiger Demokrat geblieben war. Nach der innersten Richtung seiner Natur war er durch vielfache Thätigkeit und gründliches Studium sonst von doctrinären Träumen zu praktischer Auffassung des öffentlichen Wesens gediehn. Dieses Mal freilich ließ er sich durch humane Vorurtheile zu Übertreibungen und innern Widersprüchen verleiten; er redete über alle Verbrauchssteuern in gleichem Tone, als wenn kein Unterschied zwischen der Besteuerung nothwendiger Bedürfnisse und unnöthiger Genüsse wäre, während alle Vorlagen des Ministers nur zu der letzten Classe gehörten, und er rügte gegen sie Alle den ungerechten Druck, womit sie die Armen schwerer belasteten als den Reichen; ich stimme, rief er, gegen jede Steuer, die die Arbeit vertheuert und den Verkehr erschwert. Diese Erschwerung aber belästigt den Reichen ebenso wie den Armen, und unmöglich kann eine Steuer den Arbeiter vorzugsweise drücken, welche die Arbeit vertheuert, also den Arbeitslohn erhöht.

Wie dem auch sei, er errang die Zustimmung der Versammlung. Nach langen Verhandlungen wurden die einträglichen der vorgeschlagenen Steuerprojecte am 1. Juni sämmtlich abgelehnt, die Branntweinsteuer beinahe einstimmig, da die Einen dem armen Manne das ihn erwärmende Schnäpschen nicht vertheuern wollten, die Andern aber von der neuen Steuer den Bankerott aller kleinen Brennereien, also den Ruin des ländlichen Mittelstands besorgten. Beiden aber war es zur Zeit genehm, die Regierungen noch nicht aus ihrer Geldnoth zu erlösen, und sie damit in einer fühlbaren Abhängigkeit vom Parlamente zu erhalten.

Auf dem mit den Trümmern der Steuervorlagen bedeckten Felde standen nur noch zwei unverletzt, weil sie zur Beurtheilung durch das Zollparlament zurückbehalten waren, die Wiedereinführung der Petroleumsteuer und eine kleine Erhöhung des Zolls auf ausländischen Zucker, nebst entsprechender Besteuerung der inländischen Zuckerrüben. Nachdem das Zollparlament am 3. Juni eröffnet worden, ging ihm zunächst das verheißene Gesetz über die allgemeine Reform der Zollverwaltung zu, mit durchgreifender Erleichterung für die Interessenten des Handelsstands, sodann das Gesetz über die Zuckersteuer, welches 1868 von freihändlerischer Seite zur Sprache gebracht worden war, endlich das Gesetz über die allgemeine Tarifreform, worin eine Menge von neuen Zollherabsetzungen auf mannichfaltige Eisenwaaren, eine Zollermäßigung auf Reis, und zwischen ihnen zum Ersatz der hiedurch vorauszusehenden Verminderung der Zolleinnahmen die Petroleumsteuer figurirte, mit der ausdrücklichen Erklärung der Untheilbarkeit des Tarifs, d. h. daß die Annahme des Petroleumzolls die Bedingung für die Gewährung der ganzen Tarifreform sei.

Die Regierungen hatten also, da die Freihändler die Mehrheit im Parlamente besaßen, ihr liberales Angebot erheblich gesteigert, indem sie neben die schon früher gewährte Herabsetzung des Zolls auf Roheisen jetzt auch entsprechende Erleichterung für Eisenfabrikate in Aussicht stellten und dafür den Petroleumzoll endlich zu gewinnen hofften. Die Hoffnung aber auf ein positives Ergebniß blieb dennoch gering. Denn die freihändlerische Mehrheit war keineswegs in sich einig. Die conservativen Grundbesitzer aus Ostpreußen, die schon 1868 für den Petroleumzoll gestimmt hatten, waren jetzt vollends entzückt über die erleichterte Einfuhr von Eisenwaaren, von der sie sich die schönste Wirkung für ihre Landwirthschaft versprachen. Die Herabsetzung des Reiszolls aber hätten sie den Regierungen nach demselben Interesse gerne erlassen. Gerade umgekehrt hielt eine rein freihändlerische Gruppe an der Verminderung des Reiszolls fest und forderte gegen die Ansicht der Regierung noch eine weitere Verminderung des Zolls auf Roheisen. Die Gruppe der Zuckerfabrikanten hatte ebenfalls ihre besondern Wünsche; sie knüpften ihre Zustimmung zu der Erhöhung der Rübensteuer an die Bedingung eines stärkern Schutzes gegen ausländischen Zucker, und die Zusicherung einer gesetzlich fixirten Exportprämie für ihr Fabrikat. Endlich die große Masse der Partei wünschte zwar die Vollendung der Tarifreform, hoffte aber die Regierungen dahin zu bringen, daß sie sich zur Entschädigung für die Ausfälle an den Zollerträgen mit der Zuckersteuer begnügen würden. Denn an der Verwerfung der Petroleumsteuer hielt sie unbedingt fest; ebenso dauerte in ihren Kreisen der Wunsch fort, die Regierungen vor der Gefahr einer zu großen Bereicherung und Eigenwilligkeit zu bewahren.

Wie in der Majorität waren sodann die Ansichten auch bei der schutzzöllnerischen Minorität getheilt. Die deutschen Brüder in der Südfraction hatten wie 1868 kein anderes Programm, als zu verhindern, daß auf diesem preußischen Boden irgend eine Frucht erzielt würde. Die süddeutschen Nationalliberalen, die sich jetzt als besondere Fraction „zur Mainbrücke" constituirt hatten, blieben aber doch in der Opposition, entweder gegen die Sätze der Tarifreform, oder gegen den Petroleumzoll. Im Übrigen waren die Vertreter der Eisenindustrie kurzweg für die Ablehnung des Ganzen, jedoch wollte eine gemäßigtere Gruppe der Ablehnung eine Resolution hinzufügen, im nächsten Jahr sich mit der Herabsetzung der Eisenzölle zu versöhnen, wenn die Regierungen eine entsprechende Erleichterung für das deutsche Fabrikat in England und Frankreich durchsetzten.

Man ermißt leicht, wie bei dieser Mannichfaltigkeit der Bestrebungen im Verlaufe der Debatten die Combinationen wechselten. Für uns hat es kein Interesse, ihnen im Einzelnen nachzugehen. Nachdem das Gesetz über die Zollordnung fast ohne Änderung angenommen worden, ergab die erste Lesung über die Zollreform folgende Beschlüsse: Die Herabsetzung der Eisenzölle, jedoch ohne Ermäßigung des Roheisenzolls, wurde mit 130 gegen 104 Stimmen angenommen. Auch die Herabsetzung des Reiszolls fand trotz des Widerspruchs der Conservativen die Majorität. Dagegen fiel die Petroleumsteuer mit 155 gegen 93 Stimmen nach einer sehr scharfen Rede Lasker's. Um so mehr unterstützte dann Lasker die von den Zuckerinteressenten gewünschte weitere Erhöhung des Schutzzolls bei entsprechender Steigerung der Rübensteuer und stellte nach deren Annahme den

Antrag, daß das Zuckergesetz gleichzeitig mit dem Tarifgesetz in Kraft treten sollte. Aber sofort legte Delbrück im Namen der Regierungen Verwahrung gegen diese Verkoppelung der beiden von einander ganz unabhängigen Gesetze ein, indem er zugleich für die beantragten Änderungen im Zuckergesetze das Einverständniß der Regierungen erklärte.

Nachdem dann die Schlußberathung begonnen, empfahl Bismarck noch einmal die Petroleumsteuer, und wiederholte die bestimmte Erklärung, daß eine Tarifreform ohne Bewilligung des Petroleumzolls die Zustimmung des Präsidiums nicht erhalten würde. Daß diese Kundgebung eine Änderung der Beschlüsse der ersten Lesung nicht bewirken würde, stand bereits fest. Die Petroleumsteuer wurde wiederum mit 157 gegen 110 Stimmen gestrichen. Ebenso blieb es bei dem Beschlusse zu Gunsten des Zuckersteuergesetzes, jedoch gewann hier die Regierung ihren einzigen Erfolg der Session, indem das Haus den Antrag Lasker auf Verbindung des Gesetzes mit der Tarifreform zurückwies.

Das Gesetz über die Tarifreform wurde darauf zurückgezogen, und das Parlament am 22. Juni geschlossen.

Am selben Tage erfolgte dann auch der Schluß des Reichstags, wobei der König dem Hause seine Anerkennung für die gesetzgeberische Thätigkeit und zugleich sein Bedauern über das Mißlingen des finanziellen Einverständnisses aussprach; es werde jetzt Sache der Landesvertretungen sein, da die ihnen zur Last fallenden Matricularbeiträge keine Verminderung erfahren haben, die dadurch entstehenden Ausfälle entweder durch Beschränkung der Staatsausgaben oder durch Bewilligung solcher Abgaben zu decken, welche der Gesetzgebung der Einzelstaaten unterliegen.

Wie dies gemeint war, trat zu Tage, als nach einem Vierteljahr die Wintersession des preußischen Landtags am 6. October 1869 eröffnet wurde. Die Thronrede meldete für 1870 ein Deficit von rund 5½ Millionen Thaler an, und in Folge dessen die Nothwendigkeit eines Zuschlags von 25 Procent auf die Einkommen-, die Classen-, die Mehl- und Schlachtsteuer an; sie berichtete starke Beschränkung der Ausgaben fast in allen Ressorts; schlug die Deckung von 13 Millionen in den letzten Jahren ausgegebenen Schatzscheinen durch eine feste Anleihe vor, und brachte, hoffentlich zu einiger Erheiterung der Gemüther, zwei große, längst ersehnte und begehrte Gesetzentwürfe ein, eine neue Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen und das bereits in der Verfassung verheißene allgemeine Unterrichtsgesetz.

Nun, daß in diesen wichtigen Angelegenheiten endlich ein erster Schritt erfolge, wurde im Hause dankend anerkannt, aber der Eindruck, welchen der Inhalt der beiden Vorlagen gleich bei der ersten Kenntnißnahme hervorrief, war bei der Mehrheit äußerst zweifelhaft, wenn nicht geradezu abstoßend. Wie würde es vollends den Anträgen des Finanzministers ergehn? Was man über die Stimmung der Abgeordneten vernahm, raubte bei Herrn von der Heydt jede Hoffnung. Es war vergebens, daß Otto Camphausen ihm den Vorschlag machte, durch den Antrag auf eine richtige Reform die Quelle des Unheils zu schließen; er glaubte nicht an die Durchführbarkeit der Maaßregel, selbst wenn das Haus sie genehmigte. Am 25. October reichte er seine Entlassung ein, und nachdem er sie am 26. erhalten, wurde Otto Camphausen, bisher Präsident der Seehandlung, zu seinem Nachfolger ernannt.

Eben am 26. hatte das Haus beschlossen, am 29. die erste Berathung des Staatshaushalts-Etats zu beginnen. Nachdem einige andere Gegenstände der Tagesordnung erledigt waren, nahm der neue Finanzminister das Wort, um sich dem Hause vorzustellen, und die Schwierigkeit seiner Stellung zu betonen, in der er mit höchst ungenügender Kenntniß der zahlreichen Vorarbeiten und Vorberathungen plötzlich genöthigt sei, ohne Zögerung in die Behandlung des Etats einzutreten. Er sei also außer Stande, schon heute eine vollständige Darlegung der Finanzlage, wie sie sich nach seiner Auffassung gestalte zu geben, und müsse um die Erlaubniß bitten, eine nähere Erörterung der am Stärksten umstrittenen Punkte, nämlich der Höhe des Deficits und der Mittel zu seiner Deckung, erst nach weiterer Information eintreten zu lassen. Eine allgemeine Andeutung, fuhr er fort, glaube ich mir schon heute gestatten zu dürfen, die Andeutung nämlich, daß es mir als ein dringendes Gebot einer richtigen Finanzpolitik erscheint, in Bezug auf die Tilgung der preußischen Staatsschulden dem Staate eine größere Leichtigkeit in der Bewegung zu ermöglichen, ihn in den Stand zu setzen, in günstigen Jahren größere, in ungünstigen Jahren kleinere Summen auf die Tilgung zu verwenden. (Sehr gut! von verschiedenen Seiten des Hauses.) Wenn ich den vorliegenden Etat näher betrachte, und mir sage, daß er zwar mit einem Deficit von beinahe 5½ Million abschließt, aber zur Tilgung älterer Staatsschulden die Summe von 8⅔ Millionen bestimmt und bestimmen mußte, dann bin ich der Ansicht, daß immerhin bei uns ein Voranschlag besteht, um welchen uns die meisten Staaten Europas beneiden dürfen.

Eine lebhafte Zustimmung ging durch das Haus. Es war wie durch einen überraschenden Schlag ein Übergang aus Finsterniß zum Licht, aus dem Deficit zum Überfluß, im heftigen Kriegsstand plötzlich die Aussicht auf innern Frieden.

Allerdings, der Weg bis zum Ziele war noch weit; an Bedenken und Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten konnte es nicht fehlen: aber man sah doch wieder einen Weg vor sich, und der Führer machte den vollen Eindruck eines sachkundigen und zuverlässigen Mannes. Schon die Andeutung, sagte Löwe, wie er die große Arbeit anfassen will, war eine außerordentliche Leistung. Auf seinen Antrag beschloß das Haus die Vertagung der Debatte, bis der Minister die Zeit zur nähern Darlegung seines Systems gefunden hätte.

Diese erste Vorberathung des Etats begann, nachdem Camphausen die Zustimmung des Königs und des Staatsministeriums zu seinem Plan erhalten hatte, am 4. November. Ehe wir über ihren Verlauf berichten, ist noch anzuführen, daß Virchow mit der ganzen Fortschrittspartei am 21. October, also noch vor Camphausen's Ernennung, einen gegen von der Heydt's Steuerzuschlag gerichteten Antrag eingebracht hatte, ein Lied nach der alten Melodie, Ermäßigung der Lasten des Volks durch Verminderung der Ausgaben für das Militärwesen; eine so große Armee sei um so weniger nöthig, als die dauernde Kriegsbereitschaft nicht durch gegenseitige Eifersucht der Völker, sondern nur durch das Verhalten der Cabinette bedingt wird; es sei also durch diplomatische Verhandlung eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen.

Diesen Antrag suchte Lasker am 4. November durch eine motivirte Tagesordnung nach den Erwägungen zu

beseitigen, daß der Militäretat des Bundes bis Ende 1871 gesetzlich feststehe, daß die Überzeugung des preußischen Volks und seiner Vertreter von der Nothwendigkeit der Verringerung der Militärlasten unläugbar, und also 1872 eine Thätigkeit des neuen Reichstags in dieser Richtung zweifellos sei, daß aber eine diplomatische Verhandlung über eine allgemeine Abrüstung zur Zeit eher zum Hader als zur Verständigung führen könnte.

Lasker zweifelte nicht an der Verwerfung des Antrags Virchow, wünschte aber wenigstens die darin ausgesprochene Verurtheilung der bestehenden Militärlast durch seine Tagesordnung im Hause anerkannt zu sehn.

Das Haus beschloß, zunächst über Camphausen's Plan, dann über Virchow's und Lasker's Anträge eine allgemeine Besprechung zu eröffnen.

Camphausen entwickelte demnach seine Absichten. Eine speciellere Darlegung derselben, ihre Vortheile und der gegen sie geltend gemachten Bedenken und Einwendungen würde uns tief in die Technik des Börsengeschäfts hineinziehn; wir begnügen uns mit der Erzählung des leitenden Gedankens. Seit 1820 bestand in Preußen ein Schuldentilgungsfonds, dem das Gesetz von jeder Anleihe jährlich ein Procent, nebst den auf diese Beträge fallende Zinsen überwies, so daß der Fonds durch die Zinseszinsen fortwährend anwuchs, und durch die jährliche Einzahlung von einem Procent der Anleihe in 38 Jahren deren Tilgung vollendete. Das war recht schön, so lange man Überschüsse besaß; befand der Staat sich aber einmal im Deficit, so mußte er bei jenem Tilgungszwang eine neue Schuld contrahiren, um die alten zu bezahlen, ein offenbar widersinniges und kostspieliges Geschäft. Da Preußen

in den letzten Zeiten viele und große Anleihn gemacht hatte, so war die jährliche Zahlung an den Tilgungsfonds bis auf 8⅔ Millionen gewachsen, und zugleich im Staatshaushalt ein Deficit von 5½ Million entstanden. Camphausen schlug nun vor, ungefähr für die Hälfte der vorhandenen Schuldcapitalien, 223 Millionen theils zu 4½, theils zu 4 Procent Zinsen, jenen Tilgungszwang aufzuheben, die Capitalien vielmehr in eine für die Gläubiger unkündbare Rentenschuld zu 4½ Procent Zinsen [1]) zu verwandeln, und um die hiefür nöthige Zustimmung der Gläubiger zu gewinnen, eine Prämie von höchstens einem Procent für die Conversion zu bewilligen. Camphausen hoffte, daß zu diesen Bedingungen der bei Weitem größte Theil der Gläubiger die Conversion annehmen würde; für die Ablehnenden bliebe Alles beim Alten. Der Minister erklärte sodann, daß durch den Wegfall des Tilgungszwangs bei 223 Millionen der Staat eine jährliche Ersparniß von beinahe 4½ Million machen, den Steuerzuschlag nicht bedürfen, und den Rest des Deficits mit dem Ertrage mehrerer unrentabler, längst zum Verkaufe bestimmter Domänen decken würde.

Bei der Verhandlung, die sich sogleich in großer Ausführlichkeit entspann, kam ein auf die Sache gerichteter Tadel kaum vor, im Gegentheil, einer der schärfsten Widersacher, E. Richter, erklärte, daß, wenn das Princip der Maaßregel einmal anerkannt wäre, die Ausführung nicht besonnener und scharfsinniger hätte gestaltet werden können, als der Minister

[1]) Einen niedrigern Zinsfuß durfte man nicht proponiren, denn die 4½%igen Papiere hatten damals einen Curs von 97. Bot man für die Zukunft einen niedrigern Zinsfuß, so lief man Gefahr, daß viele Gläubiger die Rückzahlung des Capitals zum Nennwerth begehrten.

sie vorgeschlagen. Aber das Princip? Es zeigte sich sehr bald, daß auf den ersten freudigen Eindruck am 29. October bei einem Theile der Opposition ein entschiedenes Unbehagen getreten war. Ihr strategischer Plan, durch Ablehnung oder doch enge Beschränkung neuer Hülfsquellen die Regierung zu schönen Gegenconcessionen zu nöthigen, sei es Erweiterung der parlamentarischen Rechte, sei es zweijährige Dienstzeit oder Verminderung der jährlichen Recrutenzahl, fiel zusammen, wenn es Camphausen gelang, die Finanzklemme dauernd zu beseitigen. Auch wenn sein Plan zur Ausführung kam, würden oft genug weitere Anleihn oder Steuern für neue Ausgaben beim Landtage zu beantragen sein, aber nach aller menschlichen Voraussicht wäre ein Deficit, d. h. die Unzulänglichkeit der Mittel für die bisherigen Zwecke, auf lange hin beseitigt. Nach dem alten System wurde durch beschleunigte Schuldentilgung der Betrag der jährlich sonst verfügbaren Summen vermindert, dafür aber der allgemeine Vermögensstand des Staats verbessert. Dies Verhältniß kehrte sich um, wenn Camphausen's Plan zur Ausführung gelangte. Dann blieb das Staatsvermögen durch die unverminderte Schuldenmasse belastet, dafür aber wuchs der Betrag der für die sonstigen Jahresausgaben verfügbaren Summen einstweilen um 3½, später aber, nach Ausdehnung der Consolidation auf sämmtliche Schulden, um 8½ Million für alle Zukunft, ohne daß künftig bei der Berathung des Jahresbudgets im Landtag die Sache auch nur zur Sprache käme. Wenn wir, sagte ein Redner, den Tilgungszwang aufhöben, so würde dies gleichbedeutend sein mit einer Vollmacht für die Regierung, künftig in jedem Jahre ohne parlamentarische Zustimmung eine neue Anleihe von 3½ Million aufzunehmen.

Daß dies unzulässig sei, darüber hatte Virchow keinen Zweifel, und so hielt er auch Camphausen gegenüber seinen Antrag aufrecht, das Deficit durch entsprechende Ersparungen am Militäretat zu beseitigen, mithin keine andere Aushülfe der Regierung zu bewilligen. Als ihm Lasker den Artikel der Bundesverfassung entgegen hielt, der den Militäretat bis 1872 festlegte, erwiderte er, das sei kein Hinderniß mehr, sobald die Regierungen guten Willen zeigten, auf die Wünsche des Volks und der Volksvertretung einzugehn, und im Feuer des Gefechts setzte er weiter hinzu, übrigens hätten 1867 die Mittelparteien jenen Artikel so nachlässig redigirt, daß sein Text die beiden Auslegungen gleich möglich erscheinen lasse, die eine, daß 1872 der Reichstag die Kosten des Kriegswesens beliebig herabsetzen könne, die andere, daß auch dann der jetzige Etat fortdauere, bis die Regierungen einer Abänderung zustimmten. Die Bemerkung war ganz richtig, und in der That sprach sie die Ansicht der Regierungen aus; aber im Interesse der Opposition hätte Virchow kein schlimmeres Wort sich entschlüpfen lassen können. Sein Sträuben gegen die für die Sicherheit des Landes erforderlichen Armeebedürfnisse war eine aus altem Hader zurückgebliebene und weit verbreitete Krankheit jener Tage. Auch das Vertrauen auf die Friedfertigkeit des französischen Volks, sieben Monate vor der Kriegserklärung, hat Virchow mit vielen Genossen damals getheilt. Immerhin kann es den Ruhm des großen Naturforschers nicht erhöhn, wenn er dieses Vertrauen sogar zu dem allgemeinen Satze erweiterte, eine stete Kriegsbereitschaft werde nicht durch gegenseitige Eifersucht der Völker, sondern nur durch das Verhalten der Cabinette bedingt. Denn seit 1813 hat es in unserem Jahrhundert keinen

Cabinettskrieg gegeben, nämlich keinen Krieg, zu dem nicht eine starke populäre Strömung den zaudernden Herrscher fortgerissen oder dem, (bei der einzigen Ausnahme 1866) sie nicht nachträglich ihren Dank für die Vollziehung des nationalen Gedankens ausgesprochen hätte.

Überhaupt stellte es sich in dem Fortgang der Verhandlungen immer deutlicher heraus, daß das Spiel für die Opposition völlig hoffnungslos war. Auf ihrer Seite ein Antrag, der selbst, wenn er hier angenommen wurde, doch jedenfalls für jetzt ohne praktische Wirkung blieb, der in der Gegenwart den Staatshaushalt ungeordnet ließ und für die Zukunft schwere Conflicte in Aussicht stellte. Dagegen auf der Seite der Regierung ein Finanzplan, der die Beseitigung eines an sich unrichtigen Systems enthielt, der das seit Jahren fortgeschleppte Deficit beseitigte und den innern Frieden zwischen den gesetzgebenden Factoren herstellte. Hier konnte die Wahl nicht zweifelhaft sein, zumal ein großer Theil des Hauses weder das Vertrauen Virchow's auf dauernden Frieden, noch Lasker's Ansicht über die nöthige Reduction der Militärlast theilte. So wurde gleich am 5. November Lasker's Tagesordnung abgelehnt und Virchow's Antrag mit 215 gegen 99 Stimmen verworfen. Nachdem darauf am 16. November der Finanzminister den ausgearbeiteten Gesetzentwurf eingebracht und das Haus denselben an die Budget-Commission verwiesen hatte, erstattete diese am 13. December ihren Bericht, worin sie mit 17 gegen 13 Stimmen dem Hause die Annahme des Gesetzes empfahl. Nach einer lebhaften Verhandlung vollzog das Haus unter Ablehnung aller principiell erheblichen Amendements die Genehmigung des Gesetzes mit 242 gegen 128 Stimmen.

Es war ein Wendepunkt von entscheidender Wichtigkeit für die augenblickliche Lage der deutschen Politik. Das empfand man um so mehr, als keiner der Freunde oder der Gegner des Gesetzes eine Ahnung davon hatte, wie bald eine ungeheuere Sturmfluth die deutsche Nation zu einer vollständigen Umgestaltung ihres Daseins emporführen würde. Einstweilen hatte die Ausfüllung des preußischen Deficits ein verändertes Verhältniß zwischen Regierung und Volksvertretung weniger im preußischen Abgeordnetenhause, desto mehr aber im norddeutschen Reichstag zur Folge. Denn im Landtag war ein principieller Gegensatz nicht bloß auf dem Gebiete der Finanzen vorhanden gewesen; er bestand auch in der Gesetzgebung, wo weder Eulenburg's Kreisordnung noch Mühler's Schulgesetz den Beifall der Mehrheit fand und beide in dieser Session nicht zum Abschluß gelangten. Dagegen war für den Reichstag mit dem Verschwinden des preußischen Deficits und dessen Rückwirkung auf den Bundeshaushalt jede Veranlassung zu neuem Hader erloschen, so daß jetzt das Bundesbudget für 1871 so leicht und rasch wie möglich festgestellt wurde. Was aber die Gesetzgebung des Bundes betraf, so haben wir von Anfang an unter Bismarck's und Delbrück's Leitung zwischen Bundesrath und Reichstagsmehrheit eine volle Übereinstimmung in der allgemeinen Richtung wahrgenommen, die natürlich gelinde oder scharfe Differenzen im Einzelnen keineswegs ausschloß. Jetzt, nach der Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten, stand für den am 14. Februar 1870 eröffneten Reichstag eine äußerst fruchtbare Session bevor.

Die Thronrede kündigte gleich zu Anfang eine Vorlage von größter Wichtigkeit an, den eben vollendeten Entwurf

eines Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund. Daran schloß sich ein Gesetz zum Schutze des Autorrechts. Es folgten vier Gesetzentwürfe, die als Ergänzungen der Gesetze über Freizügigkeit und Gewerbeordnung bezeichnet werden können. Sodann ein Vertrag mit Baden über die gegenseitig den Gerichten zu leistende Rechtshülfe, übereinstimmend mit dem im vorigen Jahre für den norddeutschen Bund angenommenen Gesetze; ferner eine Ergänzung des neuen norddeutschen Gesetzes über Maaße und Gewichte, zum Zwecke, auf diesem Gebiete einer Gemeinsamkeit zwischen Nord- und Süddeutschland die Bahn zu ebnen. Die Gesammtheit der Verträge, erklärte die Thronrede, welche den Norden mit dem Süden Deutschlands verbinden, gewähren der Sicherheit und Wohlfahrt des gemeinsamen deutschen Vaterlandes die zuverlässigen Bürgschaften, welche die starke und geschlossene Organisation des norddeutschen Bundes in sich trägt. Das Vertrauen, welches unsere süddeutschen Verbündeten in diese Bürgschaften setzen, beruht auf voller Gegenseitigkeit. Das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, das gegenseitig verpfändete Wort deutscher Fürsten, die Gemeinsamkeit der höchsten vaterländischen Interessen verleihen unsern Beziehungen zu Süddeutschland eine von der wechselnden Woge politischer Leidenschaften unabhängige Festigkeit. Zum Schlusse der Ausspruch des Vertrauens auf Erhaltung des Friedens, denn überall sei bei Regierungen und Völkern die Überzeugung im Wachsen, daß jedem politischen Gemeinwesen die unabhängige Pflege seiner Wohlfahrt zustehe, und daß die Wehrkraft jedes Landes nur zum Schutze der eignen, nicht zur Beeinträchtigung der fremden Unabhängigkeit berufen sei.

Niemand wird aus dieser Thronrede einen dringenden Wunsch auf den Eintritt der Süddeutschen in den Nordbund herauslesen. Im Gegentheil, sie gibt, trotz der Angriffe der klerikalen Preußenfeinde in Bayern auf den Minister, Fürsten Hohenlohe [1]), nur einer sichern Zufriedenheit mit der augenblicklichen Lage der deutschen Verhältnisse Ausdruck. Die Verträge sind zuverlässig, die Interessen des gemeinsamen Vaterlands sind verbürgt, keiner unserer Nachbarn denkt an eine Einmischung in unsere innern Angelegenheiten oder läßt eine Spur von kriegerischen Neigungen erkennen. Auch ein Vorschlag des französischen Ministers Daru auf beiderseitige Abrüstung hatte trotz Bismarck's ablehnender Haltung keine Störung bewirkt. In Summa für den König Wilhelm lag kein Anlaß vor, die bisher in Deutschland befolgte Politik zu ändern, vielmehr jeder Antrieb, auf dem erprobten vorsichtigen Wege zu beharren.

Bei der Verhandlung des Abgeordneten-Hauses über den Antrag Virchow hatte Lasker gegen diplomatische Verhandlungen über die Abrüstung gewarnt, zugleich aber hervorgehoben, daß Deutschland überhaupt bei seinen eignen Angelegenheiten sich um das Ausland nicht zu kümmern habe, wenn z. B. Baden den Eintritt in den norddeutschen Bund begehre, müsse man es aufnehmen, möge das Ausland es gerne oder ungerne sehn, eine tapfere Erklärung, die nur etwas verwunderlich bei einem Abgeordneten war, der in demselben Augenblick die Nothwendigkeit der Verkleinerung unserer Armee behauptete.

Indessen blieb bei ihm die Sehnsucht nach Badens Zulassung in den Bund. Er verhinderte eine Antwort-

[1]) In der That erfolgte wenige Wochen später der Rücktritt des Fürsten.

Adresse auf die Thronrede, als sein Wunsch, darin Badens Eintritt zu begehren, Widerspruch fand; er brachte dann am 24. Februar 1870 bei der Berathung des badischen Jurisdictionsvertrags den Antrag ein, der Reichstag wolle den Vertrag genehmigen, und zugleich den nationalen Bestrebungen der badischen Regierung und Bevölkerung seine Anerkennung aussprechen; der Reichstag finde darin den Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit, und nehme mit Freude den ungesäumten Anschluß an den bestehenden Bund als Ziel derselben wahr.

Schon in der Form war der Antrag verfehlt; er wäre an die norddeutsche Regierung zu richten gewesen: es war offenbar nicht Sache des Reichstags, einem zum Bunde nicht gehörigen Staate Belobung und Mahnung zukommen zu lassen. Warum dafür gerade der jetzige Zeitpunkt, nicht 1869 oder 1871, auserlesen worden, blieb unerklärt; ein besonderer Anlaß lag damals nicht vor. Und vor allen Dingen ist es unerlaubt, wenn man nicht einen Minister zu stürzen beabsichtigt, wichtige und folgenschwere Fragen der auswärtigen Politik ohne sein Vorwissen in die Öffentlichkeit einer Parlamentsdebatte zu werfen. Lasker aber pries auf eigne Faust die nationale Politik Badens, das stets zum Eintritt bereit sei. Wo ist die Schuld, fragte er, daß er nicht erfolgt? Ich kann sie nur in Preußen suchen. Unmöglich kann Rücksicht auf fremde Mächte dabei maaßgebend sein. Frankreich und Österreich sind vollständig mit ihren innern Aufgaben beschäftigt, Frankreich sogar in dem Grade, daß die Existenz seiner Dynastie auf dem Spiele steht (weshalb, schalten wir ein, eine wachsende Partei täglich zum Kriege drängt). Also das kann es nicht sein, was Bismarck

zurückhält. Sie kennen die Erklärung, daß ein Appell an die Furcht im deutschen Herzen keine Stätte findet. Was ist die Lösung des Räthsels?

Für Bismarck war der Antrag so überraschend und unangenehm wie möglich. Auch er betrachtete den Eintritt der süddeutschen Staaten als die Vollendung seines Werks. Aber er wünschte ihn nicht eher erfolgen zu sehn, als bis er von Seiten der Regierungen und der Völker aus eignem freudigem Entschlusse begehrt würde. Davon aber war man noch weit entfernt, und eben deshalb hatte die Thronrede so nachdrücklich erklärt, daß auch jetzt für die Sicherheit des gemeinsamen Vaterlands wohl gesorgt sei. Käme es aber einmal zu dem ersehnten Fortschritt, so sähe er am Liebsten die sämmtlichen Südstaaten gleichzeitig erscheinen. Einzeln nähme er vielleicht Bayern auf, aber Baden am allerwenigsten. Denn in seiner schmalen Länge würde es für Preußen, wie ein Blick auf die Landkarte zeigt, die Pflicht der Landesvertheidigung in hohem Maaße erschweren, Bayern und Württemberg dem österreichischen Einfluß überliefern und zugleich, wie kaum ein Zweifel wäre, für Frankreich sofort den Kriegsfall stellen.

Dies Alles war völlig begründet, aber so ungeeignet wie möglich zur öffentlichen Mittheilung. Bismarck nahm bei seiner Erwiderung die Stellung, daß es im Interesse der deutschen Einheit liege, das nationalgesinnte Baden als Pionier des nationalen Gedankens in der Verbindung mit den übrigen Süddeutschen zu lassen, anstatt es aus diesem Zusammenhang durch Aufnahme in den Nordbund herauszureißen, und führte dieses Thema mit einer wunderwürdigen Virtuosität durch. Das Ergebniß war, daß Lasker seinen

Antrag, weil er durch die Debatte seinen Zweck erreicht habe, ohne Abstimmung zurückzog. Der Vertrag über die gegenseitige Rechtshülfe wurde natürlich genehmigt.

Es ist nun über die Behandlung der in der Thronrede angekündigten Vorlagen, des Strafgesetzbuchs und der vier Gesetze zur Ergänzung der Freizügigkeit zu berichten. Es sind Gegenstände specieller juristischer Technik, oft von verwickelter und streitiger Natur, zu deren Darlegung nur ein gründlich durchgebildeter und in der Praxis erfahrener Jurist befähigt wäre. Ich begnüge mich, die allgemeine Tendenz dieser Entwürfe und die bei der Berathung vorherrschenden Einflüsse zu bezeichnen.

Mehrere der kleinern Gesetze wurden nach kurzer Erwägung ohne wesentliche Änderung angenommen. Nur das Gesetz über den Unterstützungs-Wohnsitz hatte auch in dieser Session einen schweren Stand, und zwar wie 1869 vornehmlich im Bundesrath. Die preußische Regierung hatte auch hier den Zweck im Auge, für die Bewegung der Bürger in allen Bundesstaaten möglichste Freiheit und klare Rechtsverhältnisse zu schaffen, und hatte also den Entwurf gleichmäßig durchgreifend für den ganzen Umfang des Bundes gestaltet. Daran aber nahmen Königreich Sachsen, Hessen, Mecklenburg und einige Kleinere Anstoß und wünschten schonende Erhaltung ihrer particularen Einrichtungen. Es kam darüber im Reichstage selbst zwischen den verschiedenen Regierungs-Commissaren zu recht lebhaften Auseinandersetzungen: hier aber griff die Mehrheit ganz im Sinne des preußischen Standpunkts ein und schärfte und erweiterte noch die den Gegnern unbequemen Bestimmungen. Die Folge war dann, daß man endlich, unter schweren Seufzern

Hessens und Sachsens zu einem Compromiß und damit zur Annahme des Gesetzes gelangte.

Von ganz anderem Gewicht, wie sich versteht, waren dann die sich durch die ganze Session hindurchziehenden Verhandlungen über das Strafgesetzbuch, die sich bald auf der höchsten Höhe philosophischer oder theologischer Speculation über die rechtliche Strafbefugniß des Staats bewegten, bald gründliche Erwägung über das Strafmaaß von so viel Thalern Geldbuße oder so viel Tagen Gefängniß bei kleinen Vergehn pflogen. Das bisherige Recht galt namentlich in Preußen nach den Anschauungen des humanen Liberalismus für viel zu hart und streng; mit wachsender Ungeduld hatte man die jetzt begonnene Reform erwartet, und auch die Commission des Bundesraths hatte den Entwurf in solchen Stimmungen redigirt. Aber gleich zu Anfang der Specialdebatte zeigte sich, daß die Anforderungen weiter gingen als der Entwurf: ein Antrag auf gänzliche Abschaffung der Todesstrafe rief eine lange, leidenschaftliche Debatte hervor, welche trotz eines energischen Widerspruchs Bismarck's mit der Annahme des Antrags endigte. So ging dies weiter. Überall wurden die Strafen herabgesetzt, die Freiheit des Richters, dabei seinem vernünftigen Ermessen zu folgen, erweitert, vielfach mildernde Umstände zugelassen, bei allen politischen Vergehn, wo die That nicht ehrlose Motive darthut, die Zuchthausstrafe durch Gefängniß oder Festungshaft ersetzt, Ungehorsam gegen die Befehle der Obrigkeit nur dann bestraft, wenn dem Richter nachgewiesen wird, daß der Befehl innerhalb der gesetzlichen Competenz der Behörde ergangen war. Unter den wirksamsten Vertretern dieser Bestrebungen ragte, wie bei den später sich anschließenden Reformgesetzen

unseres Gerichtswesens, Lasker hervor, der sich hier auf seinem eigensten Gebiete bewegte und alle Seiten seiner reichen Natur zu voller Entfaltung brachte. Er war ein Jurist von seltenem Scharfsinn und Fleiß, ein philosophisch gebildeter Idealist, ein von Humanität erfüllter Enthusiast. Vollkommen richtig hat einer seiner vertrautesten Freunde den Grund seines Wesens dahin bezeichnet, daß er ein Mann des Rechts und der Gerechtigkeit war. Sein gesammtes Wirken entsprang aus dem Gedanken, jedem Nebenmenschen Rechtsschutz gegen Willkür und Irrthum, jedem unschuldig Angeklagten die gebührende Vertheidigung und Freisprechung, jeder Minorität den Anspruch auf gerechte Behandlung zu sichern. So strebte er nicht bloß das Recht zur Grundlage des Staats, sondern auch den Richter zur überall entscheidenden Instanz im Staate zu machen: auch Bamberger erkennt es an, daß zu der Erfüllung der von Lasker dem Richter zugedachten Pflichten ideale Menschen nöthig gewesen wären, wie sie in Lasker's Geiste, aber nicht in der Wirklichkeit lebten.[1]) Auch wird sich nicht läugnen lassen, daß ihm bei seinem Eifer, den unschuldig Beklagten zu decken, die gleich wichtige Pflicht, den schuldigen Verbrecher möglichst sicher zu treffen, um die rechtschaffenen Bürger in Person und Eigenthum zu schützen, nicht mit gleich warmem Interesse erfüllt hat. Er war eben Individualist in extremer Weise, er verachtete keineswegs die Erhaltung der bürgerlichen Ordnung, aber näher lag ihm doch die persönliche Freiheit am Herzen, ohne deren Beschränkung der Schutz der Ordnung nicht denkbar ist. In der Verfolgung dieser Ideale ging sein ganzer Ehrgeiz auf; nach äußerm Glanze und materiellen

[1]) Bamberger, Charakteristiken S. 101.

Genüssen hat er nie gestrebt. Wie es bei allen unbedingten Idealisten geschieht, rechnete er stets mehr auf die Einsicht als auf die Leidenschaften der Menschen und verdunkelte sich in seinem Enthusiasmus die für den Staatsmann entscheidende Gabe, die Dinge und die Menschen so zu sehn wie sie sind, und danach zu handeln. Immer aber ist schließlich zu sagen, daß seine Schwächen untrennbar mit seiner Stärke zusammenhingen, mit dem sittlich reinen und edlen Kerne seiner Natur.

Die Specialdebatte des Strafgesetzes wurde am 8. April 1870 beendigt; zu der Schlußverhandlung gelangte man erst nach der inzwischen am 21. eintretenden Session des Zollparlaments.

Dieser war, von einigen Kleinigkeiten abgesehn, eine äußerst einfache Aufgabe vorgelegt, eine veränderte und hoffentlich verbesserte Auflage der zweimal abgelehnten Tarifreform, wieder eine lange Reihe aufzuhebender oder herabzusetzender Zölle und daneben, zur Deckung des hienach zu erwartenden Ausfalls in der Zolleinnahme, eine Erhöhung, dieses Mal nicht des unpopulären Steinölzolls, sondern des Eingangszolls auf Kaffee, der eine halbe Million mehr Einnahme bringen würde, als 1869 vom Ölzolle erwartet wurde. Anfangs zeigten sich die Aussichten wenig günstig. Die verschiedenen Interessentengruppen, wie wir sie oben kennen gelernt haben, bestanden fort und kreuzten ihre Gegenanträge. Die Einen begehrten Erhaltung der Schutzzölle für Baumwollen-, die Andern für Eisenwaaren; dagegen stürmte eine Gruppe für noch stärkere Herabsetzung der Eisenzölle, eine andere erneuerte den Streit über den Reiszoll. Die Erhöhung des Kaffeezolls blieb in der Minorität, so bestimmt die Regierungen wieder ihre Annahme zur Bedingung der

ganzen Tarifreform machten. Die süddeutsche Fraction rieb sich die Hände: zum dritten Male wird es sich zeigen, daß das Zollparlament eine stets unfruchtbare Einrichtung ist; wir sind in der letzten Session der Legislaturperiode; da wird man uns hoffentlich im nächsten Jahre mit Wahlen für dies preußische Wesen verschonen.

Aber eben diese Haltung rief auf der andern Seite eine kräftige Reaction hervor. Conservative und Nationalliberale aller Gruppen vereinigten sich in der Erklärung, auf diese Art dürfe der Ruhm des deutschen Namens nicht befleckt, der nationale Gedanke nicht verdunkelt, die alte Zerrissenheit des Vaterlands nicht erneuert werden. Der altliberale Herr von Patow nahm die Sache in die Hand und brachte nach mehrtägiger Verhandlung ein Compromiß aller Gruppen mit Ausnahme der süddeutschen Fraction und der „deutschen" Fortschrittspartei zu Stande. Die Schutzzöllner wurden durch die Erhaltung der höhern Zölle auf Baumwollenwaaren, die Freihändler durch weitere Herabsetzung der Zölle auf Reis und auf Roheisen gewonnen, den Regierungen wurde der erhöhte Kaffeezoll, und damit eine allerdings geringe Mehreinnahme zugestanden. So wurde am 6. Mai mit 186 gegen 84 Stimmen beschlossen, und damit ein glücklicher Ausgang des Zollparlaments herbeigeführt.

Am 9. Mai nahm dann der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Es wurde ihm sofort ein Gesetzentwurf zur Heilung eines alten Schadens, der Aufhebung der Elbzölle vorgelegt und bald durch Annahme erledigt. Am 13. wurde auf Commissionsbericht das Gesetz über litterarisches Eigenthum genehmigt. Auf einen damals eingereichten Gesetzentwurf über Unterstützung der St. Gotthard-Eisenbahn komme

ich weiter unten zurück. Am 21. begann die Schlußberathung über das Strafgesetz. Der Justizminister erklärte, daß der Bundesrath den Beschlüssen so weit wie irgend möglich entgegen gekommen sei: was den brennendsten Punkt, die Todesstrafe, anging, so solle sie nur für Mord und für Mordversuch auf das Bundesoberhaupt oder den Landesfürsten beibehalten bleiben.

An diesem Tage kehrte, zum Heile des Gesetzes, Bismarck aus Varzin nach mehrwöchentlicher schwerer Krankheit zurück.

Am 23. reichten Planck und Genossen einen Vermittlungsantrag ein, die Todesstrafe wenigstens in Sachsen und Oldenburg, wo sie bereits abgeschafft war, nicht wieder einzuführen. Bismarck erwiderte sofort, die Regierungen hätten dem nationalen Zwecke manches Opfer ihrer Überzeugungen gebracht, aber ein Opfer könnten sie diesem Zweck nicht bringen, das sei das Princip dieser nationalen Einheit selbst. Es wäre eine Verläugnung meiner ganzen Vergangenheit, wollte ich einem Gesetze zustimmen, wodurch zweierlei Recht für die Norddeutschen geschaffen würde, zweierlei Classen von Norddeutschen, eine sächsisch-oldenburgische Selecta, höhere Culturmenschen, die für ihre üblen Subjecte das Richtbeil nicht mehr bedürfen, und das profanum vulgus von 27 Millionen, welches diesen Culturgrad noch nicht erreicht hat. Unsere Aufgabe ist die Gleichheit vor dem Gesetz für alle Norddeutschen; statt dessen die Ungleichheit zu verfügen, das wäre eine politische Unmöglichkeit. Wir sind gegen Sonderrechte, gegen Sondereinrichtungen, gegen die Vorurtheile einzelner Regierungen und einzelner Stämme mitunter, weil wir uns der Größe unserer Ziele bewußt waren, mit Härte, wenigstens mit Strenge verfahren; wir haben

unverrückt unser nationales Ziel im Auge behalten, aus diesem Geiste haben wir unsere Kraft, unsern Muth, unsere Macht geschöpft zu handeln, wie wir gethan. Sobald wir diesen Geist aufgeben, so verschütten wir die Quelle, aus der wir die Berechtigung schöpften, hart zu sein und mit eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Macht und Herrlichkeit entgegen stand. (Lebhaftes Bravo. Ruf der Socialdemokraten: Oho! Erneuerter stürmischer Beifall.)

Die Rede hatte eine mächtige Wirkung. Sie war das ergänzende Gegenstück zu der Rede gegen Lasker's badischen Antrag, damals die Mahnung, sich durch übereilte Schritte nicht den Weg zum nationalen Ziele zu verlegen, jetzt der Aufruf, durch particulare Stimmungen sich die Kraft und den Schwung zum Ziele nicht zu lähmen. Niemand hatte gerade an dieser Stelle eine solche Fanfare zur Erlangung der deutschen Einheit erwartet; um so stärker regte sie an, während eine nochmalige Widerlegung der Argumente gegen die Todesstrafe ohne Zweifel platt zu Boden gefallen wäre. Der Justizminister sprach dann noch amtlich aus, was nach Bismarck's Rede bereits klar gewesen, daß die Vereinigung über die Todesstrafe die Bedingung für die Genehmigung des ganzen Gesetzes für die Regierungen sei. Zwar gab es noch viele und lange Reden, aber in der entscheidenden Abstimmung am 25. Mai wurde der Antrag des Bundesraths mit 128 gegen 107 Stimmen angenommen.

Damit war die Verständigung hergestellt, und am 26. Mai konnte bei der Schließung der Session und zugleich der Legislaturperiode die Thronrede des Königs mit Anerkennung und Dankbarkeit einen Rückblick auf die wahrhaft

glorreichen Ergebnisse der vier seit 1867 erlebten Sessionen werfen. Nachdem er die lange Reihe der in diesem kurzen Zeitraume geschaffenen Einrichtungen, Verträge, Gesetze, die abgeschlossene Heeresorganisation, die sich entwickelnde Marine, die feste Ordnung des Bundeshaushalts rühmend erwähnt hatte, schloß er mit folgenden Worten:

Diese Erfolge, gewonnen durch treue und angestrengte Arbeit auf dem Gebiete der Wohlfahrt und der Bildung, der Freiheit und der Ordnung, gewähren auch dem Auslande die Gewißheit, daß der norddeutsche Bund, in der Entwicklung seiner innern Einrichtungen und seiner vertragsmäßigen nationalen Verbindung mit Süddeutschland, die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens ausbildet, welcher die Achtung und das Vertrauen der Völker wie der Regierungen des Auslands zur Seite stehn.

Wenn wir der deutschen Nation mit Gottes Wille die Weltstellung gewinnen, zu der ihre geschichtliche Bedeutung, ihre Stärke und ihre friedfertige Gesinnung sie berufen und befähigen, so wird Deutschland den Antheil nicht vergessen, welchen dieser Reichstag an dem Werke hat, und für den Ich Ihnen wiederholt Meinen Dank ausspreche. [1])

[1]) Die in diesem Capitel erzählten Thatsachen haben eine Menge französischer Berichterstatter nicht abgehalten, zu behaupten, daß Bismarck, um seinen innern Nöthen und Bedrängnissen zu entgehn, den Krieg gegen Frankreich entflammt habe. Wie wenig man damals in Deutschland an Krieg dachte, zeigt der Umstand, daß Ende Juni der König in Ems seiner Badekur oblag, Bismarck in Varzin eine Nervenkur gebrauchte, Moltke in Schlesien, Roon in Brandenburg die Freuden des Landlebens genoß, Camphausen seine Verwandten in der Rheinprovinz besuchte.

5. Capitel.

Eindringen klerikaler Tendenzen in die französische Regierung.

Mit der Abschaffung des Amts des Staatsministers und der Ernennung Rouher's zum Präsidenten des Senats war bei Napoleon der Übergang zur constitutionellen Monarchie unwiderruflich geworden. Daß er zu den einzelnen Schritten der Ausführung sich nur langsam und vielfach schwankend entschloß, lag hier wie überall in seiner Natur, und bei der vorliegenden Frage zugleich in der Natur der Dinge. Er wünschte Ruhe, aber jeder Verzicht auf die persönliche Macht erweckte ihm Bedenken. Er wünschte Sicherheit für seine Dynastie, aber wo war in dem damaligen Frankreich Sicherheit zu finden? So ließ er damals dem Senate den Entwurf des Consults vorlegen, ernannte aber für die Regierungsgeschäfte ein farbloses und fügsames Beamten-Ministerium. Dann aber folgte seine schwere Erkrankung, und in dem Zustand der Schwäche, mit dem er in das Leben zurückkehrte, galt kein Zaudern mehr. Trotz der letzten Zwistigkeiten war seine persönliche Neigung zu Ollivier lebendig geblieben; noch im October begann der Briefwechsel mit ihm wieder,

und jetzt ganz rückhaltlos über die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums unter Ollivier's Leitung. Indessen trotz des beiderseitigen guten Willens zeigten sich mannichfaltige Schwierigkeiten. Der Kaiser erkannte die Abhängigkeit des künftigen Cabinetts von der Mehrheit der Volksvertretung an, wünschte aber doch, daß die Personen möglichst conservative und zuverlässige Bonapartisten sein möchten. Dagegen fand sich Ollivier durch alle Momente der Vergangenheit und der Gegenwart auf den Eintritt zahlreicher und bedeutender Elemente des gemäßigten Liberalismus hingewiesen; er hatte der Republik den Rücken gekehrt, um so kräftiger mußte er seine liberalen Anschauungen bekunden. Die erste Frage war, ob einer der bisherigen Minister auf seinem Posten bleiben könnte. Gegen den Kriegs- und den Marine-Minister sowie den Minister des kaiserlichen Hauses erhob Ollivier keine Einwendung. Um so entschiedener widersprach er dem bisherigen Minister des Innern, einem Gesinnungsgenossen Rouher's, war aber bereit, den Finanzminister Magne wegen dessen technischer Befähigung und politischer Fügsamkeit auf seine Liste zu setzen. Was die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so lehnten auf Napoleon's Frage die beiden letzten Minister ab, der Fürst Latour, weil Ollivier als sein Programm für dieses Fach ganz einfach die Erhaltung des Friedens ohne Beschränkung angegeben hatte, und damit, folgerte Latour, Süddeutschland den Preußen und Rom den Italienern Preis gegeben wäre. Lavalette hätte daran schwerlich Anstoß genommen, schenkte aber, wie es scheint, der praktischen Fähigkeit des neuen Lenkers nicht Vertrauen genug, um in Gemeinschaft mit ihm den Sprung in das Dunkle zu wagen, ohne den die Schöpfung einer

constitutionellen Monarchie unter einem Napoleon nicht zu erreichen war.

Daß die große Mehrzahl der Ministersessel der dritten Partei zufallen mußte, verstand sich nach dem bisherigen Gange der Entwicklung von selbst. Nun aber zeigte sich bei den Verhandlungen darüber sehr bald, daß die Partei Elemente verschiedener Art in sich schloß, deren weiteres Zusammenhalten unsicher wurde. Ungefähr ein Viertel stellte in Bezug auf die von der neuen Regierung zu bewirkenden Reformen erheblich stärkere Anforderungen als Ollivier und die Masse der Partei, was dann allmählich die gesonderte Constituirung der Minderheit (später linkes Centrum genannt) und der Mehrheit (später rechtes Centrum) veranlaßte. Napoleon hätte nun am Liebsten die Berufung in das Cabinett nur auf die Männer der Mehrheit beschränkt: Ollivier aber mußte ihn darauf aufmerksam machen, daß das Übergewicht an Talent und Tüchtigkeit entschieden auf der andern Seite sich befinde, und deren Führer für eine würdige Stellung des Cabinetts nicht zu entbehren seien. Als er dann aber bei diesen anklopfte, fand er durchaus keine lebhafte Dankbarkeit, dafür aber sehr fest bemessene Bedingungen. Gleich die erste, daß, abgesehn von Krieg, Marine und kaiserlichem Hause, kein früherer Minister hinzugezogen werden dürfe, setzte Ollivier gegenüber dem Finanzminister in peinliche Verlegenheit; auch in Bezug auf die künftigen Reformen blieben einige Differenzen ungelöst; genug, man ging unverrichteter Dinge auseinander. Es wurde dann der Versuch einer Liste des rechten Centrums gemacht, für deren Candidaten sich aber keine Aussicht auf Erlangung der Mehrheit im gesetzgebenden Körper zeigte, wenn sie nicht in volle Abhängigkeit von der

Rechten sich begeben wollten, eine für Ollivier schlechthin unmögliche Stellung.

Der Kaiser begann, des endlosen Hin- und Herverhandelns müde zu werden. Er war mit dem eignen Entschlusse vollständig im Reinen, und auch seine Gemahlin, deren heller Verstand bei ihm erheblichen Einfluß gewonnen hatte, stimmte mit ihm überein. Nach seiner Herstellung hatte sie die ägyptische Reise angetreten; in einem ihrer Briefe vom Nil mahnte sie ihn, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren und der Welt zu zeigen, daß es sich nicht um flüchtige Einfälle, sondern um feste Ideen handle. Er war ganz der Meinung und drängte zum Abschluß, da er, wenn zur Zeit auch schmerzensfrei, sich doch des eignen Befindens in keinem Augenblicke sicher fühlte. Damals schrieb er den Entwurf eines Decrets über die Einrichtung der Regentschaft im Fall seines Todes nieder, worin er die Kaiserin zur Regentin ernannte, falls sie aber bei seinem Hinscheiden sich nicht in Frankreich befände, während ihrer Abwesenheit den Prinzen Napoleon mit der Regentschaft beauftragte. Als er dies aufzeichnete, handelte es sich für die Kaiserin um eine Abwesenheit noch von etwa vier Wochen; man sieht, wie wenig er der eignen Lebensdauer vertraute. So ließ er auch seine Bedenken gegen Ollivier's Vorschläge fallen; als am 29. November die unterbrochene Tagung der beiden Kammern wieder eröffnet wurde, war die kaiserliche Thronrede ganz im Sinne Ollivier's redigirt. Sie verkündete unter Ablehnung der Reaction und der Revolution die Herrschaft einer auf Ordnung gegründeten Freiheit. Für die Ordnung, sagte der Kaiser, stehe ich ein, helfen Sie mir, meine Herrn, die Freiheit zu sichern. Er verhieß dann eine lange Reihe von Reformen

und Erleichterungen; betonte, daß der gestiegene Ertrag der indirecten Abgaben einen sicheren Beweis für den ebenso gestiegenen Wohlstand des französischen Volks gebe, und schloß mit einer glänzenden Schilderung des Jahrhunderts, in dem zu leben eine stolze Freude sei, da Regierungen und Völker für die Erhaltung des Friedens schwärmten, Amerika die Sclaverei abschaffte, Rußland die Leibeigenen befreite, in Rom das Concil weise Beschlüsse erwarten lasse, überall die wachsende Civilisation die schönsten Früchte bringe. Es war eine in vollem Wohlklang dahinströmende Rede, die sich allerdings von jeder sachlich greifbaren und bindenden Ankündigung vorsichtig entfernt hielt. Während dann der gesetzgebende Körper noch einige Wochen lang mit der Prüfung beanstandeter Wahlen beschäftigt war, erneuerte Ollivier die Verhandlung mit dem linken Centrum und brachte sie zum Abschluß, indem er mehrere Reformbegehren desselben sich aneignete und die Zusammensetzung des neuen Ministeriums dahin vereinbarte, daß außer den bisherigen Vertretern des kaiserlichen Hauses, des Kriegs und der Marine acht Abgeordnete, und zwar vier aus dem rechten Centrum, Ollivier (Justiz), Talhouet (öffentl. Arbeiten), Louvet (Handel), Richard (schöne Künste), und vier vom linken, Graf Daru (Auswärtiges), Buffet (Finanzen), Chevandier de Valdrome (Inneres), Segris (Unterricht) eintreten sollten. Die politisch charakteristischen und entscheidenden Ressorts hatte, wie man sieht, das linke Centrum überwiegend für sich behauptet. Hierauf bewilligte der Kaiser den bisherigen Ministern die erbetene Entlassung und forderte den Abgeordneten Ollivier auf, die Personen anzugeben, die mit ihm ein gleichartiges, die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers genau bezeichnendes und im Sinne des

Senatconsults vom 8. September regierendes Ministerium bilden könnten.

Am 2. Januar 1870 erfolgte dann die Ernennung der oben genannten Herren. Das liberale Kaiserthum hatte sein verantwortliches Ministerium erhalten, und Ollivier hatte zu zeigen, ob er nicht bloß zu reden, sondern auch zu handeln verstehe.

An der ersten Bedingung des Daseins für das neue Cabinett, einer günstigen Mehrheit in der Kammer, war für's Erste nicht zu zweifeln. Die beiden Centren zählten zusammen ungefähr die Hälfte der Abgeordneten, und da die Rechte durchweg aus erklärten Regierungs-Candidaten bestand, so war jedenfalls ein großer Theil dieser Partei dem Ministerium sicher, eben weil es Ministerium war. Freilich die bisherigen Arkadier, die jetzt als äußerste Rechte eine Gruppe von 30 bis 40 Köpfen bildeten, machten aus ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen den Liberalismus und die Friedenspolitik des Cabinetts nicht lange ein Hehl, und als nach einer solchen Äußerung Ollivier sie aufforderte, ihr Mißtrauen in bestimmter Form auszusprechen, kam die Antwort: wir warten auf unsere Stunde. Noch entschiedener und rascher erfolgte die offene Kriegserklärung von dem entgegengesetzten Flügel, von der republikanischen Linken des Hauses. Hier kochte in den Herzen der grimmigste Haß gegen den abtrünnig gewordenen Genossen Ollivier, gegen den Mann mit dem mobilen Gewissen, wie ihn einmal Gambetta in einer leidenschaftlichen Zankscene unter großem Tumulte des Hauses bezeichnete.

Indessen hätten Angriffe dieser Art dem Ministerium geringe Gefahren bereitet, wenn es in der Lage gewesen wäre, seine im Lande mit Jubel begrüßte Tendenz ohne Zögerung durch Reformen verschiedener Art praktisch zu

bethätigen. Einiges geschah: einige hohe und äußerst mißliebige Beamten wurden abgesetzt, dem alten Ledru-Rollin die Erlaubniß zur Rückkehr in die Heimath gewährt, die Polizei beauftragt, der Zeitungspresse etwas freiere Bewegung zu verstatten. Aber in den Programmen sowohl des rechten als des linken Centrums prangte die Verheißung einer langen Reihe trefflicher Reformgesetze, einer neuen Gemeindeordnung, einer allgemeinen Decentralisation der Verwaltung, der Aufhebung einiger besonders drückender Polizeigesetze, eines verbesserten Wahlgesetzes, wirthschaftliche Verbesserungen, Entscheidung über Schutzzoll und Handelsfreiheit: das Alles war äußerst einladend, leider aber war davon noch nichts ausgearbeitet, und auch über den Inhalt dieser künftigen Gesetze wurde keine nähere Auskunft gegeben. So verging eine Woche nach der andern in kleinen Scharmützeln, Interpellationen, Anträgen. Die Linke hatte besonders zwei Punkte in das Auge gefaßt, über die unglücklicher Weise die beiden Programme der Centren nicht völlig übereinstimmten. Der eine betraf die Verbesserung des Wahlverfahrens, und hieran knüpfte die Linke die Forderung, daß die jetzige soeben in Thätigkeit getretene Kammer, als gewählt unter ungebührlichem Drucke des absoluten Regiments, wieder aufgelöst und durch eine in Freiheit gewählte Versammlung ersetzt werden sollte. Zu diesem Selbstmord war natürlich die Mehrheit wenig geneigt, und das Ministerium blieb bei dem parlamentarischen Grundsatz, daß man eine Kammer nicht auflöse, mit deren Mehrheit man einverstanden sei. Das zweite Begehren der Linken griff noch tiefer. Nach den Einrichtungen von 1852 wirkte der gesetzgebende Körper bei einem Gesetze, welches eine Änderung der Verfassung verfügte, nicht mit;

ein solches konnte nur durch den Senat auf Anregung des Kaisers beschlossen werden. Die Linke beantragte nun, daß dieses Recht, eine Verfassung oder deren Artikel zu beschließen, in Zukunft nicht mehr den vom Kaiser ernannten Senatoren, sondern allein den vom souveränen Volke erwählten Abgeordneten zustehn sollte. Die Folgerung lag auf der Hand; dann konnte eine radical gesinnte Mehrheit eines Tages in ruhiger Gesetzlichkeit das Kaiserthum abschaffen.

Im Ministerium war man der Meinung, das Monopol des Senats bei Verfassungsänderungen zu beseitigen, und dafür dem Senat volle Theilnahme bei aller Gesetzgebung einzuräumen. Indessen als man diese erlauchte Körperschaft über solch eine Reform sondirte, wollten ihre Mitglieder davon nichts wissen, und auch der Kaiser fand die Frage noch nicht spruchreif.

So vergingen die Tage unter inhaltlosen Debatten. Endlich am 22. Februar erhob sich im Namen der Linken Jules Favre zu einer großen Interpellation: das Land, entwickelte er, begehrt freie Presse, freies Vereinsrecht, Verantwortlichkeit aller Staatsbeamten, die Abschaffung der Militärlast und die Verbreitung höherer Bildung im Volke: unter diesen Umständen, fuhr er fort, was ist die Politik des neuen Cabinetts? welches ist sein Programm? Dieses Mal hatte Graf Daru die Antwort übernommen und gab sie in genauer und ausführlicher Weise, unter Bezugnahme auf die beiden Programme der Centren, unter der Versicherung constitutioneller Selbständigkeit und fester Einigkeit der Minister.

Er errang eine Tagesordnung, welche mit 232 gegen 18 Stimmen der Regierung das volle Vertrauen des Hauses aussprach.

Leider aber änderte sich gleich am folgenden Tage die Scene.

Eine weitere Interpellation brachte am 23. Februar die officiellen Candidaturen bei den Parlamentswahlen zur Sprache. Der Minister des Innern, Chevandier de Valdrome, erwiderte: die Gründung einer parlamentarischen Regierung schließt offenbar das Aufgeben des Systems der officiellen Candidaturen in sich; allein indem die Regierung diese Erklärung abgibt, ist sie durchaus nicht gewillt, auf das Recht zu verzichten, welches jeder Regierung zukommt, die Candidaten als ihre Freunde oder Gegner den Wählern zu bezeichnen (lebhafter Beifall, auf der Linken stürmischer Widerspruch). Hier zeigte sich, wie der langjährige Mißbrauch unter Rouher's Verwaltung die Gemüther bei einer so einfachen Frage verhetzt und das Urtheil verfälscht hatte. Ollivier erhob sich, um die Erklärung seines Collegen über das Recht der Regierung zu wiederholen. Dann aber ließ er sich durch die Erinnerung an seine Vergangenheit und durch den Strom der eignen Rede fortreißen. Dies Recht sei unbestreitbar, rief er, „aber ebenso unzweifelhaft muß es das Bestreben eines liberalen Ministeriums sein, es nie anzuwenden; das Ministerium muß das Land so stimmen, daß es den Wählern allein die Sorge für die Vertheidigung der Regierung überlassen kann. Wir rufen also dem Lande zu: verlaßt Euch nicht auf unsere Vormundschaft; vertheidigt mit eigner Kraft Euch selbst und uns. Nicht die Regierung ist stark, die ihre Freunde unterstützt, sondern die von ihnen gestützt und getragen wird."

Dieses Mal war die Linke zufrieden, um so kräftiger aber brach der Zorn der Rechten hervor. Wie sollen wir,

fragte Granier von Cassagnac am 24. Februar, die gestrigen Reden verstehn? welcher der beiden Minister hat die Meinung des Cabinetts ausgesprochen? Ollivier ergriff auf der Stelle das Wort: „die beiden Reden, erklärte er, haben dieselbe Bedeutung, wie ich sie gestern schon angekündigt habe; die Regierung wird, wenn während ihrer Dauer Wahlen vorkommen, keine officiellen Candidaturen aufstellen, sondern eine vollständige Neutralität beobachten." Es war unmöglich, eine radicalere Auffassung zu bekennen. Auf diesem Standpunkte durfte die Regierung auch nicht verkünden, ob sie selbst Whig oder Tory sei; sie durfte vor den Wahlen nicht erklären, welche Vorlagen sie bei dem neuen Hause durchzusetzen wünsche; sie mußte in neutraler Unthätigkeit abwarten, welche Gebote die gewählten Vertreter des souveränen Volks ihr auferlegen würden. Eine solche Praxis wäre selbst in einer demokratischen Republik thöricht, in einer constitutionellen Monarchie verstieße sie gegen das erste Grundgesetz der Verfassung. So erlebte denn auch Ollivier zum ersten und letzten Mal einen tobenden Beifall der Linken, während die größere Hälfte der Rechten gegen ihn stimmte, und zwei Tage später deren Mitglieder sich zu einem festen Club in ausgesprochener Opposition gegen die Regierung zusammenschlossen, unter der Führung des frühern Ministers des Innern, Forcade de la Roquette, neben diesem eines lebhaften Hofcavaliers Baron David, und eines ehemaligen Schülers und Jüngers Ollivier's, Clement Duvernois, eines jungen, sehr begabten und ebenso ehrgeizigen Strebers, der von Ollivier eine Stelle im Cabinett des 2. Januar erwartet hatte und, in dieser Hoffnung getäuscht, zu offener Bekämpfung des frühern Meisters übergegangen war.

Bei dem Ansehn, welches diese Gruppe in den höchsten Kreisen genoß, war ihre offene Lossagung von dem Ministerium keine Erleichterung seiner innern Politik.

Unterdessen leitete Graf Daru Frankreichs auswärtige Beziehungen mit ruhiger und sicherer Hand. Er war ein alter Parlamentarier, der zwanzig Jahre lang vor der napoleonischen Dictatur aus dem öffentlichen Leben zurückgetreten, und erst bei den letzten Wahlen als liberales Mitglied wieder im gesetzgebenden Körper erschienen war. Er nahm es ernst mit dem Friedensprogramm seiner Partei, und ebenso ernst mit der Selbständigkeit des verantwortlichen Ministeriums. Der Kaiser fügte sich ihm in beiden Beziehungen um so leichter, als er die Erhaltung des Friedens ebenso lebhaft wie der Minister wünschte. Fürst Latour hatte den General Fleury, also einen nahen Vertrauten Napoleon's, nach Petersburg geschickt, um dort im Allgemeinen bei Kaiser Alexander französische Sympathien zu erwecken, vielleicht eine gemeinsame Action im Orient anzubahnen, und insbesondere die leidige nordschleswigische Frage und den unvollzogenen Artikel fünf des Prager Friedens in Erinnerung zu bringen. Bismarck hatte dies mit voller Schärfe als unbefugte Einmischung zurückgewiesen; und darauf Graf Daru dem General Fleury größte Zurückhaltung zur Pflicht gemacht. Der Minister, schrieb ein Begleiter Fleury's klagend an einen Pariser Freund, bindet uns Hände und Füße; auf große Erfolge können wir nicht mehr hoffen, und der Kaiser Napoleon läßt nichts mehr von sich vernehmen; er scheint in völlige Gleichgültigkeit versunken zu sein und Alles den Ministern zu überlassen.

Dies trat noch greller bei einem weiteren Schritte hervor, durch welchen Daru der europäischen Welt die Sicherheit des

Friedens anschaulich zu machen wünschte. Wir erinnern uns, wie nachdrücklich Napoleon im Herbste 1868 jenen von Vitzthum angeregten und von Rouher beantragten Gedanken zurückgewiesen hatte, nach welchem er dem Könige von Preußen eine beiderseitige Abrüstung vorschlagen sollte. Es wäre ein Selbstbetrug, hatte er gesagt, bei der preußischen Heerverfassung dergleichen in Preußen für ausführbar zu halten. Sein Militärbevollmächtigter in Berlin, Baron Stoffel, hatte ihm zugestimmt: „bei der allgemeinen Dienstpflicht ist in Preußen eine Abrüstung unmöglich." Jetzt forderte im Namen des Ministeriums Graf Daru den Schritt, und der Kaiser ließ seinen Widerspruch fallen. Am 1. Februar 1870 rief Daru die englische Vermittlung zur Übersendung des Vorschlags an die preußische Regierung an. Bismarck erwiderte, der Gedanke sei mit dem ganzen preußischen Heersystem so unverträglich, daß er ihn Sr. Majestät auch nur vorzulegen sich nicht getraue. Noch gab Daru das Spiel nicht auf; vierzehn Tage später ließ er, um die Aufrichtigkeit seines Antrags außer Zweifel zu setzen, durch Clarendon in Berlin anzeigen, daß die französische Regierung bereit sei, die regelmäßige Recrutirung dieses Jahr ihrerseits von 100000 auf 90000 Mann herabzusetzen. Bismarck aber bedauerte seine Erklärung auch hienach nicht ändern zu können.

Für die Weltlage und den Weltfrieden trug es wenig aus, ob die beiden sich beobachtenden Mächte ihre Aushebung um einen gleich starken Theil verminderten, und so ging die fruchtlos gebliebene Correspondenz ohne großes Aufsehn vorüber. Desto stärkern Eindruck machte in Paris die Kunde von Lasker's Antrag am 24. Februar für die Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund und dessen Behandlung durch

Bismarck, der zwar für jetzt die Aufnahme zurückgewiesen, die Vollendung aber der deutschen Einheit wieder einmal als das Ideal der Zukunft anerkannt hatte. Bei der ersten Gelegenheit also wird er über den Prager Frieden hinwegschreiten, sagte man in Paris, und die Arkadier, welche eben jetzt in Ollivier's Verzicht auf die Beeinflussung der Wahlen eine neue schwere Erschütterung des Kaiserreichs sahn, drängten am Hofe, im Heere, in der Presse mit gesteigertem Eifer, den in Berlin hingeworfenen Handschuh aufzunehmen, und das gesunkene Ansehn der Dynastie durch einen glänzenden Krieg wieder herzustellen. Damals hatte der Erzherzog Albrecht von Österreich eine Reise in den französischen Süden gemacht, und hielt sich auf der Rückfahrt einige Wochen in Paris auf.[1]) Er fand bei den Officieren eine höchst sympathische Aufnahme, und konnte alle militärischen Einrichtungen und Hülfsquellen Frankreichs gründlich studiren. Eines Tags sagte er dem Kaiser: die Lage scheint wieder gespannter zu werden, als könnte für unsere beiden Staaten der Friede bedroht sein: wäre es nicht zweckmäßig, über die gemeinsamen Vorkehrungen zu berathen? Napoleon hatte keine Lust die politische Frage zu behandeln, in welchen Fällen ihm der Krieg nothwendig erscheinen möchte, und sprang sogleich zu dem militärischen Thema über: wenn wir Krieg führen müßten, welche Operationen würden Sie vorschlagen? Der Erzherzog scizzirte darauf einen Feldzugsplan: das französische Hauptheer würde in raschem Zuge von Straßburg auf Stuttgart rücken, ein italienisches Heer von 100000 Mann auf München vorgehen, ein österreichischer Heertheil aus Böhmen in Bayern

[1]) Neben den Erklärungen des Prinzen Napoleon und der Generale Lebrun und Jarras benutze ich hier ungedruckte Memoiren.

eindringen; damit wäre Süddeutschland vom Norden abgetrennt, während zugleich der Rest des französischen Heers die Saar hinabgehend sich in dem Rheinlande ausbreite und eine französische Flotte mit dänischen Truppen besetzt eine Landung an der Ostseeküste ausführe. Napoleon hörte schweigend zu, bat aber um schriftliche Mittheilung des Plans. Der Erzherzog bemerkte weiter, er sei von der Voraussetzung des im vorigen Jahre besprochenen Dreibunds ausgegangen; nach Allem was er in Frankreich gesehn, halte er sich verpflichtet, dem Kaiser die Überzeugung auszusprechen, daß die französische Armee, selbst wenn sie alle Truppen aus Algerien an sich zöge, ohne Verbündete zu schwach zu einem Kriege mit Deutschland sei. Napoleon war selbst nicht frei von einer solchen Sorge, sagte jedoch, ohne weiter auf den Feldzugsplan einzugehn, dem Erzherzog, er werde ihm demnächst einen Adjutanten nach Wien schicken, mit allen Etats, diese würden ihm hoffentlich eine bessere Meinung von dem französischen Heere beibringen. Seinerseits hielt Napoleon die Lage offenbar nicht für so gespannt, wie der Erzherzog, denn er verwahrte den Feldzugsplan, ohne ihn sonst jemand mitzutheilen, oder ihn bei seinem Generalstab zur Berathung zu bringen auch von der Sendung eines Adjutanten war nach der Abreise des Erzherzogs für's Erste keine Rede.

Empfindlicher als Napoleon zeigten sich seine Minister, so nachdrücklich auch ihre Programme, ihre Friedensliebe bezeugt hatten. Auf die erste Nachricht von der Berliner Verhandlung sprach Daru in Anwesenheit mehrerer Diplomaten sein Befremden darüber aus, daß Bismarck gegen Lasker's Antrag sich nicht auch auf den Prager Frieden bezogen habe, welcher Badens Aufnahme verbiete. Dies kam in die

Zeitungen, und Bismarck, stets gesonnen, nicht die geringste fremde Einrede in deutsche Fragen ungerügt zu lassen, befahl den Wiederabdruck des Artikels in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, unter Hinzufügung einer kurzen Notiz, der Bundeskanzler habe ganz gewiß in dieser Sache den Prager Frieden nicht erwähnt, und halte es auch gar nicht für nöthig es zu thun, da der Eintritt Badens in den norddeutschen Bund gar nicht unter die Bestimmungen des Prager Friedens falle.[1]) Napoleon und Daru ließen dies hingehn, der stets reizbare Ollivier, der bei diesen Verhandlungen allerdings wahr genommen hatte, wie nach den zahllosen Verhetzungen der letzten Jahre neben aller Friedensliebe ein bitterer Preußenhaß sich bei Bürgern und Bauern verbreitete und irgend eine neue Verletzung also gefährliche Folgen haben könnte, ließ einen Berichterstatter der Kölnischen Zeitung zu einem Interview berufen, um auf diesem Wege der deutschen Nation eine wohlgemeinte Warnung zu ertheilen. Er lege, sagte er, die größte Wichtigkeit auf die Stärkung der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Gleich nach seinem Eintritt in das Amt habe er den General Fleury beauftragt, die Nordschleswigsche Sache ruhn zu lassen. Er und seine Collegen seien durchaus keine Gegner der Vereinigung von Nord- und Süddeutschland. Aber er müsse erklären, daß ein großer Theil des französischen Volks mit dem neuen Zustand in Deutschland nicht einverstanden, und vielleicht stark genug sei, den Kaiser zum Widerstand gegen eine weitere Vergrößerung Preußens zu zwingen; nur wenn der Eintritt des Südens in den Nordbund aus eignem, völlig freiem Entschluß erfolge, sehe das Ministerium die Möglichkeit, eine kriegerische

[1]) Berliner Times-Correspondent 9. März.

Einmischung zu verhindern. Die deutschen Liberalen könnten in dieser Beziehung nicht vorsichtig genug sein.

Über diese Erörterung hielt Bismarck eine öffentliche Äußerung für unnöthig. Der Streit über Lasker's Rede war damit ohne erheblichen Schaden zum Schluß gekommen; immer hatte er in Paris neuen Argwohn und verschärfte Weisungen an Benedetti zur Wachsamkeit hervorgerufen, Befehle, die nicht geeignet waren, das Verhältniß des Botschafters zu Bismarck zu verschönern.

Gerade jetzt aber wurde die Aufmerksamkeit der französischen Regierung von den deutschen Angelegenheiten durch nähere und immer drückendere Sorgen abgelenkt.

Seit dem 8. December 1869 tagte im Vatican das ökumenische Concil, dessen Berufung für alle Welt ein bedeutungsvolles Ereigniß war, aber keine andere Regierung gleichzeitig mit einer so schweren Verantwortlichkeit neben einer fast vollständigen Ohnmacht belastete, wie die französische.

Die eigenthümliche Lage Napoleon's ist kurz damit bezeichnet, daß er zwar zu jeder Stunde das Concil sprengen konnte, sonst aber kein Mittel hatte, an einer der päpstlichen Vorlagen die geringste Änderung durchzusetzen. Wenn er die französischen Truppen aus Rom abberief, so ging die Versammlung sofort auseinander.[1]) Indem er ihr seinen Schutz weiter gewährte, theilte er also mit dem Papste die Verantwortung für ihre Beschlüsse, so wenig deren voraussichtlicher Inhalt ihm unbedenklich erschien. Einen politisch bedenklichen Inhalt aber zu hindern, ließ sich bei der damals seit zwanzig Jahren erprobten Gesinnung des Papstes nicht

[1]) Der Papst hätte sie weder Garibaldi's Freischaaren, noch dem Schutze des „subalpinen Räuberkönigs" Preis gegeben.

hoffen. Dieser blieb fest auf seinen Wegen trotz aller Vorstellungen des Kaisers; er wußte, daß die Furcht vor dem Einfluß des französischen Klerus auf die Kammerwahlen den Kaiser von der Rückberufung seiner Truppen abhalten würde, und sagte, als katholischer Monarch thue Napoleon nur seine Schuldigkeit, wenn er den heiligen Stuhl schütze und dessen Inhaber gehorsam verehre.

Wir haben bereits wahrgenommen, wie Napoleon im Jahre 1869 den Rücksichten dieser Stellung den Abschluß des Dreibunds geopfert hat. Je deutlicher jedoch in Rom das jesuitische System hervortrat, der Kirche eine praktische Oberhoheit über die Staatsregierungen wieder zu verschaffen, und die so erweiterte Gewalt in der Hand des für unfehlbar erklärten Papstes zu concentriren, desto bestimmter stellte sich auch bei Napoleon die Absicht fest, bei dem Erscheinen solcher Tendenzen auf dem Concil Mahnungen, Warnungen, Verwahrungen an den Papst zu richten, und besonders nach den Grundsätzen des Concordats alle Rechte der gallikanischen Kirche kräftig zu schirmen. In diesem Sinne hatte schon der Fürst Latour den französischen Gesandten in Rom, Herrn von Banneville, instruirt, und gleich nach dem Eintritt des liberalen Ministeriums bestätigte Graf Daru den Erlaß des Fürsten. Sehr bald aber zeigte sich, daß der Justizminister Ollivier, zu dessen Ressort nach französischer Weise die kirchlichen Angelegenheiten gehörten, in den römischen Fragen einen von dem des auswärtigen Ministers völlig verschiedenen Standpunkt einnahm.

Beide Männer waren glaubenstreue Katholiken, und gehörten zu dem nähern Freundeskreise des Grafen Montalembert, der eben jetzt, verwunderlich genug, die Wahl Ollivier's

in die französische Akademie an Stelle Lamartine's eifrig zu betreiben half. Nun hatte Montalembert in dem Wunsche, die Kirche von der oft formalistischen und fiscalischen Oberaufsicht des Staats zu befreien, mehr als ein anderer Franzose dazu gethan, die Begeisterung für die Herrlichkeit der Kirche im Allgemeinen und des Papstthums im Besondern in weiten Kreisen Frankreichs zu erwecken. Als jetzt aber die jesuitische Schule den Spieß umzukehren begann und die Staaten den Geboten der Kirche, die Kirche aber der schrankenlosen Macht des Papstes zu unterwerfen strebte, da erging es Montalembert genau so, wie in Deutschland seinem langjährigen Mitkämpfer für die Freiheit der Kirche, Döllinger: er sah hier eine Unterdrückung aller Freiheit heran wachsen, unvergleichlich gefährlicher als die Unbequemlichkeit des ius circa sacra in der Hand des Staats. Mit glühendem Proteste wandte er sich ab, und Graf Daru folgte dem verehrten Meister. Anders verhielt sich Ollivier. Gewiß, nach seiner Meinung war er nicht klerikal, niemand könnte ihm dergleichen nachweisen. Was er wolle, erklärte er, was sein ganzes Wesen durchdringe, das war Freiheit, Freiheit des Staats auf seinem, Freiheit der Kirche auf ihrem Gebiet, und freie, liebevolle Verständigung beider in den ihnen gemeinsamen Angelegenheiten. Die unscheinbare, aber Alles entscheidende Frage, was zu diesen gemeinsamen Angelegenheiten gehöre, ersparte sich Ollivier im Allgemeinen zu erörtern, genug, wenn man im vorliegenden Fall das Richtige that. Nun wußte alle Welt, daß die Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit das Hauptthema für die Thätigkeit des Concils war, und hier behauptete Ollivier nicht den geringsten Zweifel zu haben, daß dies eine durchaus innere Angelegenheit der Kirche sei, in welche der

Staat in keiner Hinsicht einzureden und durch sein Auftreten den versammelten Vätern die Freiheit ihrer Entschließung zu verkümmern habe. Absolute Unthätigkeit sei hier die heilige Pflicht des Staats.

Nun, noch wurde im Concil über die Unfehlbarkeit des Papstes nicht verhandelt. Man konnte also warten und that dies um so lieber, als in Rom die französischen Bischöfe ebenso wenig einig waren, wie in Paris die Minister. Der Führer der Minderheit war Erzbischof Darboy von Paris, bisher der vertraute Berather Napoleon's in allen kirchlichen Fragen. Die Mehrheit gehorchte unbedingt den Wünschen des Papstes und hatte dabei den, größten Theils gründlich ultramontanen niedern Klerus, Vicare und Capläne hinter sich.

Da wurde um die Mitte des Februar 1870 ein von dem Papste an das Concil gesandter Decretentwurf, ein sogenanntes Schema, bekannt, dessen Sätze die Rechte der Kirche über den Staat und die bürgerliche Gesellschaft in sehr mittelalterlicher Weise erklärten. Das Aufsehn in ganz Europa war gewaltig. Hier konnte Ollivier nicht behaupten, daß es sich um eine rein kirchliche Angelegenheit handle, die den Staat nichts angehe. Aber seine Bewunderung für das imposante Bild der geistlichen Weltmonarchie, und damit der Widerwille gegen einen Rechtsstreit mit dem Segen spendenden Träger dieser Krone, war unerschüttert. Er stimmte jetzt aus Gründen augenblicklicher Zweckmäßigkeit gegen eine kräftige Note, worin Daru unter Zustimmung des Kaisers am 20. Februar die Rechte des modernen Staats gegen die Sätze des Schema verwahrte und die Sendung eines persönlichen Vertreters Sr. Majestät des Kaisers nach Rom ankündigte, um in dessen Namen die Forderungen Frankreichs dem Concil

selbst vorzutragen, in Ausübung eines bis auf Pius IX. unzweifelhaften Rechts jedes katholischen Souveräns. Ollivier, der am Liebsten ganz geschwiegen hätte, erlangte wenigstens im Ministerrathe eine neue Redaction der Note, bei der die Ankündigung des kaiserlichen Vertreters gestrichen, sonst jeder Satz verwässert und versüßt, und das Ganze mit einer ehrfürchtigen Bitte um Mittheilung der auf das Schema bezüglichen Acten geschlossen wurde.

Natürlich kam auf so viele fromme Demuth eine entsprechende Antwort der Curie vom 19. März, welche gebieterisch jeden Satz des Schema aufrecht hielt und die Regulirung jeder Staatseinrichtung durch die Kirche forderte, welche auf Glauben oder Moral Einfluß üben könnte — (und welche könnte das nicht?). Wieder erhob sich Graf Daru mit Unwillen gegen diese päpstliche Anmaaßung und beantragte, wieder im Einverständniß mit Napoleon, einen energischen Protest Frankreichs gegen die Unterwerfung des Staats unter die Kirche, welcher der Welt und dem Concil bekannt gemacht und dann den übrigen Mächten zur Unterstützung mitgetheilt werden sollte. Ollivier sah mit Sorge, daß, wenn Frankreich in diesem Tone redete, der stolze Papst den Ton noch höher nehmen, und der offene Hader unvermeidlich werden würde. Dann käme es zum Abbruch des diplomatischen Verkehrs, in dessen Folge zur Abberufung der französischen Truppen, und hiemit endlich zur Sprengung des Concils. Dieses Unheil aber wollte Ollivier um jeden Preis verhüten. Er sonnte sich mit Genugthuung in dem Glanze des Gedankens, daß er, der Liberale, die weltgeschichtliche That der Erhaltung des Concils vollbringe. Er war allerdings nicht im Stande, jede Entgegnung auf die

grobe Note der Curie zu verhindern, setzte es aber durch, daß eine Denkschrift, welche die Gedanken Daru's entwickelte, ebenso wie dessen frühere Depesche in der Form möglichst gemildert und dann am 10. April dem Papst in höchster Ehrfurcht mit dem Gesuche übersandt wurde, diese Urkunde zur Kenntniß des Concils bringen zu wollen. Daß der Papst dies in großer Freundlichkeit abschlagen würde, war Ollivier bereits bekannt. Obgleich nun Daru's Denkschrift von mehreren Mächten, Österreich, Preußen, Bayern, unterstützt wurde, blieb der Papst unerschütterlich. Als Abbate Mastai, sagte er wohl, habe ich an die päpstliche Unfehlbarkeit geglaubt, als Papst Mastai f ü h l e i c h s i e. Der Cardinal Antonelli erläuterte dem französischen Gesandten, daß es unmöglich sei, die Denkschrift amtlich dem Concil zu übergeben: auch denke ich, Ihre Regierung mit einer Widerlegung der Abhandlung nicht zu behelligen; übrigens möge sie sich deshalb nicht beunruhigen: in der Theorie sind wir eifrig und hochfliegend wie Gregor VII. und Innocenz III., in der Praxis sind wir nachgiebig und geduldig, und namentlich Concordatsstaaten wie Frankreich werden von unserer Seite keine Änderung des Verhältnisses erfahren.

Es war einleuchtend, daß nach dieser wiederholten Abfertigung die Zeit der Unterhandlungen geschlossen war. Die Regierungen hatten jetzt nur noch die Wahl, entweder sich schweigend zu fügen oder mit vollem Nachdruck einzuschreiten, die Suspension des Concils zu fordern, oder sonst seine Auflösung zu erzwingen. Diese letzte Maaßregel zu ergreifen, dazu hatte sonst keine andere Macht die Mittel, Frankreich aber besaß sie: Abberufung der französischen Brigade aus dem Kirchenstaat und Gewährenlassen der Italiener gegen Rom.

Wieder war es Ollivier, der zunächst gegen Daru die Mehrheit des Ministeriums für seine Politik des Nichtsthuns gewann, und dann dem Kaiser die Abberufung der Truppen als unvereinbar mit Frankreichs nationaler Ehre, und folglich die möglichst dauernde Freundschaft mit dem Papste als unerläßliches Pflichtgebot darstellte. Napoleon fügte sich auch dieses Mal dem Antrag des Ministeriums.

Zwischen Ollivier und Daru aber war das Tuch zerschnitten. Eine andere Entwicklung trat hinzu, um die Krisis zum Ausbruch zu bringen.

Der Beifall, welchen die Linke nach Ollivier's Erklärung gegen die officiellen Candidaturen dem Ministerium am 24. Februar gezollt hatte, war sehr schnell verklungen, während der Haß der Arkadier gegen Ollivier's Liberalismus immer unverholener zu Tage trat. Die schlimmste Seite der innern Lage war und blieb die Unfruchtbarkeit der Regierung auf allen Gebieten der Gesetzgebung und der Verwaltung. Ein ganzer Platzregen von Gesetzen und Reformen war im Januar dem Volke von den Ministern verheißen worden. Aber ein Monat nach dem andern verging; eine große Anzahl von Commissionen war mit der Ausarbeitung beschäftigt, fertig aber wurde nichts, und das Urtheil über die von den Ministern beabsichtigte Politik blieb in steter Unsicherheit. Der März begann, wie der Februar geschlossen hatte. Die Linke erschien jeden Tag mit dringenden Interpellationen und wichtigen Anträgen; gewaltige Redeschlachten wurden geliefert, oft mit grimmiger Leidenschaft, die namentlich gegen Ollivier sich richtete und von diesem mit trotzigem Hochmuth vergolten wurde. Da wiederholte sich die Forderung der Auflösung der Kammer; die Bürgermeister sollten nicht mehr von der

Regierung ernannt, sondern vom allgemeinen Stimmrecht gewählt werden; die constituirende Gewalt des Senats wurde auf's Neue angegriffen und für die künftige Volksvertretung begehrt; genug, die Fluth der demokratischen Anträge blieb täglich im Steigen. Dies führte bei der Regierung, ich weiß nicht, ob auf erste Anregung Napoleon's oder Ollivier's, zu dem Entschlusse, wenigstens bei den auf die Verfassung bezüglichen Fragen so bald wie möglich zu einem festen Abschluß zu gelangen und den Schwankungen der öffentlichen Meinung ein Ende zu machen. Am 9. März erklärte Ollivier dem Senat, daß die Regierung ihm demnächst einen Gesetzentwurf über alle erforderlichen Änderungen der Verfassung vorlegen würde. Der Kaiser war mit diesem Verfahren einverstanden: da aber machte Graf Daru geltend, daß die Verfassung von 1852 durch einen Volksbeschluß, oder wie man nach altrömischer Weise sagte, durch ein Plebiscit mit acht Millionen Stimmen sanctionirt worden sei; auf Grund ihrer Bestimmungen hätte nach Antrag des Kaisers der Senat einzelne Artikel verbessern können: aber eine Gesammtrevision, wie sie hier vorgeschlagen werde, bedürfe zu ihrer Rechtskraft ebenso wie der erste Erlaß der Verfassung die Bestätigung durch das gesammte Volk, durch ein Plebiscit. Dagegen erhob jedoch der Kaiser einen zähen Widerspruch.[1]) Vielleicht erschien ihm nach dem Ausfall der Wahlen von 1869 das Spiel zu gewagt, Daru aber versicherte, nach den Berichten der Präfecten würde das Plebiscit mit Enthusiasmus aufgenommen werden; es solle ja verfügen, was 1869 gewünscht worden, die Umgestaltung des Kaiserthums in eine liberale Monarchie. Da es nun in jedem Falle sich zunächst

[1]) Ollivier l'église et l'état II, 225.

um eine Willensäußerung des der Sache wenig geneigten Senats handelte, so lag es nahe, zu diesen vorläufigen Conferenzen den Präsidenten desselben, den ehemaligen Staatsminister Rouher, zuzuziehn. Es war das erste Mal, daß der einst so mächtige Mann mit seinem siegreichen Überwinder zu einem gemeinsamen Wirken zusammentrat. Rouher war nun weit entfernt davon, dem Grafen Daru in der Lage des Plebiscits Schwierigkeiten zu bereiten; er fand darin vielmehr ein erwünschtes Mittel, der ihm stets bedenklicher werdenden Politik der Minister eine conservativere Richtung, und insbesondere dem Kaiserthum eine verstärkte Stellung wieder zu geben. Er hatte lange Gespräche mit dem Kaiser und bald auch mit der Kaiserin; sein alter Einfluß machte sich wieder geltend; es soll vorgekommen sein, daß, während er mit den Majestäten berieth, der leitende Minister Ollivier lange Zeit im Vorzimmer zu warten hatte. Was Rouher hier ausführte, mag sich um folgende Gedanken bewegt haben. Seit den Gesetzen von 1868 über Presse und Vereine sei die Wühlerei der unversöhnlichen Republikaner in stetem Wachsthum geblieben; durch das Ministerium vom 2. Januar sei eine Reihe neuer Gesetze öffentlich verheißen, welche sämmtlich die Tendenz hätten, die Mittel der Regierungsgewalt zu Gunsten der individuellen Freiheit zu beschränken; damit wachse aber auch die Gefahr einer völligen Ungebundenheit der republikanischen Umsturzpartei, welche schließlich den Bestand der Dynastie in Frage stellen könnte. Die Männer der äußersten Rechten glaubten, daß in dieser Lage das Ansehn des Kaisers und die Sicherheit der Thronfolge nur durch Triumphe in einem großen Kriege hergestellt werden könnte; das sei aber bei dem Mangel fester Allianzen und der Tüchtigkeit der

feindlichen Macht eine gefährliche Kur, während nach seiner Überzeugung ein richtig inscenirtes Plebiscit dieselbe heilsame Wirkung haben würde. Noch sei im größten Theil des Landes die Stimmung eine ruhige und befriedigte, so daß an einem günstigen Ausfall des Plebiscits nicht zu zweifeln sei. Was könnten dann diese Demokraten, die stets im Namen des souveränen Volks redeten, noch vorbringen, wenn dieses Volk in unmittelbarer Abstimmung vieler Millionen seinen Willen für die Erhaltung und Stärkung des Kaiserthums verkündete?

Genug, es gelang Rouher, den Kaiser und die Kaiserin zu überzeugen. Am 22. März wurde ein Brief Napoleon's an Ollivier veröffentlicht, worin er der Ansicht des Ministers beitrat und ihn aufforderte, mit seinen Collegen den Entwurf eines Senatsbeschlusses auszuarbeiten, in welchem der fortan geltende Umfang des Verfassungsrechts und damit dessen Abgrenzung gegen die übrige Gesetzgebung genau festgestellt würde. Bereits am 28. März legte Ollivier diese Arbeit mit einem von Rhetorik und Gelehrsamkeit strotzenden Berichte dem Senate vor. Man sagte in Paris, noch niemals sei irgend jemand durch eine so elegante Rede zum Selbstmord eingeladen worden. Denn freilich, der Senat, der bisher allein das Recht gehabt, eine Änderung der Verfassung zu beschließen, sollte es hier zum letzten Male ausüben zu dem Zwecke, für alle Zukunft darauf zu verzichten. Die neue Verfassung sollte künftig nur durch ein vom Kaiser veranlaßtes Plebiscit verändert werden können, wie sie denn auch jetzt durch ein solches ihre eigene Sanctionirung erhalten würde. Der Kaiser blieb als Haupt der Regierung im Besitz der bisherigen Rechte, des Oberbefehls über die bewaffnete

Macht, der Anstellung der Beamten, der Ernennung und Leitung der Minister, des Rechts über Krieg und Frieden; er blieb der Nation verantwortlich und konnte jeder Zeit an ihre Entscheidung appelliren. Die Mitglieder des Senats würden wie bisher, aber in vermehrter Zahl, vom Kaiser ernannt. Der Kaiser, der Senat und der gesetzgebende Körper üben gemeinschaftlich die gesetzgebende Gewalt über alle Gegenstände, die in diesem Senatsbeschluß nicht ausdrücklich der Verfassung vorbehalten sind. Sodann wurde eine Anzahl besonders mißliebiger Artikel der bisherigen Verfassung aufgehoben, und dem gesetzgebenden Körper das Recht gegeben, Petitionen zu empfangen.

Die Bekanntmachung dieses Entwurfs rief auf allen Seiten eine lebhafte Aufregung hervor. Der erste Eindruck war, daß an die Stelle der autoritären Verfassung von 1852 eine liberale, im Sinne des modernen Zweikammersystems, treten solle, eine definitive Befestigung alles dessen, was 1860 und 1869 bereits an Freiheitsrechten gegeben worden war. Sogleich aber regte die nähere Beobachtung ein schweres Bedenken an. Was konnte die Verantwortung der Minister gegenüber der Volksvertretung bedeuten, neben der Verantwortlichkeit des Kaisers gegenüber der Nation und deren Plebisciten? Wenn beide Kammern sich nach so entschieden verderblichen Forderungen des Kaisers widersetzten, fielen sie nicht ohnmächtig zu Boden, wenn der Kaiser seine Anträge durch die Allmacht eines Plebiscits bekräftigen ließ? So kam man zu dem Schlusse: Die Bedeutung des Parlaments wird damit zu hohlem Scheine, reale Gewalt wird nur die durch die Plebiscite jeder Zeit zu erneuernde Dictatur des Kaisers besitzen.

Daß die Einführung der Plebiscite nicht geeignet war, das Ansehn der Parlamente zu erhöhn, wird niemand bestreiten. Andererseits aber war es nicht weniger einleuchtend, daß ein solcher Vorgang nur äußerst selten, ja eigentlich nur in kritischen Augenblicken, wo sonst Staatsstreich oder Revolution erschiene, eintreten könnte, da bei geringeren Schwierigkeiten das Risico der Procedur für den Kaiser außer allem Verhältniß mit dem zu erhoffenden Gewinne stände. Wie man es eben erlebt hatte, würden im gewöhnlichen Verlauf der Dinge lange Jahrzehnte vergehn, ehe irgend ein Mensch an die Wiederholung eines Plebiscits dächte, und dadurch die Autorität der Kammern eine Störung erlitte. Man wird also Ollivier nicht Unrecht geben, wenn er damals erklärte, das Plebiscit werde den Übergang aus dem unbeschränkten Kaiserthum in das constitutionelle und damit die Herrschaft der Freiheit in Frankreich begründen, im Übrigen aber keine Änderung herbeiführen.

Wie engbegrenzt sich nun auch die Wirksamkeit dieses Plebiscits darstellte, immer blieb es eine durch das allgemeine Stimmrecht vollzogene That des souveränen Volks, und somit war ein Widerspruch dagegen gerade für die republikanische Linke, welche sonst sich in der Verherrlichung der Volkssouveränität und des allgemeinen Stimmrechts nie genug zu thun wußte, ein sehr unbequemes Beginnen. Indessen so wenig wie Rouher und Daru hatten sie einen Zweifel an dem Ausfall des Plebiscits zu Gunsten des Kaiserthums, und nun stand ihnen ganz so wie ihren jacobinischen Vorfahren von 1793, die Liebe zur Republik höher als der Respect vor der vergötterten Volkssouveränität. Es war unmöglich, eine schärfere Kritik oder eine bittrere Verspottung

des allgemeinen Stimmrechts zu liefern, als es hier den republikanischen Rednern gelang. Während sie sonst im Parlament sich höchst pathetisch als die ächtesten Vertreter des erhabenen Volks, als die erlauchtesten Organe des allgemeinen Stimmrechts aufzubauschen liebten, wurden in Sachen des Plebiscits die souveränen Bürger, weil sie hier, des Beistands des Parlaments beraubt, ganz und gar auf ihre eigne Einsicht angewiesen waren, als ein urtheilsloses und willenloses Stimmvieh behandelt. Das Plebiscit, verkündete Grevy, ruft den vereinzelten Bürger auf, seine Stimme abzugeben, ohne Berathung mit seinen Genossen, ohne die Möglichkeit eines Zusatz- oder Verbesserungsantrags. Der Wille des Volks kann bei einem solchen Verfahren gar nicht zur Erscheinung kommen; jede Frage des Kaisers wird hier zum Befehl. Nun wird niemand die Verhinderung aller Verbesserungsanträge als einen Vorzug der Einrichtung preisen, aber ebenso wenig aus diesem Grunde dem Plebiscit überhaupt den Charakter eines populären Willensactes absprechen. Denn das Gegentheil der Wahrheit war damals die Behauptung, daß bei dem Plebiscit die Berathung unter den Parteigenossen oder den Parteien gehindert gewesen wäre; sie war es ebenso wenig wie bei den Parlamentswahlen, und es ist nicht abzusehn, warum bei diesen die Urtheilskraft des Volks größer sein sollte als bei jenem. Reicht sie nicht aus beim Plebiscit, so ist das allgemeine Wahlrecht überhaupt eine Thorheit.

Die Erbitterung der Linken war um so größer, als sie eigentlich im Parlament über Verfassung und Plebiscit zu reden das Recht gar nicht hatten. Man war allerdings im Begriffe, eine neue Verfassung einzuführen; einstweilen aber

galt doch zweifellos die alte, und diese legte ja die Behandlung von Verfassungsfragen ausschließlich in die Hand des Kaisers und des Senats. Indessen erhob auch das linke Centrum über eine solche Ausschließung der Volkskammer bei einer Verfassungsfrage so nachdrückliche Beschwerde, daß Ollivier sich beim Kaiser die Erlaubniß erwirkte, wenigstens auf eine Interpellation der Linken darüber Antwort zu ertheilen, wodurch dann die Schleusen des Redestroms am 4. und 5. April eröffnet wurden. Am Schlusse der lebhaften Verhandlung standen drei Tagesordnungen zur Abstimmung, eine der Linken, mit einfacher Ablehnung des Senatentwurfs als im Widerspruch mit den Grundsätzen von 1789 stehend, eine zweite des linken Centrums, unter Anerkennung der im Entwurfe beantragten Fortschritte, zu welchen jedoch noch der Zusatz kommen müsse, daß künftig kein Plebiscit dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden dürfe, ehe sein Text durch beide Kammern geprüft und angenommen worden sei, eine dritte des rechten Centrums mit unbedingtem Vertrauensvotum für die Regierung. Nachdem die beiden ersten verworfen waren, stimmte auch das linke Centrum für die dritte, welche dadurch mit 225 Stimmen gegen 34 der Linken zur Annahme gelangte. Der Sieg des Ministeriums war damit entschieden; es stand fest, daß weitere Verhandlungen über die große Frage im gesetzgebenden Körper nicht Statt finden könnten, und am 13. April veranlaßte Ollivier einen Beschluß der Kammer, sich während des Verlaufs des Plebiscits zu vertagen, da die Abgeordneten den Wunsch hätten, bei dem großen Kampfe sich in der Mitte ihrer Wähler zu befinden

Damit aber entschied sich auch eine Krisis des Ministeriums. Während der thatsächliche leitende Minister Ollivier

gegen die Einrichtung der Plebiscite überhaupt für Gegenwart und Zukunft kein Bedenken fand, war der Finanzminister Buffet grundsätzlich und in jeder Beziehung gegen das Plebiscit. Graf Daru hatte zwar das jetzt bevorstehende selbst veranlaßt, begehrte aber für die Zukunft zu jedem Plebiscit die vorausgehende Genehmigung des Parlaments. Beide Männer traten am 14. April aus dem Cabinet aus, und wenige Tage später folgte ihnen noch ein drittes Mitglied, der Marquis Talhouet. Ihre Ersetzung schob Ollivier bis nach der Vollendung des Plebiscits hinaus: interimistisch übernahm er selbst die auswärtigen Angelegenheiten, der Unterrichtsminister Segris die Finanzen, der Minister der schönen Künste, Richard, den Unterricht. Mit brennendem Eifer warf sich Ollivier, der Rücksicht auf die bedeutendsten seiner Collegen entledigt, in die Agitation für das Plebiscit. Für die Parlamentswahlen hatte er die officiellen Candidaturen abzuschaffen versprochen: hier meinte er eine Aufgabe ganz anderer Art vorzufinden; er erklärte, bei diesem Plebiscit gebe es nur Einen officiellen Candidaten, und das sei die Freiheit, und für deren Erlangung müsse jeder Patriot allen ihm zu Gebote stehenden Einfluß aufbieten. So wies er die Beamten seines Ressorts ebenso wie die der inneren Verwaltung, Präfecten und Unterpräfecten, Bürgermeister und Polizisten, zu einer „verzehrenden" Thätigkeit an und lieferte in der That eine officielle Agitation, um die Rouher ihn hätte beneiden können.

Sehr bald zeigte sich, wer in Wahrheit der Eine officielle Candidat des Plebiscits sein würde. Am 20. April nahm der Senat den ihm vorgelegten Verfassungsentwurf an, und an demselben Tage erließ die Linke ein Manifest, welches

die umfassendste Kriegserklärung gegen den ganzen Bestand des Kaiserthums in das Land hinaus warf und zu siegreicher Entscheidung dieses Kampfes durch die Verneinung des Plebiscits aufforderte. Der 2. December, hieß es dort, hat das französische Volk unter das Joch eines Menschen gebeugt; in den Wahlen von 1869 hat das Volk den Sturz dieser persönlichen Regierung und an ihrer Stelle die Regierung des Landes durch das Land begehrt. Jetzt will man Euch glauben machen, der Senatsbeschluß erschaffe diese Regierung, und Ihr sollt dies durch Zustimmung zum Plebiscit anerkennen: Ihr werdet das weigern, denn Ihr wißt, daß der Beschluß ein Trugbild ist. Ihr erinnert Euch, daß alles Elend und alle Schande, die ein achtzehnjähriger Despotismus über Euch gebracht hat, aus zwei Plebisciten entsprungen sind. Ihr werdet einer dritten Täuschung nicht zustimmen, sondern Euch sagen, daß nur in einer freien Demokratie die Freiheit des Volks und die nationale Souveränität bestehn kann.

Deutlicher ließ es sich nicht aussprechen: das Nein beim Plebiscit bedeutet die Erklärung der Republik.

Die Antwort blieb nicht lange aus.

Am 23. April formulirte ein kaiserliches Decret den dem Volke vorzulegenden Inhalt des Plebiscits dahin:

> Das französische Volk billigt die in der Verfassung seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörper bewirkten liberalen Reformen und genehmigt den Senatsbeschluß vom 20. April 1870.

Zugleich erschien eine kaiserliche Proclamation an das Volk, die, nach einem Rückblick auf die Herstellung des Kaiserthums durch den Willen des Volks, in den Sätzen gipfelte:

Gebt mir einen neuen Beweis des Zutrauens. Indem Ihr zur Urne eine bejahende Stimme bringt, werdet Ihr die Drohungen der Revolution niederschlagen, auf einer festen Grundlage die Ordnung und die Freiheit gründen und für die Zukunft den Übergang der Krone auf meinen Sohn erleichtern.

Ebenso redete ein Rundschreiben aller Minister an sämmtliche Beamte:

Der Kaiser hat 1852 von dem Volke die Macht begehrt, um die Ordnung zu sichern, er begehrt 1870 die Macht von ihm, um die Freiheit zu gründen. Nicht über das Dasein des Kaiserthums sollt Ihr abstimmen, sondern nur über seine liberale Umgestaltung. Es gilt, unserem Lande eine ruhige Zukunft zu sichern, damit auf dem Throne wie in der ärmsten Hütte der Sohn in Frieden seinem Vater folge.

Hier also prangte als Zweck des Plebiscits die Sicherheit der Erbmonarchie auch ohne Krieg, als empfehlendes Mittel erschien die Erweiterung der politischen Freiheit. Jener einzige officielle Candidat war in Wahrheit der Thronerbe, der kaiserliche Prinz.

Frankreich erfüllte sich jetzt von den Pyrenäen bis zu den Ardennen mit einer unermeßlichen Bewegung. Manifeste und Zeitungsartikel, centrale und locale Parteiausschüsse, Wanderprediger und Regierungsagenten, das Alles arbeitete mit täglich wachsender Steigerung durch einander und gegen einander. Es gab eine angstvolle Stunde am Nachmittag des Abstimmungstags, des 8. Mai, wo die ersten Nachrichten im Ministerium bedrohlich lauteten, und dann niemand die Folgen einer Niederlage zu ermessen sich getraute. Bald aber klärte der Himmel sich wieder auf, und als endlich am

Abend die Abstimmung Statt gefunden hatte, zeigte sich, wie richtig die Schätzung Daru's und Rouher's gewesen war. Bejaht hatten den Satz des Plebiscits weit über sieben Millionen, verneint eine und eine halbe Million Stimmen, also eine überwältigende Majorität hatte sich für die neue Verfassung und damit für die erbliche Monarchie ergeben. Mochte man nun noch so viel über den zudringlichen Einfluß der Präfecten, der Richter, der, übrigens auch hier getheilten, Geistlichkeit reden, eine so mächtige Mehrheit ließ sich nicht künstlich fabriciren, wenn nicht ein starker Strom der öffentlichen Meinung die Volksmassen zu ihr hintrieb. Man konnte an der achtzehnjährigen Verwaltung Napoleon's III. sehr Vieles aussetzen, aber mit dem Ergebnisse des Plebiscites war der Beweis für ihre jetzige Popularität mit unwiderstehlicher Wucht geliefert.

Die Gegner betonten, daß in der Armee von 300000 Mann etwas über 40000 mit Nein gestimmt hatten, was wieder einmal die Regel bestätigte, daß überhaupt die bewaffnete Macht nicht zu stimmen, sondern zu gehorchen hat. Ebenso wurde hervorgehoben, daß in der Mehrzahl der größeren Städte, die man doch in höherem Maaße als die Dörfer für Mittelpunkte der Bildung gelten lassen müßte, das Übergewicht auf der Seite der Verneinung gewesen war. Allein trotz dieser Kritiken war der factische Eindruck des Ereignisses bei Freund und Feind gewaltig. Man hielt das bonapartistische Kaiserthum auf neue zwanzig Jahre für unwiderruflich befestigt. In der Kammer und in der Presse war der vordringende Ungestüm der Opposition gebrochen. Die Linke hatte sich während der großen Agitation gegen das Plebiscit gespalten, in eine geschlossene und eine offene

Fraction, wie man das nannte, eine auch jetzt noch unversöhnliche, und eine dem Volkswillen entgegenkommende Gruppe. Das linke Centrum war nicht bloß im Ministerium einflußlos geworden, sondern durch die Meinungsverschiedenheit seiner Führer einstweilen völlig zersplittert; es war über die Abstimmung im Plebiscit zu keinem Parteibeschlusse gekommen, sondern jedem einzelnen Mitgliede volle Freiheit belassen worden. Die Rechte in allen ihren Theilen hatte mit vereinigtem Eifer für das Plebiscit gewirkt; das Mißtrauen der Arkadier gegen das Ministerium war zurückgetreten. Ollivier konnte jetzt mit freiem Sinne zur Neubildung des Cabinetts schreiten.

Zunächst suchte er die zerrissenen Bande mit dem linken Centrum wieder herzustellen. Da Segris die Finanzen definitiv behielt, wurde zum Minister des Unterrichts der Abgeordnete Mege, einer der Vicepräsidenten des gesetzgebenden Körpers und Segris' Parteigenosse ernannt. An Talhouet's Stelle übernahm die öffentlichen Arbeiten der Abgeordnete Plichon, ein gemäßigt liberaler und begeistert klerikaler Mann, also zur Unterstützung Ollivier's in mehr als einer Hinsicht geeignet. Endlich die auswärtigen Angelegenheiten wurden am 15. Mai dem in Wien seit neun Jahren befindlichen Botschafter Agenor von Gramont, Herzog von Guiche und Prinz von Bidache zu aller Welt Erstaunen übertragen. Man wußte, daß der Kaiser die Fähigkeit des neuen Würdenträgers geringschätzte, und auch im Publicum herrschte eine ungünstige Meinung über ihn. Daß die Ernennung aus der Initiative Napoleon's hervorgegangen, ist in der That nicht wahrscheinlich. Hätte Napoleon damals Kriegspläne gehabt, so hätte er schwerlich den Mann zu einer leitenden Stellung berufen, den er 1869 von der

Theilnahme an der Berathung des Dreibunds, also der Vorbereitung für einen Kriegsfall, wegen seiner Unbrauchbarkeit ausgeschlossen hatte. Wenn aber Napoleon den Frieden mit Preußen erhalten wollte, so wäre Gramont's Beförderung noch unverständlicher, denn weltkundig war sowohl der Preußenhaß als die Unbedachtsamkeit des Herzogs. So muß man wohl annehmen, daß Napoleon als constitutioneller Monarch ihn sich gefallen ließ, in der Meinung, ein so geistesarmer Herr würde ein leicht zu lenkender Minister sein — wobei dann freilich die Wahrheit vergessen worden wäre, daß beschränkte Köpfe zuweilen auch harte und hitzige Köpfe gewesen und mit diesen Eigenschaften die unentschlossene Weisheit mit sich fortgerissen haben. Genug aber, wer hat den Kaiser zu der Ernennung Gramont's bestimmt?

Ausdrückliche Angaben darüber liegen mir nicht vor, jedoch können folgende Thatsachen die Frage in etwas erläutern.

Nach Daru's Abgang am 14. April hatte, wie gesagt, Ollivier die auswärtigen Angelegenheiten interimistisch übernommen. Mit sichtbarem Hochgefühl erzählt er selbst, es sei sofort ein Telegramm in den Vatican gegangen: Daru entlassen, Ollivier ersetzt ihn, das Concil ist frei. Gleich nachher verzichtete Ollivier auf die Vorlage der französischen Denkschrift an das Concil, und wies etwas später Herrn von Banneville an, weder mit dem Papste noch mit Antonelli sich in irgend ein Gespräch über das Concil einzulassen. Zugleich blieb es aber dabei, daß die französische Besatzung nicht abberufen, und daß der Kirchenstaat jedenfalls gegen die Italiener geschützt werde. Damit war der Papst und die Mehrheit des Concils gegen jede Störung geschützt, und die Verkündung der päpstlichen Unfehlbarkeit über alle Zweifel

hinaus gehoben. Neben der römischen Sache hatte Ollivier sodann in den Acten des auswärtigen Amts sich im Allgemeinen über die letzte Vergangenheit unterrichtet, und es später ausgesprochen, daß bei der Lectüre der Verhandlungen über Luxemburg und den Prager Frieden Bismarck's absprechender Hochmuth und die feige Schwäche der französischen Minister sein patriotisches Gefühl im Innersten empört hätten. Er habe sich gelobt, gewiß nicht aus verletzter Empfindlichkeit einen Krieg herauf zu beschwören, wohl aber bei aller Friedensliebe und deutschen Sympathien diplomatische Verhandlungen mit Preußen in anderem Tone und mit anderem Erfolge zu führen, als die Herrn von Moustier und von Lavalette es sich hätten gefallen lassen.

Er wird sich also an Daru's Stelle einen Collegen gewünscht haben, der das Concil und den Kirchenstaat zu beschirmen und eine Verhandlung mit Preußen in ausreichender Festigkeit und Überlegenheit durchzuführen gesonnen sei. Wären diese Eigenschaften vorhanden, so würde es auf etwas mehr oder weniger Talent und Kenntnisse kaum ankommen, da in dieser Hinsicht der leitende Minister aus seinem Überschuß den Mängeln des auswärtigen Collegen stets abzuhelfen bereit wäre. Bei solchen Auffassungen wäre dann allerdings Gramont für Ollivier der gefundene Mann gewesen. Denn klerikal war jener durch und durch, und schwerlich gab es damals einen Menschen in Europa, der mit heißerer Freude auf Preußen, und vor Allem auf Bismarck losgeschlagen hätte. Die mächtigen Erfolge des großen deutschen Staatsmannes nach ihren Gründen und Mitteln zu würdigen, lag bei Gramont außerhalb seines Verständnisses; er begriff sie nur als Triumphe eines gelungenen Hinwegschreitens über

alle Pflichten und Schranken der Moral und der Ehre. Die Pariser erzählten sich, im Jahre 1866 habe Bismarck, über diese feindseligen Gefühle unterrichtet, die kurze Äußerung gethan: er ist der größte Dummkopf in Europa; dadurch erbittert, habe Gramont dem Grafen Mensdorff versichert: ich werde Euch rächen. Übrigens konnte man in Paris auch das Urtheil vernehmen, Gramont sei allerdings nicht in der Gascogne geboren, wohl aber in ihrer allernächsten Nachbarschaft. Denn seine Phantasie war erregbar und schöpferisch in hohem Grade; jeder Affect einer Leidenschaft verkörperte sich bei ihm zu der Einbildung eines Erlebnisses, einer Geschichte, von deren Wirklichkeit er bei der Schwäche seines Gedächtnisses und der Stumpfheit seines Urtheils hoch und theuer überzeugt blieb, bis eine andere Erregung das alte Phantasiegebilde zerriß und eine ganz andere gleich unbegründete Legende an ihre Stelle setzte. Hatte er nun einmal in dieser Weise Stellung genommen, so machte kein Widerspruch Eindruck auf ihn; der Ärger darüber steigerte nur den Drang seines vorwärtsstrebenden Willens. Er war wie Ollivier in gleichem Maaße, wenn auch in verschiedener Weise, unbelehrbar. Bei Ollivier war es die Eitelkeit des Redners und des Advocaten, die ihn für die Gründe eines Andern wenig empfänglich machte, während er mit virtuoser Dialectik sich selbst von der Richtigkeit der bedenklichsten Anschauungen zu überzeugen verstand. Dagegen zeigte sich bei Gramont der einfache, naive Hochmuth eines wenig gebildeten vornehmen Herrn, der ungestört durch belästigende Kenntnisse über das sonstige Volk höchst unbefangen hinwegsah. Als er sich herabließ, das mühselige Amt eines verantwortlichen Ministers anzunehmen, erklärte er sich ganz einverstanden mit Ollivier's

Ansichten: kein Angriffskrieg, aber energische Zurückweisung jeder Verletzung. Vielleicht lag dahinter die Verschiedenheit, daß Ollivier bei einer eintretenden Verwicklung mit Kummer, Gramont mit innerer Genugthuung zum Schwerte greifen würde. Aber auch bei einer solchen Differenz würde Gramont kräftiger Genossen nicht entbehren. Bei seiner gründlichen Abneigung gegen Preußen war er dem Kriegsminister und der Armee ebenso willkommen, wie den Klerikalen, die gegen Preußen und Italien auf neue Gesta Dei per Francos hofften, und den Arkadiern, die trotz des Plebiscits an der Meinung festhielten, daß Ollivier's liberale Gesetze die Monarchie in kurzer Frist wehrlos den Republikanern überliefern würden, wenn die Dynastie sich nicht vorher durch glänzenden Kriegsruhm mit neuer Majestät umgeben hätte.

Dies bezeichnet die Veränderung der Lage. Das Plebiscit hatte im Sinne der Friedenspolitik, die daraus erwachsene Ministerkrisis in entgegengesetzter Richtung gewirkt. Neben Ollivier's Einfluß war einst für Daru's Ernennung das linke Centrum, also eine Friedenspartei, für Gramont's Berufung aber jetzt die äußerste Rechte, also eine Kriegspartei, thätig gewesen. Einstweilen dauerte noch Ollivier's Interim bis Anfang Juni, da Gramont nach Wien zurückfuhr, um dort persönlich sich zu verabschieden. Die französische Politik ließ für jetzt keinen Wechsel ihrer gewohnten Geleise erkennen; es herrschte tiefe Ruhe in der europäischen Welt; ein Anlaß zu einem charakteristischen Auftreten der französischen Diplomtie zeigte sich an keiner Stelle.

Um die Mitte des Juni zeigte die öffentliche Meinung in Paris einige Aufregung, als es bekannt wurde, daß der norddeutsche Bund einem Vertrage zwischen der Schweiz

und Italien vom 15. Oktober 1869 beizutreten beabsichtige. Nachdem zur Erbauung einer Eisenbahn über den St. Gotthard die schweizer Regierung 20, die italienische 45 Millionen Franken Unterstützung bewilligt hatten, stellte jetzt Norddeutschland ebenfalls 20 in Aussicht und entschied damit die bis dahin in der Schweiz streitig gewesene Wahl des St. Gotthard für die zu erbauende Alpenbahn. Nun war dies allerdings ein nicht gewöhnlicher Vorgang, eine so erhebliche Geldzahlung zu einem ausländischen Unternehmen, dessen Anfangsstation ungefähr 600 Kilometer von der Bundesgrenze entfernt lag, und Bismarck, um die Zustimmung des Reichstags zu der Zahlung zu gewinnen, hob dann auch hervor, daß das Unternehmen nicht bloß eine commercielle, sondern ebenso eine politische Bedeutung für Deutschland habe, die übrigens so bekannt und oft besprochen sei, daß er sich gar nicht mehr darüber zu verbreiten brauche. Der einfache Sinn der Worte ging dahin, daß Deutschlands Verkehr mit Italien bisher entweder die österreichischen oder die französischen Alpenbahnen benutzen müsse, also bei einem Zerwürfniß zwischen den Großmächten gestört sei; solchen Gefahren sei die Gotthardbahn in der stets neutralen Schweiz nicht ausgesetzt und folglich für die Sicherheit unserer italienischen Beziehungen äußerst wichtig. Man sollte denken, daß kein Geschäft weniger anfechtbar als dieses hätte erscheinen können. Aber wie nun einmal in Paris durch Thiers und Genossen Mißtrauen und Widerwille gegen Preußen verbreitet war, so genügte der Umstand, daß Bismarck die Gotthardbahn als einen Gewinn für Deutschland bezeichnet hatte, um sogleich die Gemüther in Unruhe zu versetzen. Man sah ein bösartiges Vorgehn darin, daß Preußen diesen Gewinn den Franzosen weg-

geschnappt hätte: freilich hatte die Schweiz schon 1865 zuerst die französische Regierung um eine Geldunterstützung angegangen, war aber abschlägig beschieden worden. Das wurde ihr nun von Rednern der Linken mit scharfem Tadel vorgehalten, die Gefahr der Concurrenz der Gotthardbahn für die französischen Linien in lebhaften Farben ausgemalt, vor Allem aber die Vortheile für die preußische Eroberungssucht der Phantasie der Hörer vorgeführt. In einer Nacht, rief Keratry, kann Preußen dann ein Heer von Mainz nach Venedig werfen, während wir zwischen Rhein und Alpen eingeschlossen sind. Der Kriegsminister belehrte ihn, Preußen bedürfe vier Tage, um 25 000 Mann von Mainz nach Verona zu bringen, während Frankreich unterdessen eine ganze Armee von Lyon nach Verona befördern könne; auch würde es sehr leicht sein, in einem solchen Fall die badische Bahn an mehreren Stellen zu zerstören. Auch Gramont redete in gleichem Sinn und erklärte es vor Allem für zweifellos, daß die Schweiz auch für die Gotthardbahn ihre Neutralität aufrecht halten und keine Truppensendungen dort zulassen würde. Die Darlegungen der Minister waren so entschieden, daß, als Ferry jene Besorgnisse noch einmal vorgebracht hatte, und Gramont sich zur wiederholten Abweisung erhob, die Kammer ihm durch Schlußantrag die überflüssige Rede abschnitt.

Hier hatte die französische Regierung nachdrücklich für den Frieden gewirkt. In derselben Woche vollzog sich ein anderes Ereigniß, weniger geräuschvoll, aber für die Kreise, denen es bekannt wurde, noch mehr geeignet, sie in derselben Richtung festzuhalten.

Napoleon hatte, so lange Daru Minister des Auswärtigen war, jenen Feldzugsplan des Erzherzogs Albrecht ebenso

schweigend in seinem Schranke, wie die Reden des Prinzen in seinem Gedächtniß bewahrt. Als am 15. Mai Gramont Minister wurde, und für den Augenblick Ollivier das Auswärtige verwaltete, hoffte der Kaiser wie bisher den Krieg zu vermeiden, da zur Zeit in Deutschland wie in Italien nicht das geringste Symptom einer offensiven Politik sichtbar wurde; immer aber hielt er seit 1866 den Frieden in jedem Augenblicke für unsicher und erwog, wie er für den Fall einer Verwicklung seine Streitmittel stärken könnte. Er wußte natürlich, daß er kein förmliches Bündniß mit irgend einer Macht besaß; er hegte aber nach den vorigjährigen Verhandlungen die Hoffnung auf ein williges Entgegenkommen sowohl Österreichs als Italiens, wenn Frankreich zu einem großen Kampfe gezwungen würde. Zunächst übergab er am 19. Mai den Feldzugsplan des Erzherzogs einer Gruppe höherer Officiere zur Prüfung. Die Herrn arbeiteten diese Aufgabe gründlich durch und kamen zu dem Ergebniß, da die Mobilmachung der Österreicher mindestens sechs Wochen, die der Italiener noch längere Zeit in Anspruch nehme, so sei es unrathsam, auf so lange die französische Hauptarmee vereinzelt in eine weite Ferne wegzugeben.[1]) Es wurde darauf ein Gegenvorschlag ausgearbeitet, und ein dem Kaiser persönlich vertrauter Officier, General Lebrun, am 6. Juni in einer Privatmission, ohne allen politischen Charakter, nach Wien geschickt, um mit dem Erzherzog die Sache zu besprechen. Aber auch hier kam man zu keinem bestimmten Ergebniß; der Erzherzog lehnte den französischen Plan ab und verständigte sich über einen dritten so weit mit Lebrun,

[1]) Souvenirs du général Jarras p. 47 ff. Mission du général Lebrun, im Figaro 19. Januar 1887.

daß man immer noch weitere Verbesserungen vorbehielt. Zuletzt drang der Erzherzog in den General, wenn er auch weder Creditiv noch Vollmacht hätte, den Kaiser Franz Joseph um eine Privataudienz zu bitten. Lebrun, obgleich nicht ohne Bedenken, ging darauf ein und wurde gnädig empfangen. Er trug den Gegenstand seines Auftrags an den Erzherzog vor, der Kaiser aber, ohne auf den Feldzugsplan einzugehn, sagte ihm, er wolle die Gelegenheit zu einer offenen Erklärung benutzen, er könne sich schlechterdings nicht verpflichten, wenn Frankreich mit Preußen in Streit geriethe, gleichzeitig mit Frankreich den Krieg zu erklären. Er erinnerte an die Gegensätze unter den Stimmungen seiner Völker; auf das Äußerste würden seine deutschen Unterthanen sich gegen einen Krieg mit Norddeutschland sträuben. Der Feldzugsplan scheine ihm ganz angemessen, aber dringend bitte er den Kaiser Napoleon, sich keiner Täuschung über einen von Österreich zu erwartenden Beistand hinzugeben.

Also nicht einmal ein mündlicher Ausdruck der Geneigtheit, demnächst in die Verhandlung eines Bündnisses einzutreten. Wieder wie im Januar 1867 konnte Napoleon ausrufen: ich habe keinen Freund in der Welt. Österreich stand fest in der Neutralität. Ein Bündniß mit Italien war durch Ollivier's römische Politik höchst problematisch geworden. Dies war allerdings dazu angethan, wo etwa in Paris sich eine kriegerische Aufwallung regen möchte, einen kräftigen Dämpfer aufzusetzen.

So war es kein Wunder, wenn am 30. Juni bei der Berathung des Armeebudgets für 1871 der Kriegsminister in Anerkennung des ungetrübten Friedensstandes zur Erleichterung der Militärlast mit einer Aushebung von 90 000 statt von 100 000 Mann sich begnügen zu wollen erklärte.

Als dann Glais-Bizoin die Abschaffung der stehenden Heere zur Sprache brachte, Thiers aber ihre Unentbehrlichkeit gerade für die Erhaltung des Friedens darlegte (wollen wir den Frieden befördern, so müssen wir erstens sehr friedliebend und zweitens sehr stark sein), nahm Ollivier das Wort: „Ich erkläre, daß die Regierung keinerlei Besorgniß hegt, und daß zu keiner Zeit die Erhaltung des Friedens gesicherter war als jetzt. Wohin man auch blickt, kann man keine Frage entdecken, die vielleicht Gefahren in sich tragen könnte. Überall haben die Cabinette begriffen, daß die Achtung vor den Verträgen sich jedermann aufdrängt, namentlich vor den beiden Verträgen, auf welchen der Friede Europas ruht, dem Pariser Vertrag von 1856, der für den Orient, und dem Prager Vertrag von 1866, der für Deutschland den Frieden sichert."

Diese letzte Anrufung eines Vertrags, dessen Sinn, wie alle Welt wußte, von den Parteien in entgegengesetzter Weise ausgelegt wurde, deutete nur auf bedingte Friedensliebe. Indessen niemand rührte weiter daran. Auch im englischen Parlament wurde damals erklärt, in den auswärtigen Angelegenheiten herrscht eine todte Windstille.

Am Tage nach Ollivier's Erklärung, am 1. Juli, warf den Kaiser ein heftiger Anfall seines Blasenleidens wieder auf das Krankenlager. Auch dies Ereigniß ließ wahrlich nicht kriegerische Absichten der französischen Regierung vermuthen.

Vierundzwanzigstes Buch.

Ursprung des französischen Kriegs.

Als sich in dem tiefen Friedensstande, der im Frühling 1870 über ganz Europa ausgebreitet war, plötzlich eine Streitigkeit erhob, die binnen zwölf Tagen zwei große Nationen zu einem Kriege von beispiellosen Ergebnissen und colossalen Opfern entflammte: da fragte die Welt, wer es gewesen, der eine solche Erschütterung veranlaßt habe, zu unerhörtem Siegesruhme hier und furchtbarem Unheil dort. Die Meinungen traten sich scharf entgegen und haben auch jetzt, nach mehr als zwanzig Jahren, es zu keiner Verständigung gebracht.

In Frankreich ist es noch heute die überwiegende Ansicht, Bismarck, militärisch trefflich gerüstet und durch innere Verlegenheiten gedrängt, habe den Wunsch gehabt, den Kaiser Napoleon zur Kriegserklärung zu verleiten: durch eine weither angelegte Intrigue habe er das französische Ehrgefühl planmäßig verletzt, der Kaiser aber, obwohl unzulänglich gewaffnet, sei mit elender Dummheit in die wohlberechnete Falle gegangen.

In Deutschland hat von Anfang an die Überzeugung geherrscht, daß der in Paris verkündete Kriegsgrund nichts als ein fadenscheiniger Vorwand gewesen, um den Hader

vom Zaune zu brechen, die Revanche für Sadowa zu nehmen und die deutsche Nation in die alte Zersplitterung zurückzuwerfen. Neuerlich glaubt man entdeckt zu haben, Napoleon sei zwei Jahre lang bemüht gewesen, eine große europäische Verschwörung zu einem Angriffskriege gegen Preußen zu Stande zu bringen; zu Deutschlands Glück habe er sich fortreißen lassen, noch vor ihrer nahen Vollendung übereilt loszuschlagen. Daß diese neue Entdeckung die Haltung Napoleon's vor dem Ausbruche des Kriegs in ein falsches Licht rückt, haben wir bereits gesehn.

Wie sich versteht, gibt es auf beiden Seiten ruhigere Urtheiler und behutsamere Forscher, die in verschiedenen Abstufungen gemäßigtere Ansichten vertreten.

Unter diesen Umständen werden, hoffe ich, meine Leser einverstanden sein, wenn ich, von mehreren Seiten durch unbekanntes und werthvolles Material unterstützt, die Ereignisse jener zwölf Tage in größerer Ausführlichkeit, als sonst meiner Darstellung verstattet ist, möglichst richtig und genau zu erzählen versuche.

1. Capitel.

Die Candidatur Hohenzollern.

In Spanien war auf die Revolution vom September 1868 zunächst ein höchst unsicherer und bewegter Zustand gefolgt. Die Sieger hatten eine provisorische Regierung gebildet, an deren Spitze der Marschall Serrano als Regent und Marschall Prim als Ministerpräsident und Kriegsminister standen. Beide Männer waren Monarchisten, und dieselbe Gesinnung herrschte auch in der Versammlung der im Februar 1869 berufenen constituirenden Cortes vor; es würde also darauf ankommen, an der Stelle der verjagten Dynastie ein neues Königsgeschlecht einzusetzen. Aber gegen diese Pläne erhoben sich mit heftiger Erbitterung vier verschiedene Parteien, die zum Glücke der Regierung sich unter einander mit ebenso grimmigem Hasse wie den jetzigen Lenker des Staats verfolgten. Die stärkste und kühnste Faction war ohne Zweifel die republikanische, die an zahlreichen Punkten des Landes ganz offen einen neuen Aufstand vorbereitete. Dann suchten die Anhänger der vertriebenen Isabella sich zu sammeln, um die Königin oder deren Sohn Alfons zurückzuberufen; einstweilen waren sie gering an Zahl, hatten aber

an der erklärten Gunst Napoleon's einen starken Rückhalt. In den baskischen Provinzen rührten sich die Reste der alten carlistischen Partei, ohne jedoch großen Anklang bei der, des Krieges müden, Bevölkerung zu finden. Endlich hatte auch der Schwager Isabella's, der Herzog von Montpensier, der jüngste Sohn Louis Philippe's, einen Kreis befreundeter Genossen; mit ihm hatte im Januar 1868 Prim unterhandelt, und ihm Aussicht auf den Thron eröffnet, wenn er sich der Revolution anschlösse, hatte sich dann aber von ihm abgewandt, als der Prinz in vorsichtiger Zurückhaltung auf dem Schlachtfeld von Alcolea unsichtbar blieb[1]).

Unter dem Getümmel dieses Parteienhaders veröffentlichte im Februar 1869 ein einflußreiches Mitglied der liberalen Partei, der Staatsrath und Abgeordnete Salazar y Mazarredo[2]), eine Denkschrift über die zur Königswahl in Frage kommenden Candidaten. Er erörterte darin, daß von Bourbonen und Orleans keine Rede sein könne, daß die Verschiedenheit der Religion jeden Gedanken an einen englischen Prinzen ausschlösse, selbst wenn er Gibraltar als Mitgift Spanien zubringe, oder an einen preußischen, auch wenn es der berühmte Kriegsheld Prinz Friedrich Karl wäre. Statt dessen stellte er in erster Linie den Titularkönig Ferdinand von Portugal auf, einst Prinzgemahl der regierenden Königin Maria da Gloria, in zweiter Stelle aber dessen

[1]) Dies und das Folgende nach Salazar's Denkschrift vom 23. October 1869.

[2]) Gramont in seinen Büchern, und Chaudordy in seiner Deposition insinuiren, daß Salazar durch Preußen zu seinen Schritten veranlaßt worden sei. Von dem Versuch eines Beweises ist keine Rede. Über die Entstehung der Candidatur bringt Chaudordy eine Menge Daten, von denen nicht eines begründet ist.

Schwiegersohn, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, der alle erforderlichen Eigenschaften in sich vereinige: Festigkeit, Klugheit, Rechtschaffenheit, im besten Mannesalter von 35 Jahren stehe, in glücklicher Ehe mit Kindern gesegnet, nicht ultramontan[1]), aber ein rechtgläubiger Katholik sei.

Diese Vorschläge gingen aus der Denkschrift in verschiedene Zeitungen über und wurden, wie man denken kann, lebhaft besprochen[2]). Ende März 1869 erfuhr der französische Botschafter in Berlin, Graf Benedetti, daß sein früherer, kürzlich nach Wien versetzter spanischer College Rancès einen fünftägigen Besuch in Berlin gemacht und in dieser Zeit zweimal eine längere Unterredung mit Bismarck gehabt hatte. Sofort erwachte bei ihm der Argwohn, es könne sich um die Erhebung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron gehandelt haben; er suchte also, da Bismarck in Varzin war, den Unterstaatssekretär von Thile auf, erhielt aber, wie er am 31. März 1869 berichtete, von diesem die Antwort, er habe

[1]) Neukatholisch, sagte man in Spanien.

[2]) Lauser (spanische Geschichte 1, 219) will von dem spanischen Diplomaten Marcoartu erfahren haben, daß ein Verwandter Napoleon's damals, März 1869, dem Kaiser die Candidatur des Prinzen Leopold vorgeschlagen habe: allein die Kaiserin habe es verhindert, da ihre frühere Freundschaft für Hohenzollern sich in Haß verwandelt habe, nachdem ein von ihr betriebenes Heirathsproject durch den Fürsten von Rumänien abgelehnt worden war. Durch die Angaben in dem Tagebuche des Königs Karl von Rumänien über seinen Besuch in Paris, Herbst 1869, und über die Aufnahme seiner Heirath durch Napoleon, sowie durch die Briefe der Frau Cornu und die Äußerungen der Kaiserin gegen den rumänischen Geschäftsträger in Konstantinopel (Deutsche Revue, November 1893) wird Marcoartu's Erzählung höchst unwahrscheinlich. Jedes Wort des Tagebuchs zeigt den Fortbestand der vertrauten Freundschaft zwischen Napoleon und den Hohenzollern.

absolut nichts von solchen Dingen vernommen; auch habe Rancès nicht die geringste dahin zielende Anspielung gemacht, er könne ihm das auf Ehrenwort versichern, Rancès habe vielmehr den Herzog von Montpensier für den wahrscheinlichen Throncandidaten erklärt.

Diese Aussage Thile's war buchstäblich wahr, und auch Bismarck hätte dem Botschafter nichts anderes mittheilen können. Denn nicht eine Sylbe über die Besetzung des spanischen Throns war bis dahin aus Madrid an die preußische Regierung oder den Prinzen Leopold gekommen. Das spanische Ministerium war aus Mitgliedern der liberalen Union und der Partei der Progressisten zusammengesetzt: Prim war Progressist, der Abgeordnete Salazar aber Unionist; Prim wünschte wie dieser zunächst einen portugiesischen Candidaten, in dessen Ermanglung aber nicht einen Hohenzollern, sondern einen Italiener. Demnach erwirkte er den 4. April 1869 im Ministerium das Angebot der Krone an König Ferdinand, und als dieser umgehend am 6. in nicht eben verbindlicher Weise ablehnte, bald nachher dieselbe Einladung an den König von Italien für dessen zweiten Sohn, den Herzog Amadeo von Aosta.

Allein auch hier kam unzögerlich die Antwort, das Haus Savoyen sei nicht reich genug an Prinzen, um einen derselben an Spanien abzugeben. Prim war sehr verdrießlich; er hatte bei Napoleon's Streben nach der Rückberufung Isabella's guten Grund zur Annahme, daß weder ein österreichischer noch ein bayerischer Prinz das gefährliche Geschenk annehmen würde. Wo aber sonst einen katholischen Prinzen finden? Nur nothgedrungen also kam er auf Salazar's zweiten Vorschlag zurück und ließ eine Anfrage an den Fürsten Karl

Anton nach Düsseldorf gelangen, ob Prinz Leopold auf ein Angebot der Krone eingehen würde.

Das Ergebniß war eine trockene Ablehnung: der Fürst, König Wilhelm und Bismarck waren darüber gleicher Meinung[1]).

Unterdessen war Graf Benedetti zu irgend einer Besprechung nach Paris berufen worden. Er erzählte bei dieser Gelegenheit dem Kaiser seine Verhandlung mit Thile, bemerkte jedoch, daß dieser nicht immer in Bismarck's Geheimnisse eingeweiht sei, so daß er demnächst den Minister selbst direct anzugehen beabsichtige. Napoleon war damit einverstanden und erklärte ihm: die Erhebung Montpensier's wäre antidynastisch nur gegen mich gerichtet, ich könnte sie also zulassen, die Candidatur Hohenzollerns aber wäre wesentlich antinational, das Land ertrüge sie nicht (wir bemerken, daß er an dieser Stelle keine eigene Meinung ausspricht, sondern eine populäre Stimmung bezeichnet), man muß sie also verhindern. Dem entsprechend ertheilte der Minister dem Botschafter die Weisung, sich mit Bismarck zu benehmen, jedoch seine Sprache stets so einzurichten, daß jeder Schein vermieden würde, als wenn Frankreich Händel suche.

Nach Berlin zurückgekehrt, berichtete Benedetti am 11. Mai, Bismarck habe keinen Anstand genommen, sich auf die Sache einzulassen, und gleich erklärt, bei der völligen Unsicherheit der spanischen Verhältnisse würde der König, wenn die Cortes dem Prinzen die Krone anböten, ihm ganz sicher nicht rathen, sie anzunehmen, und derselben Meinung sei auch Fürst Anton, wie er, Bismarck, das positiv wisse.

[1]) Vgl. Benedetti, ma mission p. 307 ff. und 331.

„Wenn man ihm unbedingt glauben könnte," schrieb Benedetti weiter, „so wäre dies ja ganz beruhigend, aber nach meinen Erfahrungen neige ich zu der Ansicht, daß er mir nicht seinen ganzen Gedanken ausgesprochen hat. Ich bemerkte ihm deshalb, daß der Prinz den Wunsch der Cortes doch nicht ohne Zustimmung des Königs erfüllen könnte, und folglich der König ihm den zu fassenden Beschluß vorzuschreiben hätte. Bismarck erkannte dies an, aber anstatt mich zu versichern, daß der König unter allen Umständen entschieden sei, ihm die Ablehnung zu befehlen, kam er auf die frühere Ausführung zurück, daß wegen der Gefahren, die den neuen Souverain umgeben würden, der König gewiß dem Prinzen abrathen müßte, sich auf ein solches Unternehmen einzulassen. Übrigens, setzte er hinzu, wer weiß, ob jemals ein Angebot kommen? ob ein so ehrgeiziger Mann wie Prim schließlich nicht die höchste Stelle lieber selbst behalten wird? Ich machte ihn noch darauf aufmerksam, daß die Regierung des Kaisers zwar mit voller Behutsamkeit die spanischen Ereignisse beobachte, immer aber ein Interesse ersten Ranges an ihrer weiteren Entwicklung haben werde. Indessen Bismarck trat aus dem Kreise seiner bisherigen Ausführungen nicht heraus. Er vermied es sorgfältig, mir zu erklären, daß der König in keinem Falle die Annahme der Krone dem Prinzen erlauben werde, während mir doch Thile dies auf Ehrenwort zugesichert hatte. Es scheint also, daß Bismarck dem Könige auf alle Fälle volle Freiheit vorbehalten will. Ihn geradezu auf diese Frage anzusprechen und zu einer deutlichen Antwort zu nöthigen, die vielleicht bedenkliche Folgen haben könnte, hielt ich bei der mir befohlenen Vorsicht nicht für rathsam."

Es liegt hier ein glänzendes Beispiel vor, wie ein argwöhnischer Geist aus einem Nichts heraus Vorstellungen entwickelt, welche ihn selbst über den wahren Thatbestand gründlich täuschen, und weiterhin die Keime zu furchtbaren Katastrophen ausstreuen. Benedetti verweist an dieser Stelle auf seinen Bericht vom 31. März, wonach Thile ihm sein Wort gegeben hätte, der König werde niemals der Candidatur zustimmen, während jener Bericht in Wahrheit nur von einem Ehrenworte Thile's redet, daß er niemals das Geringste von der Sache vernommen habe. Benedetti erklärt weiter, Bismarck habe anerkannt, daß die Entschließung des Prinzen stets von dem Befehle des Königs abhänge: nun, wir haben oben[1]) bei der Darlegung des Hohenzollern'schen Familienrechts in der rumänischen Wahlfrage gesehn, daß Bismarck dies gar nicht gesagt haben kann, daß er vielleicht geäußert hat, der Prinz werde ohne Zustimmung des Königs nicht annehmen wollen, sicher aber nicht, daß er ohne dieselbe nicht annehmen dürfe. Benedetti hat ferner dem Kanzler von der entschiedenen Willensmeinung Napoleon's über eine Candidatur Hohenzollern nicht die leiseste Andeutung gemacht, sondern hat sich mit der Anführung der aller Welt bekannten Thatsache begnügt, daß Frankreich ein großes Interesse an der spanischen Thronfrage nehme. Ihm däuchte es selbstverständlich, daß Preußen niemals einem davon abweichenden Gedanken Raum geben dürfe; so erschien es ihm als schwerer Verdachtsgrund, daß Bismarck, welchem die Möglichkeit einer solchen Forderung gar nicht in den Sinn kam, immer nur von dem vorliegenden und nie von etwaigen Fällen der Zukunft redete. Benedetti war ein friedliebender Mann; er

[1]) Band VI, S. 347 ff.

wäre erfreut gewesen, wenn Frankreich die Vollendung der deutschen Einheit rückhaltlos acceptirt hätte[1]). Er ließ es sich gar nicht träumen, daß er mit seinem Streben nach einem preußischen Versprechen des Verbots der Candidatur für alle Zukunft in Paris einen verhängnißvollen Gedanken angeregt hatte, welcher die Quelle eines entsetzlichen Blutvergießens und eines für sein Vaterland verderblichen Krieges werden sollte.

Seit jenen Gesprächen Benedetti's vergingen mehrere Monate, ohne daß die Hohenzollern von der spanischen Frage weiter etwas vernahmen. In Madrid brachten die Cortes am 1. Juni ihr Verfassungswerk zum Abschluß und erneuerten darauf für Serrano die Vollmacht zur Fortführung der Regentschaft. Im Lande aber ergab sich hieraus keineswegs eine Beruhigung der Gemüther; im Gegentheil, sowohl die Carlisten als die Republikaner rüsteten sich mit verdoppeltem Eifer zum Aufstande. Im Juli erschien der carlistische Prätendent selbst in den baskischen Provinzen und brachte hier und da bewaffnete Banden in Bewegung. Die Regierung schritt aber mit solchem Nachdruck ein, daß nach einigen Wochen die Ruhe hergestellt, und der Prätendent zu schleuniger Flucht nach Frankreich genöthigt wurde. Um so drohender aber nahm sich der wachsende Umfang und Eifer der republikanischen Bewegung aus, so daß die Auffindung des Königs zur Besetzung des seiner harrenden Throns für die provisorischen Machthaber immer dringender wurde. In dieser Lage gab dann Prim dem Eifer Salazar's nach und gewährte ihm die Erlaubniß, persönlich nach Deutsch-

[1]) Vgl. ma mission en Prusse, den großen Bericht vom 5. Januar 1868, besonders Seite 265 ff.

land zu gehn und dem Prinzen Leopold die Erklärung zu bringen, daß, wenn er sich der Berufung geneigt zeige, für seine Wahl auf eine starke Mehrheit der Cortes zu rechnen sei. Prim wies den Abgeordneten zugleich an einen deutschen Bekannten in München[1]), der in der Lage sei, ihn mit dem Fürsten von Hohenzollern in Verbindung zu setzen.

Im tiefsten Geheimniß eilte Mitte September Salazar nach München, wurde durch jenen Bekannten bei dem auf Schloß Weinburg in der Schweiz weilenden Fürsten angemeldet, und von diesem der Empfang bewilligt. Er fuhr darauf bis zu einem dem Schlosse nahegelegenen Ort, wartete hier den Abend ab und schlich sich dann bei Nacht und Nebel unerkannt in Weinburg ein. Der Empfang war freundlich, aber äußerst kühl; der Fürst zeigte geringe Neigung zu der Sache, der Erbprinz sprach ganz bestimmt seine Ablehnung aus. Salazar aber ließ sich so leicht nicht abschrecken, schilderte, wie trefflich alle Aussichten in Spanien seien, freilich komme es bei dem gefährlichen Treiben der Republikaner auf einen raschen Entschluß an, langes Zögern heiße Alles verderben. Er fragte, welche Hindernisse denn im Wege ständen? unter welchen Bedingungen vielleicht ein günstigerer Entschluß zu erhoffen sei? Dies führte zu einer weiteren Erörterung, nach welcher das letzte Wort des Fürsten dem Sinne nach dahin ging: erst wenn die spanische Regierung mir die Überzeugung verschaffte, daß Kaiser Napoleon und König Wilhelm mit der Thronbesteigung meines Sohnes einverstanden wären, erst dann könnte ich die Frage in nähere Erwägung ziehn. Damit mußte Salazar abreisen.

[1]) Ich berichte das zunächst Folgende nach der vor vielen Jahren vernommenen Erzählung dieses Bekannten.

Es ist wieder charakteristisch für die Stellung des Hohenzollern'schen Hauses, daß Fürst Anton bei diesem Anlasse die Befragung des Königs der spanischen Regierung überließ, während jeder wirkliche preußische Prinz ohne allen Zweifel sich beeilt haben würde, seinem souveränen Familienhaupte auf der Stelle Kenntniß von dem Vorfall zu geben. Nicht minder bezeichnend ist es auf der andern Seite, daß Kaiser Napoleon, wie es ein Jahr später Prinz Leopold einem englischen Reporter erzählt hat[1]), über die Sache unterrichtet wurde, damals keine Einsprache erhob und noch weniger eine Andeutung machte, daß sich aus der Frage ein Kriegsfall entwickeln könnte. Dies Verhalten Napoleon's war allerdings begreiflich. Denn die Verhandlung war ja zur Zeit ergebnißlos geblieben, und für den Fall eines künftigen Angebots die Zustimmung Napoleon's zur Bedingung der Annahme gemacht worden. Da eilte es für jetzt mit der Erhebung eines Einspruchs nicht, der, in diesem Augenblicke angemeldet, vielleicht die langjährige Freundschaft des Kaisers mit dem Fürsten getrübt oder auch unnöthige Verhandlungen mit Spanien herbeigeführt hätte.

Als Salazar den Ausgang seiner Sendung in Madrid berichtete, erklärte ihn Prim auf der Stelle für eine zwar höflich formulirte, in der Sache aber bestimmte Abweisung, und setzte im Ministerium bereits am 28. September, seiner frühern Gesinnung entsprechend, eine neue Anfrage an König Victor Emanuel durch, ein Gesuch, die Aufstellung seines jungen Neffen, des Herzogs Thomas von Genua, als spanischen Throncandidaten zu genehmigen. Sofort aber

[1]) Kriegstagebuch William Russell's, deutsch bearbeitet von Schlesinger, Seite 28.

erhoben sich Schwierigkeiten auch hier. Zwar die eben jetzt losbrechende republikanische Empörung wurde binnen einer Woche vollständig überwältigt, und im ganzen Lande Ruhe und Ordnung mit fester Hand hergestellt. Aber die Frage der Königswahl bewirkte eine neue Spaltung der Parteien. Gegenüber der von Prim betriebenen italienischen Candidatur veröffentlichte am 23. October der unermüdliche Salazar eine verbesserte Ausgabe seines Aufrufs zur Erhebung des Erbprinzen von Hohenzollern, und hätte bei seinen Genossen der liberalen Union Anklang gefunden, wenn er sich für die Annahme der Wahl durch den Prinzen hätte verbürgen können. Da dies aber zur Zeit unmöglich war, schien eine dritte Candidatur größere Aussicht zu gewinnen, nämlich die des Herzogs von Montpensier, der sich zwar den Kugeln bei Alcolea nicht hatte aussetzen wollen, jetzt aber sich beeilte, die neue Verfassung anzuerkennen und durch seine Anhänger bei den Cortes seine Wahl zum Könige betreiben zu lassen. Für Prim war dies Alles widerwärtig in hohem Grade. Er hatte mit Montpensier so gründlich gebrochen, daß dessen Thronbesteigung für ihn die politische Vernichtung bedeutet hätte. Dabei stellten sich in Florenz die Aussichten seines Vorschlags unerwartet günstig. Victor Emanuel zeigte sich der Wahl seines Neffen viel geneigter als früher der seines Sohnes. Vor Allem aber wirkte Napoleon, der früher der verjagten Isabella zu Liebe gegen Aosta sich ausgesprochen, jetzt aber Isabella's Sache hoffnungslos erachtete und weder von Montpensier noch von Hohenzollern etwas wissen wollte, mit großem Nachdruck in Florenz für die Candidatur des jungen Thomas, so daß Prim sich in diesem Augenblick durch den starken französischen Einfluß gestützt fand. Auf seine

unionistischen Gegner aber in der Cortes-Versammlung machte dies keinen Eindruck; im Gegentheil, sie wollten sich keinen König durch eine fremde Macht aufnöthigen lassen, und ein ansehnlicher Theil derselben wandte sich eben deshalb Montpensier zu. Alle aber wiesen die Aufstellung des Herzogs von Genua zurück, weil er noch minderjährig sei, und Spanien gerade jetzt eines kräftigen Mannes als Herrscher bedürfe. Sie fanden eine unerwartete Bundesgenossin in der verwittweten Mutter des Prinzen Thomas, einer verständigen und entschlossenen Dame, welche mit fester Entschiedenheit ihren Sohn nicht zu einem so mißlichen Abenteuer hergeben wollte. König Victor Emanuel schwankte lange Zeit. Da aber auch bei den Cortes die Stimmung für die Candidatur sank, erklärte er endlich am 31. December 1869, er sei außer Stande, eine Verfügung gegen den Willen seiner Schwägerin zu treffen, und müsse also Prim's Antrag dankend ablehnen.

So stand man wieder auf dem alten Fleck: ein leerbleibender Thron, ein Königthum ohne König. Der Parteienhader machte die Erhebung eines Einheimischen unmöglich, und mit beleidigtem Stolze sah man durch alle auswärtigen Prinzen die einst weltbeherrschende Krone Spaniens verschmäht. Der feste Zusammenschluß der Progressisten und Unionisten, auf dem die Sicherheit der jetzigen Regierung beruhte, war durch die Kämpfe um die letzte Candidatur gelockert, und Prim hatte es vor Augen, wie in den dadurch gerissenen Furchen der Weizen des ihm Allerverhaßtesten, des Herzogs von Montpensier, blühte. Es war deutlich, daß nichts wichtiger war, als die Wiederannäherung zwischen den beiden liberalen Parteien. Demnach fand jetzt Salazar bei Prim willigeres Gehör als im vorigen Jahre. Er konnte

dem Marschall bemerken, daß Hohenzollern doch nicht endgültig abgelehnt, sondern zunächst von der spanischen Regierung die Erwirkung eines zustimmenden Wortes bei Napoleon und bei König Wilhelm begehrt hatte. Freilich, meinte Salazar, es sei zu fürchten, daß Napoleon einen Hohenzollern zum spanischen Throne nicht zulassen werde. Da aber zeigte sich, daß Prim's Hinneigung zu Napoleon durch die Fruchtlosigkeit der französischen Unterstützung in Florenz erloschen war. Was kann, sagte er, der Kaiser gegen Hohenzollern einwenden? Haben wir uns etwa zuerst an einen preußischen Prinzen gewandt? Sind wir nicht von der ganzen Pariser Presse bei unseren Fehlversuchen grausam verspottet worden? Wenn wir nun dabei überall kein Glück gehabt haben, und es bekannt ist, daß auf dem Herzog von Montpensier und der Republik ebenfalls das Veto Napoleon's ruht: soll deshalb die September-Errungenschaft zu einer steten Unfertigkeit verurtheilt sein? Was kann Frankreich von einem preußischen Prinzen fürchten, der auf dem spanischen Throne sitzt?[1])

Prim dachte, daß Napoleon sich zwar ungnädig melden, zuletzt aber doch den ihm persönlich befreundeten Hohenzollern lieber als den orleanistischen Montpensier an der Spitze der spanischen Regierung sehen würde. Das Ergebniß der Berathung war, daß, im Einverständniß mit Serrano, Salazar im Februar[2]) nochmals nach Deutschland geschickt wurde, um mit den Hohenzollern die im Herbste abgebrochene Unterhandlung wieder aufzunehmen. Zugleich aber empfing er ein

[1]) Salazar, im Vorwort zu einer dritten Auflage seiner Flugschrift, 8. Juli 1870.

[2]) Vers le mois de mars, sagt Gramont, la France et la Prusse, p. 21.

Privatschreiben Prim's an König Wilhelm, das er, wenn möglich, demselben in Berlin selbst übergeben sollte[1]), und einen weiteren Privatbrief an Bismarck[2]), beide natürlich dazu bestimmt, die Ansicht der Empfänger über eine eventuelle Candidatur Hohenzollern zu erforschen und hoffentlich im günstigen Sinne zu beeinflussen. Dringend wurde darin um strenges Geheimniß gebeten, um das Unternehmen gegen feindselige Parteiumtriebe zu sichern[3]). Die ganze Eröffnung war eine außeramtliche[4]): weder der spanische Minister des Auswärtigen, noch irgend ein Mitglied der beiderseitigen Gesandtschaften hatte dabei mitgewirkt oder auch nur Kenntniß davon erhalten[5]).

König Wilhelm war von Anfang an entschlossen, auch seinerseits die Angelegenheit nicht als Staats-, sondern als Familiensache zu behandeln. Er lehnte es ab, Salazar zu empfangen; er gab weder dem Staatsministerium, noch seiner

[1]) Mittheilung des Königs an Benedetti. Benedetti, ma mission en Prusse p. 331. Diese Angaben des Königs hat Benedetti mißverstanden und auf die spätere Unterhandlung im Juni bezogen, was absolut unmöglich ist. Denn es ist gewiß, daß kein spanischer Agent den König in Ems aufgesucht, daß überhaupt der König im Juni von der hinter seinem Rücken verlaufenden Unterhandlung erst nach deren Abschluß etwas erfahren hat, daß er also dem Grafen Bismarck nicht von divers incidents hat Mittheilung machen können, aus dem einfachen Grunde, weil es solche für ihn selbst nicht gegeben hatte, endlich, daß Bismarck die erste Nachricht über das Ergebniß der Verhandlung nach seiner amtlichen Erklärung nicht vom Könige, sondern von einem Begleiter Salazar's erhalten hat. Es ist wichtig, dies festzustellen, weil Benedetti's Mißverständniß schwere Folgen gehabt hat.

[2]) Gramont, l. c.

[3]) Mittheilung Bismarck's an den Bundesrath, bei Hahn, Deutsche Politik 1867 bis 1870, S. 354, und sonst vielfach gedruckt.

[4]) Ebendaselbst.

[5]) Erklärung Prim's bei Benedetti p. 419. Erklärung Rascon's, Gramont p. 19, 365.

Gesandtschaft in Madrid den Auftrag, die Frage in Berathung zu ziehn[1]). Als Familienhaupt berief er die Hohenzollern'schen Herrschaften zur Erwägung, was zu thun sei, wenn einmal das Angebot der spanischen Krone an den Prinzen Leopold erfolgen sollte. Wie es früher und später bei Familienfragen von geringerer Wichtigkeit häufig geschehen ist, zog er den vertrautesten seiner Rathgeber, den Grafen Bismarck, zu den Besprechungen hinzu. Hier blieb nun der Prinz bei der schon 1869 mehrmals an den Tag gelegten Abneigung. Den Standpunkt des Königs haben wir ebenfalls schon im Jahre 1866, und dann im Frühling 1869 bereits kennen gelernt. Er läßt sich dahin bezeichnen, daß er entsprechend dem Hausgesetze die völlige Willensfreiheit des Prinzen in dieser Sache anerkannte; wenn aber der Prinz seinen Rath begehre, so würde er bestimmt gegen das Unternehmen sein, es wäre denn, daß der Prinz einen entschiedenen innern Beruf dazu fühle[2]).

Unter diesen Umständen wäre die Frage sehr schnell erledigt gewesen, wenn nicht Bismarck sich im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen hätte. Über seine Motive bin ich in der Lage, einiges Nähere zu berichten. Am Wenigsten bestimmte ihn dazu ein feindseliger Gedanke gegen Frankreich, oder gar der Wunsch, hier ein Mittel zu gewinnen, um Frankreich zu einer voreiligen Kriegserklärung zu reizen. In noch geringerem Grade als Prim glaubte man in dieser Versammlung an einen entschiedenen Protest oder gar eine

[1]) Benedetti p. 333.

[2]) Vgl. die Mittheilung des eben aus Ems zurückgekehrten Baron Werther an den französischen Minister bei Hahn a. a. O. S. 318, sowie die briefliche Äußerung Wilmowski's, Deutsche Revue, Januar 1894, S. 5.

kriegerische Aufwallung Napoleon's gegen die Candidatur des Prinzen (offenbar nach des Kaisers Verhalten bei der rumänischen Fürstenwahl und bei seinem Schweigen auf die im September erhaltene Mittheilung aus Weinburg). Bei der Erwägung der Candidatur wurde die Frage, ob Frankreich Widerspruch erheben und wie man sich bei einem solchen verhalten würde, gar nicht erwähnt. Bismarck war überzeugt, daß es bei dem Widerwillen Napoleon's gegen Montpensier und bei den zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Karl Anton bestehenden Beziehungen dem Prinzen sehr leicht gelingen würde, gleich nach seiner Wahl Napoleon in Paris zu sprechen und sich mit ihm in bester Freundschaft zu verständigen, was möglich wäre, wenn der Prinz, seiner Stellung gemäß, ganz als Spanier aufträte und seine deutsche Herkunft vergäße.[1]) Dies einmal vorausgesetzt, konnte Bismarck ohne Mühe mannichfaltige, freilich nicht sehr erhebliche Vortheile entwickeln, die bei der Gleichheit der beiderseitigen Interessen für Preußen aus der Herrschaft eines ihm befreundeten Fürsten in Madrid erwachsen würden. Auch war er der Meinung, daß zwar zu Anfang 1869, wo noch die Wogen der revolutionären Aufregung in Spanien hochgingen, die Annahme der Candidatur eine wahnsinnige That gewesen wäre, daß jetzt aber, nach Niederwerfung der beiden Auf-

[1]) Nach der Schlacht von Sedan ritt im Dunkel der Nacht Bismarck mit einem preußischen General nach seinem Quartier. Die Rede kam auf den Ursprung des Kriegs, und Bismarck erzählte die Verhandlung über die Candidatur. Dabei gebrauchte er den Ausdruck, der Prinz hätte Spanier werden und seine deutsche Herkunft vergessen müssen. Er hatte nicht bemerkt, daß der Prinz und einige Offiziere dicht hinter ihm ritten; der Prinz aber rief: „Da muß ich doch bitten; Spanier wäre ich schon geworden, hätte aber nie vergessen, daß ich ein Deutscher bin."

stände, die Regierung sichere Kraft gewonnen habe, und der Eintritt eines tüchtigen Monarchen einen dauernden Erfolg hoffen lasse. Übrigens könne man ja über die Festigkeit der spanischen Zustände noch weitere Erkundigung vor dem endgültigen Beschlusse einziehn.

Wenn Bismarck eine Frage mit Ernst und Ausdauer erörterte, so pflegte er, wie die Welt weiß, starken Eindruck zu machen. Allein dieses Mal verfiel er vor dem Abschluß der Besprechungen einem lästigen Unwohlsein, ging Mitte April nach Varzin und erkrankte dort so heftig, daß ihm für längere Zeit jede Theilnahme an den politischen Geschäften versagt blieb. Mit seiner Entfernung verlor in dem Familienrath die dem spanischen Wunsche günstige Ansicht ihre Vertretung; der König und der Erbprinz verharrten in ihrer ablehnenden Haltung und sandten um den Anfang des Mai ein Telegramm für Prim an die preußische Gesandtschaft nach Madrid[1]), worin der Entschluß des Prinzen, auf ein etwaiges Angebot nicht einzugehn, bestimmt erklärt wurde. Der König betrachtete damit die ihm widerwärtige Sache als abgethan für immer. Bismarck, Ende Mai nach Berlin zurückgekehrt, konnte daran nichts ändern, schrieb aber an Prim, der dringend auch von ihm eine Antwort verlangte, tröstend und auf eine vielleicht bessere Zukunft verweisend, die Candidatur sei eine treffliche Sache, die man im Auge behalten, aber nicht mit der preußischen Regierung, sondern mit dem Prinzen verhandeln müsse[2]).

[1]) Prim's Rede in der Sitzung der Cortes 11. Juni. Das Datum nach einer mündlichen Mittheilung Bernhardi's, damals Militär-Attaché bei der preußischen Gesandtschaft in Madrid.

[2]) Gramont, la France et la Prusse a. a. O. Passé et Présent, p. 88. Chaudordy hat auch von diesem Briefe vernommen, gibt aber

Trotz solcher schönen Möglichkeiten brachte für den Augenblick die fortdauernde Thronvacanz die spanische Regierung in eine äußerst peinliche Lage. Die niedergeschlagenen Factionen faßten frischen Muth; nach der erneuerten Absage Hohenzollerns wuchs die Zahl der für Montpensier werbenden Unionisten, und die große Masse der Abgeordneten, des endlosen Wartens müde, drängte mit steigender Ungeduld nach Hause; die ganze Zukunft des Landes drohte in tiefes Dunkel zu versinken, wenn die Versammlung vor einer Entscheidung der Thronfrage sich auflöste. Einen andern, vielleicht bereitwilligeren Candidaten wußte Prim nicht zu entdecken; der Nothstand wurde verzweifelt, so kam er zu dem kaum weniger verzweifelten Entschlusse, trotz des negativen Ergebnisses aller vertraulichen Sondirungen, einen vierten Versuch bei demselben Candidaten zu machen, und die neue Unterhandlung nicht in Berlin bei der preußischen Regierung zu eröffnen, sondern bei den Hohenzollern'schen Herrn, die sich damals aus Berlin nach Süddeutschland begeben hatten. War es nicht mit König Wilhelm gegangen, so würde es vielleicht hinter dem Rücken des Königs gelingen. Denn darüber hatte ihn Salazar, welcher die hausgesetzliche Stellung des Prinzen kannte, aufklären können, daß in dieser Frage der Prinz eine Erlaubniß des Königs rechtlich nicht bedurfte. Es sollte nicht, wie bisher, Prinz Leopold befragt werden, wie er sich verhalten würde, wenn man ihm die Krone anböte: sondern es sollte jetzt durch die spanische

einen im Einzelnen von der Gramont'schen Mittheilung abweichenden, im Sinne jedoch übereinstimmenden Text. Einen dritten ähnlicher Art liefert ohne Angabe seiner Quelle Bl. Jerrold, life of Napoleon III, vol. IV, p. 456.

Regierung das Angebot unter der bestimmten Verbürgung des bestätigenden Beschlusses der Cortes erfolgen. Dazu war, wie sich versteht, vor Allem die Feststellung der Sicherheit der Königswahl durch die Cortes erforderlich. Zu diesem Zwecke gelang dem Marschall Prim die Erwirkung eines Beschlusses der Cortes, nach dem zur Königswahl die absolute Mehrheit nicht bloß der anwesenden, sondern der vorhandenen Mitglieder, also 273 Stimmen, erforderlich sein sollte. Damit war die Candidatur Montpensier zerschmettert, da sie entfernt nicht auf die Erlangung einer solchen Stimmenzahl rechnen konnte. Kein Mitbewerber stand seitdem noch der Candidatur Hohenzollern im Wege, und Prim, auch jetzt mit Serrano einverstanden, erlangte ohne Schwierigkeit die Zustimmung der einflußreichsten Führer der beiden großen Parteien. Auch mit ihnen wurde strenges Geheimniß vereinbart, aber bei der größern Zahl der Mitwisser sehr unvollständig bewahrt. Am 11. Juni redete Prim ausführlich bei den Cortes über die Thronfolge, um ihre Ungeduld zu beschwichtigen, und zugleich einen Ausdruck ihrer Billigung seines Verfahrens hervorzurufen. Nachdem er die Absagen Portugals, Aostas und Genuas aufgezählt, fuhr er fort: Die Herren Abgeordneten hoffen vermuthlich, daß ich nun einen Candidaten nenne, mit dem ich im Namen der spanischen Regierung unterhandelt hätte. Ich werde nichts sagen, weil dies indiscret sein würde und zu Verwicklungen führen könnte, übrigens habe ich auch mein Ehrenwort gegeben. Die Herren werden ohne Zweifel meine Zurückhaltung billigen. (Ja, ja.) Dieser Candidat erfüllte sicherlich die Bedingungen, deren Spanien bedurfte. Er war nämlich von königlichem Stamme (sic), katholisch und mündig. Aber das Verhängniß hatte

in das Buch unserer Geschichte geschrieben, daß es uns wieder nicht gelingen sollte, einen König zu finden. Der Prinz, ließ man mich mit ebenso viel Zartgefühl als Wohlwollen wissen, könne für den Augenblick nicht die Krone annehmen. Demnach hat die Regierung es für geeignet gehalten, sich an die Cortes zu wenden, um sie zu Schiedsrichtern in der Sache zu machen. Die Regierung ist in ihren Verhandlungen nicht glücklich gewesen; sie hat Ihnen keinen Candidaten für die Krone Spaniens in Vorschlag zu bringen; wenigstens hat sie heute keinen: aber wird sie morgen einen haben? Das ist es, was ich Ihnen nicht sagen kann. Ich kann nur erklären, daß die Regierung von denselben Gefühlen beseelt ist, wie die monarchischen Abgeordneten, und daß für die Regierung noch nicht jede Aussicht verschwunden ist, einen König zu finden. Ohne einen Zeitpunkt feststellen, ohne einen Tag angeben zu wollen, wird die Regierung fortfahren, die Frage mit Vorsicht und Zurückhaltung zu behandeln, bis sie Ihnen einen Candidaten vorstellen kann, der fähig ist, die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten zu bestimmen." Er schloß mit der Erklärung, daß die einstweilige Fortdauer des Interims ein Übel sei, die Regierung aber die Mittel habe, alle daraus etwa entspringenden Gefahren abzuwehren.

Genannt war hier also kein Name, doch bestand darüber unter den Zuhörern kaum noch ein Zweifel. Durch Salazar's Flugschriften, sowie durch Prim's Abreden mit den Parteiführern war damals der Name Hohenzollern weithin bekannt geworden; aller Welt erschien es gewiß, daß Erbprinz Leopold der ablehnende Candidat gewesen. So meldeten es die anwesenden Berichterstatter der Times und der Daily-News nach London, so versicherte es der italienische Gesandte Cerutt

dem Madrider Akademiker Lauser, so hat es mir später Herr von Bernhardi bestätigt, mit der Bemerkung, daß man auf der preußischen Gesandtschaft seit Salazar's erster Schrift die ganze Combination für ein unbedachtsames Abenteuer Prim's gehalten habe. Welchen Candidaten nun Prim für die Zukunft im Sinne habe, darüber mochte außer Prim's Mitwissern jeder Hörer seine Vermuthung bilden, ob nochmals Hohenzollern, ob einen bayerischen oder österreichischen Prinzen, darüber enthielt die Rede keine Andeutung. Von zwei Personen wird man mit Sicherheit annehmen können, daß sie keinen Gedanken an einen neuen Versuch bei Hohenzollern hatten, von dem König Wilhelm, welcher die dreimalige, und von dem Kaiser Napoleon, der jetzt wenigstens eine zweimalige Ablehnung kannte und noch dazu vernommen hatte, daß ohne seine Zustimmung die Hohenzollern einen solchen Antrag gar nicht in Erwägung ziehen würden.

Aber schon drei Tage nach seiner Rede fertigte Prim am 14. Juni den jetzt mit allen Vollmachten der spanischen Regierung versehenen Salazar nach Sigmaringen ab. Dieser fand die Stimmung der Herrschaften erheblich zu Spaniens Gunsten verändert. Wodurch? muß ich dahin gestellt lassen. In Berlin wurde gleich nachher erzählt, Fürst Karl Anton sei schließlich doch zu der Ansicht gekommen, ein König von Spanien habe eine schönere Stellung in der Welt als ein preußischer Stabsoffizier. Oder hätten Bismarck's politische Erwägungen bei den Conferenzen im März, damals von dem Erbprinzen zurückgewiesen, bei weiterem Nachdenken ihm die Annahme der Krone als patriotische Pflicht erscheinen lassen? Wie dem auch sei, dem Andringen Salazar's setzte er nur

noch den Wunsch entgegen, daß die Königswahl um drei Monate aufgeschoben werden möchte[1]). Indeß zeigen die folgenden Ereignisse, daß er darauf nicht bestanden hat. Genug, am 20. Juni entschloß er sich und gab, ohne vorher König Wilhelm's Meinung eingeholt zu haben, dem spanischen Abgesandten sein Wort.

An diesem Tage langte der König zu seiner gewohnten Brunnenkur, nur von einigen Adjutanten und dem Legationsrath Abeken begleitet, in Ems an. Hier empfing er die Mittheilung des Prinzen (einen Act der Courtoisie nannte es Salazar), daß er, durch innern Beruf getrieben, die spanische Krone angenommen habe und den König um den Ausdruck seines Einverständnisses bitte. Der König war völlig überrascht, verhehlte in seiner eigenhändigen Antwort sein Befremden nicht, erklärte aber, daß er einem inneren Beruf des Prinzen keinen Widerspruch entgegensetzen könne[2]).

So schien für Spanien das hartnäckig verfolgte Ziel erreicht, und Prim dachte in den nächsten Tagen die Cortes zur Königswahl aufzufordern. Da trat in Madrid ein unerwartetes Ereigniß ein: bei den Cortes riß die Sehnsucht der Abgeordneten nach dem heimischen Heerde durch alle politischen Bedenken hindurch, und die erlauchte, zur Zeit auf

[1]) Mittheilung des Königs an Benedetti. Ma mission en Prusse. S. 356.

[2]) Vgl. außer den oben angeführten Erklärungen Werther's und Wilmowski's noch Salazar's Vorrede vom 8. und einen Artikel der Kreuzzeitung vom 14. Juli. Thiers, nachdem er erklärt hat, er kenne diese Dinge nach den Mittheilungen der erlauchtesten Personen Europas, erzählt: auf das Schreiben des Prinzen habe der König die wenig bedeutsame Antwort gegeben, Leopold habe Freiheit, anzunehmen oder abzulehnen; er, der König, aber könne ihn gegen die Folgen seines Unternehmens nicht schützen. Enquête parlamentaire, dépositions I, p. 6.

130 Köpfe zusammengeschmolzene Versammlung beschloß am 24. Juni, sich bis zum 1. November zu vertagen. Eine bestimmte Nachricht über den Anlaß der in diesem Augenblick wunderbaren Begebenheit liegt mir nicht vor. Rothan[1]) berichtet, eine falsch chiffrirte Depesche habe damals die vorzeitige Enthüllung des Geheimnisses an den französischen Botschafter bewirkt. Dies erläutert freilich nicht, in wie weit eine solche Depesche die Vertagung der Cortes hätte herbeiführen können, wohl aber ist es klar, daß die Vertagung die weitere Geheimhaltung der Candidatur bis zur Königswahl unmöglich machte, da jetzt Behufs deren Vornahme die Cortes zu einer außerordentlichen Sitzung durch öffentliches Manifest einberufen werden mußten. Am 2. Juli Nachmittags besprachen die Minister mit dem Präsidenten der Cortes die Lage, und Prim empfing darauf am Abend den französischen Vertreter, Baron Mercier de Lostande, um ihn auf die wichtige Nachricht in glimpflicher Weise vorzubereiten.

Die auf seine Erklärung folgenden Äußerungen des Botschafters waren dann in hohem Grade bedrohlich. Prim versicherte, er habe stets nur eine portugiesische oder in zweiter Linie eine italienische Candidatur gewünscht, aber Alles sei fehlgeschlagen; mit Mühe habe er darauf Montpensier und die Republik niedergehalten; aber, sagte er, die Noth wuchs, und da schlägt man uns einen in jeder Hinsicht geeigneten König vor; es ist das letzte Rettungsmittel; ich kann es nicht abweisen. Wie wird der Kaiser es aufnehmen?

Mercier entgegnete ihm zunächst, daß er ihm nicht als Botschafter antworten könne, da er bis jetzt keine andere

[1]) L'Allemagne et l'Italie p. 3.

Weisung als völlige Zurückhaltung habe. Er könne ihm also nur seine persönliche Überzeugung aussprechen; diese aber gehe dahin, daß die spanische Regierung keinen bedenklicheren und gefährlicheren Beschluß hätte fassen können. Die Erhebung eines preußischen Prinzen auf den spanischen Thron, fuhr er fort, muß in Frankreich, bei der heutigen Stimmung der Gemüther gegen Preußen, eine ganz außerordentliche Wirkung hervorbringen. Das Nationalgefühl wird darin eine offene Herausforderung erblicken, und ein Napoleon kann gegen eine solche Erregung nicht gleichgültig bleiben.

Ganz so, wie im Frühling 1869 Napoleon selbst im Gespräch mit Benedetti, redet hier Mercier nicht von einer persönlichen Ansicht des Kaisers, sondern von einem Aufbrausen der öffentlichen Meinung gegen Preußen, welche den Kaiser mit sich fortreißen würde.

Vergeblich meinte Prim, dieser erste Eindruck werde sich bei näherer Überlegung bald verlieren. Nein, erwiderte Mercier, dieses erste Gefühl gehört zu denen, welche eine nationale Regierung immer theilen wird; denn es bricht aus dem Herzen des Volkes hervor. In dieser Bedrängniß sprach Prim ein Wort aus, welches ebenso verhängnißvoll werden sollte, wie Benedetti's Bericht vom 11. Mai 1869. Er sagte: „Mein Trost ist, daß ich diese Candidatur nicht erfunden, ja nicht einmal gesucht habe, man hat sie mir in die Hand gelegt. Einen Augenblick habe ich geglaubt, sie sei fehlgeschlagen wie die andern, ganz so wie ich es den Cortes erzählt habe. Aber da bringt man sie mir fertig entgegen, und in unserer Lage kann ich sie nicht zurückstoßen."

Er hatte, wie wir wissen, die Candidatur aus den Händen Salazar's und der liberalen Union empfangen, und

erst nach wiederholten Zurückweisungen in Lissabon und Florenz sich nothgedrungen darauf eingelassen. Aber einen ganz andern Sinn hörte Mercier aus seinen Worten heraus.

„Oh," rief er, „ich habe seit ziemlich langer Zeit bemerkt, daß Herr von Bismarck sich in Euere Angelegenheiten einzudrängen sucht, und Ihr werdet einräumen, daß, wenn er nicht großen Gewinn davon erwartete, er ein so hohes Spiel nicht wagen würde."

Prim fiel ein: „Ihr täuscht Euch. Die Vorschläge sind von hier gekommen. Weder mit Herrn Bernhardi noch mit Herrn von Canitz (dem norddeutschen Gesandten) habe ich jemals über Politik gesprochen."

„Und die preußische Escadre, deren Herkunft man Euch gemeldet hat?" fragte Mercier.

„Davon weiß ich kein Wort," erklärte Prim, „sicher ist, daß, wenn wir diese Gelegenheit nicht ergreifen, Montpensier oder die Republik über uns kommt, die ich hasse wie die Hölle." —

— „Nun wohl, dann Montpensier."

— „Wie? der Kaiser sollte Montpensier einem Hohenzollern vorziehn?"

— „Er hat es mir nicht gesagt, aber ich zweifle nicht daran, der Kaiser ist vor allem Franzose."

Am folgenden Morgen sandte Mercier ein kurzes Telegramm und dann einen ausführlichen Bericht über diese Unterredung nach Paris. Noch hielt er die Sache nicht für völlig entschieden. Am Schlusse des Berichts bemerkte er, in der Stadt sei das Gerücht von der Annahme einer deutschen Candidatur verbreitet; ein Abgeordneter erzähle ihm, wahrscheinlich werde eine außerordentliche Sitzung der

Cortes zum August einberufen werden. Er selbst werde fortfahren, mit aller Kraft auf Prim einzuwirken.

Allein schon am 4. Juli beschloß unter dem Vorsitz des Regenten Serrano der Ministerrath, den Erbprinzen Leopold amtlich als Candidaten der Regierung anzuerkennen und die Cortes zur Königswahl auf den 20. Juli einzuberufen.

Überblicken wir hier am Schlusse der langen Verhandlung ihre entscheidenden Momente.

Der erste Erfinder und Verkünder der Candidatur Hohenzollern war kein Preuße, sondern der spanische Staatsrath Salazar. Für Gramont's Bemerkung, daß er zweifellos auf preußischen Antrieb gehandelt habe, daß er preußischer Agent gewesen, ist nie ein Beweis versucht, geschweige denn erbracht worden.

Prinz Leopold hat niemals den Besitz der spanischen Krone erstrebt. Im Gegentheil, er hat die aus Madrid ihm zugekommenen Anerbietungen drei Mal abgelehnt und erst beim vierten Antrag seine Einwilligung gegeben.

Er war nach dem Hohenzollern'schen Hausgesetz in dieser Angelegenheit vollkommen selbständig und freier Herr seines Entschlusses; er bedurfte einer Erlaubniß des Königs weder zur Annahme noch zur Ablehnung des Antrags. Daß die Meinung des Königs bei ihm von Gewicht war, ist dagegen kein Widerspruch.

Von der ersten Anfrage im Frühling 1869 und deren Ablehnung hat der König Kenntniß erhalten, sie gebilligt und Bismarck vertraulich mitgetheilt. Von dem zweiten Angebot in Weinburg und dessen vorläufiger Ablehnung hat Fürst Anton dem Kaiser Napoleon Nachricht gegeben, König Wilhelm aber und Bismarck sind erst später davon unterrichtet worden.

Das dritte Angebot, Frühling 1870, erschien in Gestalt von Briefen Prim's an König Wilhelm und an Bismarck, ausdrücklich von ihm als Privatschreiben ohne amtlichen Charakter bezeichnet, unter der Bitte strengster Geheimhaltung. Der König berieth die Frage in einem Familienrath mit den Hohenzollern, woran er Bismarck Antheil nehmen ließ. Das Ergebniß war die Ablehnung des Vorschlags durch den König und den Prinzen, und ein Privatbrief Bismarck's an Prim, worin er die Candidatur für eine an sich gute Sache erklärte, die jedoch mit der preußischen Regierung nicht zu verhandeln sei.

Darauf folgte im Juni das vierte Angebot, durch die spanische Regierung direct an den Prinzen, ohne Vorwissen des Königs, sowie die Annahme des Antrags durch den Prinzen ohne Befragung des Königs, obgleich dessen entgegengesetzte Ansicht ihm längst bekannt war.

Dies also war die nach französischem Argwohn von langer Hand her eingeleitete preußische oder Bismarck'sche Intrigue, um Frankreich in seiner Ehre zu kränken und dadurch zu einer voreiligen Kriegserklärung zu reizen.

2. Capitel.

Der Verzicht des Prinzen von Hohenzollern.

Im Laufe des 3. Juli erhielt das französische Ministerium des Auswärtigen zwei kurze Telegramme aus Madrid; das eine von Mercier: die Affaire Hohenzollern ist weit vorgeschritten, wenn nicht schon entschieden, Prim hat es mir selbst gesagt; das andere durch die (schlecht unterrichtete) Agentur Havas: die Regierung hat beschlossen, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die spanische Königskrone anzubieten, eine Deputation ist zu diesem Zweck nach Deutschland abgereist. Mercier's Telegramm zeigt, daß „die Affaire Hohenzollern" eine dem Minister Gramont längst bekannte Sache war.[1]) Nun hatte Kaiser Napoleon im März 1869 den Grafen Benedetti persönlich angewiesen, die französische Nation würde diese Wahl nicht ertragen, man müsse sie also verhüten. Mercier, sahn wir, kannte diese Intention des Kaisers, hatte aber nicht die entsprechende Weisung, die Wahl zu verhüten, sondern absolute Zurückhaltung zu beob-

[1]) Dasselbe zeigt ein Satz in Mercier's Bericht. Prim hätte das Gespräch mit der Ankündigung einer peinlichen Mittheilung begonnen, und ich, fährt Mercier fort, wußte sofort, worauf er hinaus wollte.

achten. Warum dies? Hatte man nach der zweimaligen Ablehnung die Annahme der Krone ohne vorherige Zustimmung Napoleon's für unmöglich gehalten, und sich deshalb eine unangenehme und überflüssige Verhandlung mit Spanien ersparen wollen? Oder war Gramont im Stillen anderer Gesinnung als Napoleon, und wünschte die Wahl eben deshalb zuzulassen, weil das französische Volk sie nicht ertragen, weil sie ein Mittel sein würde, die Massen aus ihrer trägen Friedensliebe emporzureißen? Wer will es entscheiden?

Sicher ist es, daß in demselben Moment, in welchem die Nachricht einlief, seine Auffassung derselben fest stand. Die Candidatur war selbstverständlich eine preußische Erfindung, eine weither angelegte Intrigue Bismarck's zur Herstellung des Weltreichs Kaiser Karl's V. Der Mangel jegliches Beweises kam Gramont schwerlich zum Bewußtsein; seine erregte Phantasie erzählte ihm die wildesten Geschichten, die ihm sogleich nach ihrer Erfindung bei der Schwäche seines kritischen Urtheils als wirklich erlebte Thatsachen erschienen. Man fühlte, schrieb er in einer seiner Circulardepeschen, daß es sich hier nicht um einen Willensact der ritterlichen spanischen Nation, sondern um ein Treiben der scrupellosen Berliner Politik handelte. In diesem so vorausgesetzten preußischen Plane, einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu erheben, sah er dann einen Eingriff in Frankreichs Lebensinteressen, eine Bedrohung seiner hundertjährigen Machtstellung, und damit eine blutige Verletzung der nationalen Würde und Ehre, wofür Preußen eine volle und öffentliche Genugthuung zu leisten habe. Ich will nicht sagen, daß Gramont schon jetzt entschlossen gewesen wäre, den Krieg mit Preußen auf alle Fälle unvermeidlich zu machen. Zunächst

war er von der Unbesiegbarkeit des französischen Heeres und von deren Anerkennung durch alle Welt so gründlich überzeugt, daß er bei König Wilhelm und Bismarck nach einer ernsten Kriegsdrohung feindlichen Trotz für ganz undenkbar, wohl aber eine reuige Unterwerfung Preußens unter die Gebote der muthigen und genialen Diplomatie Frankreichs für äußerst wahrscheinlich hielt. Allerdings, käme es dennoch anders, wäre Bismarck verblendet genug zum Widerstande, dann würde der französische Kanonendonner über Deutschland dahin rollen müssen.

Ohne Zeitverlust schritt er an das Werk.

Unmittelbar nach dem Empfang der beiden Telegramme am 3. Juli beauftragte er, da Benedetti beurlaubt war, den Geschäftsträger Le Sourd in Berlin, die preußische Regierung über die Candidatur zu interpelliren. Wir erfahren, sagte er, daß Prim durch eine Deputation dem Prinzen von Hohenzollern die spanische Krone angeboten, und dieser sie angenommen hat. Wir können nicht ohne Überraschung einen preußischen Prinzen nach dem spanischen Throne streben sehn. Wir würden uns freuen zu hören, daß das Berliner Cabinet dieser Intrigue fremd ist; für den entgegengesetzten Fall will ich heute nur bemerken, daß der Eindruck sehr übel wäre; reden Sie in diesem Sinne.

Als er dies telegraphirte, hatte er Mercier's Bericht noch nicht erhalten. Er wußte also noch nicht, daß der Prinz bereits angenommen hatte, setzte es aber ebenso unbedenklich voraus, wie ein nie dagewesenes Streben des Prinzen nach der spanischen Krone.

Schlimmer aber war sein zweiter Schritt an demselben Tage, bei demselben Mangel sicherer Kunde über die Sach-

lage. Das Telegramm Havas hatte bereits in Paris eine große Erregung veranlaßt; Gramont beeilte sich, sie durch zwei officiöse Mittheilungen, die im Constitutionel am 4. veröffentlicht wurden, zum Sturme zu steigern. Die erste wiederholte den Inhalt des Telegramms Havas, mit dem Zusatz, noch wisse man nicht, ob der Vorfall nur auf einer persönlichen Intrigue Prim's beruhe, oder ob die spanische Nation diesen Schritt bestätigt oder anräth. Im letztern Falle müßten wir ihn mit der Achtung betrachten, welche der Wille einer ihr Geschick regelnden Nation einflößt. Aber auch dann könnten wir ein Gefühl des Erstaunens nicht unterdrücken, wenn wir das Scepter Karl's V. einem preußischen Prinzen, dem Enkel einer Prinzessin Mürat, deren Name nur durch traurige Erfahrungen an Spanien geknüpft ist, anvertraut sähn.

An dem officiellen Ursprung dieses Artikels ist um so weniger zu zweifeln, als er völlig bestimmt das gleich nachher befolgte Programm der Regierung ausspricht. Wir respectiren Spaniens Willen, aber wir verhindern seine Erfüllung durch unsern Druck auf Preußen. Verwunderlich ist bei dem Minister eines Bonaparte der letzte Satz, der den Prinzen Leopold den Spaniern durch die Erinnerung an dessen Verwandtschaft mit den Bonaparte's verdächtig zu machen sucht.

In einem zweiten Artikel wirft derselbe Mitarbeiter des Blattes die Frage nach dem Ursprung der preußischen Candidatur auf und erinnert an die Gerüchte, die im Jahre 1868 die französischen Zeitungen erfüllten, allerdings von den Berlinern sogleich dementirt wurden, daß Bismarck die Häupter der spanischen Mißvergnügten zum Sturz der Königin Isabella aufgefordert und sie bei der September-Revolution

durch reiche Geldmittel unterstützt hätte. Zunächst sollte er darauf die Candidatur des unbeliebten Montpensier vorgeschoben haben, um nach deren Niederlage die preußische an die Stelle zu setzen u. s. w. Was ist, fragte der Schreiber, von diesen Gerüchten wahr? Bildet das heutige Ereigniß nur ein Glied in der Kette jener in ganz Europa erzählten Thatsachen?

Die gewaltige Wirkung dieses Doppelsignals werden wir sogleich kennen lernen.

Kaum war es durch den Constitutionel für ganz Frankreich hinausgegeben worden, so erhielt Gramont aus Berlin die telegraphische Antwort Le Sourd's. Der Geschäftsträger hatte, da Bismarck noch in Varzin weilte, auf seine Frage von Herrn von Thile die einfache und bündige Erklärung empfangen, von dieser Affaire wisse die preußische Regierung absolut nichts, sie existire für sie nicht (man sei also nicht im Stande, über etwaige Verhandlungen der spanischen Regierung mit dem Prinzen Leopold Auskunft zu ertheilen)[1]). Sonderbar genug nimmt sich in Le Sourd's Depesche der unmittelbar folgende Satz aus: Thile hat nicht bestimmt behauptet, daß seine Regierung von der Verhandlung und ihrem Ergebniß nichts gewußt habe. Wer von einer Sache überhaupt nichts weiß, kennt doch auch die darüber geführte Verhandlung nicht.

So hatte Gramont die Bestätigung dessen erhalten, was er noch Tags zuvor gerne zu glauben vorgegeben hatte. Man sollte meinen, der Weg wäre ihm, wenn er nicht für einen Friedensstörer gelten wollte, sehr einfach vorgezeichnet

[1]) Die eingeklammerten Worte fehlen bei Le Sourd; sie finden sich in Bismarck's Bericht an den Bundesrath vom 16. Juli.

gewesen: eine Erklärung seiner Genugthuung über Thile's amtliche Versicherung, daß das preußische Cabinet der Sache fremd sei; ein höflicher aber bestimmter Ausdruck der Überzeugung, daß die Candidatur mit Frankreichs Interessen unvereinbar sei und unter den gegebenen Umständen die öffentliche Meinung in Frankreich auf gefährliche Art reizen würde; hienach der Wunsch, daß die preußische Regierung, deren Einfluß auf den Hof von Sigmaringen außer Zweifel stehe, vermittelnd einwirken, oder sich einverstanden erklären möge, daß die Sache einer Conferenz der Großmächte zur Beurtheilung vorgelegt werde.

Bei der uns bekannten Gesinnung des Königs und des Prinzen wäre damit die Candidatur sofort erledigt gewesen.

Allein, was Gramont gestern eine erfreuliche Nachricht genannt hatte, Thile's Erklärung über Preußens Nichtbetheiligung an der Candidatur, war heute eine planmäßige Lüge, eine höhnende Antwort, das Bestreben eines ertappten Intriguanten, seine Schuld in Dunkel zu hüllen und jede Erörterung derselben zu vermeiden. Es schien ihm unter seiner Würde, die Correspondenz mit dem preußischen Cabinet fortzusetzen. Statt dessen sandte er an den in Ems seiner Kur lebenden König ein drohendes Wort. Als der preußische Botschafter Baron Werther, ein alter Bekannter des Ministers aus der Wiener Zeit, sich von ihm verabschiedete, um dem König in Ems aufzuwarten, forderte ihn Gramont nachdrücklich auf, dem Könige die Gefahr der Lage vorzustellen; denn nimmermehr werde Frankreich an seinen Grenzen einen Zustand dulden, der seine Sicherheit verletze.

Am 5. Juli erscholl der vom Constitutionel angegebene Ton aus der Pariser Zeitungspresse mit verstärktem Wider=

hall in allen Klangfarben zurück. Gemäßigte Blätter wie der Temps und das Siècle ergingen sich in der Ausmalung, daß die Thronbesteigung eines preußischen Prinzen in Madrid Frankreich in eine schlimmere Lage zurückwerfen würde, als sie zur Zeit Karl's V. gewesen. Die Hohenzollern, rief schon in heftigerem Tone der Rappel, erstreben die Weltherrschaft wie Karl V.; nicht zufrieden mit der Eroberung Deutschlands, wollen sie Europa unterwerfen; es wird eine ewige Schmach für unsere Zeit sein, daß ein solcher Plan, wir sagen nicht, in Angriff genommen, daß er nur ausgeheckt werden konnte. Während dieses Gelärms empfing Gramont aus Madrid die Nachricht, daß die Cortes zur Königswahl auf den 20. Juli einberufen seien; seine Unruhe wuchs, also nur noch vierzehn Tage hatte er vor sich, um die Wahl zu verhindern, und nicht einer vollendeten Thatsache gegenüber zu stehn.[1] Hier also, meinte er, sich eilen und gleich mit mächtiger Stimme dem preußischen Übermuth Einhalt thun zu müssen. Es machte ihm keinen Eindruck, daß jetzt auch Mercier's Bericht vom 3. in seine Hand kam, und er dort im Einklang mit Thile's Erklärung Prim's Aussage las, daß er nicht von Bismarck, sondern von Spaniern den Antrag auf die Candidatur Hohenzollern erhalten habe. Gramont sah auch darin nur eine heuchlerische Verhüllung der Wahrheit und erzählte seinen Collegen, Mercier habe berichtet, den Spaniern sei die Candidatur von Außen entgegengebracht worden. Auch in der Kammer waren die Geister bereits in lebhafter Bewegung. Einige Deputirte aus dem linken

[1] In Brüssel hatte 1831 der Congreß die Wahl des Herzogs von Nemours zum König der Belgier beschlossen, was aber Louis Philippe nicht hinderte, sie abzulehnen.

Centrum brachten unter der Führung eines Herrn Cochéry eine Interpellation über die Candidatur Hohenzollern ein. Für Gramont verstand es sich von selbst, daß sie ohne Zaudern beantwortet werden müsse, wie mangelhaft man auch selbst unterrichtet sein mochte; es fiel ihm nicht ein, etwa erst Werther's Antwort aus Ems über die Absichten König Wilhelm's abzuwarten: nein, es galt, der im Dunkeln schleichenden Wühlerei Bismarck's wie bisher in der Presse, so jetzt in der Volksvertretung den gebietenden Willen Frankreichs entgegen zu halten. Er fand sich in diesem Augenblicke durch die auch im Auslande allgemeine Mißbilligung der Candidatur Hohenzollern getragen: bei der so sicher auftretenden französischen Behauptung glaubte man überall, die Candidatur sei eine Erfindung Bismarck's; in Deutschland spottete man wohl über die thörichte Aufregung in Paris, mit der man schwere Gefahren aus der Besteigung des schwankenden spanischen Throns durch einen kleinen deutschen Prinzen herauswachsen sah, fragte eben deshalb aber auch, welche Vortheile Preußen dort erwarten könne, und ärgerte sich, daß wegen einer so thörichten Sache der europäische Friede in Gefahr geriethe. Vollends die schwäbischen Republikaner und die bayerischen Ultramontanen jubelten, daß Bismarck hier sich einmal gründlich festgefahren habe, und riefen den französischen Parteigenossen lebhaften Beifall zu. Die europäischen Großmächte aber, ohne gerade die Heftigkeit der französischen Bewegung zu billigen, mahnten doch sämmtlich in Berlin, die nicht ganz unberechtigten Gefühle Frankreichs zu schonen.

Ein wahrhaft friedliebender Staatsmann hätte, wie gesagt, aus dieser Sachlage den Schluß gezogen, daß es keine

Schwierigkeit machen würde, die unliebsame Candidatur auf diplomatischem Wege zu beseitigen; vor Allem würde er sich gehütet haben, die allgemeine Gunst des Auslandes durch unbesonnene und herausfordernde Schritte zu verscherzen.[1]) Aber bei Gramont war für eine so einfache Überlegung kein Raum. Im Gegentheil: alle Mächte, dachte er, sind auf unserer Seite, also vorwärts mit doppelter Energie, um die von Preußen versuchte Beleidigung zu strafen. Gleich am 6. Juli trat im Laufe des Vormittags der Ministerrath unter dem Vorsitze des Kaisers zusammen, um die amtliche Erklärung auf die Interpellation Cochéry festzustellen.

Über den Verlauf seiner Erwägungen liegen verschiedene Angaben vor, die wir hier kurz wiederholen müssen.

Gramont erklärte der parlamentarischen Untersuchungscommission von 1872, daß in seinem Entwurf der Erklärung der letzte, den Krieg drohende Satz nicht gestanden habe, daß er im Ministerrathe hinzugefügt worden sei, und daß er, Gramont, die so gefaßte Erklärung wörtlich genau in der Kammer vorgetragen habe.[2])

Er also, muß man folgern, habe mehr als die übrigen Mitglieder des Kronraths, in friedfertiger Weise vorgehen wollen. Nach dem unglücklichen Ausgang des Kriegs hat

[1]) Gramont sagt, dies sei für ihn unmöglich geworden dadurch, daß Preußen erklärt habe, sich auf keine Unterhandlung einzulassen. Daß Thile's Antwort an Le Sourd dies nicht enthält, liegt auf der Hand; Gramont beruft sich denn auch hauptsächlich auf Äußerungen des preußischen Botschafters in London und verschweigt, daß diese erst später, auf Grund einer Bismarck'schen Weisung vom 8., gethan wurden.

[2]) Dépositions I, 90, 91.

er ein stattliches Buch geschrieben, um ein gleiches Verhalten für den ganzen Verlauf der Krisis nachzuweisen.

Seine obige Erzählung wird ergänzt durch ein nach dem Sturze Napoleon's geschriebenes anonymes Buch, nach welchem der ministerielle Entwurf durchaus friedfertig gewesen, dann aber durch herrisches Eingreifen des Kaisers an der entscheidenden Stelle zu einem Kriegsmanifeste umgearbeitet worden sei.

Die Unwahrscheinlichkeit dieser Angabe liegt zu Tage. Es war nach dem Ende des Kaiserreichs der Brauch in Paris, alles Unheil des Krieges auf die Schultern Napoleon's zu wälzen. Wenn der kampflustige Schlußsatz wirklich erst im Ministerrath hinzugefügt worden, so ist damit noch nicht gesagt, daß es auf Napoleon's Befehl geschehn. Es widerspräche dies überhaupt dem brütenden, unentschlossenen, stets scharfe Wendungen vermeidenden Charakter des Kaisers, und vor Allem dem Umstande, daß er damals wieder an einem neuen schweren Anfall seines Blasenübels litt, unter dessen Schmerzen, wie wir schon früher bemerkten, sein Ruhebedürfniß gesteigert, seine Urtheils- und Willenskraft halb betäubt war.[1]) In einer solchen Verfassung sollte er die widerstrebenden Minister durch schroffen Befehl zu einer kaum verschleierten Kriegserklärung fortgerissen haben?

Es fehlt aber auch nicht an positiver Bezeugung des Gegentheils.

[1]) Nach dem Zeugniß der Palastdame Frau Carette, II, 123, hatte soeben, am 2. Juli, eine große Consultation der berühmtesten Ärzte, Ricord, Faurel, See, Nelaton und Corvisart, stattgefunden. Die Papiers de la famille impériale II, 59 enthalten ein Gutachten des Professors See vom 3. Juli 1870, wonach Napoleon an gichtischen Schmerzen, Hämorrhoiden und seit fünf Jahren an einer schweren Blasenkrankheit litt.

Thiers, damals mit Ollivier auf vertrautem Fuße, versichert[1]), Ollivier war entschieden für den Frieden, und auch der Kaiser dazu geneigt. Er soll in jener Zeit an Willenskraft verloren haben, und überhaupt war er unsicher in seinen Ansichten und zauderte lange vor jedem Beschlusse.

Noch entscheidender jedoch ist das Zeugniß des Kriegsministers Leboeuf vor der Untersuchungscommission. Was hätte diesem unseligen Manne und ebenso seinen Hörern Ende 1871 erwünschter sein können, als der Nachweis, daß der gefallene Kaiser der Urheber des verhängnißvollen Kriegs gewesen?

Leboeuf aber sagt aus[2]): „Die Meinungen im Ministerrath über den Entwurf der Erklärung waren getheilt; mehrere Mitglieder, mit dem Inhalt sonst einverstanden, fanden die Form zu scharf. Es sei mir erlaubt, zu sagen, daß auch der Kaiser dieser Meinung war. Man milderte also die Ausdrücke. Aber bei unserer Ankunft in der Kammer fanden wir unter den Abgeordneten eine große Aufregung und ein überreiztes patriotisches Gefühl. Wir ließen uns fortreißen, und die ursprüngliche oder doch eine sich annähernde Redaction wurde von der Rednerbühne verlesen. Ob man [Gramont] die beiden Texte mitgebracht hatte, oder ob die Milderungen zwischen die Zeilen des ursprünglichen eingetragen waren, weiß ich nicht; auch erinnere ich mich nicht mehr, ob einige der gemilderten Stellen zur Vorlesung gekommen sind. Wir adoptirten eine Redaction, welche man würdiger und der öffentlichen Stimmung entsprechender fand."

Leboeuf bezeugt also nicht bloß die Friedensliebe des Kaisers, sondern auch ein eigenmächtiges Verfahren Gramont's,

[1]) Dépositions I, 8.

[2]) Dépositions I, 46.

an dem er selbst sich betheiligt hat. Der Kaiser beantragte glimpfliche Formen, Gramont strebte nach einer Demüthigung Preußens. Als ihm in einer späteren Sitzung der Untersuchungscommission Leboeuf's Aussage (ohne Nennung ihres Urhebers) vorgehalten, und er befragt wurde, was er dazu sage, rief er aus: mein Gott, diese Frage ist mir nicht angenehm — und brachte dann mühselig, brockenweis, die oben mitgetheilte Erklärung zu Stande.

Über das Ergebniß kann kein Zweifel bestehn: nicht der Kaiser, sondern Gramont ist es, der am 6. Juli durch seine eigenmächtig vorgetragene Rede im Namen Frankreichs den Krieg heraufbeschworen hat.

Ehe wir sie vorlegen, werfen wir einen Blick auf die Hörer und Leser, für die sie bestimmt war.

Bereits hatten die Zeitungen vom 4. und 5. Juli eine starke Wirkung im Lande hervorgebracht. So eifrig damals das französische Volk nach seinen materiellen Interessen die Erhaltung des Friedens wünschte, so rollte doch unverändert in ihm das alte gallische Blut mit seinem lebhaften Ehrgefühl und seiner reizbaren Eitelkeit. Kaum Einen unter den Millionen hatte es gegeben, der nicht die Verdunklung des Ruhms von Solferino durch den doppelten Glanz von Sadowa wie eine persönliche Wunde empfunden hätte. Dann kamen die unaufhörlichen Erörterungen der Opposition über Napoleon's kurzsichtige Politik, welche die preußische Einheit Deutschlands und damit eine tiefe Erniedrigung Frankreichs zugelassen habe. Es folgten darauf die Forderungen des Marschall Niel auf Verdoppelung der Militärlast zum Schutze gegen die gewaltige Macht und die umhergreifende Habsucht Preußens. Das Alles erweckte eine stets wachsende

Abneigung gegen den preußischen Namen. Noch war es eine Minderheit unter den Liberalen, die sich dadurch zum offenen Eifer zum Kriege fortreißen ließ. Aber auch die Stimmung der Mehrheit würde man sich etwa dahin bezeichnen können: wir wollen Frieden und freuen uns, daß unsere Regierung seit dem Januar die Sicherheit des Friedens verkünden konnte: freilich, wenn diese hochmüthigen Preußen sich einmal gegen uns den geringsten Unglimpf erlauben sollten, so würde ganz Frankreich sich erheben wie Ein Mann und sie zu Staub zermalmen. Und nun kamen, Schlag auf Schlag, wie schmetternde Trompetenstöße, die Nachrichten, daß Preußen seit lange in Spanien gegen Frankreich heimlich arbeite, daß es jetzt offen die Hand nach der Krone Kaiser Karl's V. ausstrecke, daß es damit eine schwere Gefahr und Ehrverletzung für Frankreich vorbereite. Es war kein Wunder, daß sofort schwere Besorgniß die Massen der Bevölkerung erfüllte: die Zahl der Kampflustigen stieg, die Presse der größeren Provinzialstädte ließ heftige Kriegssignale erschallen.

Natürlich war die Aufregung am heißesten in Paris, wo der Einfluß der Regierung, der Generale und der Prälaten, der Zeitungen und der Parteien am Schnellsten und Unmittelbarsten fühlbar wurde. In der Kammer sah die äußerste Rechte, die Gruppe der Arkadier, das Ziel ihrer heißen Sehnsucht erreicht, einen Anlaß zum Kriege gegen Preußen, der das sinkende Ansehn der Dynastie wieder auf glänzende, unbeschränkte Höhe erheben sollte. Da die Regierung selbst auf solche Wege einlenkte, konnten sie die stets unterwürfige Rechte und einen Theil des rechten Centrums fortzureißen hoffen. Aber auch auf der liberalen Seite gab es stürmische

Männer von dem Schlage des Herrn von Keratry, die ohne dynastische Erwägungen gegenüber dem preußischen Treiben ohne Weiteres zum Schwerte zu greifen wünschten. Nur ein Theil des linken Centrums hielt noch an der Hoffnung auf Frieden; zu bestimmtem Widerspruch gegen eine kriegerische Politik entschlossen war nur die äußerste Linke.

So war die Versammlung beschaffen, in der am Nachmittag des 6. Juli Gramont und Ollivier zur Beantwortung der Interpellation Cochéry erschienen. Eine athemlose Spannung herrschte bei allen Parteien; die Tribünen waren überfüllt von Diplomaten, Offizieren, hohen Beamten, vornehmen und eleganten Damen.

Gramont nahm das Wort. Es sei wahr, begann er, daß Prim dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die spanische Krone angeboten, und dieser sie angenommen habe. Aber das spanische Volk habe sich noch nicht ausgesprochen, die Details einer Unterhandlung, die man uns verborgen hat (Bewegung in der Kammer), seien noch unbekannt, eine Erörterung derselben könne also zu nichts führen, und die Regierung bitte, sie zu vertagen.

So weit war Alles wahr und gut, und man sollte denken, nach der einleuchtenden Richtigkeit des letzten Satzes hätte der Redner die Erörterung nicht selbst eröffnet. Gramont aber fuhr fort, zunächst mit einer Huldigung vor der Souveränität des spanischen Volkswillens, dessen Entscheidung Frankreich stets respectiren werde, und mit der gründlich unwahren Erklärung, daß Frankreich jeder Einwirkung auf die bisherigen Candidaturen sich enthalten, und bei keiner derselben Bevorzugung oder Abneigung gezeigt habe. Und nun folgte die Hauptsache:

„Aber die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolks verpflichtet uns nicht, zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Kaiser Karl's V. setzt, dadurch zu unserm Schaden das bestehende Gleichgewicht Europas stört (lebhafter Beifall) und Frankreichs Interessen und Ehre verletzt. (Neuer Beifall. Anhaltendes Bravo.) Dieses Ereigniß, wir hoffen es fest, wird sich nicht vollziehn. Um es zu verhindern, rechnen wir auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volks. Sollte es anders geschehn, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und die der Nation (Zuruf), wir würden dann unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen!"

Ein unerhörter Sturm eines tobenden Beifalls bricht bei diesen Schlußworten los; zwei abweichende Stimmen werden auf der Stelle erstickt; der Minister wird auf dem Wege von der Rednertribüne zu seinem Sitze von stets sich wiederholenden Beifallssalven und Glückwünschen begleitet. Alle Welt ist in Bewegung. Die Zuhörer klatschen, die Damen lassen die Schnupftücher flattern, die Männer schreien Hurrah. Der Tumult ist unbeschreiblich.

In der That, Gramont konnte sich einer beispiellosen Leistung rühmen. In einem Athem seine Unkenntniß der vorgekommenen Unterhandlung erklären, über das Geheimniß derselben Beschwerde erheben, und dann mit kategorischer Sicherheit einer fremden Macht wegen ihres zur Zeit nicht bloß unbekannten, sondern bereits amtlich dementirten Verhaltens die offene Kriegsdrohung in das Gesicht schleudern: dergleichen war wahrlich noch nicht dagewesen. Auch hatte die Kammer die Überzeugung, welcher Crémieux rückhaltlosen

Ausdruck gab, daß der Herzog nichts Anderes als einen Kriegsfall gegen Preußen habe bezeichnen wollen, so daß Ollivier, welchem eine solche Haltung doch unrathsam erschien, mäßigend einschritt und nachdrücklich erklärte, die Regierung wünsche keineswegs den Krieg; sie wolle leidenschaftlich den Frieden, aber den Frieden mit Ehre. Natürlich war durch solche Worte Gramont's große That nicht auszulöschen. Die anwesenden Diplomaten waren von dem Eindruck auf das Tiefste erschüttert. Ist ein solches Benehmen, fragten sie sich, das Erzeugniß eines festen Entschlusses zum Krieg oder nur der Unerfahrenheit Ollivier's und der Unfähigkeit Gramont's? Einig waren sie sämmtlich darüber, daß jede auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Unterhandlung, jede internationale Vermittlung durch Gramont's insultirende Drohung auf das Höchste erschwert, wenn nicht unmöglich geworden sei.

In Paris pflanzte sich unterdessen der Lärm, welchen Gramont in der Kammer wachgerufen, durch sämmtliche Schichten und Parteien der Bevölkerung fort. Die Zeitungen aller Farben wetteiferten in kriegerischem Patriotismus.[1]) Die Ehre ist gerettet, rief der Gaulois, zum ersten Male hat dies Ministerium die einzige Frankreichs würdige Sprache gesprochen; kann der Friede erhalten werden, desto besser; kommt es zum Kriege, noch besser. Ein anderes Organ der Linken, die Opinion Nationale, verkündete: bleibt die Regierung bei ihrer hohen und festen Sprache, so hat sie die ganze Nation hinter sich; Bismarck überschreitet alle Grenzen; will er Frieden, so muß er zurückweichen; wir können es nicht

[1]) Vgl. Giraudeau, la vérité sur la campagne de 1870.

mehr. Der ultramontane Univers erklärte, heute seien die Minister die besonnenen Organe des gesammten Volkes gewesen; das mögen Majestät Wilhelm und Herr von Bismarck wissen. So ging es durch alle Tonarten hindurch, und wenn die äußerste Linke, die Republikaner und Socialisten nicht einstimmten, so geschah es, nicht um Preußen zu vertheidigen, sondern um die Regierung zu verhöhnen. „Wie?“ fragte der Reveil, „wenn Herr von Gramont Bismarck's geheime Actenstücke nicht besitzt, und Preußen erklärt, daß es ebenso wie Frankreich von der Sache nicht gewußt hat, was kann dann das Cabinet der Tuilerien antworten? Würde dann Preußen nicht das Recht haben, seinerseits eine Genugthuung zu fordern, welche die französische Regierung, die sich vollständig in's Unrecht gesetzt hat, nicht verweigern könnte?“ Solche Äußerungen waren in der Lage, die sich Gramont geschaffen hatte, ebenso viele Peitschenhiebe, die ihn immer rascher vorwärts trieben. Zumal, da aus dem Beifallsjubel bereits einzelne Stimmen ertönten, die über die von ihm bezeichnete Linie weit hinausgingen. Wenn Preußen heute den Prinzen fallen läßt, schrieb der Figaro, so hat Frankreich das Recht, mehr zu fordern; nach allen Täuschungen muß es Garantien begehren; und sofort stimmte die Liberté ihm bei: wenn Spanien den Candidaten, den man ihm aufdrängte, zurückwiese, so hätte Frankreich und Europa von Preußen bindende Garantien zu fordern.

Das Alles sicherte Gramont vor jeder Kritik seines eigenmächtigen Verfahrens durch den Kaiser oder seine weniger kampfbereiten Collegen, und bestärkte ihn in dem Eifer, die eingeschlagene Bahn weiter zu verfolgen. Am Tage nach seiner tapfern Rede sprach er es dem englischen Botschafter,

Lord Lyons, offen aus: wir können der öffentlichen Meinung nicht trotzen, die diplomatischen Erwägungen müssen vor den Bedürfnissen der innern Sicherheit zurückweichen; die Thronbesteigung des Prinzen Leopold wäre der Krieg. Ebenfalls am 7. Juli sandte er eine neue Depesche an Le Sourd nach Berlin, ganz im Sinne der Rede, aber mit einer wesentlichen Steigerung des an Preußen gerichteten Verlangens, und hier erst trat der herrschende Gedanke seines Systems, das Schlußwort seines diplomatischen Verfahrens vollständig an das Licht. In der Rede hatte er die Erhaltung des Friedens lediglich davon abhängig gemacht, daß die Thronbesteigung des Prinzen sich nicht verwirkliche. Jetzt gab er näher an, auf welche Art die Verhinderung sich zu vollziehn habe: sie müsse durch den König Wilhelm befohlen werden. Denn da die Candidatur eine Kränkung der Ehre Frankreichs gewesen, deren sich der König durch die Genehmigung derselben schuldig gemacht, so müsse Frankreich von ihm eine ausdrückliche Genugthuung, einen förmlichen Widerruf der Beleidigung fordern, und mithin der König dem Prinzen den Rücktritt von der Candidatur befehlen. „Niemals", sagte Gramont, „wird ein Mensch glauben, daß ein preußischer Prinz die spanische Krone annehmen könnte ohne Autorisation durch den König, sein Familienhaupt. Nun, wenn der König ihn autorisirt hat, was wird dann aus der sogenannten amtlichen Unwissenheit des Berliner Cabinets? Der König kann, im vorliegenden Falle, entweder erlauben oder verbieten. Hat er nicht erlaubt, so verbiete er. Damit würde er schwere Verwicklungen beseitigen. So hat der Kaiser gehandelt, als der Prinz Murat seine Candidatur für den Thron von Neapel aufstellte. In einem gleichen Verfahren würden wir ein treffliches Pfand

des preußischen Wunsches erkennen, unsere Freundschaftsbande auf die Dauer zu befestigen."

Auch hier wartete er vor weiteren Schritten nicht erst die preußische Antwort auf Le Sourd's Eröffnungen ab, sondern fügte sogleich dieser Maßregel einen zweiten, an sich höchst befremdlichen Schritt hinzu. Noch am Abend des 7. Juli sandte er eine Weisung an den in Wildbad weilenden Grafen Benedetti, nach Ems zu reisen und dort mit König Wilhelm eine persönliche Verhandlung neben der amtlichen Berliner zu eröffnen. In einem vertraulichen Schreiben erklärte er dem Botschafter: „Thile's ausweichende Antwort genügt uns nicht; Ihr müßt schlechterdings eine kategorische Auskunft erlangen. Die einzige, die uns befriedigen und den Krieg verhindern kann, ist die folgende: die königliche Regierung mißbilligt die Candidatur des Prinzen und befiehlt ihm, sie zurückzuziehn. Wir haben Eile, denn im Fall einer unbefriedigenden Antwort müssen wir dem Gegner zuvorkommen und folglich übermorgen die Truppenbewegungen beginnen. Gelingt es Euch, durchzusetzen, daß der König die Genehmigung der Candidatur widerruft, so wäre das ein ungeheurer Erfolg. Wenn nicht, so wäre es der Krieg."

So war gleichsam der strategische Aufmarsch zu dem diplomatischen Doppelangriff auf Preußen vollzogen. Wie nicht selten bei Gramont, bleibt man im Zweifel, was größer in ihm war, die Unwissenheit oder der Dünkel, womit er sein Land einem verhängnißvollen Kriege entgegen führte. Ohne Grund bildete sich Gramont ein, daß Bismarck die Candidatur angestiftet habe, daß Prinz Leopold ein Mitglied des preußischen Königshauses sei, daß er erst nach eingeholter Erlaubniß des Königs die Candidatur angenommen habe, daß für die

ihm vom Könige nachträglich, ohne Zuziehung eines Ministers, ertheilte Antwort die preußische Regierung verantwortlich sei. Von all diesen aus der Luft gegriffenen Vorstellungen war das gerade Gegentheil wahr. Indessen angenommen einmal, das Alles wäre ebenso richtig gewesen wie es falsch war: was wäre daraus zu folgern? Jede Macht ist ohne Zweifel in ihrem Rechte, wenn sie sich einem Vorhaben widersetzt, welches nach ihrer Überzeugung wichtige nationale Interessen zu verletzen droht. Im vorliegenden Falle wird allerdings jeder Unbefangene die hier von Frankreich befürchtete Gefahr für höchst übertrieben, die Erinnerung an die Weltmacht Karl's V. gegenüber den damaligen Zuständen Spaniens für beinahe komisch halten: jedoch jede Nation darf behaupten, daß sie ihre Interessen und deren Schädigung besser als die Andern zu beurtheilen wisse, und niemand könnte gegen Frankreich einen Vorwurf erheben, hätte es auch hier seine Interessen durch Beseitigung der Candidatur in angemessener Weise zu decken gesucht. Der Erfolg wäre ihr, wie wir schon bemerkt haben, und wie der weitere Verlauf zeigen wird, sicher gewesen. Aber was Gramont's Verhalten für immer mit dem Stempel der Gehässigkeit brandmarkt und ihn für alles folgende Unheil verantwortlich macht, ist der durch bittern Haß angeschwollene Hochmuth, mit dem er die Aufstellung der Candidatur für eine Beleidigung der Ehre und Würde Frankreichs erklärt, dafür nicht bloß von dem Prinzen den Verzicht, sondern von dem preußischen Könige Genugthuung und Widerruf fordert, und eine solche Demüthigung dem mächtigen Sieger von Königgrätz zuzumuthen wagt. Und während er stets von seiner Achtung vor der Souveränität der spanischen Nation redet, ist ihm niemals ein Gedanke

gekommen, welche Beschimpfung er sich durch sein Auftreten gegen Preußen zugleich auch gegen Spanien erlaubt?

Wenn er eine Verletzung der französischen Ehre in einer nähern Verbindung Preußens mit Spanien sieht, erklärt er damit nicht das spanische Land für eine ausschließlich französische Domäne? spricht er ihm nicht jedes selbständige Bündnißrecht ab? Und wahrhaftig, wenn Bismarck von Leopold's Thronbesteigung freundschaftliche Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland erhofft hatte, so war ihm stets die Unwahrscheinlichkeit klar, daß die spanischen Marschälle und Cortes ihrem fremden jungen Könige jemals auch nur ein Vertheidigungsbündniß mit Deutschland verstatten würden. Aber die bloße Möglichkeit eines solchen erachtete Gramont unverträglich mit Frankreichs Ehre. Deutlicher ließ es sich nicht aussprechen, daß man in Paris Spanien als französischen Vasallenstaat betrachtete und mehr als jeden Andern Preußen zu strafen gedachte, weil es an französisches Eigenthum hatte rühren wollen.

Wir haben bisher ausführlich über die Pariser Vorgänge berichtet, um so weniger aber von den preußischen erzählt. Dieses Schweigen hatte einen einfachen Grund: es gab hier nicht viel zu erzählen. Wie wir wissen, dachte um die Mitte des Juni, wie sonst in der Welt, so auch in den preußischen Regierungskreisen kein Mensch an die Möglichkeit eines Kriegs. Der König und die wichtigsten Minister hatten verschiedenen Aufenthalt genommen und waren mit Badekuren, Landleben, Reiseplänen beschäftigt. Bismarck war am 8. Juni nach Varzin zurückgekehrt, um dort in der Ruhe seines Landsitzes mit Carlsbader Wasser seine stets noch angegriffenen Nerven zu erfrischen und erst nach einem sechswöchentlichen

Urlaub Anfang August in Berlin einzutreffen. Auch er dachte nicht an Krieg. Er hatte seit 1866 mehrmals erfahren, daß, wenn bei einer Meinungsverschiedenheit Preußen ruhig und furchtlos auftrat, die Wellen des französischen Eifers sich bald zu beruhigen pflegten. In der spanischen Sache hatte er, wie wir bemerkten, überhaupt keinen Zwist, sondern eine leichte Verständigung vorausgesehn. Wohl war ihm Gramont's feindliche Gesinnung und der Preußenhaß zahlreicher Gruppen der französischen Arkadier, Klerikalen und Chauvinisten bekannt[1]), aber auch über das schwankende und kriegsscheue Verhalten Napoleon's hatte er keinen Zweifel und so sprach er noch am 25. Juni, als der König ihm bereits den Entschluß des Prinzen Leopold mitgetheilt hatte, einem ihm persönlich nahestehenden Diplomaten, Herrn von Schlözer, es aus, wie er sich freue, daß wir einem völlig ruhigen Sommer entgegen gingen. Demnach war er vollständig überrascht, als ihm, drei Tage nach dem Bekanntwerden der Candidatur, durch Gramont's Rede der Kriegsfall in grober Form dicht vor die Augen gerückt wurde, und zugleich die Pariser Presse ihren renommirenden Hexensabbath begann. Seine Stellung dazu war mit dem ersten Augenblick entschieden. Mochte der Werth der Candidatur für Preußens Interessen groß oder gering sein, mochte es um ihre Popularität in Deutschland oder Europa stehn, wie es wollte: nach einer insultirenden Herausforderung, wie sie Gramont im Namen Frankreichs öffentlich verkündet hatte, war bis zu deren ebenso öffentlicher Zurücknahme für die preußische Regierung eine Verhandlung der Sache mit Gramont unmöglich. Sogleich am 8. Juli erhielten Thile in Berlin, Solms in

[1]) Rede im Reichstag 12. Dezember 1874

Paris, Bernstorff in London die gleichlautende Weisung[1]), die sich in folgende Sätze zusammenfassen läßt: Preußen hat mit der ohne Wissen des Königs geführten Unterhandlung zwischen Madrid und Sigmaringen nichts zu schaffen; freundschaftlichen Erörterungen darüber hätten wir uns nicht entzogen, aber Gramont's Drohungen verschließen uns den Mund; unsrerseits werden wir wegen derselben keine Händel beginnen, wollen aber die Franzosen uns angreifen, so werden wir uns wehren — wehren, daß ihnen die Augen übergehn. Am 10. Juli machte der Kanzler auch dem Bundesrath eine Eröffnung desselben Sinnes.

Diese Stellung war bei der augenblicklichen Lage der Dinge unangreifbar, und gelassen wartete Bismarck ab, ob der französische Zorn sich in Kanonenschüssen oder nur in brausenden Worten entladen würde. Er blieb einstweilen in Varzin und veranlaßte so wenig wie der Kriegsminister irgend eine militärische Vorkehrung. Auch Moltke wurde einstweilen in seiner ländlichen Ruhe durch keine alarmirende Meldung gestört.

Dies Alles erschien um so angemessener, als jetzt auch von spanischer Seite her die amtliche Bestätigung der preußischen Erklärungen erschien. Am 7. Juli versandte der spanische Minister des Auswärtigen, Sagasta, ein Rundschreiben, worin er auf das Bestimmteste versicherte, daß Serrano's Regierung ihren Throncandidaten nur nach der Rücksicht auf Spaniens innere Wohlfahrt gewählt habe, daß derselbe von seiner Thronbesteigung an Spanier sein, durch die

[1]) Wir lernen sie aus den englischen Berichten über die Erklärungen dieser Herrn kennen. Vgl. auch Horst Kohl's Bismarck-Regesten 7. Juli 1870.

demokratische Verfassung dem Willen des Volks unterworfen und damit nach Außen zu einer festen Neutralität verpflichtet bleiben würde. Mit besonderem Nachdruck hob Sagasta hervor, die Regierung sei in dieser Sache nur ihren eigenen Regungen gefolgt, und kein nationales Interesse im Auslande, und noch weniger ein ausländisches Interesse habe ihren Vorsitzenden im Verlaufe der Unterhandlung geleitet. Der erwählte Prinz sei freier Herr seines Handelns, mit den meisten regierenden Häusern verwandt, aber bei keinem zur Thronfolge berechtigt, schließe also jeden feindlichen Gedanken gegen irgend welche Macht aus. Seine Candidatur berühre demnach in keiner Weise Spaniens freundliche Beziehungen mit den andern Mächten und könne und dürfe noch weniger die Beziehungen, welche dieselben unter einander haben möchten, berühren.

Ganz im Einklang hiemit bezeugte am 8. Juli Salazar's Vorrede zu der neuen Ausgabe seiner Flugschrift, daß der Prinz die Candidatur ohne Vorwissen des Königs Wilhelm angenommen habe, und daß seine an diesen gerichtete Bitte um Billigung seines Entschlusses nichts als ein Akt der Höflichkeit gewesen sei.

War es nun diese spanische Erklärung oder Preußens schweigende Zurückhaltung, mit einem Male kam Gramont's stolze Offensive in's Schwanken. Früh Morgens am 8. Juli, wie er sagt, auf Veranlassung einer Depesche Mercier's, wies er Benedetti telegraphisch an, wenn möglich direct mit dem Prinzen Leopold in Unterhandlung zu treten. Die Meinung war, auf die am 7. erhobene Forderung an den König Wilhelm zu verzichten und, wie in der Rede vom 6., sich mit der einfachen und freiwilligen Entsagung des Prinzen zu

begnügen. Kaiser Napoleon war damit ganz und gar einverstanden, und ohne Zweifel auf seinen Befehl hatte Gramont am Nachmittag ein Gespräch mit Lord Lyons, das er zwar wieder mit heftigen Drohungen gegen Preußen und Ankündigung militärischer Rüstungen begann, dann aber plötzlich einlenkend erklärte: es ließe sich eine Lösung denken, welche der Lord der Aufmerksamkeit seiner Regierung dringend empfehlen möchte; der Prinz von Hohenzollern könnte aus eignem Antrieb der Candidatur entsagen, dieser freiwillige Rücktritt des Prinzen wäre eine äußerst glückliche Auskunft; er, Gramont, bitte die englische Regiernng, ihren ganzen Einfluß für deren Erlangung einzusetzen. Lord Lyons, welcher Gramont's bisheriges Vorgehn gegen Preußen scharf getadelt hatte, erklärte sich mit Freuden bereit und hoffte auch von seiner Regierung das Beste.

Aber diesem guten Vorsatz des Ministers war ein langes Leben nicht bestimmt. Ärger als jemals tobten die Pariser Zeitungen. Die officiösen Blätter wetteiferten mit den unabhängigen in wilden Kriegsfanfaren gegen Preußen. Nicht mehr von Spanien allein wurde geredet, sondern auch von den preußischen Verletzungen des Prager Friedens; dazwischen klang der Hohn, daß Preußen trotz aller Herausforderungen in unthätigem Schweigen verharre, und laut und lauter erdröhnte die Forderung an die Minister, ein Ende zu machen. Generale und Abgeordnete bestürmten die Regierung mit gleicher Ungeduld, und Gramont fand nicht die Kraft, diesem von ihm selbst veranlaßten Drängen zu widerstehn. „Ich gestehe,“ erzählte er[1]), „in der Morgenfrühe des 8. Juli hatte ich den Beschluß gefaßt, den Prinzen Leopold anzu-

[1]) France et Prusse p. 66.

gehn, nach dem Wunsche, kein Mittel zur Erhaltung des Friedens unversucht zu lassen. Aber es war ein Irrthum. Die Candidatur war nicht ohne Mitwirkung des Königs aufgestellt worden; sie war eine preußische, und als solche stieß Frankreich sie zurück. Der König hatte sie aufgestellt, nur an den König durfte Benedetti sich wenden. In diesem Sinne erbat ich mir am 9. Juli die Befehle des Kaisers."

Er sagt uns nicht, welche Erörterungen er damals dem Kaiser vorgetragen hat. Das Ergebniß war, daß er am Nachmittag des 9. Juli an Benedetti telegraphiren durfte: Ihr sollt mit dem Prinzen Leopold nicht verhandeln; der Kaiser will keinen Schritt bei ihm thun. In Gramont's Sinne blieb es also bei der Instruction vom 7. Juli, von dem Könige einen Befehl zum Rücktritt des Prinzen, und damit einen Widerruf der eigenen Billigung der Candidatur zu fordern[1]). Aber anderer Meinung war Napoleon. Ob Benedetti mit dem Prinzen redete oder nicht, war ihm gleichgültig. Es gab noch andere Mittel zum Rücktritt des Prinzen und damit, wie er meinte, zur Erhaltung des Friedens. So eben hatte er ein Berliner Telegramm der Agentur Havas empfangen[2]), mit der Meldung: der König von Preußen, der übrigens nicht der Chef des Fürstlichen Hauses Hohenzollern ist[3]), hatte vorher dem Prinzen Leopold die Annahme des spanischen Thrones widerrathen; seitdem ist er nicht von Neuem über das Project befragt worden. Napoleon ersah

[1]) France et Prusse p. 67.

[2]) Abgedruckt in deutscher Übersetzung bei Hirth, Tagebuch I, 194, gefunden durch preußische Truppen unter den in St. Cloud zurückgelassenen Papieren Napoleon's.

[3]) Es hätte heißen müssen: der als Familienhaupt kein Recht hatte, dem Prinzen in der spanischen Sache etwas zu befehlen.

daraus, daß der König einem Rücktritt des Prinzen schwerlich widersprechen würde, und so entschloß er sich, anstatt Benedetti's, selbst auf den Prinzen im Sinne des Friedens einzuwirken. Hinter dem Rücken seines Ministers ersuchte er den König der Belgier, in seinem Auftrage dem Fürsten von Hohenzollern mitzutheilen, daß die Ablehnung der spanischen Krone das einzige Mittel sei, den europäischen Frieden zu erhalten.

Napoleon hatte keinen Zweifel an dem Erfolge seines Schrittes, an dem Rücktritte Leopold's und in Folge dessen dem Erlöschen der Kriegsgefahr. König Victor Emanuel, der bei aller Neigung zu einer französischen Allianz sich zur Zeit nicht in der Lage befand, Krieg zu führen, hatte gleich nach Gramont's grimmiger Rede vom 6. Juli der spanischen Regierung gemeldet, er sei bereit, um die anstößige Candidatur Hohenzollern aus dem Wege zu räumen, auf das früher abgewiesene Anerbieten der spanischen Krone an seinen Sohn Amadeo zurückzukommen[1]). Zu seiner großen Beruhigung aber erhielt er am 11. Juli eine Depesche Napoleon's, daß der Friede gesichert sei[2]).

So löblich die Absicht des Kaisers bei seinem Verfahren war, so bildet doch die Reihe dieser Vorgänge ein wahres Muster einer Politik, wie sie nicht sein soll. Ein Minister, der am 6. Juli eine Forderung aufstellt, am 7. ein neues gefährliches Begehren hinzufügt, am 8. es zurücknimmt, am 9. es wieder erneuert; darüber ein Monarch, der jedes Mal die Schwankung genehmigt, zuletzt aber dem Streben des Ministers heimlich entgegen arbeitet: eine solche Regierung mußte Schiffbruch leiden, auch wenn ihr Gegner zehn Mal schwächer als Bismarck gewesen wäre.

[1]) Massari II, 372.
[2]) Rothan, l'Allemagne et l'Italie II, 60.

Nicht viel günstiger wird man einen weiteren Schritt Gramont's beurtheilen, mit dem er am 9. Juli die neutralen Großmächte zu seiner Unterstützung gegen Preußen aufrief. In seinem Rundschreiben erinnerte er daran, daß Frankreich in der spanischen Sache nichts fordere, was nicht aus den Grundsätzen des europäischen Völkerrechts folge. Im Jahre 1831 habe der Sohn Louis Philippe's den belgischen, 1862 der Fürst von Leuchtenberg und ebenso der englische Prinz Alfred den griechischen Thron nicht besteigen dürfen, und Napoleon III. habe 1860 in gleichem Sinne die Candidatur des Prinzen Murat auf den Thron von Neapel untersagt: Alles nach dem Grundsatz, daß ein Prinz aus dem Herrscherhause einer Großmacht nicht ohne Einverständniß der andern Mächte einen fremden Thron erlangen solle. Frankreich erwarte jetzt, daß man auch ihm die Wohlthat einer so oft bekräftigten Doctrin zuerkenne.

In diesem Documente verschwieg Gramont mit gutem Grunde, daß er nicht nur laut den frühern Vorkommnissen den Verzicht des Prinzen Leopold, sondern, was die Sache erst bedenklich machte, den Verzicht nach ausdrücklichem Befehl des Königs Wilhelm forderte.

Sodann, was hätte er entgegnen können, wenn Bismarck in großer Höflichkeit den völkerrechtlichen Grundsatz anerkannt und nur ebenso freundlich die Bemerkung hinzugefügt hätte, daß Prinz Leopold kein Mitglied des preußischen Herrscherhauses und in dieser Sache völlig unabhängig von dem Willen des Königs sei?

Und weiter, wie kommt gerade die Regierung Napoleon's III. dazu, jenes Princip anzurufen? Denn 1859 hatte er, ohne die Mächte zu befragen, alle Mittel gebraucht, um

seinem Vetter Jerome den Thron von Toscana zu verschaffen, 1860 hatte er, wieder auf eigne Hand, die Candidatur des österreichischen Erzherzogs auf den Thron von Mexiko aufgestellt, und 1866 hatte er, zum größten Verdrusse von England, Österreich und der Türkei, die Candidatur des Prinzen Karl von Hohenzollern, des Bruders des Prinzen Leopold, auf den Thron von Rumänien erfunden und in jeder Weise gefördert. Das Dilemma ist unabweislich: wenn er jenen für einen preußischen Prinzen gehalten, so hat er das von Gramont angerufene Princip verworfen, oder aber, wenn er das Princip anerkannt, hat er den Prinzen Karl nicht für einen preußischen Prinzen gehalten. Wozu dann aber jetzt der Lärm über die Candidatur des Prinzen Leopold?

Freilich liegt die Antwort nahe genug. Der rumänische Vorgang war nur den drei andern Mächten, der spanische aber Frankreich selbst nicht angenehm. Dies war der Unterschied.

Unterdessen war Benedetti am Abend des 8. Juli in Ems angekommen, nicht besonders erbaut von seinem heiklen Auftrag, zunächst das bisherige Verhalten und die weitern Absichten des Königs zu erforschen, und dann dem mächtigen Monarchen die Forderung eines Widerrufs vorzulegen. In der That, er hätte sich nicht wundern können, wenn, nach Werther's Bericht über Gramont's Begehren, der König ihn überhaupt nicht empfangen, sondern auf den amtlichen Weg verwiesen, oder sich auf eine kurze Erklärung der völligen Selbständigkeit des Prinzen Leopold beschränkt und jede weitere Erörterung von der Zurücknahme der grundlosen Gramont'schen Drohungen abhängig gemacht hätte. Indessen mochte der König bei einer solchen Haltung den sofortigen Bruch durch den französischen Übermuth besorgen,

und beschloß also, fest in der Sache, in der Form ein milderes Verfahren. Früh am Morgen des 9. Juli erschien Werther bei Benedetti und erklärte ihm, der König habe dem Prinzen die Annahme der Candidatur nicht verbieten können und werde also schwerlich die Entsagung befehlen oder anrathen. Dies stimmte die Hoffnung Benedetti's auf das Gelingen seiner Sendung freilich herab, jedoch stieg sie wieder, als der König ihm die erbetene Audienz gnädig bewilligte. Allerdings empfing ihn der König mit scharfer Beschwerde über Gramont's Rede, die eine Verläumdung der preußischen Politik, ja eine entschiedene Herausforderung enthalte. Benedetti, der von Herzen den Frieden zu bewahren wünschte, that was er konnte, diesen Eindruck abzuschwächen und als einzigen Zweck der Rede die Beschwichtigung der in der Kammer herrschenden Aufregung darzustellen. In gleichem Sinne legte er dem Könige seinen Auftrag in der höflichsten Form vor, als einen Wunsch, daß der König dem Prinzen den Rücktritt von der so bedenklich gewordenen Candidatur anrathen möge. Der König stellte ihm die uns bekannten Thatsachen entgegen; vor Allem betonte er, daß er in der Sache nie als Souverän, sondern nur als Familienhaupt gehandelt habe, seine Regierung also der Angelegenheit fremd geblieben sei; als einmal ein Agent Prim's ihm ein Privatschreiben des Marschalls habe überreichen sollen, habe er ihn nicht empfangen, und die Sache nicht mit dem Staatsministerium, sondern nur mit den Hohenzollern'schen Prinzen erwogen, allerdings Bismarck's Rath vertraulich eingeholt.[1])

[1]) Wie oben bemerkt, bezog Benedetti, der vom Familienrath im März nichts wußte, diese Angaben mißverständlich auf die entscheidende Unterhandlung im Juni.

Ohne sein Vorwissen habe schließlich der Prinz die Candidatur angenommen, und dann erst sei er, der König, als Familienhaupt, um die Erklärung seines Einverständnisses angegangen worden, und sei nicht in der Lage gewesen, ein Verbot auszusprechen. Es sei hienach für ihn unmöglich, dem Prinzen die Entsagung zu befehlen oder seiner freien Entschließung vorzugreifen. Übrigens habe er sich mit dem in Sigmaringen weilenden Vater des Prinzen in Verbindung gesetzt, da der Prinz selbst auf einer Schweizerreise begriffen sei; sobald er von dem Fürsten Auskunft erhalten, werde er dem Botschafter seine endgültige Antwort mittheilen, und wenn der Prinz sich für den Rücktritt entscheide, diesen Entschluß gutheißen.

Nach diesen Äußerungen hatte also der König in Sigmaringen wissen lassen, ohne Zweifel nicht, daß er den Rücktritt begehre, wohl aber, daß er, wie früher gegen die Annahme, so jetzt gegen den Verzicht keine Einwendung erhebe. Hätte Frankreich nur die Beseitigung der Candidatur angestrebt, so wäre schon hiemit die Krisis gelöst gewesen. Gramont aber, wie wir wissen, wollte mehr: Widerruf der frühern Erlaubniß durch den König, und natürlich mußten alle Bemühungen Benedetti's, diesem ein solches Begehren annehmbar erscheinen zu lassen, vergeblich bleiben.

Trotzdem war Benedetti mit dem Ergebniß dieses ersten Gesprächs gar nicht unzufrieden. Obgleich durch Gramont's Rede gekränkt, war der König doch in eine Verhandlung eingetreten. Er hatte ferner zugestanden, daß der Prinz sein, des Königs, Einverständniß mit der Annahme der Candidatur nachgesucht und erhalten hatte, was bisher in Paris nur vermuthet, aber nicht bewiesen war. Endlich hatte der König das Verfahren seiner Regierung durch die Unterscheidung

seines Standpunktes als Souverän und als Familienhaupt motivirt, eine Unterscheidung, welche Benedetti sofort mit dem Satze bekämpfte, daß der König als Familienhaupt eben deshalb gelte, weil er Souverän sei, womit dann stimme, daß er seinen ersten Minister zu der Verhandlung zugezogen habe. Alle diese Momente hatten bei Gramont nur die Wirkung, die Hoffnung auf ein siegreiches Durchsetzen der erhobenen Forderung zu steigern.

Ein Telegramm also nach dem andern drängte am 10. und 11. den Botschafter vorwärts: Schafft uns eine entscheidende Antwort des Königs, wir können nicht warten; morgen müssen wir sie haben, übermorgen wäre es zu spät; befiehlt oder räth der König dem Prinzen den Rücktritt nicht, so rufen wir 300000 Reservisten unter die Fahne; es kommt uns weniger auf die Entsagung des Prinzen, als darauf an, daß der König sie veranlaßt. Am 11. Juli entschloß er sich, der Kammer zu erklären, daß er noch kein abschließendes Ergebniß mittheilen könne, da er die Antwort erwarte, von welcher der Beschluß abhange. Alle Cabinette, setzte er hinzu, an die wir uns gewandt haben, erkennen die Berechtigung unserer Beschwerden an. Dies war im ersten Augenblick des Streites innerhalb gewisser Grenzen geschehn; er verschwieg aber weislich, wie sehr seit dem 6. Juli die Stimmung der Mächte sich geändert hatte. Was den König Wilhelm betraf, so zweifelte Gramont nicht mehr, daß er den richtigen Weg eingeschlagen habe, die reumüthige Erklärung von ihm zu erpressen. Gleich nach der Kammersitzung telegraphirte er an Benedetti: Ihre Sprache läßt bisher die nöthige Festigkeit vermissen; spätestens bis morgen muß der König dem Prinzen den Rücktritt von der Candidatur befehlen.

Auf der deutschen Seite hatte das Emser Gespräch die ganz entsprechende Wirkung: wie bei Gramont Siegeshoffnung, erweckte es bei Bismarck Beunruhigung. Es war nicht das begleitende Pariser Säbelgerassel, was ihn besorgt machte. Denn er glaubte noch immer nicht an den wirklichen Ernst der französischen Drohungen und Rüstungen, um so mehr aber, wenn es Ernst wurde, an die Überlegenheit der deutschen Kraft. Auch daß der Verzicht des Prinzen Leopold auf die Candidatur jetzt höchst wahrscheinlich wurde, bewegte seine Stimmung nicht. So gerne er den Prinzen auf dem spanischen Throne erblickt hätte, so hatte er doch nach dem Losbruch des Pariser Unwetters den Rücktritt des Prinzen begreiflich gefunden. Für Preußen trug es nicht viel aus. Seit dem Anfang des Streites hatte die preußische Regierung stets erklärt, daß sie an der Sache keinen Antheil gehabt, und der Prinz in freier Selbständigkeit verhandelt und angenommen hatte; wenn er jetzt nach gleich freiem Entschlusse beharrte oder ablehnte, was ging es Preußen an? Um diesen Standpunkt aber festzuhalten, war die strengste Abweisung des französischen Begehrens erforderlich, daß der König den Rücktritt des Prinzen befehlen oder gutheißen solle; es mußte jedes Wort vermieden werden, aus welchem Gramont auch nur den Schein einer Einwirkung des Königs auf den Prinzen hätte folgern können. Denn dann würde der Verzicht des Prinzen auch als ein Zurückweichen des Königs vor Gramont's Kriegsdrohungen erscheinen, und somit eine schwere Niederlage Preußens gegeben sein. Eben in dieser Beziehung nun fühlte sich Bismarck bei der großen Friedensliebe des Königs, die von einem Theile seiner Umgebung eifrig genährt wurde, nicht

völlig sicher. Er fand es schon ein starkes Entgegenkommen, daß der König den Botschafter überhaupt angenommen und nicht vorher eine Zurücknahme der von Gramont gegen Preußen geschleuderten Injurien gefordert hatte; es schien ihm bedenklich, daß er jenem seine Zustimmung zu der Candidatur eingestanden, daß er ihm von seinem Verkehr mit dem Fürsten Anton geredet, daß er, wenn der Prinz sich zum Rücktritt entschließe, dem Botschafter seine Billigung des Schrittes mitzutheilen versprochen hatte. Wie konnte — wir werden es sehr bald thatsächlich wahrnehmen — ein böswilliger Gegner eine solche „Mittheilung" als Concession an Frankreich verwerthen! Bismarck entschloß sich kurz und meldete nach Ems, sein Gesundheitszustand erlaube ihm wieder, zu reisen: er sei bereit, wenn der König es befehle, nach Ems zu kommen. Der König ließ am folgenden Tage antworten, er solle kommen so bald wie möglich[1]. Am 11. Juli fand auch Roon es gerathen, von seinem Landsitze in die Stadt zurückzukehren, um auf alle Fälle zur Hand zu sein; am Abend hatte er mit den in Berlin verweilenden Ministern eine Besprechung der großen Tagesfrage, jedoch wurde in Abwesenheit Bismarck's, Camphausen's und Moltke's natürlich kein Beschluß gefaßt, und von militärischen Vorkehrungen war noch keine Rede[2]. Draußen im Lande war die Stimmung zwar bewegt, aber von heftiger Aufregung weit entfernt; man hatte es Anfangs gar nicht für möglich gehalten, daß eine spanische Königswahl den Anlaß zu einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland geben könnte;

[1]) Vgl. Bismarck's Erzählung bei Jules Favre, gouvernement de la défense nationale I, 177.

[2]) Bericht des Lord Loftus 12. Juli.

jedoch wuchs allmählich bei den Pariser Vorgängen der Argwohn, daß vielleicht die spanische Frage nur der Vorwand eines festgewollten Bruches sei. Nach der geographischen Lage wurde in der Rheinprovinz die Möglichkeit eines Kriegs nicht ohne eine gewisse Beklemmung erwogen, während hier und da im Osten Stimmen laut wurden, man solle nicht so lange fackeln, sondern den französischen Schmähungen durch deutsche Hiebe ein Ende machen.

Benedetti's zweite Audienz beim Könige, am Vormittag des 11. Juli[1]), verlief wie die erste. Der Botschafter redete etwas eindringlicher, hatte jedoch keine neuen Gründe für Gramont's Forderung, daß der König sichtbar und ausdrücklich die Sache in die Hand nehme und dem Prinzen den Rücktritt von der Candidatur befehle. Der König begann bei dieser Wiederholung einer ungebührlichen Zumuthung ungeduldig zu werden, blieb aber bei seinem Satze, daß er vor Allem die begehrte Erklärung aus Sigmaringen abwarten müsse. Benedetti flehte, die entsetzliche Gährung der Kammern dränge seine Regierung auf das Äußerste; ein baldiger Entschluß sei unvermeidlich. Der König sagte, er erwarte die Antwort nach 24 Stunden; in der Versagung eines so geringen Aufschubs müßte er die Erklärung erblicken, daß Frankreich unter allen Umständen den Krieg wolle. Als Benedetti sich dagegen eifrig verwahrte, deutete der König wiederum an, die Antwort werde wohl den Verzicht des Prinzen melden, und er dann diesem Schritte desselben zustimmen[2]). Benedetti zog daraus den Schluß, daß der Rück-

[1]) Bei einer Begegnung auf der Straße am 10. Abends hatte er mit dem Könige einige Worte gewechselt; der König sagte ihm, er habe noch keine Nachricht vom Prinzen Leopold.

[2]) Lettre particulière 11. Juli. Mission p. 358.

tritt dem Könige schon bekannt sei, und erachtete den ganzen Streitfall mit der Zustimmung des Königs erledigt. Dies aber war keineswegs Gramont's Meinung. Durch ein am 12. Mittags abgesandtes Telegramm erklärte er sich zwar mit dem Aufschub für einen Tag einverstanden, ließ aber nach einer Stunde ein zweites Telegramm mit der Weisung folgen: Wendet alle Geschicklichkeit, ich möchte sagen, alle Schlauheit an, um festzustellen, daß die Entsagung des Prinzen Euch angezeigt, mitgetheilt oder zugestellt worden ist durch den König oder dessen Regierung; das ist für uns von der höchsten Wichtigkeit; die Betheiligung des Königs muß um jeden Preis von ihm eingestanden werden oder handgreiflich aus den Thatsachen erhellen. So blieb er bis zur letzten Minute eigensinnig auf seinem, den Krieg in sich schließenden Satze, der König müsse den Rücktritt des Prinzen nicht bloß billigen, sondern befehlen oder irgendwie veranlassen, und damit sich Frankreich und der Welt als reuigen Sünder darstellen. Aber der Moment der Enttäuschung stand nahe bevor. Nach der Absendung seines Telegramms blieb ihm noch ungefähr eine Stunde für den Genuß seiner übermüthigen Einbildungen vergönnt.

Denn der König war, wie sich versteht, unerschütterlich in seinem Entschlusse, seine und seines Landes Ehre nicht unter das Joch solcher Zumuthungen zu beugen. Dem plumpen Drängen Gramont's setzte er die einfache Taktik entgegen, jede eigene Erklärung hinauszuschieben, bis die Hohenzollern den Rücktritt von der Candidatur nach eignem Entschlusse in Madrid angemeldet hätten. Dann wäre der von Gramont begehrte Befehl des Königs nicht bloß unnöthig, sondern unmöglich geworden, und sein ganzes

Kampfsystem wie eine Seifenblase zerplatzt. Eben dies aber sollte der Minister jetzt erleben.

Von mehreren Seiten her war dem Fürsten Karl Anton dieser Ausweg vorgeschlagen worden. Wir vernehmen, daß Olozaga den rumänischen Geschäftsträger in Paris, Stratt, zur Reise nach Sigmaringen veranlaßte, um dort im Namen des Fürsten Karl den Erbprinzen zum Verzichte aufzufordern. Das zu gleichem Zwecke abgesandte Schreiben des Kaisers Napoleon selbst haben wir oben bereits angeführt. König Wilhelm, vermutheten wir, hatte wenigstens gemeldet, daß er gegen die Entsagung des Prinzen kein Bedenken habe.

Für den Fürsten Karl Anton, der wahrlich nicht durch die Candidatur seines Sohns einen großen Krieg zu verursachen wünschte, war dies völlig ausreichend, und ohne die Rückkehr des Prinzen abzuwarten, sandte er am 12. Juli Vormittags 11 Uhr, nicht an den König, sondern an den Marschall Prim nach Madrid und gleichzeitig an den spanischen Gesandten Olozaga in Paris folgendes Telegramm ab:

Gegenüber den Verwicklungen, welche durch die Candidatur meines Sohns entstanden sind, und unter welchen das Votum des spanischen Volkes nicht die Freiheit und Offenheit haben könnte, auf die mein Sohn bei der Annahme der Candidatur gerechnet hat, trete ich in seinem Namen von derselben zurück.

Gleichzeitig ließ er im Schwäbischen Merkur in etwas kürzerer Fassung dieselbe Nachricht veröffentlichen.

An den König ging die telegraphische Notiz, er werde am folgenden Tage eine ausführliche Mittheilung über die Angelegenheit erhalten.

Die Kunde von dem Verzicht des Prinzen verbreitete sich im Laufe des Nachmittags am 12. Juli in Telegrammen und Extrablättern weithin durch Deutschland. Sie wurde bereits mit gemischten Empfindungen aufgenommen. Man war zufrieden mit dem Wegfall der Candidatur, die niemals populär gewesen; man freute sich der jetzt, wie man glaubte, gesicherten Aussicht auf Frieden. Dennoch aber hatte die Nachricht für weite Kreise einen bittern Beigeschmack: ein deutscher Prinz war in völlig berechtigter Sache vor einer unberechtigten französischen Einmischung zurückgewichen. Am Abend langte Bismarck, der auf den königlichen Wunsch aus Varzin aufgebrochen war, in Berlin an, durch eine heiße zehnstündige Fahrt erschöpft, jedoch in der Absicht, mit dem Nachtzug die Reise nach Ems fortzusetzen. Im Ministerium aber fand er die Nachricht von der Entsagung des Prinzen vor: die Entscheidung also war bereits vor seiner Ankunft in Ems gefallen; denn wie Napoleon und das gesammte Europa hielt auch Bismarck damit die Sache für erledigt. Wozu also noch die anstrengende Nachtfahrt? Er meldete dem Könige seine Ermüdung, veranlaßte übrigens, da der König ministeriellen Beirath gewünscht hatte, an seiner Stelle den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, zu reisen. Er selbst blieb, nicht in freudiger Stimmung, sondern von schweren Sorgen erfüllt, zurück. Gramont's beleidigende Drohungen erfuhren jetzt keine Rüge; nach der Entscheidung der Hauptsache wären nachträgliche Beschwerden ungeschickt erschienen. Dann aber quälte ihn die Frage, ob der König im Stande gewesen, jede Einwirkung auf den Verzicht, jede Mittheilung desselben an Benedetti und damit an die französische Regierung zu vermeiden, so daß in keiner Weise der Schein einer

preußischen Niederlage hervorgerufen werden könnte. Wäre es anders geschehn, so war er entschlossen, eine solche Politik nicht mehr mitzumachen. Er schrieb an seine Gemahlin in Varzin, sie solle ihm nicht nachkommen; er werde vermuthlich in wenigen Tagen dorthin zurückkehren, ob noch als Minister, sei eine andere Frage. In höchster Spannung wartete er auf die nächsten Berichte aus Ems und Paris.[1])

[1]) Vgl. Bismarck's Immediatbericht über das Tagebuch des Kaisers Friedrichs III. vom 23. September 1888. (Gedruckt im Reichsanzeiger vom 27.)

3. Capitel.

Neue Forderungen Frankreichs.

Zum Erstaunen aller Welt fachte der freiwillige Rücktritt des Prinzen Leopold in Paris nicht die Friedensliebe, sondern den Kampfeseifer zu doppelter Hitze an.

Die an Olozaga gesandte Depesche des Fürsten war nicht chiffrirt, und das dortige Telegraphenamt beeilte sich, vor der Bestellung an den Adressaten eine Abschrift zuerst dem Minister Ollivier zuzusenden. In dem leicht entzündlichen Manne, der bei allem frühern Wohlwollen für Deutschland in den letzten Tagen ebenso tapfer wie Gramont über die angebliche Beleidigung Frankreichs geschmäht, aber doch eigentlich niemals den Krieg gewünscht hatte, kamen bei dem Anblick der Depesche plötzlich wieder die alten Friedensstimmungen zum Durchbruch. Ohne seinen Collegen ein Wort zu sagen, eilte er zum Palast des gesetzgebenden Körpers, fand die Gänge und den Vorsaal mit dichtem Gedränge überfüllt, Abgeordneten, Berichterstattern, Börsenmännern, sie Alle in der höchsten Wißbegierde nach wichtigen Neuigkeiten. Ollivier stürzte herein mit dem Rufe: Friede, Friede, wir haben es erlangt, die preußische Candidatur ist

zurückgezogen, der Friede ist gesichert! Er ließ die Depesche von Hand zu Hand gehn, und ein unermeßliches Getümmel entstand. Die Speculanten jagten nach der Börse, wo binnen wenigen Minuten die Rente von 68 auf 70 stieg und Millionen umgesetzt wurden. In der Kammer aber stürmten Bonapartisten und Chauvinisten auf Ollivier ein, mit wüthendem Geschrei, das sollte die von Preußen geforderte Genugthuung, das ein Sieg über Bismarck, das ein für Frankreich ehrenhafter Friede sein, dieser vom Papa Anton ausgestellte Wisch; was geht uns Papa Anton, was geht uns auch sein Söhnchen an? wir haben es mit Preußen zu thun, wo hat Preußen die uns zugefügte Beschimpfung zurückgenommen? Gleich nach Eröffnung der Sitzung kündigte Clement Duvernois, eine Interpellation an: Wir begehren Aufklärung über die Garantien, welche das Cabinet vereinbart hat oder vereinbaren will, um eine Wiederholung der Verwicklung mit Preußen zu verhüten. Die auf der Tagesordnung stehende Besprechung des Budgets ging unter allgemeiner Unaufmerksamkeit ihren Gang. Eine große Anzahl der ministeriellen Mitglieder drängte sich um Thiers, der beim ersten Worte Ollivier's diesen aufgefordert hatte, sich den Frieden jetzt nicht entschlüpfen zu lassen; sie baten den berühmten Redner flehentlich, auf die Regierung weiter zu diesem Zwecke einzuwirken, und verhießen ihre beste Unterstützung. Es war der Haufe der bei den Wahlen von den Ministern empfohlenen Männer, friedliebende Familienväter, aber unbedingte Diener der Regierung. Ollivier hatte sich schwer erschüttert gleich nach dem ersten Sturme entfernt, um Gramont aufzusuchen; Thiers verhandelte dann Stunden lang mit den anwesenden Ministern und hoffte, wenigstens

zwei derselben für seine Ansicht gewonnen zu haben. Gegen den Schluß der Sitzung erklärte ein Mitglied der Linken, Guyot-Montpayroux, die Absicht, die Minister zu zwingen, ihr Schweigen zu brechen, welches der Kammer und des Landes unwürdig sei. Es hieß, daß er, sehr im Gegensatze zu Thiers, die Regierung auffordern wolle, Preußen wegen der Verletzungen des Prager Friedens den Handschuh hinzuwerfen.

Der Herzog von Gramont empfing kurz vor drei Uhr den Besuch des eben aus Ems zurückgekehrten Baron Werther, hatte aber kaum das Gespräch mit ihm begonnen, als ihm Abschrift des Sigmaringer Telegramms durch die Agentur zugeschickt und gleichzeitig der spanische Botschafter gemeldet wurde, der ihm amtlich dieselbe Depesche überreichte, seine Glückwünsche dazu aussprach und sich dann wieder empfahl. Gramont aber war schwer betroffen.[1]) Es kommt uns weniger auf den Verzicht selbst an, hatte er geschrieben, als daß der König ihn befiehlt. Jetzt war Hohenzollern durch freiwillige Entsagung jedem Einschreiten des Königs zuvorgekommen und hatte als Grund des Rücktritts nicht einen preußischen Befehl, sondern, gerade umgekehrt, die französischen Drohungen angeführt. Gramont hatte die Empfindung, von dem Könige überlistet und um die geforderte Genugthuung betrogen zu sein. Deshalb also hätte der König Aufschub begehrt, deshalb hätte er vorgegeben, erst morgen eine Antwort aus Sigmaringen zu erwarten, um der Welt gegenüber für sich und seine Regierung jede Betheiligung an der Sache abzulehnen. Gramont hatte keinen Zweifel mehr, daß der König längst von dem Entschlusse des Prinzen

[1]) Gramont, la France et la Prusse p. 114 ff.

unterrichtet gewesen, ihn vielleicht im Stillen veranlaßt, jedenfalls genehmigt hätte — und nun dieses Verfahren, Unwissenheit zu heucheln und Aufschub zu begehren, bis Frankreich aus Madrid die Nachricht von dem Rücktritt des Prinzen ohne jede Einwirkung des Königs erhielt. Zu einer solchen Intrigue, meinte Gramont, wäre der König nicht fähig gewesen, hier liege wieder eine neue Teufelei Bismarck's vor, die um jeden Preis vereitelt werden müsse. Dieses Mal sei der König dem französischen Griffe entschlüpft. Wie aber ihn jetzt auf's Neue fassen, und ihn trotz des prinzlichen Verzichts zu einer formellen Genugthuung für die Kränkung der Würde Frankreichs anhalten? Gramont, der einstweilen im eignen Kopfe keine Antwort fand, wandte sich zunächst zu dem unterbrochenen Gespräche mit Werther zurück, dessen Verlauf ihn vielleicht auf ein neues Kampfmittel aufmerksam machen könnte.[1]) Der Verzicht des Prinzen, sagte er, ist eine Nebensache, da wir seine Thronbesteigung doch auf keinen Fall zugelassen hätten; das Wesentliche ist die Beschwerde gegen Preußen, daß der König die Candidatur erlaubt hat, ohne Frankreich vorher über dessen Willensmeinung zu befragen. Hierauf bemerkte Werther, daß der König kein Recht gehabt habe, dem Prinzen die Candidatur zu verbieten, und erläuterte dann weiter, zudem habe der König entfernt nicht vermuthet, daß die Candidatur eines mit dem französischen Kaiserhause nahe verwandten Prinzen in Paris irgend welchen Anstoß erregen könnte. Bei diesen Worten stieg Gramont plötzlich ein Gedanke auf: Wenn der König, rief er, damals solche Vorstellungen gehabt hat, so könnte es ihm ja keine Schwierigkeit machen, dieselben in einem

[1]) France et Prusse p. 115.

Briefe dem Kaiser Napoleon auszusprechen, ihm also zu schreiben (Gramont brachte selbst einen Entwurf sofort zu Papier), er habe bei der Genehmigung der Candidatur nicht geglaubt, damit eine Verletzung der Interessen und der Würde Frankreichs zu begehn; er betheilige sich jetzt an der Entsagung des Prinzen und drücke den Wunsch aus, daß fortan jede Ursache eines Mißverständnisses zwischen seiner und der französischen Regierung verschwinde. Gramont forderte den Botschafter auf, diesen Vorschlag schleunigst seinem Souverän zu berichten. Es muß dahin gestellt bleiben, ob es Urtheilslosigkeit oderBöswilligkeit war, wenn Gramont den ungeheuern Unterschied zwischen einer solchen Meinung des Königs am 21. Juni und ihrer officiellen Darlegung an Napoleon nach allen französischen Kriegsdrohungen übersah.[1]) Ganz unbefangen setzte er dem Botschafter auseinander, wie die Veröffentlichung eines solchen Briefs oder dessen Inhalts geeignet sein würde, die furchtbare Entrüstung des französischen Volkes zu beschwichtigen. Darüber kam Ollivier aus der Kammer, noch ganz erfüllt von den dort erlebten Scenen, und vereinte sein Drängen bei Werther mit dem seines Collegen. Wieder bleibt es offene Frage, ob es Schwäche des Geistes oder des Charakters war, welche den Botschafter abhielt, das Ansinnen einer solchen Demüthigung als schlechterdings unstatthaft mit Energie zurückzuweisen. Er begnügte sich, zu erwidern, daß Gramont's Rede vom 6. ein Schreiben dieser Art in hohem Maße erschwere. Als dann aber die beiden

[1]) Auf derselben Seite (France et Prusse, 124), wo er seinen Entwurf für den Brief des Königs abdruckt, ergeht er sich in tugendhaftem Zorne gegen „Bismarck's Lüge", daß er, Gramont, von dem Könige une lettre d'excuse verlangt habe.

Minister erklärten, wenn er den Vorschlag dem Könige nicht übermitteln wolle, so würden sie Benedetti damit beauftragen, ließ er sich zu dem Versprechen herbei, dem Könige darüber Bericht zu erstatten. Die Verhandlung, die einen neuen Kriegsfall setzte, hatte wenig über eine halbe Stunde gedauert.

Gramont begab sich gleich darauf, um 4 Uhr, nach St. Cloud, um mit dem Kaiser die neue Lage zu besprechen. Napoleon hatte die Sigmaringer Depesche ganz so wie Ollivier als die Lösung der Krisis, vielleicht als sein eignes Werk betrachtet, und den eben empfangenen Vertretern Österreichs und Italiens seine Freude über die so erreichte Bewahrung des Friedens ausgedrückt.[1]) Schreiben Sie, hatte er zu Vimercati gesagt, Ihrem Souverain, Alles sei beendigt, es gäbe keinen Krieg.[2]) Dann aber hatte er auch die Nachricht von der angemeldeten Interpellation Duvernois' erhalten, betreffend die Garantien, welche die Regierung jetzt zu fordern gedenke, und erklärte dem Herzog von Gramont, wie verdrießlich ihm dieser Vorgang sei, da er gleich eine neue Verhandlung über den heiklen Gegenstand nöthig mache, während doch die Klugheit erfordere, sie so lange als möglich hinauszuschieben.[3]) Bei der Erwähnung der von Duvernois geforderten Garantien ging dem Herzog ein neues Licht über sein Verfahren gegen Preußen auf. Es ist richtig, sagte er, wir können die Entsagung des Fürsten Anton nicht annehmen, ohne Garantien für die Zukunft zu vereinbaren. Denn der Gedanke dieser Interpellation entspricht so einleuchtend dem Gefühl der Kammermehrheit und der

[1]) Duret, histoire des quatre ans I, p. 109.
[2]) Mittheilung Vimercati's in Wien.
[3]) Gramont p. 130.

öffentlichen Meinung', die beinahe in der ganzen Presse ihren glühenden Ausdruck findet, daß es unmöglich wäre ihr nicht Rechnung zu tragen. Man muß sich in gewissem Maße dem Nationalgefühl zugesellen, wenn man noch eine Möglichkeit behaupten will, ohne Krieg zum Abschluß zu kommen.

Nachdem er dies in seinem Buche erzählt hat, fährt er dann fort: Ich übergehe mit Stillschweigen die gewissenhaften Erörterungen, welche dem endlichen Beschlusse der Regierung vorhergingen. Sicher ist, daß es ihm bei Napoleon weniger leicht als bei Werther wurde, zum Ziele zu kommen. Nicht eine halbe, sondern drei Stunden dauerte das Gespräch, bis Gramont von dem zaudernden Kaiser sich die Vollmacht erwirkt hatte, Benedetti mit einem in höflicher Form zu machenden Versuche bei dem Könige zu beauftragen. Er eilte dann nach Paris zurück und telegraphirte um 7 Uhr an Benedetti: Wir haben von Olozaga die im Namen des Prinzen Leopold durch den Fürsten Anton erklärte Entsagung erhalten; damit sie ihre volle Wirkung habe, ist es nöthig, daß der König von Preußen sich ihr beigesellt und uns versichert, daß er diese Candidatur nicht von Neuem genehmigen wird; verlangt sogleich von dem Könige diese Erklärung, die er nicht verweigern kann, wenn er wirklich keine Hintergedanken hat; übrigens macht von diesem Telegramm eine Paraphrase, die Ihr dem Könige mittheilen könnet.

Es würde also am Morgen des 13. Juli König Wilhelm die beiden neuen Forderungen erhalten, eines demüthigen Briefs an Napoleon und eines Verbots der Candidatur für alle Zukunft. Ob zur Auswahl oder beide untrennbar, das zu bemerken hatte Gramont in der Eile vergessen.

Nach Absendung der Depesche hatte der Herzog ein Gespräch mit dem englischen Botschafter. Ohne zu erwähnen, daß Benedetti auf morgen die Zustimmung des Königs zu Leopold's Rücktritt angekündigt hatte, klagte der Herzog: „Diese Art der Entsagung setzt uns in schwere Verlegenheit; die öffentliche Meinung ist so überreizt, daß das Cabinet vielleicht morgen gestürzt wird, wenn es die Sache für beendigt erklärt, ohne eine Genugthuung von Preußen erhalten zu haben. Andrerseits", sagte er, „macht der Rücktritt des Prinzen der ursprünglichen Ursache des Streits ein Ende; Spanien ist jetzt aus dem Handel heraus, und der Streit, wenn es Streit gibt, beschränkt sich auf Frankreich und Preußen." Lord Lyons war im höchsten Grade erstaunt und befremdet. „Wie?" rief er, „vor wenigen Tagen habt Ihr durch mich der Englischen Regierung ankündigen lassen, daß mit dem Verzichte des Prinzen der ganze Hader beendigt sei, und jetzt zögert Ihr einen Augenblick, diese einfache Lösung der Krisis anzunehmen? Wenn dies Verhalten zum Ausbruch des Krieges führt, so wird ganz Europa sagen, Frankreich trage die Schuld; ohne reale Ursache, nur aus Stolz und Empfindlichkeit habe es sich in den Kampf gestürzt. Preußen ist dann des Beistandes von ganz Deutschland sicher, Frankreich aber wird die öffentliche Meinung aller Welt gegen sich haben." Lord Lyons war ein ruhiger, vielerfahrener Staatsmann von klarem Urtheil und in der vorliegenden Streitfrage so unparteiisch wie möglich: er sprach hier aus, was die Thatsachen jedem Unbefangenen vor Augen stellten, die Gewißheit, daß mit der Erhebung neuer Forderungen Gramont's Politik das schwerste Verhängniß über sein Land heraufführen würde. Auf Gramont machte es keinen

Eindruck. Morgen Vormittag, sagte er, wird ein Ministerrath darüber entscheiden, und der Beschluß dann sogleich den Kammern und damit der Welt verkündigt werden.

Wenn ihm der offene Tadel des Engländers verdrießlich gewesen, so fand er sich um so mehr erfreut durch einen gegen 10 Uhr anlangenden Brief des Kaisers. Napoleon schrieb ihm darin, nach längerer Erwägung ihrer letzten Unterredung sei er zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Die Sigmaringer Depesche, als nicht an die französische Regierung adressirt, habe für diese nicht die Bedeutung eines amtlichen Schriftstückes —

die Entsagung sei durch den Fürsten Anton angemeldet, Prinz Leopold also dadurch nicht gebunden —

Benedetti müsse demnach eine kategorische Antwort fordern, worin der König sich verpflichtet, dem Prinzen Leopold nicht zu erlauben, dem Beispiel seines Bruders zu folgen, und eines schönen Tages in Spanien zu erscheinen —

so lange wir eine solche Antwort nicht haben, müssen wir unsere Rüstungen fortsetzen —

nach alledem ist es unmöglich, vor näherer Auskunft an die Kammer eine Mittheilung zu machen.

Jedes Wort in diesem Briefe ist erstaunlich. Gleich zu Anfang die Läugnung des amtlichen Charakters der von dem spanischen Gesandten amtlich übergebenen Depesche, so wie die Behauptung, daß deren Inhalt den Prinzen Leopold nicht binde, während ausdrücklich in dessen Namen Fürst Anton den Verzicht anmeldet. Sodann die abenteuerliche Besorgniß, Prinz Leopold könne trotz der Erklärung des Vaters und trotz Frankreichs Feindschaft plötzlich in Madrid

erscheinen, wie 1866 in Bukarest Prinz Carl, dem kein Verzicht im Wege stand und der von Kaiser Napoleon in jeder Weise unterstützt und ermuthigt wurde. Schließlich aber, wie sollten alle diese schönen Erfindungen plötzlich im Haupte Napoleon's erwachsen sein, der vor drei Tagen dem Prinzen den Rücktritt als die Sicherung des Friedens bezeichnet und vor wenigen Stunden zwei Gesandten seine Freude über die Erlangung dieses Ergebnisses ausgesprochen hatte?

Gramont löst uns dies Räthsel.

In seinem Buche druckt er den Brief des Kaisers ab[1]) und fügt dann die Bemerkung hinzu: Der Brief enthielt, die Wahrheit zu sagen, nichts als eine genauere Zusammenfassung des Inhalts unserer am Nachmittag vorausgegangenen Erörterungen. Er bekennt sich also, da im Anfange des Gesprächs Napoleon den gerade entgegengesetzten Standpunkt vertreten hatte, selbst zur Vaterschaft der jetzt vom Kaiser übersandten Erklärung. Der Brief ist ein Denkmal nicht der Kriegslust des Imperators, sondern der Schwäche und Willenlosigkeit des kranken Mannes. Vielleicht hat Gramont, wie dem Baron Werther ein Concept für den Brief des Königs Wilhelm, so dem Kaiser das Concept für dieses trotzige Handschreiben gleich im Verlaufe des Gesprächs entworfen; jedenfalls sind die Behauptungen desselben ganz und gar in Gramont's Sinne gedacht. Nach dreistündigem Sträuben hätte dann Napoleon jene höfliche Anfrage bei dem preußischen Könige genehmigt, zur Unterzeichnung aber des Handschreibens hätte es noch des Drängens seiner kriegslustigen Umgebung während weiterer drei Stunden bedurft. Nur der Schlußsatz, der Aufschub der Mittheilung an die Kammern,

[1]) France et Prusse 137.

würde als Eigenthum des Kaisers zu gelten haben, da Gramont, wie wir eben sahn, sie bereits am folgenden Tage zu machen wünschte.

Wie dem nun auch sei, Gramont hatte, was er begehrte, und auch Ollivier gab ihm jetzt seine Zustimmung. Er sandte kurz vor Mitternacht ein neues Telegramm an Benedetti und schickte ihm eine Stunde später eine zweite Ausfertigung gleiches Inhalts nach, dieses Mal ohne den Befehl einer höflichen Paraphrase. Ganz dem Briefe entsprechend, hieß es hier kurz und bündig: „den uns mitgetheilten, aber nicht an uns adressirten Verzicht können wir nicht als ausreichende Antwort auf unsere gerechten Beschwerden und noch weniger als eine Garantie für die Zukunft betrachten. Um uns zu sichern, daß der Sohn nicht sich vom Worte des Vaters lossagt, oder nicht in Spanien erscheint, wie einst sein Bruder in Rumänien, ist es unerläßlich, daß der König uns verspricht, er werde dem Prinzen Leopold nicht erlauben, auf die Candidatur zurückzukommen."

Zum Schlusse die Versicherung, daß man keine Hintergedanken habe, keinen Kriegsvorwand suche, sondern nur mit Ehren eine Krisis zu beendigen wünsche, die man nicht geschaffen habe.

Auch an dieser Stelle möchte ich noch nicht behaupten, daß eine solche Versicherung eine bewußte Lüge gewesen, daß Gramont den Ausbruch des Krieges geradezu gewünscht hätte. Er fürchtete ihn nicht, aber er hoffte noch immer die ersehnte Demüthigung des preußischen Königs zu erlangen. Was ihn in diesem verderblichen Treiben festhielt, war neben dem eignen Hasse die Furcht vor dem patriotischen Zorne der seit einer Woche durch ihn selbst aufgeregten Massen. Er

hatte die Geister entfesselt: jetzt jagten sie ihn in übermächtigem Sturme vorwärts[1]).

Die lügenhaften Phantasien, womit Gramont das Land überschwemmt hatte, die Verkündung, daß Preußen die Thronbesteigung Leopolds' erstrebt, daß hierin eine Beschimpfung der französischen Ehre gelegen, für welche König Wilhelm eine glänzende Genugthuung leisten müßte: das Alles war allmählich in Blut und Leben der Pariser Bevölkerung übergegangen. Sie stimmte jubelnd den Vorwürfen zu, mit denen Ollivier's Friedensbotschaft überhäuft worden war; sie war begeistert für Duvernois' Forderung neuer Garantien gegen die preußische Eroberungssucht. Immer lauter erscholl der Ruf, der ganze spanische Handel sei nur der letzte Tropfen gewesen, welcher den Becher der französischen Geduld zum Überlaufen gebracht; möge jetzt Vater Anton schreiben, was er wolle, Frankreich sei des preußischen Unglimpfs müde; seit Sadowa sehe es seine leitende Stellung in Europa durch den nimmersatten Nachbar bedroht; jetzt gelte es, ein Ende zu machen, die deutschen Südstaaten vor dem preußischen Joche zu beschirmen, die annectirten Lande aus Bismarck's Eisenfaust zu erretten, den ehrsüchtigen Rivalen wieder in die alte Ohnmacht zurückzuschleudern. In der warmen Julinacht erfüllten große Menschenmassen die Boulevards und rissen sich um die Abendblätter, welche den kriegerischen Gefühlen heißen Ausdruck gaben.

Von einem Karren herunter stimmte eine Opernsängerin unter rasendem Beifall die Marseillaise an. Wo sich Soldaten

[1]) Er sagt es selbst, Dépositions I, 105: Die Garantieforderung war uns auferlegt durch den Drang der öffentlichen Meinung u. s. w. Sie war übrigens, setzt er hinzu, auch nöthig und für Preußen nicht beleidigend.

zeigten, wurden sie als Retter und Rächer der Ehre Frankreichs begrüßt. Festgeschlossene Banden zogen hin und her mit dem wilden Geschrei: es lebe der Krieg, weg mit Bismarck, nieder mit Preußen, nach Berlin, nach Berlin! Die Polizei sah unthätig zu; ein einsichtiger Beobachter sagte nachher: der Krieg wurde organisirt, wie sonst ein Straßenaufstand. Hinter all diesem Lärm gab es natürlich eine Menge ruhiger Bürger und solider Geschäftsleute, die mit Sorge an die Störungen und Schädigungen auch eines siegreichen Krieges dachten[1]). Aber keiner wagte zu reden oder gegen den Strom zu schwimmen und damit den Verdacht eines lauen Patriotismus auf sich zu laden. Vollends als frühe am 13. Juli die Morgenblätter mit geringen Ausnahmen über Preußen herfielen und einen Frieden auf der jetzigen Grundlage verfluchten, äußerte in der aufgewühlten Riesenstadt kaum ein Mensch noch einen Zweifel, daß Frankreichs Volkswille auf Krieg gegen Preußen, auf die Rache für Sadowa gehe und jeden Widerstand der Minister gegen ein so ruhmreiches Beginnen zerschmettern würde.

So standen die Dinge, als am Morgen des 13. die Minister in St. Cloud unter dem Vorsitz des Kaisers zur Berathung zusammentraten[2].) Gramont entwickelte die Lage. Nachdem der preußische König die Candidatur Hohenzollern autorisirt und dadurch die Ehre und Würde Frankreichs verletzt hatte, mußten wir von ihm eine Genugthuung begehren und forderten deshalb, daß er dem Prinzen den Rücktritt von der Candidatur befehle. Er hat die Erfüllung dieses

[1]) So versichert es z. B. Thiers als Augenzeuge.

[2]) Vgl. Gramont p. 148 und Leboeuf's Aussagen vor der Untersuchungs-Commission I, 47.

Begehrens unmöglich gemacht, indem er perfider Weise die Antwort hinzögerte, bis der Prinz nach eignem Entschluß der Candidatur entsagt hatte. Nach einem solchen Beweise hinterhaltiger Pläne mußten wir auf Garantien für die Zukunft Bedacht nehmen, und haben ihn also um eine Erklärung gebeten, dem Prinzen keine Wiederholung seines Versuchs erlauben zu wollen.

Der Vortrag regte Bedenken von zwei entgegengesetzten Seiten an. Der Kriegsminister Leboeuf hatte geringes Vertrauen auf eine solche Concession des Königs; jedenfalls liege die Möglichkeit des Krieges nahe, und man habe allen Grund, sich vorzusehn. In Preußen gehe die Mobilmachung des Heeres sehr rasch von Statten; es sei eine Lebensfrage für Frankreich, dem Gegner darin keinen Vorsprung zu gestatten. Er beantragte also, unter Zustimmung des Marineministers, die sofortige Einberufung der Kriegsreserve.

Andererseits erhob sich die große Mehrheit der Minister nicht bloß gegen eine solche, mit der Kriegserklärung gleichbedeutende Maßregel, sondern auch gegen Gramont's Garantieforderung. Durch den Rücktritt des Prinzen sei geschehn, was Gramont am 6. Juli gefordert, und damit die Sache erledigt. Zu ihrer Unterstützung lief während der Sitzung ein Schreiben des Lord Lyons ein, der im Auftrage seiner Regierung auf das Dringendste einen solchen Beschluß empfahl. Auch Graf Beust hatte schon am 11. Juli Gramont's händelsuchendes Treiben in einer höchst energischen Depesche verurtheilt und ihm erklärt, daß ganz Europa ihn mit der Verantwortung für alles Unheil des kommenden Kriegs belaste; am 13. ließ er noch eine telegraphische Aufforderung an Gramont folgen, den diplomatischen Sieg, den man in

dem Verzichte des Prinzen errungen, festzuhalten und weiter zu verwerthen.

Trotz all dieser Mahnungen beharrte Gramont, gepreßt durch das Gelärm der Arkadier, der Zeitungen und der Boulevards, auf dem sinnlosen Standpunkt, daß Frankreichs Ehre außer dem Verzichte des Prinzen noch eine formelle Genugthuung durch Preußen bedürfe. „Was wir hiefür jetzt begehren," führte er aus, „ist so gemäßigt wie möglich. Die dem Botschafter übersandten Weisungen waren kein Ultimatum und sollten als solches nicht auftreten. Die Forderung der Garantie ließ Nüancen und Abstufungen zu; nichts war über ihre mehr oder weniger ausdrückliche Form gesagt; die Regierung ist zu jedem Vergleiche in dieser Hinsicht geneigt." Gramont's letzte Telegramme an Benedetti, sahn wir, klangen aus einem andern Tone: um den Widerspruch des Cabinets gegen die Forderung zu verhindern, stellte er sie hier als einen harmlosen, alles Weitere offen lassenden Vorschlag dar. Natürlich paßte dazu der Antrag Leboeuf's durchaus nicht; wenn die Garantieforderung so wenig bedenklich war, wozu dann durch große Rüstung die Kriegsflamme selbst entzünden? Indem er also gegen Leboeuf stimmte, beschwichtigte er die friedliebenden Collegen. Das Ergebniß war eine halbe Maaßregel. Die Garantieforderung blieb aufrecht, die Rüstung aber wurde verschoben. Leboeuf erklärte darauf, daß er um seine Entlassung bitte, und der Kaiser verfügte, daß die Frage der Mobilmachung am 14. Juli weiter erwogen werden solle.

Die Kammer erwartete um 2 Uhr in mühsam zurückgehaltener Ungeduld das Erscheinen der Minister. Gramont gab darauf die Erklärung, der spanische Botschafter habe

amtlich den Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern angezeigt; die Verhandlung mit Preußen aber, die nie einen andern Gegenstand gehabt, sei noch nicht beendigt, und mithin eine allgemeine Auseinandersetzung der Sache heute unmöglich. Diese Ankündigung wurde von den Mittelparteien mit sorgenvoller Enttäuschung aufgenommen, auf der Rechten aber brachte Duvernois sogleich seine Interpellation über die Garantien in Erinnerung, und Baron David setzte in seinem Hasse gegen das Ministerium noch als stärkeren Trumpf eine zweite Interpellation hinzu: was die Ursache der den Hohn herausfordernden Langsamkeit des Ministeriums in seiner Verhandlung mit Preußen sei, eines Benehmens, wodurch der öffentliche Wohlstand zerrüttet und die nationale Würde gefährdet werde. Als Gramont dagegen Verwahrung einlegte und die Besprechung der beiden Interpellationen auf den 15. Juli zu vertagen bat, rief aus der Linken Herr von Keratry: mit einer solchen Zauderei macht Ihr das Spiel Bismarck's; in meiner Eigenschaft als Franzose protestire ich energisch dagegen. Indessen genehmigte eine starke Majorität den geforderten Aufschub. Der Minister athmete auf; wenigstens für die nächsten 24 Stunden würde er also Ruhe haben. Er verließ den Saal, um sich in den Senat zur Abgabe derselben Erklärung zu verfügen: da wurde ihm ein Telegramm aus Ems überreicht, welches auf ein Gelingen der neuen Unterhandlung Benedetti's wenig Hoffnung bestehn ließ. Um so eindringlicher redete Gramont gleich nachher auf Lord Lyons ein, betheuerte seine Friedensliebe, erklärte ihm, daß Preußen noch nicht die geringste Einräumung oder Genugthuung geboten, entwickelte die Bescheidenheit der französischen Forderung (auch hier gab er sie schriftlich):

wenn der König dem Prinzen die Wiederaufnahme der Candidatur verbietet, so ist der Streit zu Ende. Er bat den Botschafter, dies nach London mit dem Ersuchen zu berichten, Lord Granville möge Preußen zu einer solchen Äußerung auffordern.

So wunderlich verschoben sich in diesem starren Kopfe die Dinge. Er, der von Anfang an Preußen für den Urheber und Betreiber der Candidatur erklärt hatte, versteifte sich jetzt auf den Satz, in dem Aufgeben derselben sei keine Einräumung, kein Rückzug Preußens enthalten.

Graf Benedetti, wie wir sahn, war anderer Meinung. Der König hatte ihn am 9. und dann am 11. Juli erkennen lassen, daß er den freiwilligen Verzicht des Prinzen erwarte und nicht zaudern werde, ihm zuzustimmen. Benedetti schmeichelte sich im Voraus, er würde durch die Herbeiführung dieses Ergebnisses seine Aufgabe glänzend gelöst haben. Am 12. Juli sagte ihm der König, ein Telegramm aus Sigmaringen habe ihm gemeldet, daß das Schreiben des Fürsten Anton am 13. Vormittags in Ems eintreffen werde; sobald es angekommen, werde er ihn rufen lassen, um ihm seine endgültige Antwort zu ertheilen. Mochte nun das Telegramm eine vorläufige Notiz über den Rücktritt des Prinzen enthalten haben oder nicht, jedenfalls lag es in der Natur der Sache, daß der König darüber nicht vor Empfang des ausführlichen Schreibens mit dem Botschafter verhandeln wollte. Mitten in der Nacht auf den 13. empfing darauf Benedetti das Telegramm Gramont's vom vorigen Abend, den König sofort zu ersuchen, daß er für alle Zeit verspreche, dem Prinzen die Wiederaufnahme der Candidatur zu verbieten. Dem Botschafter war es dabei nicht wohl zu Muthe,

indessen ging er am Morgen des 13. hinaus in den Park bei den Quellen, um dort vielleicht einen Herrn des königlichen Gefolges zu treffen und durch ihn sich eine thunlichst baldige Audienz zu erbitten. Am Ende der am Lahnufer sich hinziehenden Allee, ganz nahe dem von einer dichten Menschenmenge umstandenen Musikpavillon, befand er sich plötzlich dem nur von einem Adjutanten begleiteten Könige gegenüber. Dieser trat mit freundlicher Miene auf ihn zu: Der Courier aus Sigmaringen, sagte er, ist noch nicht angekommen, aber sehn Sie hier eine gute Nachricht. Damit reichte er ihm ein Extrablatt der Kölnischen Zeitung mit dem Sigmaringer Telegramm. Damit sind, setzte er heiter hinzu, alle Ihre Sorgen und Mühen beendigt. Benedetti erwiderte dankend, er habe bereits in der Nacht durch seine Regierung dieselbe Kunde von dem Verzichte des Prinzen erhalten, zugleich mit dem Auftrage, den König zu bitten — und nun folgte die neue Garantieforderung. Der König war überrascht und äußerst unangenehm berührt. Er begnügte sich zunächst mit der Bemerkung, vor der Ankunft des Sigmaringer Couriers könne er nichts sagen. Benedetti wurde dringender: Aber Majestät, könnten wir über den Inhalt des Schreibens nicht schon jetzt hypothetisch reden? Wenn der Prinz verzichtet, wollen Ew. Majestät mir Vollmacht geben, meiner Regierung das erwähnte Allerhöchste Versprechen zu telegraphiren? „Sie fordern von mir“, erwiderte der König, „die Übernahme einer Verbindlichkeit für alle Zeiten und für alle Fälle; darauf kann und darf ich nicht eingehn: ich muß mir die Freiheit vorbehalten, in jedem einzelnen Falle mich nach den Umständen zu entschließen. Ich habe sicherlich keinen verborgenen Plan hiebei; diese

Sache hat mir zu viel Verdruß gemacht, um sie nicht unwiderruflich abgethan zu wünschen. Immer aber ist es mir unmöglich, so weit zu gehn, wie Sie es begehren." Zum dritten Male setzte Benedetti an: Ich könnte verstehn, wenn der Souverän oder seine Regierung keine Verpflichtung für die Zukunft übernehmen wollten; aber Majestät haben mir ja stets versichert, daß Sie in dieser Sache nur als Familienhaupt gehandelt haben, und in dieser Eigenschaft könnten Sie doch wohl, ohne politische Beeinträchtigung, unsern Wunsch erfüllen: ich wage also zu hoffen, daß Majestät mir die Vollmacht zu dem erwähnten Telegramm gnädigst ertheilen wollen. Jetzt aber wurde es dem Könige des Drängens auf der öffentlichen Promenade zu viel. Mit nachdrücklichem Ernste entgegnete er: Nein, gerade im Gegentheil, ich wiederhole, was ich Ihnen bereits gesagt; ich gebe Ihnen diese Vollmacht nicht, ich weise diese neue und unerwartete Forderung ein für alle Mal zurück.[1]) Damit brach er das Gespräch ab, winkte dem während desselben etwas zurückgetretenen Adjutanten und setzte seinen Weg fort.

In Folge der Pariser Zeitungsartikel war Benedetti vom ersten Tage an ein Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit des Emser Badepublikums gewesen. So hatte die in der Nähe befindliche Menschenmenge mit großer Spannung auch dies kurze, aber immer lebhafter und ernster werdende Gespräch beobachtet, und der Eindruck lief durch die Reihen, hier müsse etwas ganz Besonderes vorgegangen sein.

Es sollte allerdings dieser Tag mehrere Ereignisse besonderer Art bringen.

[1]) Benedetti p. 376 ff.

Im Laufe des Vormittags erhielt der König Werther's Bericht über das französische Begehren eines eigenhändigen Briefs des Königs an den Kaiser Napoleon mit der Betheuerung, bei der Aufstellung der Candidatur keine Verletzung der Interessen und der Ehre Frankreichs im Sinne gehabt zu haben. Die Wirkung war, wie sie nicht anders sein konnte, und natürlich durch die von Benedetti angemeldete andere Forderung doppelt empfindlich. Der König war empört über die Zumuthung eines solchen ihn erniedrigenden, noch dazu für die Öffentlichkeit bestimmten Schrittes.[1]) Darüber kam gegen 1 Uhr der Brief des Fürsten Karl Anton, und in ihm, wie vermuthet, der eingehende Bericht über die Zurückziehung der spanischen Candidatur. Nach den frühern Äußerungen des Königs wäre Benedetti jetzt zu einer Audienz zu laden gewesen, und in der That zählte dieser, der unterdessen Gramont's nächtliche geschärfte Telegramme erhalten hatte, die Minuten bis zu seiner Berufung. Allein durch die Scene im Kurgarten war die Stimmung des König auch Benedetti gegenüber verwandelt; er beschloß, (wir werden gleich noch Näheres darüber hören), den Botschafter nicht weiter zu empfangen, und damit dies unabänderlich feststehe, es sogleich zur Kenntniß aller Welt zu bringen. Der eben in Ems eingetroffene Finanzminister Camphausen pflichtete freudig diesem Vorgehn bei. Nach 2 Uhr sandte der König den Flügeladjutanten Fürsten Radziwill zu Benedetti mit der Meldung, der Brief des Fürsten Karl Anton sei angekommen und bestätige den Verzicht seines Sohnes, der

[1]) Benedetti p. 383. Gramont hatte es nicht für nöthig gehalten, den Botschafter von dieser zweiten Forderung in Kenntniß zu setzen.

König sehe damit die Angelegenheit als abgemacht an. Benedetti hielt dennoch, unter Berufung auf das neue Gramont'sche Telegramm, seine Bitte um eine Audienz zur Fortsetzung des am Morgen geführten Gesprächs aufrecht. Er erhielt wieder durch den Adjutanten die Antwort, daß der König den Verzicht des Prinzen in demselben Sinne und Umfange wie früher die Annahme der Candidatur billige[1]), und dies der französischen Regierung zu melden bitte, daß es aber hinsichtlich der für die Zukunft begehrten Garantie bei der Erklärung von heute Morgen sein Bewenden habe. Dabei blieb es auch am Abend nach einem nochmaligen Gesuche Benedetti's um eine Audienz. Es sei des Königs letztes Wort.

Die Folgen dieses Beschlusses waren bedeutender, als vielleicht der König selbst sie erwartet hatte.

Wir haben uns Bismarck's Stimmung am Abend des 12. Juli vergegenwärtigt. Noch in den ersten Morgenstunden des 13. lebte er der Meinung, daß der Streit ohne eine Genugthuung für Gramont's grundlose Drohungen, mithin in einer für die preußische Ehre unannehmbaren Weise abgeschlossen sei; sehr bestimmt dachte er deshalb an seinen Rücktritt vom Amte. Bald aber erschienen die Nachrichten über die Veränderung der Lage. Zuerst eine Notiz aus der russischen Botschaft in Paris[2]), daß die französische

[1]) So heißt es im Berichte des Adjutanten, während Benedetti statt dessen nach Paris meldete, die Billigung sei als entière et sans réserve gegeben worden. Die Ausdrücke des Adjutanten entsprechen ohne Zweifel dem Auftrag des Königs, der die Billigung des Verzichts, ebenso wie früher die der Annahme, als Familienhaupt, nicht als Souverän, aussprechen wollte. Entière et sans réserve war sie auch dann.

[2]) Tagebuch Kaiser Friedrich's, 13. Juli 1870.

Regierung, durch den Verzicht des Prinzen nicht befriedigt, neue Beschwerden gegen Preußens Verfahren erhebe, neue Forderungen an die preußische Regierung stellen wolle. Wenn das richtig war, so verschwanden mit einem Schlage die bisherigen Sorgen. Mit einem Blicke erfaßte Bismarck die Tragweite des colossalen Fehlers, durch welchen Gramont mit gewohntem plumpem Eifer sich tief in's Unrecht setzte. Jetzt hatte es Deutschland wieder in der Hand, Genugthuung von dem hochmüthigen Widersacher für die grundlosen Beleidigungen der ganzen letzten Woche zu fordern. Bei einem Besuche des englischen Botschafters, Lord Augustus Loftus, gab er diesen Gefühlen lebhaften Ausdruck. „Wenn in der That, sagte er, die französische Regierung, nicht zufrieden mit dem Verzicht des Prinzen, noch weitere Anforderungen erhöbe, so würde daraus erhellen, daß der Lärm über die spanische Thronfolge für sie nur ein leerer Vorwand gewesen, und die wahre Absicht auf die Entflammung des Rachekriegs für Sadowa gegangen sei. Deutschland aber ist entschlossen, keinen Schimpf noch Demüthigung von französischer Seite zu dulden, sondern den Kampf anzunehmen, wenn man uns ungerechter Weise herausfordert. Wir wünschen gewiß den Krieg nicht, wir haben dies dargethan und werden fortfahren, so zu handeln. Aber wir können nicht gestatten, daß Frankreich uns in seinen Rüstungen zuvorkommt." Er zählte die ihm bekannt gewordenen Maßregeln auf; wir wissen durch Gramont's Erklärung an Lyons vom 8. und jene Napoleon's vom 12., daß seine Angaben nicht ohne Grund waren. „Wenn dies fortdauerte, sagte er, müßten wir von Frankreich Aufklärung über den Zweck der Rüstung begehren. Überhaupt aber, erklärte er, bedürfen wir nach den bisherigen Vor-

gängen einer Versicherung, einer Garantie gegen die Gefahr einer plötzlichen Überrumplung. Frankreich müßte den europäischen Mächten eine amtliche Erklärung geben, daß es die Lösung der spanischen Frage als ausreichend anerkenne und keine weitere Forderung erhebe; geschehe dies nicht, und leiste Frankreich nicht einen Widerruf oder eine befriedigende Erläuterung der drohenden Reden Gramont's, so müßte Preußen Genugthuung von Frankreich fordern. Ich könnte keinen Verkehr mit dem französischen Botschafter pflegen nach der Sprache, welche Gramont vor dem Angesichte Europas gegen Preußen geführt hat."

Wir sehn, wie vollständig Bismarck die bisherigen Herausforderungen Gramont's jetzt dem Gegner zurückzuschleudern gedachte, Begehr von Erläuterungen, von Widerruf und Genugthuung, von Garantien für die Zukunft. Nicht eine war übersehn. Sein englischer Zuhörer äußerte kein mißbilligendes Wort, sondern bat die eigne Regierung dringend, zur Erhaltung des Friedens einen möglichst starken Druck auf den französischen Minister auszuüben.

Noch hatte in diesen Mittagsstunden Bismarck keine Ahnung von den gleichzeitigen Ereignissen in Ems. Ungeduldig wartete er auf Nachricht, wie der König die durch Werther übermittelte, unerträgliche Zumuthung des Abbitteschreibens an Napoleon aufgenommen hätte. Vorher wollte er nicht den offenen Bruch der diplomatischen Beziehungen vollziehn, schickte aber an Werther unter strengem Tadel seines Verhaltens den Befehl, wegen Unwohlseins Urlaub zu nehmen und Paris zu verlassen. Nachmittags hatte er Roon und Moltke bei sich zu Tisch: da wurde ihm nach 6 Uhr ein aus Ems um 3 Uhr abgesandtes Telegramm

Abeken's eingehändigt, welches das dort Geschehene bis zur ersten Sendung Radziwill's erzählte. Er öffnete, überflog es rasch, und las es den beiden Herrn vor. So oft es schon gedruckt ist, rücke ich auch hier den Text des Telegramms ein.

Abeken an den Grafen Bismarck.

Se. Majestät der König schreibt mir: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei."

Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten [Karl Anton] bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon erhalten, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Se. Majestät stellt Ew. Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedetti's und unsere Zurückweisung

sogleich, sowohl unserem Gesandten als der Presse mitgetheilt werden soll —.

Der Eindruck dieser Depesche, zunächst auf die beiden Generale, war eine tiefe Niedergeschlagenheit.

Also es war nicht einmal genug mit der von Werther angezeigten Beleidigung; es folgte dazu noch diese ebenso unerhörte wie ungereimte Insolenz! Hat Gramont denn völlig vergessen, mit wem er es zu thun hat? Die spanische Selbständigkeit will er achten und insultirt unsern König, weil dieser dasselbe thut. Und daneben die milde Gutherzigkeit unseres Monarchen! Anstatt dem Überbringer einer solchen Botschaft beim ersten Worte den Rücken zu kehren, läßt er sich mit ihm in eine Verhandlung ein, sucht die eigne Regierung zu rechtfertigen, pflegt noch eine längere Berathung, ob er ihn weiter bei sich sehn soll! Wer steht dafür, daß Benedetti nicht morgen mit einem neuen noch ärgern Ansinnen wieder erscheint? Und das Alles sollte veröffentlicht werden?

Nun, darauf ging auch nicht der königliche Befehl. Bismarck, hieß es, sollte die französische Forderung und deren Zurückweisung bekannt machen. In der That, die Natur der Sache selbst verbot den Abdruck aller sonst in der Depesche erwähnten Einzelheiten. Die eigenhändige Aufzeichnung des Königs konnte nicht in die Welt hinausgehn, schon um nicht ein vielleicht ganz harmloses aber ungenaues Wort dem Widerspruche Benedetti's auszusetzen.[1]) Dann Abeken's Angabe über die Berathung war ein Internum des Cabinets und konnte sehr leicht Mißdeutungen verschiedener Art

[1]) Ein solcher ergab sich factisch sehr bald durch Benedetti's Bericht, daß der König ihn (nicht er den König) angeredet hätte.

erfahren. Also blieb Bismarck bei dem buchstäblichen Inhalt des königlichen Befehls und schrieb folgendes Telegramm nieder:

> Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der Ksl. französischen Regierung von der K. spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Maj. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Maj. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkommen sollten. Se. Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.

Es war, innerhalb der Grenzen der königlichen Weisung, genau der Wortlaut der Emser Depesche, und es ist kindisch, wenn französische Organe Angesichts der beiden Actenstücke von einer Fälschung haben reden wollen.[1]) Aber freilich durch die kürzere Fassung der Form und die Weglassung aller motivirenden Umstände wurde der Eindruck der Mittheilung gründlich verwandelt. Seit acht Tagen hatte Frankreich mit lärmenden Kriegsdrohungen eine Demüthigung des Königs gefordert; seit fünf Tagen hatte man darüber ohne Abschluß verhandelt; jetzt erschien, ohne Erläuterung

[1]) Diese Anklage entstand, als man Bismarck's Telegramm nicht mit der damals ungedruckten Depesche, durch die es befohlen worden war, sondern mit einem spätern Berichte Radziwill's über seine drei Sendungen verglich.

noch Begründung, die Abfertigung durch den deutschen Monarchen vor den Augen aller Welt als der definitive Abschluß der ganzen Verhandlung.

Bismarck empfand das mit innerer Befriedigung. Vom ersten Augenblicke an, rascher als die beiden Generale, hatte er die entscheidende Wichtigkeit des königlichen Befehls erkannt: die Publication verdoppelte das Gewicht der Zurückweisung, ihre kurze Form verzehnfachte es. Jetzt war es Sache der Franzosen, ob sie die bittere Pille verschlucken oder ihre Drohungen zur That machen wollten. Bismarck las das Telegramm den Freunden vor. Roon sagte: das klingt besser. Moltke setzte hinzu: vorhin klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare. Bismarck bemerkte: wenn das Telegramm an die Gesandten um 11 Uhr abgeht, kann es um Mitternacht auch in Paris gemeldet sein, und die Franzosen sehen dann, wie irrig die Behauptung ihrer Zeitungen war, daß Preußen zu Kreuz krieche. Wie aber, fuhr er fort, wenn sie dies übel nehmen und losgehn, wie steht es dann um die Siegessicherheit? Ich glaube, erwiderte Moltke, daß wir ihnen überlegen sind, immer vorbehalten, daß niemand den Ausgang einer großen Feldschlacht voraussehn kann. Nachdem er dies näher dargelegt hatte, schloß er mit den Worten: wenn ich in diesem Kriege unser Heer führen könnte, so möchte gleich darauf (indem er sich auf die Brust schlug) dieses Gerippe der Teufel holen.

Das Telegramm wurde sofort in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gedruckt, und um 11 Uhr den Gesandten zugeschickt.

Es war die trockne, von keinem Urtheil begleitete Erzählung der Thatsachen, deren Richtigkeit unbestritten blieb. Nun kann

eine Thatsache unbestritten, und dennoch ihre Veröffentlichung unangemessen sein. Schwerlich aber wird ein Zweifel darüber obwalten können, daß in diesem Falle die französische Regierung, welche am 6. Juli in Gramont's kriegdrohender Rede ihre erste Forderung öffentlich gestellt und dann nach deren Erfüllung ebenso öffentlich am 13. der Kammer weitere Verhandlungen angemeldet hatte, nicht in der Lage war, sich zu beschweren, wenn jetzt Preußen seinerseits den Abbruch der Emser Besprechungen öffentlich bekannt machte. Identisch aber mit diesem Abbruch war die Verweigerung weiterer Audienzen an Benedetti, zumal die bisherige Ertheilung derselben in Abwesenheit des Ministers ein Akt persönlichen Wohlwollens und, nach Gramont's Rede vom 6. Juli, ein Ausdruck höchster Friedensliebe gewesen war. Benedetti selbst war weit entfernt davon, in dem Vorgang eine persönliche Beleidigung oder eine Ehrenkränkung seines Kaisers zu erblicken. Noch in Ems las er auch das in Berlin veröffentlichte Telegramm und machte sonst keine Bemerkung darüber, als daß es aus dem königlichen Cabinet stammen müsse, da er selbst niemand die geringste Mittheilung gemacht habe. Er ging dann zu einer kurzen Abschiedsaudienz, die ihm der König auf sein Ansuchen bewilligt hatte, und die sich in beiderseitiger Höflichkeit verlief.

Im Laufe des 13. Juli hatten übrigens auch bei der Berliner Bevölkerung Nachrichten über die ungünstige Aufnahme des Hohenzollern'schen Verzichtes in Paris sich verbreitet. Hatte man gestern die Friedenshoffnung nur noch mit halber Freude begrüßt, so setzte heute bei ihrer Gefährdung dies Gefühl in heftige Erbitterung um. Was wollen denn die Pariser noch weiter nach dem Wegfall der

Candidatur, über die sie sich in so thörichter Weise erhitzt hatten? Mit welchem Rechtstitel wagt dieser Bonaparte den Spaniern die Freiheit ihrer Königswahl zu verbieten, und nun gar mit uns darüber Händel zu suchen? Wenn die Andern ihm demüthig gehorchen wollen, bei uns soll er seine Rechnung nicht finden. Wir kennen ihn jetzt; wozu noch weiteres Unterhandeln? weshalb soll der alte Fuchs, der Benedetti, unserem ehrwürdigen Könige die Brunnenkur noch länger stören? Nur keine weitere Nachgiebigkeit, nur keinen faulen Frieden. Wir wünschen niemanden etwas zu Leide zu thun, aber auch in unsern Angelegenheiten von niemand Befehle zu empfangen. Will Napoleon Deutschlands nationalen Willen nicht respectiren, so soll er die Wucht des deutschen Armes und des deutschen Schwerts empfinden.

So brauste es in den Gemüthern, als spät am Abend des 13. ein Extrablatt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung das Telegramm über die Emser Vorgänge der Bevölkerung zuwarf. Die Wirkung war ungeheuer, aus der Tiefe der Herzen ein einziger tausendstimmiger Jubelruf. Endlich, endlich lag kein Schatten mehr auf dem preußischen Ehrenschild, man athmete wieder frei: dem Vertreter des sich spreizenden Dünkels war die gebührende Antwort gegeben, man hatte ihm die Thüre gewiesen. Auf den Straßen wogten die erregten Massen: die Männer umarmten sich unter Freudenthränen, donnernde Hochrufe auf König Wilhelm erschütterten die Luft. In denselben Stunden wurde das Telegramm auch in Ems angeschlagen; am Morgen des 14. stand es in allen Zeitungen, überall mit den kräftigsten Erläuterungen versehn, überall denselben Ausbruch patriotischer Entrüstung und Genugthuung hervorrufend. Bei der Er=

hitzung der Gemüther setzte die Phantasie auf der Stelle die Vorgänge in kräftigere Farben. Aus Ems wurde gemeldet, bei dem immer unpassenderen Andrängen Benedetti's auf der Brunnenpromenade habe der König ihm plötzlich den Rücken gewandt und dem Adjutanten zugerufen: Sagen Sie dem Herrn, es gebe keine Antwort; ich würde ihn nicht wiedersehn. In mannichfachen Variationen wurde dieses Bild weiter ausgemalt, in Prosa und in Versen Benedetti's Frechheit verhöhnt und König Wilhelm's männliche Würde gefeiert. Ein Denkstein wurde in die Erde gelassen zur Bezeichnung der Stelle, wo der König die französische Anmaßung abgewiesen hatte. Man war gefaßt auf den Krieg und sah ihm mit sicherem Kraftgefühl entgegen. Und derselbe Strom nationaler Begeisterung schlug jetzt auch im deutschen Süden seine mächtigen Wellen: ehe ein Flintenschuß gefallen, hatte Gramont's Auftreten es herbeigeführt, was Napoleon so lange mit allen Künsten zu verhindern gesucht, die Einheit der deutschen Nation, die Erweiterung des Nordbundes bis zu den Alpen. In Baden gab es bei Volk und Regierung nur Eine Stimme, in Württemberg und Bayern fanden sich die preußenfeindlichen Demokraten und Ultramontanen plötzlich in beängstigender Minderheit; in allen Gauen ertönte der freudige Ruf zu den Waffen. Schon vor einigen Tagen hatte der bayerische Minister Graf Bray dem französischen Gesandten gesagt: Sollte es zum Kriege kommen, so würde Frankreich ganz Deutschland einig finden.

4. Capitel.

Die Kriegserklärung.

So weit hatte es die französische Regierung unter Gramont's Leitung gebracht. Um den preußischen König zu einer demüthigen Abbitte einzuschüchtern, hatte sie die Unterhandlung mit einer durch Europa wiederhallenden Kriegsdrohung begonnen und unter wachsendem Kriegslärm in den Kammern, den Zeitungen, den Straßentumulten fortgeführt. Jetzt hatte sie die deutsche Antwort: das gemessene, unwiderrufliche, öffentliche Nein. Also nun der so hitzig vorausverkündete Krieg? Aber woher, nach dem Wegfall der Candidatur, einen für verständige Menschen erkennbaren Grund zum Kriege nehmen? Und auf der andern Seite, wenn man ihn nicht erklärte, wie dem nach allem Vorausgegangenen vernichtenden Fluche der Lächerlichkeit entrinnen?

Die Wahl war zu schwer für die mittelmäßigen Geister, welchen damals Napoleon als seinen parlamentarischen Ministern freie Hand ließ. Erst Tags zuvor hatte Gramont die Garantieforderung als so aussichtsreich, ihre Annahme als so wahrscheinlich geschildert, daß man deshalb die Einberufung der Reservisten unterlassen hatte. Und noch im

Laufe des Tages kamen dann Benedetti's Telegramme: Der König theilt der französischen Regierung den Verzicht des Prinzen mit und gibt demselben seine rückhaltlose Billigung, die Garantie für die Zukunft aber verweigert er auf das Bestimmteste und lehnt ab, mir weitere Audienz zu gewähren. Am 14. Juli 9 Uhr Vormittags trat unter dem Vorsitze des Kaisers der Ministerrath zusammen, um diese Nachrichten zu erwägen. Vor der dichten Nähe des Kriegs sank der Kriegseifer zusammen. Gramont betheuert[1]), man habe vor Allem die Mittheilung und Billigung des Verzichts durch den König in das Auge gefaßt und als Beginn einer friedlichen Lösung betrachtet. Wollte der König einmal die Garantie für die Zukunft versagen, so sei die Verweigerung weiterer Audienzen für Benedetti begreiflich, weil die Verhandlung gegenstandlos geworden. Selbst eine telegraphische Meldung Le Sourd's aus Berlin, daß dort ein Extrablatt der officiösen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gestern Abend jene Weigerung veröffentlicht habe, soll nach Gramont's Darstellung die friedliche Stimmung nicht erschüttert haben, wenngleich ihr Bekanntwerden in Paris eine gesteigerte Aufregung des Volks befürchten ließ. Der Ministerrath blieb dabei, die Berufung der Reserven aufzuschieben.

Aber kaum war Gramont aus der Sitzung in sein Ministerium zurückgekommen, so traf ihn eine neue Hiobspost. Baron Werther hatte Bismarck's Tadel und demnach den Befehl empfangen, wegen Gesundheitsrücksichten Urlaub zu nehmen und zugleich dem französischen Minister anzuzeigen, daß während seiner Abwesenheit Graf Solms die Geschäfte der Botschaft führen würde. Bismarck, sahn wir, wollte Gramont gegenüber

[1]) France et Prusse, p. 195, 207.

den Schein eines Abbruchs aller diplomatischen Beziehungen noch vermeiden. Aber der arme Werther hatte durch sein Mißgeschick die Besinnung vollständig verloren. Anstatt einfach dem französischen Minister die vorgeschriebene Mittheilung zu machen, trat er verstörten Gemüthes bei ihm ein: Ich bin in der verdrießlichsten Lage; meine Regierung hat mich scharf getadelt, daß ich Ihre neuliche Zumuthung überhaupt angenommen und an den König berichtet habe; ich soll abreisen.

Gramont sah also von den beiden schönen Forderungen des 13. Juli auch die zweite, in noch schrofferer Form als die erste, man kann kaum sagen, zurückgewiesen, sondern gar nicht angehört. Es schien ihm danach kaum mehr möglich, den Frieden zu erhalten. Auf 12 Uhr hatte der Kaiser eine neue Sitzung des Ministerraths unter seinem Vorsitz anberaumt. Als Gramont dorthin fuhr, konnte sein Wagen sich nur langsam durch die dicht gedrängten Menschenhaufen durchwinden; sie schrien den Minister an: Krieg, Krieg gegen Preußen, Krieg auf der Stelle! Mit geballten Fäusten wurde er wegen des langen Zauderns bedroht.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung nahm wieder Leboeuf das Wort und drang mit verdoppeltem Eifer auf die Mobilmachung. Noch immer widersetzte sich die große Mehrheit der Minister. Ich bin überzeugt, erklärte der Marschall, daß in Preußen die Rüstungen schon begonnen haben; es läßt Pferde in Belgien ankaufen und ruft die im Auslande lebenden Reservisten unter die Fahne zurück.[1]) Seine Behauptungen konnten natürlich von den übrigen Ministern nicht widerlegt werden; indessen stritt man Stunden lang, bis endlich Leboeuf

[1]) Das Letzte war sicher falsch. Seine Aussage in den Dépositions I, 47.

den geforderten Beschluß erlangte und sich gegen 3 Uhr entfernte, um die Befehle an die Truppentheile ausfertigen zu lassen. Die Verhandlungen des Kronraths gingen dann weiter fort; verschiedene Mittel wurden vorgeschlagen, um den Krieg zu vermeiden und die wüthende Aufregung in Paris zu beschwichtigen, aber keines zeigte eine Aussicht des Gelingens. Dennoch beharrte die Mehrheit bei ihrem versöhnlichen Sinne, und insbesondere hielt Ollivier mit großem Nachdruck die Politik des Friedens aufrecht und wurde dabei von dem Kaiser mit dessen ganzer Autorität unterstützt.[1]) Zuletzt verfiel Napoleon selbst auf seinen alten Lieblingsgedanken, eine Berufung an Europa, an einen Congreß der Mächte.[2]) Die Mehrheit ergriff die Maßregel mit Freuden, und obgleich Gramont Einwendungen und Bedenken erhob, wurde der kaiserliche Antrag genehmigt. Sogleich wurde ein Anschreiben an die Mächte aufgesetzt, mit dem Vorschlag:

> in einem Congresse aller europäischen Regierungen jenes Princip der Ausschließung der Prinzen aller Großmächte von fremden Thronen förmlich und feierlich für alle Zukunft zu sanctioniren.

Auch Gramont gab schließlich seinen Widerspruch auf und ließ sich den Congreß gefallen, indem er bemerkte, die Zustimmung König Wilhelm's zu dem Verzichte des Prinzen wäre dann die Garantie für die Gegenwart, der Congreß-

[1]) Rothan, l'Allemagne et l'Italie I, 18 ff., nach einer 1871 von Ollivier ihm gemachten Erzählung.

[2]) Gramont in seinem Buche S. 212 sagt nicht, wer den Antrag gestellt, sondern nur, daß, als der Kaiser und die Minister sich trennten, sie (nicht ohne Zögerung und nicht ohne Opfer, S. 214) bei dem friedlichen Beschlusse stehn geblieben seien. Warum ich den Kaiser als den Urheber des Beschlusses bezeichne, wird der weitere Verlauf zeigen.

beschluß, an dessen günstigen Ausfall er nicht zweifelte, die Garantie für die Zukunft: dabei würde die Kammer sich wohl beruhigen.

Gegen 6 Uhr schloß die Sitzung. Ollivier erhielt den Auftrag, die Botschaft zu redigiren, wodurch den Kammern der Congreßvorschlag am folgenden Tage mitgetheilt werden sollte. An Leboeuf erging ein kaiserlicher Befehl, die Einberufung der Reserven noch aufzuschieben. Gleich nachher zeigte Napoleon dem italienischen Gesandten Nigra die den Kammern vorzulegende Aufforderung an die Mächte, wodurch der Krieg glücklich vermieden werde.[1])

In gleich freudiger Stimmung über die Beendigung des Streites war Ollivier in seinem Cabinet mit der Ausarbeitung der Botschaft beschäftigt, als plötzlich Gramont in höchster Aufregung eintrat, einen Stoß Papiere in der Hand, darunter ein Telegramm aus München mit der Nachricht, Bismarck habe durch den preußischen Gesandten dem bayerischen Hofe melden lassen, daß der König Wilhelm, durch Benedetti insultirt[2]), sich geweigert habe, den Botschafter weiter zu empfangen. Das ist, rief Gramont, ein Backenstreich auf Frankreichs Angesicht; ich werde eher mein Amt niederlegen, als eine solche Beschimpfung dulden. Ollivier war tief erschüttert, inmitten seiner Friedensarbeit sich plötzlich einer Heraus-

[1]) Erzählung Nigra's an Beust, in dessen Memoiren, II, 359.

[2]) Dies beweist, daß es sich hier um die bei Rothan l. c. p. 17 abgedruckte Depesche des französischen Gesandten in München handelt, der preußische Gesandte habe dem bayerischen Minister erklärt, König Ludwig werde nicht unbemerkt lassen, daß Benedetti den König Wilhelm auf der Promenade in herausfordernder Weise angesprochen habe, um die Garantie für die Zukunft zu verlangen. Die übrigen französischen Gesandten melden, so viel wir wissen, nur die Ankunft des Emser Telegramms, ohne Benedetti's manière provocante zu erwähnen.

forderung und damit dem Kriege gegenüber zu sehn. Aber er widersprach nicht, als Gramont die sofortige Zusammenberufung des Ministerraths begehrte.[1])

Indessen war diese Forderung schon von einer andern Seite an den Kaiser gelangt. Im Kriegsministerium hatte der Aufschub der Mobilmachung einen Sturm der Entrüstung erregt, die sich in alle militärischen Kreise und von dort weiter in die Stadt verbreitete. Lord Lyons berichtete in diesen Stunden, die Bewegung in der Armee und in der Bevölkerung sei so stark, daß keine Regierung, die sich für den Frieden entschiede, aufrecht bleiben würde. Leboeuf fuhr nach St. Cloud zum Kaiser, fand dort die Hofgesellschaft in derselben kriegerischen Stimmung (wir werden sogleich eine Probe davon vernehmen) und errang von Napoleon die Einberufung eines nochmaligen Kronraths auf 10 Uhr Nachts.

Über diese für Frankreich verhängnißvolle Berathung liegen uns Mittheilungen von drei der Theil nehmenden Minister vor, welche ein hinreichend klares Bild der Vorgänge geben.[2])

Zunächst eröffnete der Kaiser die Sitzung mit der Beschwerde, daß das am Vormittag angelobte Geheimniß nicht gehalten worden sei. Man hat, sagte er, mir seitdem vorgeworfen, daß ich die Vorschriften des Plebiscits vergessen und meine Befugnisse überschritten hätte, indem ich meinen Räthen die Friedenspolitik gewisser Maaßen auferlegt hätte. Ich erkenne an, fuhr er fort, daß ich heute ein constitutioneller Monarch bin; ich habe also die Pflicht, Euerer

[1]) Rothan l. c. p. 19.

[2]) Leboeuf, Dépositions I, p. 47. Gramont ibid. p. 107 ss. France et Prusse 223, 232, 244. Ollivier bei Rothan l. c. 20.

Weisheit und Vaterlandsliebe zu vertrauen bei der Entscheidung darüber, was Angesichts der neuesten Vorfälle zu thun ist.

Die Verhandlung begann. Leboeuf verlangte mit höchster Dringlichkeit die sofortige Einberufung der Reserven, brachte aber auch jetzt die Mehrheit der Minister nicht von dem Vorsatze ab, zunächst sich auf diplomatische Mittel zu beschränken. Gegen 11 Uhr jedoch, fährt er in seiner Aussage vor der Untersuchungs-Commission von 1872 fort, erhielt Gramont eine Depesche, die er den Ministern vorlas, und deren Inhalt so beschaffen war, daß er beinahe alle Minister von der Unvermeidlichkeit der Mobilmachung und damit des Kriegs überzeugte. Leider hatte der unglückliche General 1872 den Inhalt dieser wichtigen Depesche wieder vergessen. Dafür klären uns Ollivier und Gramont über diese Mittheilung sattsam auf. Ollivier erzählt ganz kurz: in der Verhandlung legte Gramont dem Ministerrathe die Depeschen vor, welche die Verletzung der Ehre Frankreichs erkennbar machten, und hierauf setzte Leboeuf die sofortige Einberufung der Reserven durch.

Bemerken wir, daß Gramont die Ehrverletzung nicht in dem Inhalt oder dem Abdruck des gestrigen Berliner Telegrammes sah: wir haben dies in der Morgensitzung dieses Tags vernommen. Auch wußte er aus Benedetti's Telegrammen, daß in Ems keine Insulte vorgekommen, sondern Alles in ruhigen Formen verlaufen war. Was ihn aufregte, war die amtliche Versendung des Telegramms an alle Höfe Europas, damit sie sämmtlich gleich nach dem Ereigniß die Beglaubigung der Zeitungsnachricht erhielten, Preußen habe die Begehren Frankreichs kategorisch und unwiderruflich zurückgewiesen. Dies

Benehmen erschien ihm als die Ohrfeige auf Frankreichs Wange, so natürlich es auch nach allen seit dem 6. Juli gehaltenen grimmigen Reden und Kriegsdrohungen war, gleich nach dem Abbruch der Verhandlungen die Betheiligten (und wer in Europa war nicht betheiligt?) vor dem im Westen aufziehenden Unwetter zu warnen. Daran aber dachte Gramont nicht, sondern wüthete, daß man eine diplomatische Niederlage Frankreichs so rücksichtslos in die Welt hinausposaunte.

„Nachdem die Nachtsitzung begonnen," erklärte er 1872 der Commission, „erfuhren wir durch unsere diplomatischen Agenten, zuerst aus München und Bern, dann von allen Seiten her, daß Bismarck nicht bloß das Emser Telegramm an alle Höfe versandt, sondern neben demselben eine phantastische Geschichte in Berlin habe verbreiten lassen, nach welcher der König und Benedetti in Ems sich wechselseitig insultirt hätten." Da ihm das Gegentheil bekannt war, sah er darin eine boshafte Lüge Bismarck's, ersonnen zu dem Zwecke, den Nationalstolz der beiden Völker zu beleidigen, und damit den Krieg unvermeidlich zu machen. Die „phantastische Geschichte", die er in einer englischen Übersetzung dem Untersuchungs-Ausschuß 1872 vorlegte, war jene in Ems aufgekommene Legende, mit der Bismarck nichts zu schaffen hatte. Als Gramont dann sein Buch schrieb, ließ er sie weislich fort und ersetzte sie durch eine Times-Correspondenz über die in Berlin am 13. Juli durch die Emser Depesche erzeugte Aufregung. Leider konnte er jedoch am 14. Juli 1870 dem Ministerrath weder die Geschichte noch die Correspondenz vorlegen, weil beide erst später in England veröffentlicht wurden, so daß man beinahe denken könnte, er

habe sie seinem Berichte über die Nachtsitzung zu freier Ergänzung nachträglich hinzugefügt.

Indessen so viel Gramont auch sonst in solchen Erfindungen geleistet hat, ist mir in diesem Falle doch ein Anderes wahrscheinlicher. Am Abend des 14. Juli brachte die officiöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung in fetter Schrift eine kurze Notiz, Benedetti habe die Regeln des diplomatischen Verkehrs so weit aus den Augen gesetzt, daß er sich nicht enthalten, den König in der Badekur zu stören, ihn auf der Promenade über die Angelegenheit zu interpelliren und ihm Erklärungen abdringen zu wollen. Wenn Le Sourd den Artikel sogleich nach Paris telegraphirte, so konnte es geschehn, daß er gegen 11 Uhr dem Minister in die Sitzung nachgeschickt, und von diesem im kriegerischen Sinne ausgebeutet wurde. Zwar meldete der Artikel keine Insulte von irgend einer Seite, immer enthielt er aber eine Rüge gegen eine gewisse Verletzung der Formen durch Benedetti; dazu stand er in einem halbamtlichen Blatte und ließ sich also gegen Bismarck als neue öffentliche Beleidigung Frankreichs verwerthen. Dies wäre denn der von Leboeuf bezeichnete Artikel, der das Maaß zum Überströmen gebracht hätte.[1])

[1]) Sorel (histoire diplomatique I) hat die Vermuthung aufgestellt, die von Leboeuf bezeichnete entscheidende Depesche sei eine in Gramont's Hände gerathene Abschrift des Berichts des Lord Loftus über Bismarck's drohende Äußerungen am 13. Juli gewesen, und Oncken und Delbrück haben diesem Gedanken eifrig zugestimmt. Ich sehe nicht ab, warum dann Ollivier und Gramont in ihren von einander unabhängigen Aussagen die Verwendung des angeblich entscheidenden Actenstücks so vollständig verschwiegen hätten. Man würde verstehn, daß sie in der öffentlichen Kammerverhandlung am 15. Juli nicht davon reden, da sie damals durch den unrechtmäßigen Besitz der Abschrift den Lord Loftus schwer hätten compromittiren können. Aber

Übrigens berichtet über den Verlauf der Sitzung Gramont noch weiter: „Es folgten dieser Meldung sehr bald andere Nachrichten, daß die Preußen gegen unsere Grenzen im Anmarsche seien und sich mit wunderbarer Geschwindigkeit concentrirten. Damals also war es, daß die Regierung die Nothwendigkeit der Mobilmachung anerkannte und von der Kammer die Mittel zu dem Widerstand gegen einen Angriff, dessen Gefahr mit jedem Tage wuchs, zu fordern beschloß. Ich sah ein, daß der Friede unmöglich geworden, und fügte mich dem Entschluß zum Kriege, in der vollen Überzeugung des Siegs."

Daß am 14. Juli in Deutschland noch nicht die geringste Vorkehrung zur Mobilmachung, geschweige zum Marsch gegen die französische Grenze getroffen war, kann man nicht bloß im preußischen Generalstabswerk, sondern auch in den französischen Aussagen Benedetti's und Stoffel's nachlesen.[1])

Gramont wollte jetzt entschieden den Krieg, weil er bei friedlicher Politik durch die Kammer oder die Armee beseitigt und durch einen noch kampflustigeren Nachfolger ersetzt zu werden fürchtete. Eine ähnliche Erwägung hatte jetzt auch

im Jahre 1872 druckt Gramont die Depesche in seinem Buche ab und erzählt, daß er die Abschrift durch einen geheimen, auch jetzt noch nicht zu enthüllenden Canal erhalten habe; er gibt sie hier als Beweis für Bismarck's feindselige Gesinnung; warum hätte er unter diesen Umständen kurz vorher dem Untersuchungs-Ausschuß ihre Verwendung und Wirkung verschwiegen, wenn eine solche Statt gefunden hätte? Unter die von ihm betonten Verletzungen der französischen Ehre kann ein Gespräch nicht gerechnet werden, welches in Berlin unter vier Augen und der Decke des Amtsgeheimnisses Statt findet, und zur Diskreditirung des bis dahin beschlossenen Congresses hätte die Depesche nicht viel beigetragen; denn so weit war den französischen Ministern Bismarck's energische Handlungsweise bekannt, daß sie nicht auf dem Congresse kräftige Gegenreden und Gegenbeschwerden von ihm erwartet hätten.

[1]) Benedetti, ma mission p. 9. Stoffel, rapports p. 453.

den lange schwankenden Ollivier zum Entschluß gebracht. Werden wir gestürzt, sagte er damals, so beginnt ein reactionäres Ministerium den Krieg und benutzt seinen Sieg zur Herstellung des Despotismus von 1852.

Trotz alledem kam der Beschluß nicht ohne Widerspruch zu Stande. Noch einmal machte der Kaiser einen Versuch, den Plan eines europäischen Congresses zu retten. Aber kaum hatte er das Wort Congreß ausgesprochen, so schrie Gramont ihn an: Sire, wenn Sie noch einmal von Congreß reden, so schleudere ich mein Portefeuille Ihnen vor die Füße.[1]) Da auch Leboeuf über einen gleichen Entschluß keinen Zweifel ließ, fiel Napoleon in sein ohnmächtiges Schweigen zurück. So beschloß die Mehrheit des Ministeriums[2]) um Mitternacht, die Befehle zur Mobilmachung sofort zu erlassen und am nächsten Tage auf die Interpellation Duvernois' über die Garantien triumphirend zu antworten: Garantien haben wir nicht erlangt, aber wir bringen Euch den Krieg.

Am Morgen des 15. Juli stellte der Ministerrath die Form für die verhängnißvolle Kundgebung fest. Sie wurde eröffnet durch einen geschichtlichen Überblick über den Verlauf der Unterhandlungen von ihrem Beginn bis zu der Weigerung des Königs, auf das so gemäßigte und höfliche Begehren einer Garantie für die Zukunft einzugehn. Obgleich uns, hieß es dann weiter, diese Weigerung unentschuldbar schien, war unsere Friedensliebe doch so stark, daß wir die Verhandlung nicht abbrechen wollten. Da erfuhren wir zu unserer

[1]) Gramont erzählte es am folgenden Tage dem Grafen Vitzthum (siehe unten).

[2]) Nach Thiers, Dépositions p. 9, hatten die Herren Chevandier de Valdrome und Segris ihm versprochen, für den Frieden zu stimmen.

höchsten Überraschung, daß der König von Preußen durch einen Adjutanten unserm Botschafter hatte sagen lassen, er werde ihn nicht weiter empfangen, daß seine Regierung, um dieser Maaßregel einen unzweideutigen Charakter zu geben, sie amtlich den Cabinetten Europas mitgetheilt hatte, daß Werther hatte Urlaub nehmen müssen, und daß die Rüstungen in Preußen begonnen hatten. Unter diesen Umständen, lautete der Schluß, wären weitere Versuche zu einer Aussöhnung eine Verläugnung unserer Würde und eine Unklugheit gewesen. Wir haben Alles gethan, um den Krieg zu vermeiden; wir bereiten uns, den Kampf zu bestehn, den man uns entgegen trägt, indem wir einem Jeden den Theil der Verantwortlichkeit überlassen, der ihm zukommt. Gestern haben wir unsere Reserven einberufen und werden unter Ihrer Mitwirkung sofort alle Maaßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren.

Diese Erklärung verlas darauf Gramont im Senat, Ollivier im gesetzgebenden Körper. Zugleich brachte der Kriegsminister zwei Gesetzentwürfe ein, über die Activirung der mobilen Nationalgarde und über die Anwerbung von Freiwilligen; ein vorläufiger Credit von fünfzig Millionen wurde für das Heer, ein anderer von sechzehn für die Flotte beantragt. Gramont hatte im Senat ein kurzes und müheloses Geschäft. Die hohe Versammlung kaiserlicher Günstlinge, pensionirter Excellenzen und klerikaler Generale nahm die Botschaft mit solchem Enthusiasmus auf, daß der Präsident bei der Bewegung aller Herzen jede weitere Berathung für unmöglich erklärte und die Sitzung schloß. Gramont begab sich darauf in den gesetzgebenden Körper, wo sein College einen nicht ganz so leichten Stand hatte. Zwar war kein

Zweifel an der Majorität. Denn zu der kriegslustigen äußersten Rechten traten jetzt die im Herzen friedliebenden, aber der Regierung stets gehorsamen Männer der Rechten, so wie die Chauvinisten der beiden Centren hinzu. Aber in der hitzigsten Erregung erhob sich gegen sie die äußerste Linke, die republikanische Gruppe, Arago, Jules Favre, Picard und Genossen. Allerdings hatten sie oft genug den Kaiser wegen seiner schmählichen Langmuth gegen Preußen verächtlich zu machen gesucht: jetzt aber, als es Ernst mit dem Kriege wurde, ergriff sie wieder die Angst vor einem schrankenlosen Säbelregiment, wenn Napoleon als siegreicher Triumphator aus dem Feldzug zurückkehre, und so wurden sie auf's Neue zu Aposteln menschenfreundlicher Friedensliebe. Vor ihnen Allen aber warf sich sogleich nach der Vorlesung des ministeriellen Programms der alte Thiers in den Kampf, auch er zur Überraschung seiner Zuhörer in scheinbarem Widerspruch mit seiner ganzen Vergangenheit. Denn freilich hatte er mehr als ein anderer Mensch in Frankreich die Meinung verbreitet, daß das Emporwachsen Preußens die Lebensinteressen Frankreichs schwer beschädige, daß Napoleon gegen diese Gefahren längst hätte einschreiten müssen. Auch jetzt hielt er diese Auffassung unerschütterlich fest; gewiß werde die Zeit kommen, wo Frankreich die Folgen von Sadowa auszutilgen habe. Allein wir sahn schon, wie er gleich nach dem Rücktritt des Prinzen Leopold sich bei Ministern und Abgeordneten eifrig um die Erhaltung des Friedens bemühte. Jetzt ergoß er seinen Zorn in einer von überlegener Meisterschaft getragenen Rede über die Unfähigkeit, mit der vom ersten Schritte bis zum letzten die Minister einen schlechten Anlaß zum Kriege ergriffen, die öffentliche Meinung Europas

beleidigt, durch sinnloses Überstürzen jede Vermittlung unmöglich gemacht, nach Erreichung des Wesentlichen, des Verzichts des Prinzen, eine nichtsnutzige Zänkerei um Worte erhoben hätten. Nicht für ein großes Interesse Frankreichs, rief er, sondern durch die Fehler des Cabinets haben wir den Krieg. Gleich seine ersten Worte erregten den Grimm der Arkadier und der Klerikalen. Ihr Geschrei unterbrach ihn bei jedem Satze: Vaterlandsverräther, elender Preuße, heilloser Schwätzer! — so flogen ihm in wildem Tumulte die Schimpfreden in das Angesicht. Der siebenzigjährige Veteran aber wich und wankte nicht; er klammerte sich fest an die Rednerbühne, bis er trotz alles Lärmens seinen Antrag auf Vorlage der Depeschen und Actenstücke begründet hatte. Wie hier der bisherige Preußenfeind mit aller Kraft den Frieden forderte, so vertheidigte jetzt Ollivier, der alte Freund Deutschlands, die Kriegspolitik der Regierung. Wir haben, führte er aus, Alles gethan, den Bruch zu vermeiden, wir haben selbst die Weigerung des Königs, eine Garantie für die Zukunft zu geben und unsern Botschafter nochmals zu empfangen, ruhig hingenommen. Aber als Graf Bismarck in hastiger Eile und offenbar böswilliger Absicht diese Weigerung allen Cabinetten mittheilte, da mußten wir in diesem Verfahren allerdings eine Beschimpfung Frankreichs erkennen, waren gezwungen, zur Herstellung unserer Ehre das Schwert zu ziehn, und durften um so weniger zaudern, als uns die Mobilmachung und der Anmarsch der preußischen Armee gemeldet wurde.

Hier sprach er das für immer an ihm haftende Wort: wir wissen, daß wir damit eine große Verantwortung auf uns genommen haben, wir tragen sie mit leichtem Herzen.

Vergebens setzte er auf einen Ausruf des Unwillens von linksher hinzu: Keine Sylbenstechereien, ja mit leichtem Herzen, nämlich mit reinem Gewissen. Der indessen eingetretene Gramont kam ihm zu Hülfe: es handelt sich um Frankreichs Ehre; müßte ich das Unmögliche erleben, eine Kammer, die sich dafür unempfindlich zeigte, so würde ich nicht fünf Minuten lang Minister bleiben. Ein rauschender Beifall belohnte ihn für die stolze Phrase, und die Kammer erwählte darauf eine Commission von zehn Mitgliedern zur sofortigen Berathung und Berichterstattung über die von der Regierung beantragten Gesetzentwürfe und Credite. Die Herrn gehörten sämmtlich der kriegerisch gesinnten Mehrheit an; immer aber hatte auch auf sie Thiers' wuchtiger Tadel Eindruck gemacht, daß nach dem Verzichte des Prinzen das Ministerium neue grundlose Forderungen erhoben, dadurch den Frieden zerstört und alle Sympathien Europas verscherzt hätte. Nachdem zuerst Leboeuf die entschiedene Erklärung gegeben, Frankreich sei zum Kriege bereit, vollständig bereit, und habe gegen die preußische Rüstung einen Vorsprung von mehreren Tagen, eine Versicherung, die allerdings zu der eben vernommenen Angabe des Heranziehens der längst mobilisirten preußischen Armee wie die Faust auf das Auge paßte, stellte der Vorsitzende der Commission, Herzog von Albufera, an Gramont die Frage, ob es richtig sei, daß die Regierung von Anfang an stets dieselbe Forderung an den König von Preußen gestellt habe; es sei dies ein Punkt von höchster Wichtigkeit. Da geschah nun das Unglaubliche. Gramont erklärte, von Anfang an habe die Regierung den Zweck verfolgt, durch die thätige Betheiligung des Königs an dem Verzicht des Prinzen eine Garantie für die Zukunft zu gewinnen. Schon

hierin lag, unter Vermeidung einer formellen Lüge, eine thatsächliche Täuschung der Commission. Das Ärgste aber sollte noch folgen. Als Albufera um Vorlage der betreffenden Depeschen bat, holte Gramont aus seiner Mappe einige Papiere heraus, gab sie aber nicht aus der Hand, sondern las, unter Verschweigung des Datums und einfacher Bezeichnung der Ordnungsnummer, Eins, Zwei u. s. w., aus Nummer Eins einen Satz vor: Ein Verzicht des Prinzen würde erst dann seine volle Wirksamkeit haben, wenn der König ihm beiträte und zugleich verspräche, dem Prinzen zu verbieten, auf die Candidatur zurückzukommen. Hier liegt nun der formelle Betrug zu Tage. Es war nicht das erste Telegramm an Benedetti vom 7., sondern das zehnte vom 12. Juli, eben dasselbe, worin die neue Forderung der Garantien dem Botschafter übermittelt wurde. Natürlich hätte jeder Leser des Schriftstücks sofort das Datum und die Anfangsworte erblickt, die von der Anzeige des Verzichts durch den Fürsten Anton redeten, und damit die Falschheit der ministeriellen Angabe vor Augen gehabt. Eben deshalb legte Gramont das Papier den Abgeordneten nicht vor und verschwieg bei der Verlesung den ersten Satz. So ließ sich die Commission über den wichtigen Punkt beruhigen und nahm ebenso bereitwillig Gramont's Erläuterungen über die Beschimpfung Benedetti's und Andeutungen über mögliche Bündnisse mit Österreich und Italien entgegen. Sie empfahl gleich nachher der Kammer die Genehmigung der Credite und Gesetzentwürfe, unter der Erklärung, daß sie von den Ministern überall die actenmäßige Auskunft erhalten habe. Alles Widerstreben von Thiers, Jules Favre und Gambetta war vergeblich; mit einer überwältigenden Majorität wurden die Anträge der Commission zum Beschluß erhoben.

Der opferreichste Krieg des Jahrhunderts wurde am 6. Juli wegen eines aus der Luft gegriffenen Argwohns veranlaßt, am 13. durch eine ungebührliche Zumuthung unvermeidlich, am 15. auf Grund einer ministeriellen Fälschung entzündet.

In der Nacht war wieder lebhaftes Treiben und Jubiliren in den Pariser Straßen. Große Banden von mehreren hundert Menschen zogen mit Fahnen und bunten Laternen hin und her, riefen hoch Frankreich, nieder mit Preußen, es lebe der Krieg, sangen die Marseillaise und prügelten unbarmherzig einen Jeden, der ein Hoch auf den Frieden auszubringen wagte. Gleiche Bekundung des Volkswillens wurde aus mehreren Städten der Provinz gemeldet. Es schien kein Zweifel mehr: die öffentliche Meinung Frankreichs forderte ungestüm den Krieg. Zwar die Berichte der Präfecten, die sonst sehr ungern einem ausgesprochenen Willen des Ministeriums zu widersprechen wagten, ergaben nach einigen Tagen, daß nur in 16 Departements die Stimmung lebhaft für den Krieg, in 34 aber entschieden gegen denselben war, und in 37 die Ansichten durch einander schwankten. Aber was half es? Der Wille der Hauptstadt war der Wille Frankreichs, und der Wille der politisch thätigen Classen, der Staatsmänner und Parteiführer, der Schriftsteller und Zeitungsschreiber, dieses Mal auch der Kleriker und der Offiziere war der Wille von Paris. Als das Kriegssignal einmal gegeben war, flammte bei der Jugend aller Orten patriotisches Ehrgefühl und soldatische Kampflust hoch auf; seit vier Jahren war der Ärger über Preußen gründlich geschürt worden, und weithin durch das Land erscholl der Ruf: dies Preußen will uns die erste Stelle in Europa nehmen, nieder mit ihm!

Während die französischen Minister sich so kopfüber in die Wirbel des Kriegs stürzten, machte Kaiser Napoleon noch einen letzten, freilich aussichtslosen Versuch zur Erhaltung des Friedens.[1])

Am 11. und 12. Juli hatte, wie wir sahn, Graf Beust Gramont's Politik auf das Schärfste getadelt und dringend zum Frieden gemahnt. Kaum aber war es geschehn, so ergriff ihn die Sorge, ob er damit nicht schweren Groll der französischen Regierung über sich und Österreich hereinziehn würde; er befahl demnach am 13. dem Grafen Vitzthum, sofort von Brüssel nach Paris zu eilen und sich über die Lage der Dinge zu erkundigen. Gleich nach seiner Ankunft erhielt dieser von dem Fürsten Metternich die Erklärung, hier sei nichts mehr zu halten, der Krieg breche los wie ein Elementarereigniß, wie ein Erdbeben. Am 14. suchte Vitzthum vergebens eine Zusammenkunft mit Gramont nach, der zwischen seinen drei Sitzungen für diplomatische Conferenzen wenig Zeit übrig hatte. Am 15. Vormittags aber gewährte Napoleon dem Grafen eine Audienz in St. Cloud, empfing ihn äußerst freundlich und sagte, er werde wohl verwundert sein über die plötzliche Wendung der Dinge. Vitzthum bestätigte dies mit vollem Brustton. Was wollen Sie, rief der Kaiser, wir waren zu weit vorgegangen; wir konnten nicht zurück. Er äußerte einige Besorgniß, von den deutschen Massen überrannt zu werden, und meinte, da Österreich den Sieg Frankreichs wünschen müsse, möchte es durch Aufstellung eines Observationscorps an der böhmischen Grenze die Preußen nöthigen, seine Streitkräfte zu theilen. Als ihm Vitzthum jede solche Hoffnung benahm, aber sicher verhieß, daß Öster-

[1]) Das Folgende aus ungedruckten Memoiren.

reich diplomatisch das Mögliche zur Abwendung des Kriegs thun würde, sprach Napoleon darüber seine Freude aus und gab dem Grafen in aller Form den Auftrag, in seinem Namen den Kaiser Franz Joseph um die Berufung eines europäischen Congresses zur Regelung des Zwistes zu bitten.

Den Herzog von Gramont zu sprechen, gelang Vitzthum auch an diesem Tage erst am Abend, unmittelbar vor seiner Abreise. Der Minister kam eben aus der Kammer und war in höchster Aufregung. Der Krieg ist entschieden, rief er, und wenn Österreich seine Interessen begreift, so geht es mit uns. Vitzthum erwiderte: Die Audienz, die mir der Kaiser heute Morgen bewilligt hat, erlaubt mir nicht, den Krieg für unvermeidlich zu halten; Se. Majestät hat mich ausdrücklich beauftragt, meinen erlauchten Herrn zu bitten, einen europäischen Congreß vorzuschlagen. Bei dem Worte Congreß gerieth Gramont in eine unbeschreibliche Wuth und polterte heraus, wie er gestern im Conseil diesen Antrag des Kaisers niedergeschlagen hätte. Wir haben unsere Reserven einberufen, schloß er, und Leboeuf hat uns erklärt, daß wir archiprêts seien.

Vitzthum brach ab und ging zum Bahnhof. Metternich, der ihn begleitete, sagte: Es ist gut, daß Sie ihn noch gesehn haben; nun können Sie mir bezeugen, daß es verlorene Mühe wäre, einem Menschen Vernunft zu predigen, der den Kopf völlig verloren hat und nicht mehr zurechnungsfähig ist.

Von einem Congreß konnte für jetzt keine Rede sein. Napoleon aber schrieb einige Tage später in düsterer Niedergeschlagenheit an seine seit Jahren vertrauteste Freundin, die fern von aller Politik in tiefer Zurückgezogenheit lebende Königin Sophie von Holland: Ich habe diesen Krieg nicht

gewollt, ich bin durch die öffentliche Meinung dazu gezwungen worden. Die Königin, eine entschiedene Feindin Preußens, schrieb auf das Blatt: Es ist wahr, hier ist er unschuldig; sein Verbrechen war 1866.

An demselben 15. Juli, an welchem Frankreich aus Eifersucht auf Preußens Wachsthum den Angriffskrieg beschloß, reiste König Wilhelm von Ems nach Berlin zurück, um, wenn es so geschähe, die Vertheidigung zu sichern. Wenn früher einzelne Stimmen die Geduld getadelt hatten, mit der er die französischen Zumuthungen anhörte, jetzt, nach seinem kräftigen Entschlusse zu ihrer Abfertigung, war sein Volk ihm dankbar, daß er bis an die äußerste Grenze der Langmuth gegangen war und damit die Friedensliebe und das gute Gewissen Deutschlands der Welt offenbar gemacht hatte. Wo der königliche Zug anhielt, waren die Bahnhöfe mit gedrängten Menschenmassen erfüllt, welche den greisen Herrscher mit unablässigen Jubelrufen begrüßten. Da war kein Unterschied von Alt und Jung, von Stadt und Land, von altpreußischen und annectirten Provinzen, die Bewegung war ebenso stark und einmüthig in den hessischen und den hannoverschen, wie in den niedersächsischen und brandenburgschen Orten. Der Kronprinz, Bismarck, Roon und Moltke waren dem Könige bis Brandenburg entgegengefahren, um ohne Zeitverlust gleich die dringlichsten Vorkehrungen mit ihm zu besprechen. Noch wollte der König nicht an den Ausbruch des Kriegs glauben; er dachte, daß jetzt die französische Aufregung sich beruhigen würde. Als aber der Zug in den ebenfalls von dichten Menschenmassen erfüllten und umlagerten Berliner Bahnhof eingelaufen war, überreichte auf dem Perron Herr von Thile dem Grafen Bismarck das eben

aus Paris gekommene Telegramm mit der Erklärung der französischen Minister. Es wurde Sr. Majestät vorgelesen; der König sagte: Das sieht ja sehr kriegerisch aus, da werden wir wohl drei Armeecorps sogleich mobil machen müssen. Bismarck sagte: Majestät, das wird nicht reichen, die Franzosen mobilisiren jetzt schon ihre ganze Armee. Der König befahl darauf Bismarck eine nochmalige Vorlesung der ganzen Depesche. Aber das ist ja die Kriegserklärung, rief er jetzt in tiefer Bewegung, also wirklich, noch einmal ein solcher Krieg? Es ist wahr, sagte er darauf, es ist der Krieg; nun denn, so sei es, in Gottes Namen. Der Kronprinz wandte sich zu den hinter ihm stehenden Officieren mit dem Rufe: Krieg, Mobil! Worauf ihn der König unter Thränen lebhaft umarmte.[1]) Die Kunde flog rasch hinaus zu den draußen harrenden Menschenmassen, und ein gewaltiges Hurrah aus viel tausend Kehlen antwortete, daß die Fensterscheiben zitterten, und pflanzte sich fort auf den Platz und durch alle Straßen, durch welche der König zu seinem Palaste fuhr. Auch hier drängte sich die Volksmenge, hochrufend und das Heil im Siegeskranz singend. Nachdem der König sich mehrere Male am Fenster gezeigt und seinen Dank hinabgewinkt hatte, erschien gegen 11 Uhr ein Officier auf der Rampe: Se. Majestät halten Kriegsrath und lassen um Ruhe bitten. Sofort ertönte es drunten: Der König will Ruhe haben, und in zwei Minuten waren die Massen wie weggekehrt, und der weite Platz lag in stiller Einsamkeit. Noch in der Nacht gingen dann die Befehle zur Mobilmachung hinaus an die Truppen und die entsprechenden Depeschen an die süddeutschen Verbündeten.

[1]) Nach mündlichen Mittheilungen von Augenzeugen. Vgl. Bismarck's Immediatbericht vom 23. September 1888.

Am folgenden Morgen las man in allen Städten und Dörfern Norddeutschlands den Anschlag: Alles einziehn, auch Garde und dritte Augmentation, erster Tag der Mobilmachung 16. Juli. In raschem Zuge verbreitete sich der Ruf zu den Waffen bis in die entlegensten Gehöfte; er erging an die Bewohner der reichsten Paläste und der ärmsten Hütten, und überall regte er den gleichen muthigen Aufschwung an. Von dem deutschen Volk im Ganzen gilt, was wir früher einmal von den preußischen Königen bemerkten: es ist ein kriegsstarkes, aber kein kriegslustiges Geschlecht. Hier war keine Rede von europäischer Präponderanz und noch weniger eine Spur von Offensivgedanken gegen den Nachbar im Westen gewesen. Man freute sich des hoffnungsvollen friedlichen Daseins; man wollte die Erträgnisse des gedeihlich lohnenden Wirkens genießen; man wünschte nach Goethe's Spruch zu leben: Tages Arbeit, Abends Gäste, saure Wochen, frohe Feste. Plötzlich stürmte in diesen Friedenszustand auf den Anlaß einer spanischen Königswahl der französische Angriff hinein, der allem Volke als ein Wahnsinn oder eine Verruchtheit erschien, und nun wallte das sonst so ruhige deutsche Blut in heftiger Erbitterung auf, und der alte furor teutonicus warf sich dem französischen Elan mit riesenhafter Wucht entgegen. Eben weil aus dem Drang der Vertheidigung entsprungen, war die Erregung tiefer und allgemeiner als in Frankreich. Der ideale Gedanke der deutschen Einheit wirkte zusammen mit der realen Gefährdung aller privaten Verhältnisse. Der Landwehrmann, der Weib und Kind, nur zu oft in bitterer Noth, zurücklassen mußte, ballte beim Ausmarsch die Faust: Gott sei dem Franzosen gnädig, der mir unter die Hände kommt. Die jungen Soldaten nahmen

Abschied von den Eltern, die in Sorge und Thränen und doch stolz und glückselig die fröhlich hinausziehenden Söhne, vielleicht zum letzten Male, in die Arme schlossen. Die Hörsäle der Universitäten verödeten; die Studenten, die noch nicht gedient hatten, reisten im Lande umher, um ein Regiment zu suchen, welches sie aufnähme, meist vergeblich, denn alle Cadres waren voll und übervoll; wenn sie nicht in einem Ersatzbataillon Unterkunft fanden, bildeten sie wohl sogenannte Nothhelfer-Colonnen, nicht selten unter der Führung von Professoren, welche trotz ihres Alters die innere Bewegung nicht zu Hause litt, mit dem Hauptzweck, die Verwundeten auf den Schlachtfeldern aufzulesen: sie sollten zahlreiche und gefährliche Arbeit erhalten. In allen Gemeinden entstanden Vereine zur Einrichtung zweckmäßiger Lazarethe, zur Sammlung von Verbandzeug, Lebensmitteln, Kleidungsstücken aller Art für die Kämpfer und die Kranken draußen im Felde. Deutscher Gewerbfleiß hatte eine Menge junger Männer in alle Länder Europa's geführt; sie Alle eilten auf die erste Nachricht, ohne auf die amtliche Berufung zu warten, zu den heimischen Fahnen zurück. Die Schriftsteller riefen die Erinnerung an die gleiche Erhebung von 1813 wach, die Dichter fügten den alten Gesängen von Arndt, Körner und Schenkendorf neue Kampfeslieder hinzu, einige, z. B. Geibel's prachtvoller Siegesjubel, von höchster poetischer Wirkung; es gab keine Zeitung, welche nicht Tag für Tag die Begeisterung zu steigern gesucht hätte. Lange Jahrhunderte waren vorübergegangen, wo überall Deutsche gegen Deutsche gekämpft hatten, ohne zu wissen, was sie thaten: jetzt endlich war die deutsche Volksseele ihrer Einheit und ihrer Kraft bewußt geworden, und Millionen drängten sich mit freudigem

Entschlusse zu dem neuentdeckten Bruderbunde und zur Abwehr des alten schlimmen Widersachers. Dieser Krieg sollte nicht ein Turnierplatz ritterlicher oder diplomatischer Kampfspiele werden: nein, es stand fest bei Fürsten und Bauern, bei Staatsmännern und Soldaten, man wolle kämpfen bis zum letzten Athemzuge oder der gründlichen Überwältigung des Friedenstörers. Alle andern Interessen traten zurück, die Gegensätze der Parteien und der Confessionen verblaßten; aus dem geselligen Verkehr verschwand der Luxus und die Eifersucht der Coterien; keine niedrige Sorge, keine gemeine Selbstsucht durfte sich hervorwagen: es war, als wären vor dem mächtig emporsteigenden Bilde des Vaterlandes die Menschen besser und reiner geworden. Wer in Deutschland das Glück gehabt hat, diese ersten Tage der nationalen Auferstehung zu erleben, wird ihr Andenken als heiligen Schatz sein Lebenlang im Herzen bewahren.

Gleichzeitig mit dem Erscheinen der Mobilmachung zermalmte Bismarck am 16. Juli durch einen Bericht an den Bundesrath die nichtigen Vorwände Gramont's für die Entzündung des Kriegs, indem er die Thatsachen darlegte, daß der Vorschlag der Candidatur Hohenzollern ausschließlich von Spanien ausgegangen, daß eine vorläufige außeramtliche Befragung durch Prim in tiefem Geheimniß erfolgt und vom Könige lediglich als Familiensache erwogen worden sei, daß die entscheidende amtliche Verhandlung ohne Betheiligung des Königs zwischen Madrid und Sigmaringen Statt gefunden, und Prinz Leopold gemäß dem ihm zustehenden Rechte ohne Vorwissen des Königs die Candidatur angenommen, der König aber nach dem Hausgesetze keine Befugniß zu Befehl oder Verbot in dieser Sache gehabt habe. Somit sei die französische Forderung eines

Verbots für alle Zukunft eine ungereimte, und der Abbruch der Emser Verhandlung unerläßlich gewesen. Eine Beschimpfung des französischen Botschafters sei nach dessen eigenem Zugeständniß nicht vorgekommen und auch in dem bekannten Zeitungstelegramm nicht angedeutet worden. An die preußischen Gesandten sei darüber keine andere Mittheilung als die Zusendung dieses Zeitungstelegramms erfolgt.

Auf diesen Vortrag sprach der sächsische Bundescommissar, Minister von Friesen, die unbedingte Zustimmung seiner Regierung aus und schloß mit den Worten: Frankreich will den Krieg; möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden. Alle übrigen Mitglieder des Bundesraths traten dieser Erklärung einstimmig bei.

Nachdem am 19. Juli Le Sourd amtlich die französische Kriegserklärung, einen kurzen Auszug aus der Mittheilung an die Kammern vom 15., übergeben hatte, trat auf Berufung des Bundes-Präsidiums an demselben Tage der norddeutsche Reichstag zusammen. Auf die Thronrede des Königs, die in würdigen und ernsten Worten den durch Frankreichs leidenschaftliche Erregung grundlos veranlaßten Krieg beklagte und dann die Zuversicht auf die Eintracht und Opferwilligkeit des deutschen Volkes aussprach, antwortete am folgenden Tage das Haus durch eine begeisterte, einstimmig angenommene Adresse, die mit dem Satze schloß: Das deutsche Volk wird auf der Wahlstatt den Boden der Einigung finden. Ebenso einstimmig genehmigte das Haus in erster und zweiter und am 21. in dritter Lesung die beantragte Kriegsanleihe von 120 Millionen Thaler, und beschloß zugleich gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, die im Herbst zu Ende gehende Legislatur-Periode des gegen-

wärtigen Reichstags bis zum Schlusse des Jahres zu verlängern. In diesem Augenblick dachte man nicht an Wahlen, sondern an Schlachten, ein einziger großer Zug ging durch die Gemüther, der Drang, zum Schutze des Vaterlands die Hand der Vertheidiger und ihrer Führer zu stärken.

In denselben Tagen kam auch im deutschen Süden, wenngleich nicht ohne harten Kampf, der nationale Aufschwung zu voller Entfaltung. In München hatte vom 13. bis zum 15. Juli, also während des Höhenstandes der Krisis in Paris, die zweite Kammer das Militärbudget berathen. Die Majorität gehörte der ultramontanen oder, wie sie selbst sich nannte, der patriotischen (für das bayerische Vaterland sorgenden) Partei, zur Zeit verstärkt durch einige demokratische Stimmen, an. Sie erklärte, daß das stehende Heer durch seinen Aufwand an Arbeitskraft und Geld das Land ruinire; eine Ausgabe von 15 Millionen Gulden für Militärzwecke könne das bayerische Volk nicht länger aufbringen, man müsse zum Milizsystem mit einer Dienstzeit von acht Monaten übergehn, die für die Ausbildung des Soldaten völlig hinreiche und mit der Hälfte der bisherigen Kosten zu bestreiten sei. Als der Ministerpräsident und der Kriegsminister von Pranckh mit großem Nachdruck auf die von Frankreich drohende Kriegsgefahr hinwiesen, kam die Antwort: Wir berathen hier ein Friedensbudget; gibt es Krieg, so werden wir das Nöthige bewilligen; nach dem Kriege gibt es wieder Frieden, und dann treten die jetzt zu fassenden Beschlüsse in Kraft. Die Mehrheit war um so dringender in ihrer Forderung, als mit der Auflösung des stehenden Heeres das ihr verhaßte preußische Bündniß inhaltlos geworden wäre: freilich übersah sie in ihrem Eifer, daß dadurch die Regierung, die das feste Wehr-

system von 1867 um keinen Preis zerrütten lassen wollte, um so mehr zu engem Anschlusse an Preußen gedrängt wurde. Als in der Kammer am 15. Juli die Generaldebatte schloß, hatte der Präsident den richtigen Tact, den Beginn der Specialdebatte zu vertagen. Daß er es aus guten Gründen gethan, zeigte sich sogleich nachher, denn unmittelbar nach dem Schluß der Sitzung kam aus Paris die Nachricht von der in der Kammer erfolgten Ankündigung des Kriegs.

Über die Haltung der bayerischen Regierung war bereits kein Zweifel. Am 16. Juli wurde die Mobilmachung der Armee, gleichzeitig mit der preußischen, verkündet. Ultramontane und demokratische Zeitungen, die sich in heftigen Schmähungen gegen einen Krieg an Preußens Seite ergingen, wurden von der Polizei mit Beschlag belegt. Es wäre kaum nöthig gewesen, denn die deutschpatriotische Stimmung der Bevölkerung war jetzt zu einer solchen Hitze gesteigert, daß in München der Redacteur eines ultramontanen Blattes um seine Aufnahme in das Polizeigefängniß bat, weil er zu Hause seines Lebens nicht mehr sicher sei. Am 17. Juli war der große Platz vor dem Residenzschlosse Stunden lang von dichtgedrängten Menschenmassen erfüllt, welche dem Könige in brausenden Jubelrufen ihren Dank für seinen kräftigen Entschluß darbrachten. In Nürnberg sprach eine Volksversammlung von 4000 Männern, an der sich hier auch die Demokraten betheiligten, die Erwartung aus, nach der frevelhaften französischen Kriegserklärung werde die Volksvertretung einmüthig alle Mittel zur energischen Durchführung des Kampfes bewilligen, und die junge Mannschaft sich freudig dem Vaterlande zur Verfügung stellen. Diesem letzteren Auf-

ruf kam die Erfüllung zuvor; in allen Theilen des Landes strömten die Burschen streitlustig zu den Fahnen. Anders aber stand es noch bei der Volksvertretung. Am 18. Juli brachte die Regierung den Antrag auf Bewilligung eines Credits von 5 Millionen Gulden für die Kosten der Mobilmachung und von weitern 21 für die folgenden Monate bis zum Jahresschlusse bei der zweiten Kammer ein, bemerkte übrigens vorsichtiger Weise, noch habe die Regierung den casus foederis nicht anerkannt, noch schwebten Vermittlungsanträge, denen sich auch Bayern angeschlossen habe. (Bayern hatte einen Vorschlag nach Berlin gelangen lassen, Preußen möge das bekannte Princip der Ausschließung der Prinzen der Großmächte von fremden Thronen anerkennen, was bei der jetzigen Sachlage in Berlin natürlich kein Gehör mehr finden konnte.) Auf die Kammermehrheit machte die Zurückhaltung der Regierung, die im eignen Herzen durchaus für den Krieg entschlossen war, nicht den geringsten Eindruck; im Gegentheil, sie ermuthigte die Ultramontanen zu völlig rückhaltloser Opposition. Die Partei beschloß die Überweisung des Antrags an einen besondern Ausschuß und gab sich in der Abendsitzung ihres Clubs das Wort, nur für Aufrechthaltung bewaffneter Neutralität Geldmittel, und zwar in stark vermindertem Betrage, zu bewilligen.

Im Namen des Ausschusses erstattete in der Sitzung am 19. Nachmittags der Abgeordnete Jörg Bericht. Als Redacteur der Historisch-politischen Blätter hatte er bereits viele Artikel über auswärtige Politik geschrieben, war seiner Erfahrung auf diesem Gebiete sehr bewußt und galt in seiner Partei als der Sachverständige in diplomatischen Dingen.

Dieses Mal war ihm freilich beschieden, nicht bloß eine undeutsche Gesinnung, sondern eine staatsmännische Unfähigkeit in seltener Weise an den Tag zu legen. Die Kammer war bis auf den letzten Platz besetzt, die Galerien überfüllt von leidenschaftlich gespannten Zuhörern; draußen auf den Straßen wogten dichte Menschenmassen, die einen solchen Zorn gegen die Kammermehrheit bekundeten, daß die Regierung das Erdgeschoß des Ständehauses mit einer starken militärischen Besatzung erfüllt hatte. In dieser Umgebung entwickelte Jörg den Sinn der bewaffneten Neutralität dahin: sie sei das ernstliche und principielle Streben eines Staats, in den Krieg anderer Mächte sich nicht einzumischen, so lange nicht die Bedrohung der eigenen Existenz zur Action zwinge. Graf Bray hatte in der Commission geäußert, mit dem Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern sei die spanische Frage verschwunden und die deutsche begonnen. Jörg erklärte dagegen, nach der dann erhobenen französischen Forderung, die er offenbar für eine völlig angemessene hielt, hätte es Preußen nur ein Wort gekostet, um das Vergießen von Strömen Blutes zu verhindern. Aber der König habe es übel vermerkt, daß Benedetti ihn auf der Promenade angesprochen, und so habe der Krieg seinen Ursprung genommen aus einem wirklichen oder eingebildeten Verstoß gegen die Etikette. Von einer deutschen Frage könne dabei nicht die Rede sein. Der Minister selbst habe die Neutralität empfohlen unter der Voraussetzung, daß sie von den kämpfenden Parteien anerkannt werde. Nun, erklärte der Redner, diese Voraussetzung ist im vorliegenden Falle vorhanden. Preußen hat sich zwar noch nicht darüber geäußert, aber der Vortheil, den ihm die Neutralität des Südens durch die Deckung seiner

linken Flanke gewährt, ist so einleuchtend, daß über seine Entschließung kein Zweifel sein kann. Frankreich aber hat sich erboten, unsere Neutralität zu respectiren; Gramont hat erklärt, durch den Krieg solle Frankreich keinen Fußbreit deutschen Bodens erwerben; ja man will uns ausdrücklich die Pfalz gewährleisten. Wieder hatte dieser Sachverständige keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen, und an dieser Stelle lag die Sache so, daß es gar nicht einmal auf technische Kenntnisse, sondern nur auf gesunden Menschenverstand ankam, den ihm der ultramontane Parteihaß verdunkelt hatte. Als damals Gramont in einem Berichte des Gesandten St. Vallier die Klage Varnbüler's las, daß Frankreichs Verhalten den süddeutschen Staaten die gewünschte Neutralität unmöglich mache, schrieb er unwillig auf den Rand der Depesche: als wenn wir jemals diese Neutralität zugelassen hätten; wir brauchen die Pfalz für unsern strategischen Aufmarsch, und Schwaben und Bayern für unsere weiteren Operationen — nämlich zur Vereinigung mit den damals von ihm erhofften italienischen Hülfstruppen. Jörg konnte dies allerdings nicht aus den Urkunden wissen, aber wer bei einem Kriege zwischen Norddeutschland und Frankreich die Unmöglichkeit einer bayerischen Neutralität nicht aus der Landkarte herauszulesen wußte, hatte für immer den Titel eines Staatsmannes verwirkt. Die Minister hatten leichte Mühe, ihn zu widerlegen, Graf Bray nach den Bayern gegen Preußen und Deutschland obliegenden Pflichten, Herr von Pranckh nach der Gewißheit, daß es heute nur einen Weg zur Errettung der bayerischen Selbständigkeit gebe, den unbedingten Anschluß an die deutsche Sache. Die dann eröffnete Debatte setzte sich in lebhafter Erregung bis tief in

die Nacht hinein fort. Es zeigte sich, daß auch bei einem Theile der patriotischen Partei die Gewalt der Thatsachen einen echten Patriotismus erweckt hatte. Professor Sepp, ein tüchtiger Gelehrter, wenn auch zuweilen ein etwas wunderlicher Heiliger, erklärte, noch gestern Abend habe er eine Rede für die Neutralität ausgearbeitet, aber zwischen gestern und heute liegen zehn Jahre, die französische Kriegserklärung ist da, die preußische Thronrede setzt unsern Anschluß voraus; wer fragt heute noch nach dem Anlaß des Kriegs? gestern konnte man noch an das Weh von 1866 denken, heute ist der Zorn gegen die Wälschen bei allen deutschen Männern erwacht; wir Bayern haben an der Leipziger Schlacht nicht Theil genommen, bei der neuen Nationalschlacht wollen wir dabei sein. Ein stürmisches Bravo begleitete die Rede. Die nationalliberalen Abgeordneten Fischer und Völk traten mit feurigem Schwung für die deutsche Sache ein; der Pfälzer Levi erklärte: bei uns sind alle Parteien einig; die Provinz weiß, was ihr zunächst bevorsteht, wir aber wollen deutsch sein und mit den deutschen Brüdern gehn. Der alte Großdeutsche, der Abgeordnete Edel, schloß sich ihnen in einer von glühender Begeisterung getragenen Rede an; der Sieg der nationalen Sache war entschieden. Mehrmals war energischer Beifall oder Zischen der Galerien trotz ernster Verwarnung des Präsidenten durch die gewohnten Ordnungsschranken hindurchgebrochen. Endlich nach 10 Uhr kam man zur Abstimmung, und der Ausschußantrag wurde mit 89 gegen 58, eine vermittelnde Modification desselben mit 76 gegen 72 Stimmen verworfen, wieder unter allgemeinen Hochrufen der Galerien. Darauf wurde bei der Unvermeidlichkeit des Kriegs für die Kosten der Mobilmachung der Betrag von fünf

Millionen bewilligt. Da erscholl draußen auf den Straßen ein so donnernder und lange anhaltender Jubelsturm, daß der Präsident einige Minuten in der Abstimmung innehielt, dann aber die weitern 21 Millionen bewilligt und schließlich der ganze Gesetzentwurf mit 101 gegen 47 Stimmen angenommen wurde. Als nach dem Schlusse der Sitzung die Abgeordneten aus dem Hause hinaustraten, fanden sie die Straßen von Tausenden von Menschen erfüllt, die fort und fort in freudige Hoch und Hurrah ausbrachen.

Am 20. Juli Morgens trat die erste Kammer ohne Verhandlung den Beschlüssen der zweiten Kammer einstimmig bei. Die vollendete Entscheidung wurde sofort nach Berlin telegraphirt, und die beiden Monarchen tauschten telegraphisch warme Brudergrüße aus.

Das bayerische Volk hatte gezeigt, daß zur rechten Stunde auch in seinen Herzen Schenkendorf's Dichterwort: Deutschland, Deutschland über Alles, volltönenden Widerhall fand.

Einen ganz ähnlichen Verlauf hatten die Dinge in Württemberg. Auch hier hatte die demokratische Mehrheit der zweiten Kammer die Absicht angekündigt, in der bevorstehenden Herbstsaison durch Abstriche am Militäretat die Einführung des Milizsystems zu erzwingen und damit die Auflösung des preußischen Bündnisses herbeizuführen. Die leitenden Minister, Mittnacht und Varnbüler, wünschten dringend, einen Bruch mit der Kammer zu vermeiden, und hofften durch tüchtige Concessionen die Stimmung zu mildern. König Karl aber, obgleich von verschiedenen Seiten her im antipreußischen Sinne bearbeitet, wurde gerade durch den demokratischen Ansturm auf seine Regimenter in der nationalen Richtung festgehalten. Er fragte den General Suckow,

damals Chef des Generalstabs, ob er unter Ersparniß von jährlich einer halben Million Gulden das Kriegsministerium übernehmen und die bestehende Organisation aufrecht erhalten wolle. Suckow erklärte sich, wenngleich schweres Herzens, bereit und arbeitete einen Plan aus, nach welchem die geforderte Ersparniß theils durch höchste Knappheit in allen Ausgaben, theils durch starke Verminderung des Mannschaftsstandes im Frieden erreicht, die Cadres aber, das preußische Exercierreglement und die zweijährige Dienstzeit erhalten werden sollten. Der König genehmigte diesen Etatsentwurf, und am 14. Juni nahm ihn auch der Ministerrath an; etwas wird der Herr Kriegsminister wohl noch heruntergehn, bemerkte übrigens Mittnacht am Schlusse der Berathung, nicht gerade zur Beruhigung Suckow's. Am 29. Juni wurde der Entwurf dem ständischen Ausschuß zu vorläufiger Prüfung überwiesen. Der Herbst sollte dann die Entscheidung bringen. König Karl reiste in das Engadin zur Badekur.

Da kam plötzlich der Umschwung, als Frankreich nach dem Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern neue ehrenrührige Forderungen an den König von Preußen stellte. Mit einem Schlage war der Jammer über den Militarismus und der Argwohn gegen Bismarck's Herrschsucht verflogen. Der Grimm gegen den empörenden französischen Angriff löschte jedes andere Gefühl bei dem schwäbischen wie bei dem bayerischen Volke aus. In wie vielen schwäbischen Städten und Städtchen, wo noch vor vier Wochen die Anrede: Du Preuß, für ein Schimpfwort gegolten hatte, ertönte jetzt durch die Straßen der Ruf: König Wilhelm hoch! Am 16. Juli, dem Tage der preußischen, bayerischen und badischen Mobilmachung, vereinte sich in Stuttgart eine colossale, von

Anhängern aller Parteien besuchte Volksversammlung unter tosendem Beifall zu dem einmüthigen Beschlusse: Der Krieg zwischen Frankreich und Preußen ist ein nationaler Krieg; unter nichtigen Vorwänden ist er von Frankreich heraufbeschworen, um Deutschland in die alte Ohnmacht und Zerstücklung zurückzustoßen; in einem solchen Kriege darf es unter den Deutschen keine Parteien geben; für die Bündnißverträge ist die Stunde der Probe gekommen; von der württembergischen Regierung erwarten wir, daß sie fest zur deutschen Sache halte, mit allen Mitteln und auf alle Gefahr.

Die Regierung blieb nicht taub gegen diese mächtige Volksstimme. Der König kam nach eiliger Reise am 17. Juli nach Stuttgart zurück und befahl auf der Stelle die Mobilmachung des Heers und zugleich die Berufung der Kammern auf den 21. Juli. Varnbüler fuhr hinüber nach München und setzte sich mit dem Grafen Bray in Einverständniß. Mittnacht erkannte die Wandlung der Zeit, und wie er bisher entschiedener Particularist gewesen, trat er für jetzt rückhaltlos auf die nationale Seite hinüber. Als die zweite Kammer ihre Sitzung begann, erklärte Varnbüler Namens der Regierung, sie halte es für ihre Pflicht, mit aller Kraft und ohne Schwanken für Deutschlands Unversehrtheit und Ehre einzutreten, demnach sich offen und fest an Preußen anzuschließen und den für Kriegszwecke erforderlichen Credit bei der Volksvertretung zu beantragen. Die nationalliberalen Führer, Hölder und Römer, unterstützten unter unaufhörlichem Beifall der die Galerien füllenden Zuhörer energisch das Verlangen der Regierung. Das Haupt der äußersten Linken, Meyer, erklärte, wohl hätten seine Freunde gewünscht, den Krieg zu

vermeiden und zusammen mit Bayern in bewaffneter Neutralität sich an das zu ihrem steten Schmerz aus Deutschland hinausgestoßene Österreich anzulehnen: jetzt aber, nachdem Bayern auf solche Wünsche Nein gesagt, bleibe nichts übrig, als der Politik der Regierung zu folgen und demnach so schnell wie möglich, ohne viele Worte zu machen, die nöthigen Geldmittel zu bewilligen. Die Geschäftsordnung machte einen Ausschußbericht unerläßlich; dieser aber erschien sogleich am folgenden Tage, und mit allen gegen eine Stimme wurde die Regierungsvorlage genehmigt. Allerdings versagten es sich 38 Abgeordnete nicht, ihre Abstimmung dahin zu motiviren, daß sie für die Unversehrtheit Deutschlands sich erhoben hätten, in der Veranlassung des Kriegs aber nur eine Folge des Werks von 1866 erblickten und mit Kummer das ehemals mächtigste Bundesglied vermißten. Bei dem Volke aber fand dieser großdeutsche Stoßseufzer der „Volkspartei“ kein Gehör mehr; es ging in Stuttgart wie in München; mehrmals drangen von draußen die kriegerischen Rufe der Volksmassen in den Sitzungssaal hinein und begrüßten dann nach dem Schlusse die heraustretenden Abgeordneten mit jauchzendem Danke.

Wenn möglich noch höher als hier war die Begeisterung in dem zunächst bedrohten Baden gesteigert: eben wegen der Nähe der Gefahr war die patriotische Erregung ernster und schwerer, und die Erbitterung eine wahrhaft grimmige; vollends als in Paris Herr von Gramont am 21. Juli dem badischen Geschäftsträger erklärte, es werde ihm gemeldet, daß völkerrechtswidrig die badische Infanterie Sprenggeschosse verwenden solle, man werde dann das badische Land behandeln, wie einst Melac und Duras die Pfalz behandelt hätten, nicht einmal

die Frauen würden verschont werden. Die badische Regierung konnte umgehend die völlige Lügenhaftigkeit der Anklage beweisen, und um so glühender war die Wuth der so schmählich bedrohten Bevölkerung. Baden hatte an der Erhebung von 1813 keinen Theil gehabt; jetzt rief ihm der Gegner selbst die ärgste Mißhandlung seiner blühenden Landschaften durch den alten Erbfeind in das Gedächtniß zurück. Man ermißt leicht, welchen Eindruck hierauf das am 23. Juli erscheinende Kriegsmanifest Napoleon's gegen Preußen mit der schönen Erklärung machen mußte: wir führen keinen Krieg gegen Deutschland; wir achten dessen Unabhängigkeit und wünschen, daß dessen Völker frei über ihre Geschicke verfügen. Der Nachfolger Ludwig's XIV. gab sich als Beschützer deutscher Freiheit gegen preußische Tyrannei. Um so eifriger und eiliger betrieb Baden seine Rüstung; die Mobilmachung war am 16. verfügt; die Festung Rastatt wurde schleunigst bewaffnet, die Kehl-Straßburger Rheinbrücke gesprengt. Der Landtag war nicht versammelt: hier aber war die Regierung seiner einmüthigen Zustimmung so sicher, daß sie den Mitgliedern die Einberufung ersparte. Nicht ohne Sorge, aber doch mit starkem Vertrauen sah man der verheißenen Hülfe der norddeutschen Bundesbrüder entgegen.

Die Sorge entsprang hier und anderwärts aus der begreiflichen Meinung, daß Frankreich nicht ohne lange vorbereitete Rüstung den Bruch in so rasender Eile überstürzt hätte, der Kriegserklärung sofort den Übergang seiner Heere über den Rhein folgen lassen und vielleicht den noch unfertigen deutschen Streitkräften schwere Niederlagen beibringen könnte. Allerdings Moltke war frei von solchen Befürchtungen. Als er einmal darauf angeredet wurde, sagte er in

völliger Gelassenheit: Es ist möglich, daß vor der Ankunft unserer Heere ein französisches in Süddeutschland einbricht, aber es ist gewiß, daß von demselben kein Mann nach Frankreich zurückkommt. Jedoch die Bevölkerung, ohne solche Kenntniß der damaligen französischen Zustände, überschätzte die Kraft des Gegners, der seit fünfzig Jahren überall gesiegt hatte, wo seine Truppen erschienen waren, dem auch bei diesem Streite das übrige Europa eine sichere Überlegenheit zutraute. Dennoch aber hatte man über den letzten Ausgang keinen Zweifel. Sehr oft konnte man damals die Äußerung in deutschen Kreisen hören: Zuerst werden wir vielleicht Schläge bekommen, aber wir werden aushalten und es schließlich davon tragen. Das Bewußtsein der gerechten Sache und der Drang zur nationalen Einheit hob über die Besorgniß des Augenblicks alle Gemüther zu fester Siegeshoffnung empor.

---

5. Capitel.

Allianzversuche.

Deutschland war geeinigt und zur gewaltigsten Anspannung aller Kräfte, zu einem Kampfe auf Tod und Leben entschlossen. Bismarck glaubte außerdem nach dem Verlaufe der ganzen Angelegenheit auch auf die Waffenhülfe Spaniens rechnen zu können, welches durch sein wiederholtes Drängen Preußen in den leidigen Handel hineingezogen hatte und, wie er dachte, die Theilnahme an dem Kriege als nationale Ehrensache, als nothwendigen Protest gegen die von Frankreich geübte Einmischung betrachten würde. Allein diese Vorstellung erwies sich als eine Täuschung. Nach dem Rücktritt des Prinzen Leopold hielt sich Spanien jeder Verpflichtung entbunden, an dem weitern Verlaufe der Angelegenheit Antheil zu nehmen, und fand sich bei der vollständigen Unsicherheit seiner innern Verhältnisse überhaupt nicht in der Lage, den Kampf gegen einen so gefährlichen Gegner wie das französische Reich zu wagen. Es blieb Deutschland bestimmt, in einem solchen Kampfe ohne fremden Beistand seine Stärke zu bewähren.

Auf das französische Manifest vom 23. Juli antwortete Bismarck am 25. durch die Veröffentlichung jenes Bündnißantrags vom August 1866, nach welchem Preußen der französischen Regierung zur Eroberung Luxemburgs und Belgiens bewaffnete Hülfe gewähren und dafür mit der Einverleibung der deutschen Südstaaten in den Norddeutschen Bund belohnt werden sollte. Trotz einer gewundenen, sehr bald urkundlich widerlegten Abläugnung Benedetti's ging die Wirkung dieser Enthüllung erschütternd durch ganz Europa. In Süddeutschland vollendete sie die entrüstete Abkehr von allen französischen Beziehungen; in England, wo jede Bedrohung Belgiens die empfindlichsten Nerven traf, gewann sie mit einem Schlage den preußischen Waffen die Gunst der öffentlichen Meinung fast ohne Unterschied der Parteien, und die großen Organe derselben, Times, Daily News u. s. w., ergingen sich in heftiger Verurtheilung der französischen Politik. Etwas anders gefärbt zeigte sich die Haltung der englischen Regierung. Sie ließ keinen weitern Gedanken als Abscheu vor jeder Art von Kriegsgreueln erkennen, wie es frommen Christen, edlen Menschenfreunden und verständigen Kaufleuten geziemt: doch wird man nicht sagen können, daß sie zu wirksamer Bethätigung dieser humanen Gesinnung die zutreffenden Mittel gewählt hätte. Wenn am 12. Juli, als Gramont nach dem Verzichte des Prinzen Leopold dem englischen Botschafter seine neuen Forderungen ankündigte, Lord Lyons in der Lage gewesen wäre, ihm nicht bloß den Tadel der ganzen Welt zu prophezeien, sondern den Entschluß Großbritanniens zum Widerstand gegen jede neue Friedensstörung mit allen Mitteln zu erklären, so wäre dadurch Napoleon und die Mehrheit seiner Minister ohne Zweifel stark genug geworden, dem

Toben der Arkadier erfolgreich zu widerstehn. So hatte Palmerston in der belgischen und der orientalischen Frage gegen Talleyrand und Thiers 1831 und 1840, so noch 1869 Lord Clarendon bei der Bedrohung Belgiens durch Napoleon gehandelt, und jedes Mal war dadurch der Friede Europas bewahrt worden. Freilich, wer hätte Männern wie Gladstone und Lord Granville eine so männliche Haltung zumuthen mögen? An das Schwert schlagen, auch nur zum Zwecke des Friedens, wäre ihnen roh und unerlaubt erschienen, zumal sie aus Gründen der Sparsamkeit Englands Streitkräfte erheblich verringert hatten. Demnach boten sie noch im letzten Augenblick hoffnungslose Künste diplomatischer Vermittlung auf. Wir erinnern uns, daß Gramont am 13. Juli den Lord Lyons dringend ersucht hatte, England möge bei Preußen erwirken, daß der König dem Prinzen jede Wiederaufnahme der Candidatur verbiete, dann werde aller Streit zu Ende sein. Daraus formirte Lord Granville am 14. Juli den Vorschlag an beide Mächte: wenn die französische Regierung ihre Garantieforderung zurücknehme, möge der König ihr den Verzicht des Prinzen amtlich mittheilen. Der Vorschlag war zur Hälfte verspätet, denn der König hatte bereits am 13. durch Benedetti die Mittheilung gemacht, zur Hälfte aber verfrüht, denn Gramont dachte nicht an die Zurücknahme seiner Forderung. Natürlich wurde am 15. der Vorschlag gleichzeitig in Paris und in Berlin abgelehnt. Darauf griff Lord Granville zu der Clausel des Pariser Friedens von 1856, wonach streitende Mächte, ehe sie den Krieg erklärten, die guten Dienste befreundeter Regierungen zur Ausgleichung anrufen sollten. Gramont erwiderte, es sei zu spät, der Krieg sei schon vorhanden, während Bismarck erklärte, da Frankreich

der Angreifer sei, müsse dieses den ersten Schritt zur Ausgleichung thun. Hiemit war auch dieser Versuch fehlgeschlagen, und so erschien am 19. Juli ein englisches Manifest, worin die Königin die Neutralität ihres Landes ankündigte und jede Verletzung derselben durch ihre Unterthanen mit den gesetzlichen Strafen bedrohte. Die Minister waren schwer bekümmert. Sie konnten nicht umhin, Frankreichs Verhalten seit dem 6. und vollends seit dem 12. Juli zu mißbilligen. Dennoch aber blieb in ihren Herzen, bei Lord Granville ein warmes Wohlwollen für Frankreich, bei Gladstone eine gründliche Abneigung gegen Deutschland lebendig, welche Gefühle sie freilich nur in so weit bethätigten, als sich dies mit dem augenblicklichen Drang der öffentlichen Meinung und mit der Förderung der englischen Handelsinteressen vertrug. Als im Unterhause sehr lebhaft der Schutz der belgischen Neutralität besprochen wurde, mahnte Disraeli, sich nicht zu sehr auf schöne Worte und alte Verträge zu verlassen, und für alle Fälle sich kräftig zu wappnen; er erinnerte übrigens noch an eine andere Garantie, die England 1815 auf dem Wiener Congreß übernommen, nämlich die des preußischen Besitzes der Rheinprovinz. Aber so entschieden wie möglich wies Gladstone diese Andeutung mit dem grundlosen Satze zurück: jene Garantie sei durch die Auflösung des deutschen Bundes und Preußens Annexionen erloschen. Sorgsam vermied er jede Erörterung des practischen Sinnes in Disraeli's Worten, daß nämlich Belgiens Selbständigkeit mit der Eroberung der Rheinlande durch Frankreich rettungslos verloren sei, und folglich schon um Belgiens willen die englischen Interessen den Sieg Preußens wünschenswerth machten. Immerhin durch Bismarck's Enthüllungen über Belgiens Zukunft beunruhigt,

schwang Gladstone sich zu dem wunderbaren Schritte auf, den beiden streitenden Mächten einen neuen Vertrag zum Schutze der belgischen Neutralität mit dem Zusatze vorzuschlagen, daß England bei einer Verletzung derselben Waffenhülfe zu deren Vertheidigung leisten, an den übrigen Kriegsoperationen aber sich nicht betheiligen würde. Es kam ihm, scheint es, nicht in den Sinn, daß wer den Vertrag von 1839 nicht geachtet hätte, geringe Bürgschaft für die Sicherheit der neuen Abrede gewährte. Für jetzt hatte er jedoch die Genugthuung, daß die beiden kriegführenden Mächte den neuen Vertrag ohne Bedenken unterzeichneten.

Um so verdrießlichere Erörterungen entwickelten sich zwischen dem englischen und dem preußischen Cabinet über die aus der Neutralität erwachsende Pflicht des englischen Handels, keiner der kämpfenden Parteien Waffen, Munition und sonstige Mittel der Kriegführung, die sogenannte Contrabande, zuzuführen. Zur Zeit des ersten Napoleon, wo England kriegführende Macht war, hatte es den Begriff der Contrabande möglichst weit ausgedehnt, alle irgend nützliche Waaren, z. B. Getreide, darunter einbezogen, und sie auch auf neutralen Schiffen confiscirt, wenn diese nach französischen Häfen gingen. Jetzt aber waren die Rollen vertauscht: England war neutrale Macht und wünschte also seinen Kaufleuten gute Geschäfte im weitesten Umfang zu erhalten. Gleich nach dem Erscheinen der französischen Kriegserklärung erhielt Bismarck die Meldung, daß englische Häuser in Birmingham und Newcastle große Kohlenlieferungen den in die Nordsee bestimmten französischen Kriegsschiffen zugeführt, daß andere Firmen Verträge mit der französischen Regierung auf Lieferung von Gewehren und Munition geschlossen hatten. Daß diese

Dinge Contrabande seien, darüber konnte kein Zweifel bestehn, und Bismarck beantragte demnach in London, daß die englische Regierung, der königlichen Proclamation entsprechend, solche Geschäfte verbiete. Aber diesem Antrag erging es übel. Lord Granville erwiderte, Kohlen und Munition seien zu allen Zeiten höchst schätzenswerthe und vortheilhafte Artikel des englischen Ausfuhrhandels, die jetzt wie früher nach allen Welttheilen versandt würden. Contrabande würde die einzelne Ladung nur wenn sie an die Adresse einer kriegführenden Macht abgeschickt würde, und da dies in jedem Falle festzustellen die Regierung keine Mittel habe, so würde sie den preußischen Wunsch nur durch ein allgemeines Ausfuhrverbot jener Artikel erfüllen können, was in jeder Beziehung unmöglich sei. Auch sei während des Krimkriegs während Preußens Neutralität fortdauernd solche Contrabande aus Belgien durch preußisches Gebiet nach Rußland gegangen; es habe sich also auch dort gezeigt, daß solche Transporte nicht wohl zu hindern seien. Preußen räumte die Thatsache ein, nämlich die Schwierigkeit, einen solchen Schmuggel ganz zu verhindern, hob aber um so nachdrücklicher die andere Thatsache hervor, daß damals die preußische Regierung das jetzt bei der englischen beantragte Verbot erlassen und nach Kräften durchgeführt habe. Im Parlamente erörterte dagegen der Attorney General, oder erste Kronjurist, in England sei überhaupt die Regierung nicht befugt zur Entscheidung der Frage, ob im einzelnen Fall eine Waare unter den Begriff der Contrabande falle; das sei Sache der Prisengerichte, welche über den Charakter einer aufgebrachten Ladung abzuurtheilen haben. Dies bedeutete, auf die bevorstehende Kriegszeit angewandt, eine freundliche Erklärung, daß England keine

Einwendung erheben würde, wenn preußische Kriegsschiffe die englischen mit Contrabande beladenen, nach französischen Häfen segelnden Kauffahrer anhalten, und dann die preußischen Prisengerichte die verbotene Waare confisciren würden. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß, mochte es um die juristische Begründung dieser Sätze stehn, wie es wollte, nach den thatsächlichen Verhältnissen sie der englischen Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen aller Art nach Frankreich vollständige Freiheit ließen, da bei der colossalen Überlegenheit der französischen Flotten den preußischen Kriegsschiffen jede Möglichkeit zur Störung des gesetzwidrigen Handels entzogen war. Die nicht bloß für Deutschland schweren Folgen dieses englischen Verhaltens werden wir später kennen lernen.

Wenn nun in dieser Frage das englische Ministerium trotz aller preußischen Sympathien der Times sich durch den kaufmännischen Gewinn zu einer wirksamen Begünstigung Frankreichs bewogen fand, so gab es auf dem weiten Gebiete des englischen Handels anderweitige Interessen, deren Berücksichtigung in entgegengesetzter Weise die französischen Bestrebungen in empfindlicher Weise schädigte. Jeder Krieg stört den Handel, folglich fordert der Handel, wenn einmal ein Krieg unvermeidlich geworden, die möglichst enge Begrenzung desselben. So bot denn das englische Ministerium alle Mittel auf, den deutsch-französischen Krieg, wie man das nannte, zu localisiren, d. h. die übrigen Staaten von Bundesverträgen mit einer der kriegführenden Parteien abzuhalten. Wie oben bei der Frage der Contrabande konnte dies im juristischen Sinne höchst unparteiisch erscheinen, nach den thatsächlichen Verhältnissen aber traf es wieder nur die eine der streitenden Mächte, dieses Mal jedoch nicht Preußen, welches seine

Bündnisse längst geschlossen hatte, sondern Frankreich, welches sie zu schließen erst bemüht war. Die Nachtheile, welche der französischen Politik durch diese Thätigkeit der englischen Diplomatie erwuchsen, stellten sich sehr bald als höchst bedeutend heraus, zumal England hiebei in energischer Weise durch die russische Regierung unterstützt wurde. Allerdings waren die in Petersburg wirkenden Beweggründe von ganz anderer Art als die englischen.

Zunächst war Kaiser Alexander mit seinem königlichen Oheim von Preußen durch die Bande einer warmen persönlichen Hochachtung und Zuneigung verknüpft. Zwar hatte er Anfangs die Candidatur Hohenzollern so entschieden wie irgend jemand mißbilligt, dann aber nach dem Rücktritt des Prinzen Leopold die Fortsetzung des Haders durch Gramont mit Entrüstung verurtheilt. Dazu kamen wichtige politische Interessen. Auch er war besorgt, ob Deutschland stark genug sein würde, der französischen Heeresmacht Widerstand zu leisten, und nichts schien gewisser, als bei einem Vordringen der Franzosen in den deutschen Osten eine neue Erhebung der 1863 so mühsam überwältigten Polen, die schon jetzt in Galizien ihre französischen Sympathien und Hoffnungen geräuschvoll der Welt verkündigten. Sodann aber haben wir bereits früher wahrgenommen, wie lebhaft in jedem russischen Herzen die Schmach der 1856 erzwungenen Neutralisation des schwarzen Meeres empfunden wurde, und wie 1866 Preußen sich bereit erklärt hatte, unter günstigen Umständen zur Beseitigung dieses von Frankreich und England der russischen Machtstellung zugefügten Schadens mitzuwirken. Seitdem waren die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg auch ohne förmlichen Bundesvertrag immer enger geworden,

und je mehr der russische Hof Frankreichs Überlegenheit über Preußen fürchtete, desto eifriger war sein Bestreben, jede weitere Verstärkung derselben durch den Zutritt verbündeter Streitkräfte zu hindern.

Dies erfuhr zunächst Dänemark. Gleich bei dem Erscheinen der französischen Kriegserklärung wogte hier der alte Deutschenhaß bei einem großen Theile der Bevölkerung ingrimmig auf. Auch war in Paris der Plan auf der Stelle fertig, eine starke Flotte mit etwa 30 000 Mann Landungstruppen in die Ostsee zu senden, damit 20 000 Dänen zu vereinigen, und so von irgend einem Küstenpunkte her Berlin aus nächster Nähe unmittelbar zu bedrohn. Dies war leicht gedacht, aber nicht ebenso schnell ausgeführt. Aber ohne einen Augenblick zu verlieren, erschien bei der Regierung in Kopenhagen ein preußischer Antrag, die dänische Neutralität bei dem bevorstehenden Kriege zu erklären, und gleich darauf ein höfliche, aber sehr verständliche Andeutung, daß bei der ersten feindseligen Regung preußische Truppen ganz Jütland besetzen würden. König Christian weniger kampflustig als sein Volk, erinnerte sich der Nöthe, in welche der Eifer der Eiderdänen 1864 sein Land gestürzt hatte. Und nun erschienen dicht hinter einander die drängenden Vorstellungen aus London und aus Petersburg, um Gottes willen nicht wieder Dänemarks Heil einem gefährlichen Kriegsspiel zu überliefern, und so entschloß sich der König, dem eignen Gefühle folgend, die Erklärung der Neutralität zu unterzeichnen. Jetzt erst langte ein französischer Spezialgesandter, Marquis Cadore, in Kopenhagen mit der Einladung zum französischen Bündnisse an: die Zeit war versäumt, er hatte das Nachsehn.

Unterdessen hatte auch die russische Regierung öffentlich die Erklärung ihrer eignen Neutralität verkündet, an welcher sie streng festhalten würde, so lange die Interessen ihres Reichs es irgend verstatteten. Durch diplomatische Mittheilungen war bereits dieser Zusatz dahin erläutert, Rußland werde seine Interessen gefährdet erachten, wenn entweder ein polnischer Aufstand erfolge, oder wenn Österreich an dem französischen Kriege gegen Preußen sich betheilige: in jedem dieser Fälle werde Rußland mit gesammter Kraft in den Kampf eintreten. Obgleich diese Kunde nicht in amtlicher Form dem Wiener Hofe mitgetheilt wurde, bestand dort über ihren Inhalt kein Zweifel; es war ein drohendes Unheil, welches Graf Beust bei seiner auf allen Seiten mißlichen Lage keine Minute aus den Augen verlieren durfte.

Gleich nachdem am 15. Juli der Ausbruch des Kriegs entschieden war, hatte Frankreich nicht einen Augenblick gesäumt, die beiden Freunde vom vorigen Jahre, Österreich und Italien, zur Mithilfe bei dem bevorstehenden Kampfe aufzufordern. Wie wir uns erinnern, hatte Napoleon im September 1869 die Unterzeichnung des Bundesentwurfs hinausgeschoben, weil Italien seinerseits die Bedingung stellte, daß der Rest der französischen Besatzung im Kirchenstaate zurückberufen werde, worauf der Kaiser damals nicht eingehn wollte. Jetzt aber hatte die Anwesenheit der kleinen Schaar keine Bedeutung mehr, da die französische Armee anderweitig beschäftigt ihr keinen Rückhalt bot. Demnach schrieb Napoleon persönlich an den König Victor Emanuel, er sei jetzt bereit, den Wunsch Italiens zu erfüllen, den Abzug der Truppen anzuordnen und damit wieder auf den Boden des Vertrags vom 15. September 1864 zurückzutreten, vorausgesetzt, daß

dann auch Italien die im Vertrag übernommene Pflicht erfülle, das päpstliche Gebiet zu respectiren und gegen feindliche Einfälle zu beschützen. Sodann überlieferte Gramont dem italienischen Militär-Attaché, Grafen Vimercati, nähere Angaben über den Vorschlag des offensiven Dreibunds, die der Graf zunächst nach Wien und von dort nach Florenz überbringen sollte, um dann die darüber erfolgenden Erklärungen des Königs zunächst wieder in Wien mitzutheilen. Als Vertreter Frankreichs bei dieser Verhandlung würde der Fürst Latour d'Auvergne als Botschafter nach Wien kommen.

Da man in Paris wußte, daß Österreich und Italien mindestens sechs Wochen, und vielleicht mehr zu ihrer Mobilmachung nöthig hatten, so war anheim gegeben, daß beide zwar ein Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich zeichnen, zur Zeit aber neutral bleiben, und nur zum Zwecke einer gemeinsamen Vermittlung rüsten würden. Sobald sie schlagfertig wären, würden sie als Vermittler Preußen voraussichtlich unannehmbare Bedingungen stellen, und nach deren Ablehnung den Krieg erklären. Als hiefür brauchbare Forderungen wurden angegeben, daß nie ein preußischer Prinz den spanischen Thron besteigen dürfe, daß der durch den Prager Frieden geschaffene Zustand, also die volle Selbständigkeit der süddeutschen Staaten, von Preußen garantirt werde, daß Österreich seine Präsidialwürde im deutschen Bunde zurück erhalte.[1])

[1]) Daß diese Unterhandlung durch Frankreich begonnen wurde, steht fest durch die übereinstimmenden Aussagen des Prinzen Napoleon (Revue des deux mondes 1. avril 1878 p. 496, Rothan's l'Allemagne et l'Italie II, 57, 64), Guiccioli's (Sella I, 258, 282) und Beust's in seinem Brief an Metternich vom 20. Juli. Hier wird auch erwähnt, daß Vimercati in Wien gewesen, am 20. bereits weiter gereist war,

Diese Mittheilungen konnten das österreichische Cabinet nur mit den schwersten Sorgen erfüllen. Wir kennen sein tiefes Friedensbedürfniß, seinen Wunsch, das bisherige Gleichgewicht zwischen Frankreich und Preußen fortdauern zu sehn, in dieser Lage die Möglichkeit zu haben, Süddeutschland immer vollständiger dem österreichischen Einfluß zu unterwerfen. Was wurde aus dem Allem unter dem Sturme des so plötzlich ausgebrochenen Kriegs? Siegte Napoleon, was Beust für wahrscheinlich hielt, so würde er Süddeutschland als Protector eines neuen Rheinbundes beherrschen. Leistete ihm Preußen einen unvermuthet zähen Widerstand, so würde er nach seiner persönlichen Gesinnung so schnell wie möglich den Frieden, vielleicht auf Österreichs Kosten suchen, d. h. Preußen gegen Abtretung des linken Rheinufers Süddeutschland überlassen.[1]) Einem solchen Kampfe sich beizugesellen, dadurch den Stärkern noch stärker zu machen, und dazu sich selbst Rußlands Angriff auf den Hals zu ziehn, das zu vermeiden, war Beust vom ersten Augenblicke an entschlossen. Aber auf der andern Seite, wenn man so entschieden auf der Stelle die Erwartungen des mächtigen Imperators täuschte, der die Kriegshülfe zwar nicht als vertragsmäßige Pflicht, um so mehr als Ausdruck der alten Freundschaft für selbstverständlich hielt, konnte dann die Gefahr nicht noch größer

daß jedoch seine Wiederkehr erwartet wird. Dies stimmt ganz zu Guiccioli's Angabe, daß Vimercati mit dem Bundesantrag am 15. Juli Paris verlassen hat und am 20. in Florenz eingetroffen ist, er wäre dann etwa am 17. oder 18. in Wien gewesen. Einen der einzelnen Anträge für die proponirte Vermittlung erwähnt Beust in dem Briefe vom 20., einen andern in den Memoiren II, 391. Den dritten entnehme ich aus Guiccioli S. 258, allerdings mit der Vermuthung, daß er in den Zusammenhang von S. 262 gehört.

[1]) Beust in den Memoiren II, 342 ff.

werden? Wenn die französischen Heeresmassen in raschem Laufe Süddeutschland bis zu den böhmischen Grenzen überflutheten, nachdem Österreichs Zurückhaltung den Zorn des Kaisers erweckt hatte, wäre dann die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Napoleon mit Rußland anknüpfte und sich mit ihm, wieder auf Österreichs Kosten, über eine gemeinsame Politik im Orient verständigte?

Kurz Nöthe und Bedrängnisse zeigten sich auf jeder Seite, Beust sah nur den Ausweg, für's Erste jede bestimmte Antwort zu vermeiden, und Zeit zu gewinnen, es mit dem Eroberer nicht zu verderben, sondern ihm, ohne sich zu binden, erfreuliche Aussichten zu eröffnen, und mittlerer Weile zur Deckung der eignen Sicherheit nach Kräften zu rüsten. Dann würde man Alles thun, um hoffentlich im Verein mit andern Mächten durch friedliches Einschreiten den heillosen Krieg so schnell wie möglich zu beendigen. Zum Beginn eines solchen Verfahrens paßte Gramont's Vorschlag trefflich, Italien zu einer gemeinsamen Vermittlung aufzufordern, obgleich er zu dem gerade entgegengesetzten Zwecke, als ihn Beust im Sinne trug, gemacht war, und auch die von Gramont dafür vorgeschlagenen, Preußen zu stellenden Forderungen von Beust als absolut unbrauchbar erachtet wurden. Die spanische Sache war gründlich abgethan; die Selbständigkeit Süddeutschlands zu fordern, während die süddeutschen Truppen gegen Frankreich in das Feld rückten, wäre eine Thorheit gewesen; endlich der Wiedereintritt Österreichs in den deutschen Bund wurde in Wien selbst nicht gewünscht.

Am 18. Juli trat in der Hofburg ein großer Kronrath der den beiden Reichshälften gemeinsamen Minister, unter Zuziehung des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Andrassy

und des cisleithanischen, des Grafen Potocki zusammen, um zu der schweren Frage Stellung zu nehmen. Hier beantragte dann Beust, weder Bündniß noch Neutralität zu erklären, sondern zunächst eine abwartende Haltung zu bewahren, im Stillen aber zur eignen Deckung die Armee auf halbe Kriegsbereitschaft zu bringen. Allein mit voller Entschiedenheit trat ihm Graf Andrassy entgegen. Ohne Rücksicht auf irgend welche Gefühle, führte er aus, haben wir uns lediglich nach den jetzigen Interessen des Reichs zu entscheiden, diese aber fordern gebieterisch die offene und bestimmte Erklärung unserer Neutralität. Wenn Napoleon über Preußen triumphirte, so würde Österreich in unbedingte Abhängigkeit von ihm gerathen und dann ein für sich höchst bedenkliches Einvernehmen Frankreichs und Rußlands zu erwarten haben. Wenn dagegen Preußen die Oberhand behielte, so hätten wir durch unsere Neutralität einen zuverlässigen Freund gewonnen, von dem uns kein Gegensatz der Interessen trennt, da Österreich sich wahrscheinlich durch die französischen Lockungen nicht verführen lassen wird, nach Herstellung des frühern deutschen Bundespräsidiums zu streben, eines gründlich verrotteten Verhältnisses, welches unsrer Monarchie niemals genützt, aber sehr oft geschadet hat.[1]) Eine Rüstung fügte Andrassy hinzu, ist auch nach meiner Ansicht in der heutigen Lage unerläßlich; ich beantrage dafür eine Geldforderung von 20 Millionen. Niemals aber werden die Delegationen eine solche Summe zu einem andern Zwecke als der Sicherung unserer Neutralität bewilligen.[2])

[1]) Eine gleiche Erklärung hierüber im ungarischen Reichstage wurde dort mit brausendem Beifall aufgenommen.

[2]) Vgl. Konyi's Mittheilungen aus Andrassy's Gesprächen und Lonyai's Briefen. Deutsche Revue 1890. Dazu Beust's mehrmals wiederholte Erklärungen.

Er setzte seinen Willen durch. Der Kaiser und der Kronrath entschieden für die Erklärung der Neutralität.

Beust verkündete dann am 20. Juli diesen Beschluß, zwar nicht wie England und Rußland durch ein öffentliches Manifest, sondern durch ein Rundschreiben an die europäischen Höfe, worin die Rüstungen als nothwendig zur Sicherung des eignen Landes motivirt wurden. Darin sah niemand etwas Verdächtiges. Wenn im Nachbarhause ein großes Feuer ausbricht, setzt man die Löschanstalten in brauchbaren Stand.

Beust hatte sich der höhern Autorität gefügt, aber überzeugt oder beruhigt war er nicht. Als am Abend des 20. Juli das nach Paris bestimmte Exemplar des Rundschreibens für den Courier ausgefertigt wurde, war der vertraute Freund, Graf Vitzthum, bei ihm. Bedenken Sie, sagte Beust zu ihm, daß in acht Tagen eine französische Armee von 300000 Mann an unsrer böhmischen Grenze stehn kann; wir müssen streben, Napoleon bei günstiger Stimmung zu erhalten, und namentlich Metternich in den Stand setzen, zu betonen, daß unsere durch die Umstände gebotene Neutralität eine für Frankreich wohlwollende sein würde.[1]) Vitzthum entwarf darauf einen vertraulichen Privatbrief des Ministers an den Botschafter, der mit den Worten „Theurer Freund" begann und mit der Zusendung von „tausend Grüßen" endigte, mithin schon durch diese Form dem Fürsten zeigen sollte, daß es sich nicht um eine amtliche, wenngleich vertrauliche Depesche, etwa zur Mittheilung an Gramont oder Napoleon, handelte, sondern ausschließlich

[1]) Aus ungedruckten Memoiren.

um seine persönliche Instruction für mündliche Erläuterung oder Versüßung der bittern Pille, der Neutralität und der Ablehnung des Bündnisses. Beust ahnte nicht, daß der Brief in andere Hände gerathen und dann zu endlosen Mißverständnissen und Verdrehungen seiner Politik Anlaß geben würde. Wir müssen deshalb das Schreiben hier wiederholen und seinen wirklichen Sinn erläutern. Es hieß darin:

„Graf Vitzthum hat unserem erhabenen Herrn von dem mündlichen Auftrage Kenntniß gegeben, welchen der Kaiser Napoleon ihm ertheilt hat [nämlich dem Wunsche auf Berufung eines Friedenscongresses]. Diese kaiserlichen Worte, verbunden mit Gramont's Erläuterungen, haben jede Möglichkeit eines Mißverständnisses beseitigt, welches das Unvorhergesehene dieses plötzlichen Krieges entstehn lassen konnte [nämlich die Vermuthung, daß Napoleon persönlich von Angriffslust erfüllt sei]. Sie wollen daher dem Kaiser und seinen Ministern wiederholen, daß wir getreu den Verpflichtungen, wie sie in den zu Ende des vorigen Jahres zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Schreiben festgestellt sind [nämlich kein Bündniß ohne Vorwissen des Andern mit einem Dritten zu schließen], die Sache Frankreichs wie die unsere betrachten, und zu dem Erfolge seiner Waffen innerhalb der Grenzen des Möglichen beitragen werden."

[Es folgt dann eine Erörterung, daß eine militärische Unterstützung nicht mehr innerhalb der Grenzen des Möglichen liege, daß vielmehr wegen der Haltung der Russen, der Magyaren und der Deutschösterreicher die Erklärung der Neutralität zum Bedauern der Regierung unvermeidlich

gewesen sei. Ein Bündniß also mit einer kriegführenden Macht könne man nicht eingehn, wohl aber auf diplomatischem Wege Frankreichs Bestrebungen unterstützen.] Der Brief entwickelt dies näher:

„Die Neutralität ist jedoch für uns nur ein Mittel, uns dem wirklichen Ziele unsrer Politik zu nähern, dem Ziele, unsere Rüstungen zu vollenden, ohne uns in wehrlosem Zustande einem feindlichen Angriffe bloß zu stellen" [wenn wir unsere diplomatische Thätigkeit beginnen]. „Immer aber", heißt es weiter, „haben wir auf der Stelle uns über die von dem Kaiser Napoleon vorgeschlagene Vermittlung mit Italien in's Benehmen gesetzt: werden die dem Kaiser bezeichneten Grundlagen derselben seine Zwecke erfüllen? oder mit andern Worten: werden sie Preußen unannehmbar erscheinen? Uns ist das gleichgültig; wie ich Euch bereits telegraphirt habe, wir nehmen diese Grundlagen an, wenn Italien sie als Ausgangspunkt eines gemeinsamen Vorgehns annimmt." [Hier bleibt der Gang und Zweck dieses Vorgehns nach Beust's Sinn weislich unausgesprochen. Dafür knüpft er seine italienische Unterhandlung an eine in Paris absolut widerwärtige Bedingung. Der Brief fährt fort:]

„In demselben Telegramm habe ich Euch von der Räumung Roms gesprochen. Die Frage muß jetzt gelöst werden; der September-Vertrag entspricht der Lage nicht mehr; wir werden nie die Italiener aufrichtig an unserer Seite haben, wenn wir ihnen nicht den römischen Dorn aus dem Fuße ziehn. An demselben Tage, an dem die Franzosen Rom verlassen, müssen unter der Zustimmung Österreichs und Frankreichs die Italiener dort einrücken.

Und gerade heraus, ist es nicht besser, den Papst unter dem Schutze der italienischen Truppen, als den Unternehmungen Garibaldi's ausgesetzt zu sehn? Wenn Frankreich uns die Ehre überließe, die römische Frage zu lösen, würde es uns die Aufgabe sehr erleichtern, zu deren Erfüllung es uns die Initiative hat übertragen wollen. Durch ein so liberales Verfahren würde es seinem Feinde eine Waffe entreißen, und einen Damm dem Aufbrausen des Teutonismus entgegensetzen, den das protestantische Preußen in Deutschland erzeugt hat, und den wir wegen der Ansteckung doppelt fürchten müssen. Es trifft sich glücklich," schloß er, „daß die Rückkehr des Grafen Vimercati mit der Ankunft des Fürsten Latour zusammenfällt."

Gramont hatte unterdessen mit ungeduldiger Spannung die Äußerungen Beust's erwartet. Tag um Tag verging. Fürst Metternich wußte nichts zu sagen, als daß die österreichische Armee frühestens im September schlagfertig sein würde, Beust übrigens mit Italien die Verhandlung angeknüpft habe. Gramont expedirte einstweilen den Fürsten Latour mit neuen drängenden Aufgaben nach Wien. Auch aus Florenz ließ sich die entscheidende Kunde eine Woche lang erwarten, und der Gesandte, Ritter Nigra, mußte bekennen, daß bei seiner Regierung feste Entschlüsse noch nicht gefaßt seien.[1]) Um so größer war die Freude, als die am 20. Juli geschriebene, völlig zustimmende Antwort auf Napoleon's Brief über den September-Vertrag einlief. Eben an dem Hader über diesen Punkt war der Dreibund 1869

[1]) Nachdem Prinz Napoleon erklärt hatte, Nigra habe in Paris stets grundlose Hoffnungen gewährt, hat Nigra mit großer Entschiedenheit dies dementirt. Rothan l. c. II, 64.

gescheitert, und Gramont hatte, nachdem man hierüber einig geworden, keinen Zweifel mehr an Italiens Kriegshülfe. Da aber legte ihm am 23. Juli Fürst Metternich den Privatbrief Beust's vom 20. vor[1]) mit der Forderung, Rom den Italienern einfach zu überlassen, sonst würden sie dem Dreibund nicht beitreten. Hatte Beust durch die schmeichelnden Worte seines Briefs Gunst in Paris zu gewinnen gehofft, so wurde diese Wirkung durch die Schlußsätze gründlich vernichtet. Welch' ein böser Ketzer, dieser Beust! rief die Kaiserin Eugenie. Gramont konnte es nicht fassen, daß Österreich alle seine katholischen Überlieferungen vergesse und Frankreich zum Verrath an der heiligen Sache des Papstes auffordere. Er dachte nicht an Österreichs schweren Streit mit der Curie, dessen Wucht durch die eben im vaticanischen Concil erfolgte Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit wahrlich nicht verringert wurde. Er fragte sich, ob Beust's gottloser Antrag seine eigene protestantische Erfindung oder ihm von Italien eingeblasen sei. Für jeden Fall war er entschlossen, auf der Stelle einzuschreiten. Lieber die Preußen in Paris, als die Italiener in Rom, war damals ein patriotisches Stichwort der Fanatiker in den Vorgemächern der Tuilerien.[2]) Noch an demselben Tage telegraphirte Gramont an seinen Gesandten in Florenz, Baron Malaret: Beust und Prinz Napoleon redeten von einer Preisgebung Roms, Malaret solle dieser Intrigue dort kräftig entgegentreten. Zugleich aber ging ein Telegramm an die italienische Regierung: Der einzige Boden unserer Verständigung ist der September-Vertrag; wir haben Sr. Heiligkeit den Abzug unserer Truppen bereits angezeigt;

[1]) Dies hat Gramont behauptet. Jedenfalls hat er ihn gelesen.
[2]) Rothan l. c. p. 66.

er wird aber nicht erfolgen, wenn nicht Italien mit uns eine amtliche Erklärung über die beiderseitige Beobachtung des September=Vertrags austauscht.[1])

Diese Drohung gab in Florenz den Ausschlag, aber freilich nicht in Gramont's Sinne. Die Lage war bis dahin die folgende gewesen.

Der König war auf Napoleon's Nachricht vom 12. Juli, daß durch den Rücktritt des Prinzen Leopold der Friede gesichert sei, zur Jagd in die Alpenthäler von Aosta gereist. Die Minister, die sich in diesem parlamentarisch regierten Staate einer großen Selbständigkeit erfreuten, entschlossen sich, als am 15. Juli der kriegerische Ausbruch erfolgte, in Abwesenheit des Königs zu einem wichtigen Schritt; der Minister des Auswärtigen, Visconti=Venosta, schlug dem englischen Gesandten einen Vertrag beider Mächte mit Österreich zur Wahrung der Neutralität vor, dem beizutreten man die übrigen Mächte einladen würde. Aber Lord Granville, von Mißtrauen gegen die Friedensliebe der beiden Höfe erfüllt, fürchtete, durch einen solchen Vertrag in dem bereits beschlossenen süßen Nichtsthun gestört zu werden, und lehnte den Vorschlag ab. Am 17. Juli kam Victor Emanuel nach Florenz zurück, in offenem Gegensatze zu seinen Ministern

[1]) Guiccioli I, 270. Der Autor erklärt, daß ihm für den Inhalt seines neunten Capitels, worin er die Verhandlungen über die Neutralität erzählt, alle Acten des Ministeriums und Mittheilungen Sella's vorgelegen hätten, dagegen hätten ihm urkundliche Nachrichten über die geheime Correspondenz des Königs gefehlt. Was er hierüber beibringt, entnimmt er meist aus französischen Quellen und begleitet es stets mit Wendungen wie „soweit man sieht", „wie es scheint", „man darf vermuthen" u. dgl. Wir werden von dieser Unterscheidung mehrfach Gebrauch zu machen haben.

Feuer und Flamme für das französische Bündniß und den Eintritt in den Krieg, wo er durch glänzende Thaten herrlichen Lohn von seinem kaiserlichen Freunde zu erringen hoffte, wenn nicht Rom selbst, so doch den Rest des Kirchenstaats bis an das Weichbild der ewigen Stadt, und falls auch dies noch nicht erreichbar wäre, dann für jetzt andere Territorien italienischer Zunge, Wälschtyrol und Nizza. Aber mit diesen Bildern seiner aufgeregten Phantasie machte er bei seinen Ministern nicht den geringsten Eindruck. Es war nicht mehr wie 1869 das Cabinet des französisch-gesinnten Generals Menabrea. Der neue Ministerpräsident Lanza war zwar ebenso wie Visconti-Venosta ein dankbarer Verehrer Frankreichs; beide aber hielten nach practischer Vorsicht, bei der schlimmen Finanzlage und der daraus folgenden Schwäche des Heers, die Vermeidung des Kriegs für unbedingt geboten, wie sie denn auch aus denselben Gründen die Lösung der römischen Frage nicht gewaltsam zu überstürzen, sondern abwartend von der Zukunft zu erhoffen mahnten. Der thatsächliche Leiter des Cabinets, der Finanzminister Sella, bei dem Muth und Thatkraft größer war als bedenkliche Vorsicht, nahm eine etwas abweichende Stellung ein. Wie seine Collegen verwarf er das französische Bündniß, und wie bei dem König war seine Seele erfüllt mit dem Drange nach Rom. Er hatte in Deutschland studirt und dort hohe Achtung und Zuneigung zu deutscher Bildung und Tüchtigkeit gewonnen. Mit Abscheu wies er den Angriff auf den Bundesgenossen von 1866 zurück, der Venetien dem Königreiche verschafft hatte, und der jetzt wegen seines Strebens nach nationaler Einheit bekriegt werden sollte, desselben Strebens, auf dem auch Italiens Macht und Zukunft beruhte. Dazu

kam sein Grimm gegen den Priesterfürsten, der zur Bewahrung seines verrotteten Staatswesens fremden Truppen die historische Hauptstadt Italiens überlieferte, dazu sein Widerwillen gegen den kaiserlichen Beschützer dieses Verfahrens, der durch die Besetzung Roms ganz Italien unter seiner Obmacht hielt und dazu noch Dankbarkeit für seinen Krieg von 1859 begehrte, durch welchen, wäre es nach ihm gegangen, Italien nur den Inhaber der Fremdherrschaft gewechselt hätte. So stand Sella in einem wunderlichen Verhältniß zum Könige. Victor Emanuel schätzte und liebte ihn, nicht bloß als energischen Finanzminister, sondern vor Allem wegen seiner Entschiedenheit in der römischen Sache. Täglich aber setzte es zwischen ihnen heftigen Streit über das Mittel zu deren Behandlung, französischen Kriegsbund oder bewehrte Neutralität. Die beiden Männer schonten sich nicht. Ihr wollt keinen Krieg, sagte der König, freilich, es gehört Muth dazu, in den Krieg zu gehn. Schlagfertig kam Sella's Antwort: Mehr Muth, als in den Krieg zu gehn, gehört dazu, Ew. Majestät zu widersprechen. Man sieht, sprach der König weiter, daß Ihr nicht von Kriegern, sondern von Wollhändlern abstammt. Unsere Firma, erwiderte Sella, hat stets ihre Verpflichtungen honorirt, hier aber wollen Majestät einen Wechsel unterschreiben, den Sie später nicht werden zahlen können. Der König zürnte, aber fuhr fort, dem festen Manne seine Sympathie zu schenken.

Am Tage nach seiner Rückkunft empfing Victor Emanuel den Brief Napoleon's über das Wiederaufleben des September-Vertrags. Der König sah in der Abberufung der französischen Truppen freudig einen ersten Schritt auf dem Wege zum Glück, und beschloß sogleich die zustimmende

Antwort.[1]) Die Minister waren einverstanden; sie Alle freuten sich über die Entfernung der fremden, Rom beschattenden Fahne. Auch Sella stimmte aus demselben Grunde zu; übernahm man doch mit der Anerkennung des September-Vertrags in keiner Weise eine Verpflichtung zur Annahme des Kriegsbunds.

Indeß kam gleich nachher aus Paris die Aufforderung zum Versprechen des Eintritts in die Triple-Allianz, und dem entsprechend Beust's Vorschlag der gemeinsamen Vermittlung unter Überlieferung Roms an Italien. Der König und der Minister hatten darüber sehr verschiedene Gedanken, einig aber waren sie für's Erste über die Nothwendigkeit schleuniger Rüstung bei der so gründlich veränderten Weltlage. Zunächst wurde die Einberufung von zwei Jahrgängen der verfügbaren Mannschaft befohlen; das bisher auf 130000 Mann verminderte Heer kam damit auf eine Stärke von 200000 Mann. Weit und breit im Lande entstand sogleich bei der Ausführung dieser Maßregel eine wilde Aufregung des Volks nach dessen grimmigem Zorne gegen die Franzosen; in den großen Städten erhoben sich die Massen in heftigen Tumulten; in Florenz wollten sie den Palast der französischen Gesandtschaft stürmen; überall erscholl der Ruf: Tod den Franzosen, es lebe Preußen![2]) In der Kammer erklärten die Redner der Linken, niemals dürfe die Regierung den Mördern von Mentana Unterstützung gewähren, selbst dann nicht, wenn Napoleon den Italienern dafür die Thore Roms eröffnen wolle; es heiße jetzt, ohne Rücksicht auf Frankreich Rom mit

[1]) Der Text derselben bei Rothan l. c. p. 93.

[2]) Natürlich Alles von Bismarck bezahlt, versichern die französischen Berichte.

selbständigem Entschlusse einzunehmen; thue die Monarchie das nicht, so werde die Revolution es thun.

Während es draußen in solcher Weise stürmte, schickte der König, der es einsah, daß seine Kriegspolitik unmöglich war, wenn er der Nation nicht Rom als Hauptstadt verschaffte, am 22. Juli den Grafen Vimercati zurück nach Wien, um dort die Bereitwilligkeit des Königs zum Eintritt in den Dreibund anzukündigen, aber allerdings unter der Bedingung, daß ihm nach Beust's Antrag eine annehmbare Lösung der römischen Frage zugestanden würde.

Dahinein schlug nun Gramont's gebieterisches Telegramm vom 23. Juli, welches den Abzug der Franzosen aus Rom von dem Austausch einer erneuerten Anerkennung des September-Vertrags abhängig machte, damit Beust's Antrag zurückstieß und dem Könige jede Hoffnung auf die Erlangung besserer Bedingungen abschnitt.[1]) Hier setzte nun Sella ein. Zunächst müssen wir, sagte er, den von Gramont begehrten Austausch der Erklärungen über den September-Vertrag vollziehn, denn es gilt vor Allem, die Franzosen vom Boden Italiens zu entfernen. Wir werden dabei uns möglichst freie Hand wahren, um in der Zukunft zu thun, was uns recht und heilsam erscheint. Aber damit nicht genug. In Paris herrscht die Meinung, daß auch unter so geizigen Bewilligungen Italien Heeresfolge leisten müsse und werde. Ließen wir uns ein solches Vasallenthum gefallen, so würde es Thorheit sein, nach dem Siege auf dankbaren Lohn, auf die Erfüllung unserer Wünsche zu hoffen. Nein, unter solchen

[1]) Auch Ollivier erlangte am 25. Juli eine gleichlautende Erklärung vom Kaiser. Ollivier, l'Eglise et l'Etat au Concile du Vatican II, 474.

Umständen wäre der Sieg Frankreichs über Deutschland der Triumph des Papstes über Italien, des Syllabus über Bildung und Denkfreiheit, der Interventionspolitik über das Nationalitätsprincip. Wir müssen also jenen herrschsüchtigen Wahn der französischen Regierung von Grund aus zerstören durch die offene und bestimmte Erklärung unserer Neutralität. Dann warten wir ruhig Frankreichs weitere Angebote zur Erlangung unserer Waffenhülfe ab.

In diesem Zusammenhange erklärte auch der König sich überzeugt von der Richtigkeit des von Sella eingenommenen Standpunkts.

Am 24. Juli verkündete ein königliches Manifest die Neutralität Italiens bei dem bevorstehenden Kriege. Zugleich wurde an Gramont eine vorläufige Antwort telegraphirt: Italien ist bereit, die gewünschte Erklärung über den September-Vertrag auszutauschen, obwohl wir wissen, daß es über unsere Kräfte gehn wird, zu gleicher Zeit draußen gegen Preußen Krieg zu führen und drinnen das päpstliche Gebiet gegen Empörer zu schützen; auch können wir in der Wiederbelebung des September-Vertrags keinen uns gewährten Vorteil erkennen, da dieser Vertrag sich nicht als nützlich, sondern als schädlich für Italien erwiesen hat.

Man stellte also ein Versprechen in Aussicht, dessen Erfüllung man entweder für unmöglich oder doch für unvereinbar mit der Theilnahme an dem Kriege erklärte. Gramont, hastig wie immer, sah über diese Kleinigkeiten hinweg. Genug, Italien war bereit, den September-Vertrag auf's Neue anzuerkennen. Die Verkündung der Neutralität schien ihm nur die Einleitung zu der von ihm vorgeschlagenen bewaffneten Vermittlung zu sein. Sobald die

verheißene Erklärung käme, hielt er den Dreibund zu Schutz und Trutz gesichert.

Am folgenden Tage legte Visconti-Venosta diese Politik des September-Vertrags und der Neutralität der Kammer vor. Hier erfreute sich die Linke mit Sella der Verwerfung des Kriegsbunds, die Rechte mit Visconti des Hinausschiebens der römischen Frage. Die Kammer sprach dem Ministerium mit 282 gegen 63 Stimmen ihr volles Vertrauen aus.

Wie klar die Minister darüber waren, daß sie nur dem kategorischen Festhalten des September-Vertrags durch Gramont die Zustimmung des Königs zur Neutralität verdankten, geht schlagend aus der Thatsache hervor, daß sie auf eine Wiener Nachricht, Beust erstrebe auch jetzt noch eine günstigere Clausel in der römischen Sache, ihrerseits an Gramont telegraphirten, bei der erklärten Unwiderruflichkeit des französischen Entschlusses hielten sie Beust's Clausel weder für nützlich, noch für ernsthaft. So traten sie selbst für die Bekräftigung des September-Vertrags ein, so lange er ihnen für die Verhinderung des französischen Bundes beim Könige nöthig war. Armer Gramont!

Der König machte noch einen schwachen Versuch bei Malaret, ob Napoleon ihm nicht wenigstens die Besetzung eines strategischen Punkts im Kirchenstaat zur Beschützung des ganzen Gebiets mit geringen Streitkräften verstatten würde. Malaret mußte mit größtem Nachdruck verneinen. So fiel auch der König wieder in die Politik der Neutralität zurück, die zu verlassen nach der Abstimmung der Kammer ohnedies die größte Schwierigkeit für ihn gehabt hätte. Sein Biograph Massari sagt einfach: Der König war für den Krieg, die Minister waren dagegen, der König unterwarf sich

dem Ministerium. Jedenfalls beschloß er, vor jedem weitern Schritt den Gang der Ereignisse abzuwarten.

So war am 25. Juli von dem in Paris erhofften Dreibunde Italien, Dank Gramont's clerikaler Politik, definitiv zurückgetreten.

An demselben Tage fiel dieselbe Entscheidung in Wien.[1])

Dort waren am 24. Juli Fürst Latour aus Paris und Vimercati aus Florenz angekommen, und die Unterhandlung wurde sofort am 25. eröffnet. Latour erneuerte die von Gramont gleich nach der Kriegserklärung übersandten Vorschläge: ein Offensiv-Bündniß Österreichs mit Frankreich, unter der Abrede, daß Österreich bis zur Vollendung seiner Rüstung äußerlich neutral bleibe, um dann als bewaffneter Vermittler verschiedene Forderungen an Preußen zu richten, und nach deren Ablehnung den Krieg zu erklären. Vimercati war damit einverstanden und sprach die Hoffnung aus, daß der Beitritt Italiens ermöglicht, und so die ersehnte Triple-Allianz zum Abschluß gelangen werde.

Allein, wie wir wissen, war dies Beust's Meinung ganz und gar nicht. Nachdem Österreich, sagte er, am 20. die Erklärung seiner Neutralität an alle Höfe gesandt habe, könne es mit einer kriegführenden Macht kein Bündniß schließen. Ebenso wenig könne er Gramont's Vorschlägen über den Verlauf der bewaffneten Vermittlung zustimmen. Wohl aber sei Österreich sonst bereit, als Vermittler auf baldige Beendigung des Kriegs zu wirken, und wünsche, gerade zu diesem Zweck sich mit Italien in ein enges vertragsmäßiges Einvernehmen zu setzen.

[1]) Das Folgende aus ungedruckten Memoiren.

Vimercati war zu einer solchen Abrede bereit. Am 26. Juli einigte sich Beust mit ihm über einen Bundesvertrag zu Zweien zwischen Österreich und Italien, nach welchem beide Mächte zunächst ihre Rüstungen zur Deckung ihrer Neutralität vollenden, jedes einseitige Vorgehn vermeiden und stets gemeinsame Schritte, sei es zur Vermittlung, sei es zum Kampfe, verabreden. Bei dieser Fassung erklärte Fürst Latour gegen den Vertrag keine Einwendung zu erheben. Um den Vertrag auch den Italienern möglichst schmackhaft zu machen, setzte Beust noch eine Clausel hinein, Österreich werde bei Napoleon günstigere Bedingungen in der römischen Frage beantragen. So gab denn auch auf eine telegraphische Anfrage Vimercati's umgehend Victor Emanuel freudigen Beifall dem Entwurfe, der ihm, wie er hoffte, den Weg zum Kriegsbund wieder eröffnen sollte. Um die Hoffnungen des Königs noch weiter zu stärken, legte Beust der Wiener Conferenz am 27. Juli noch eine nach Paris bestimmte Depesche vor, worin er Napoleon aufforderte, dem österreichischen Cabinet die Regulirung der römischen Frage und die Beschützung des Papstes zu übertragen.

Der Zweck des Grafen Beust bei diesen Vorschlägen ist heute nicht mehr zweifelhaft. Er wünschte die Kampflust Victor Emanuel's im Zaume zu halten, und deshalb jeden Schritt Italiens von Österreichs Zustimmung abhängig zu machen. Wenn vollends Napoleon ihm die Entscheidung über Rom überließ, so war Italien der Leitung Österreichs ganz unbedingt unterworfen, damit aber nicht, wie der streitfertige König sich schmeicheln mochte, das letzte Hinderniß gegen den Kriegsbund beseitigt, sondern, gerade umgekehrt, Italien fest an Österreichs neutrale Vermittlungspolitik angekettet.

Indessen so wohl erwogen jeder Faden dieses Gewebes gelegt war, es zeigte sich auf der Stelle, daß es weder in Paris noch in Florenz seinem Zwecke entsprach. In Paris bestand Gramont auf der erneuerten Anerkennung des September-Vertrags, ohne welche die französische Besatzung Rom nicht verlassen würde. In Florenz brachten ihm die italienischen Minister diese Anerkennung entgegen, weil sie damit die Franzosen aus Rom und den König aus dem französischen Bündniß entfernt hielten. Jene von Gramont begehrte und ihm am 24. Juli versprochene Anerkennungsurkunde wurde am 28. von den Ministern mit dem französischen Gesandten fertig gestellt, und das erfreuliche Ereigniß durch Malaret sofort an Gramont telegraphirt. Dieser, ohne eine Minute zu verlieren, sandte darauf ein Telegramm nach Wien: Napoleon und Victor Emanuel haben sich über die römische Frage auf Grund des September-Vertrags verständigt — wobei die Meinung des scharfsichtigen Staatsmannes allerdings war, daß jetzt ohne Weiteres zum Abschluß der Triple-Allianz geschritten werden könne.

In Wien aber, wo weder Latour noch Vimercati von Gramont's seit dem 23. Juli mit Florenz gepflogener Unterhandlung Kenntniß erhalten hatten, wirkte die Depesche am 28. geradezu verblüffend. Was will der König eigentlich? fragte man sich. Erst gestern hat er dem Beust'schen Antrag über bessere Lösung der römischen Frage freudig zugestimmt, und heute unterwirft er sich kurz und rund dem Willen Napoleon's. Wie ist das zu verstehn? Eins ist klar: wenn der König selbst mit der September-Convention sich begnügt, so fällt aus dem neuen Vertragsentwurf die Clausel über deren Verbesserung weg. Weiter wurde ver-

abredet, sich um die Lösung des Räthsels direct an die beiden Monarchen zu wenden. Dem Kaiser Napoleon würde Graf Vimercati eine Abschrift der Depesche an Metternich überbringen und ihm vorläufige Kenntniß von Beust's Vertragsentwurf geben. Nach Florenz aber sandte Beust den Grafen Vitzthum mit dem Auftrage, die dortigen Verhältnisse zu erkunden, mit dem Könige und dann mit den Ministern den Vertragsentwurf zu verhandeln und, wenn sich Alles günstig zeigte, ihn für Österreich zu unterzeichnen.

Diese Mission gab dann in kürzester Frist vollständiges Licht über die Lage.

Noch an demselben 28. reisten Vitzthum und Vimercati von Wien ab; am 29. langten sie in Mestre an, von wo Vimercati über Mailand nach Paris eilte, Vitzthum aber nach Florenz weiter fuhr, wo er spät Abends eintraf und Stadt und Land in größter Friedensruhe vorfand. Gleich am folgenden Tage erschien bei ihm der Privatsecretär Sr. Majestät mit der Meldung, daß er ihn morgen zu einer Audienz abholen werde; der König lasse ihn aber bitten, keinem seiner Minister hievon irgendwie Mittheilung zu machen. Die Spannung, welche diese geheimnißvolle Botschaft hervorrief, wurde jedoch am folgenden Tage so vollständig wie möglich gelöst. Der König empfing den Grafen äußerst gnädig. Napoleon, sagte er, bittet mich um Hülfe, und ich wäre persönlich geneigt, die Bitte zu gewähren. Nur bedarf ich einige Zeit, da die Krisis so plötzlich hereingebrochen ist. Auch stoße ich auf Schwierigkeiten bei meinen Ministern, daran ist der leidige September-Vertrag Schuld. Dazu kommt dann noch die Langsamkeit aller Bewegungen des französischen Heers, die es unmöglich macht, sich ein Urtheil über die

weitere Entwicklung und das eigne davon abhängige Verhalten zu bilden.

Vitzthum erwiderte darauf, daß man auch in Wien über diese Langsamkeit erstaunt wäre. Rom anlangend, habe Beust dem Kaiser Napoleon vorgeschlagen, die Verhandlung mit Italien über die dem Papste zu gewährenden Garantien in Österreichs Hände zu legen; er habe darüber eine Depesche mitgebracht, die er dem Minister vertraulich vorlegen würde.

Der König fand es nicht nöthig, über diese Frage weiter zu reden, und entließ den Gesandten mit dem Versprechen, ihn wieder rufen zu lassen, wenn die Ereignisse weitere Entschließungen und Eröffnungen gestatten würden.

So stark hatte der „leidige September-Vertrag" die Neigung des Königs zum französischen Bündniß bereits gedämpft. Wenn Napoleon schon jetzt bei der Aufforderung zur Kriegshülfe den nationalen Bestrebungen Italiens so wenig entgegenkam, wie gebieterisch würde er sie als siegreicher Triumphator unterdrücken!

Als Vitzthum den Minister Visconti-Venosta besuchte, redete er ihm bei diesem Verhalten des Königs weder von seiner Audienz noch von der Depesche oder dem Vertragsentwurf, sondern begnügte sich, nach den Absichten der italienischen Regierung über den Krieg zu fragen. Er fand auch den Minister äußerst zurückhaltend. Die italienische Armee sei keineswegs kriegsbereit. Die Verhandlungen von 1869 über den Defensivbund hätte Napoleon zu den Acten gelegt; Italien sei also frei von jeder Vertragspflicht. Es bliebe für Italien die Pflicht der Dankbarkeit für 1859. Aber diese Dankbarkeit sei durch die französische Besetzung Roms und durch Mentana auf harte Proben gestellt worden.

Man müsse zunächst abwarten, was sich auf dem Kriegsschauplatze begeben werde.

Vitzthum wartete also. Von Verhandlungen war keine Rede. Er hatte Zeit, die Kunstschätze von Florenz zu bewundern.

Am 5. August kam Vimercati aus Paris zurück, ohne irgend ein Ergebniß seiner Sendung. Er hatte den Kaiser am 3. August in dessen Hauptquartier zu Metz gesprochen, aber nicht den geringsten Erfolg gewonnen. Napoleon blieb einfach bei dem September-Vertrag. Victor Emanuel nahm die Meldung mit schwachem Interesse entgegen; um so stärkeren Eindruck machte ihm am Abend die telegraphische Nachricht über das Treffen von Weißenburg.

Endlich die Nacht vom 6. auf den 7. August brachte ihm den definitiven Entschluß durch das Telegramm über die Schlacht von Wörth. Einige Stunden später erschien ein Telegramm Napoleon's an den König, traurig aber würdig: Als Besiegter könne und dürfe er nichts fordern, aber in seiner schwierigen Lage rufe er die Freundschaft und die ritterlichen Gefühle Victor Emanuel's an. Der König war doch sehr bewegt; er ließ auf der Stelle Lanza und Visconti rufen und sandte sie an La Marmora mit der Frage, ob es noch einen Weg gebe, dem Kaiser zu Hülfe zu kommen. Der General war außer sich. Wenn die Regierung, rief er, den Krieg gegen Preußen erklären will, so bitte ich um die Ehre, eine Compagnie zu führen und an der Seite der Franzosen zu fechten; fragt man mich aber als General und Staatsmann, so bin ich zu der Erklärung gezwungen, daß Italien zur Zeit außer Stande ist, irgend etwas für Frankreich zu thun. Sella fand ihn gleich darauf in bittern Thränen.

Dem Könige aber fiel nach dieser Erklärung ein Stein vom Herzen. Sein leicht erregbarer Geist war bereits von dem Gedanken völlig erfüllt, daß mit der Niederlage Napoleon's für Italien die Straße nach Rom eröffnet sei. Am Morgen des 7. August ließ er den Grafen Vitzthum rufen. Er empfing ihn mit den Worten: „Wir sind glücklich entwischt. Daß die Franzosen keine Generale haben, wußten wir seit 1859. Aber diese aufgelöste Flucht von Wörth ist doch unbegreiflich. Militärisch ist für uns nichts mehr zu thun; ich werde sehn, ob ich dem armen Napoleon auf diplomatischem Wege helfen kann." Damit war Vitzthum's Sendung erledigt.

Die italienischen Minister aber athmeten freudig auf bei der Beendigung der französischen Vormundschaft, die eilf Jahre lang auf Italien gelastet hatte. Auf der Stelle ging eine Weisung an Minghetti in London ab, jenen Antrag auf ein Neutralitätsbündniß mit Österreich zu wiederholen. Aber auch jetzt wies Lord Granville, in der Sorge, durch ein solches Bündniß in die Händel des Continents verwickelt zu werden, den Vorschlag zurück. Darauf erwiderte Minghetti, in Florenz befürchte man weiteres französisches Drängen auf bewaffnetes Zusammenwirken und wünsche Englands Rückhalt zum Widerstande gegen einen solchen Druck. Damit war das passende Wort für das Ministerium Gladstone gefunden. Lord Granville antwortete am 10. August, England sei zu einer Abrede mit Italien bereit, daß keine der beiden Regierungen die Neutralität ohne vorheriges Einvernehmen mit der andern verlassen würde. Ohne weitere Zögerung wurde dieser Vertrag geschlossen und bald nachher den übrigen

Mächten mitgetheilt. Das war die diplomatische Hülfe, welche Italien dem bedrängten Napoleon leistete.[1])

Ein letzter Auftrag Gramont's an Malaret, die italienische Regierung zu schleuniger Entsendung von 100000 Mann nach Frankreich über den Mont-Cenis zu bestimmen, auf derselben Straße, auf der die französische Armee 1859 Italien zu Hülfe geeilt war, blieb natürlich ohne Erfolg. Malaret hatte noch einige Erörterungen darüber mit Visconti-Venosta; der Minister sprach ihm stets die günstigsten persönlichen Gefühle aus, brachte ihm aber jedes Mal die Entscheidung des Cabinets, die Erfüllung seines Wunsches sei unmöglich; sechs Wochen würden vergehn, bis auch nur 60000 Mann marschfertig wären, und bei der Unsicherheit der militärischen Lage würde man eine solche Schaar wahrscheinlich einem völligen Verderben aussetzen.

Geschärft wurde für die französische Regierung die Bitterkeit dieser Vorgänge durch das Verhalten des Vatican, dem zu Liebe sie der Kriegslust Victor Emanuel's den Eintritt in das Bündniß durch das unbedingte Beharren auf dem September-Vertrage unmöglich gemacht hatte. Der dadurch nöthig gewordene Abzug der französischen Brigade aus dem Kirchenstaat war thatsächlich für die Curie bedeutungslos. Wurde Frankreich von Preußen besiegt, so konnte die schwache Schaar einem Einbruch der Italiener keinen Widerstand leisten; wenn Napoleon aber große Siege erfocht, so hätte Italien keinen Einbruch gewagt. Dennoch zeigte die Curie auf die Nachricht von der bevorstehenden Einschiffung der Brigade kein anderes Gefühl als das der Bestürzung und der Entrüstung. Ihr gebt uns, sagte Antonelli dem fran-

[1]) Englisches Blaubuch, Guiccioli I, 288.

zösischen Gesandten, dem sichern Verderben Preis, obwohl Ihr so gut wie wir, wißt, daß die Italiener sich nicht einen Augenblick durch einen Vertrag binden lassen; wir haben Unrecht gehabt, auf Euern Schutz zu baun. Der Papst weigerte jede weitere Erklärung; in desto größrer Unumwundenheit wurde sie aber durch seine officiöse Presse gegeben. Die Civilta führte aus, daß Napoleon die Infamie begehe, seine Pflicht als Katholik und sein kaiserliches Wort zu vergessen; die Unita cattolica setzte ihre Hoffnung auf Preußen, welches fest entschlossen sei, nach Napoleon's Besiegung die weltliche Macht des Papstes in vollem Glanze wieder herzustellen. Einige süße Phrasen des preußischen Gesandten, Herrn von Arnim, ebenso süß, wie sie sein College in Florenz den italienischen Ministern spendete, reichten für die Curie aus, den Grimm und die Verachtung gegen Napoleon vor dem Gesandten des katholischen Frankreich offen zur Schau zu tragen.

Im Jahre 1873 machte Victor Emanuel dem Kaiser Wilhelm einen Besuch in Berlin. Bei dem ersten Gespräche, wenn ich nicht irre, gleich bei dem Empfange auf dem Bahnhofe, sagte er ihm:

> Ich gestehe Ew. Majestät, daß ich im Jahre 1870 im Begriffe war, gegen Sie die Waffen zu ergreifen; ich glaubte, aus Gründen der Dankbarkeit dazu dem Kaiser Napoleon verpflichtet zu sein. Wenn ich nicht dazu kam, das Schwert zu ziehn, so lag der Grund dafür in dem Widerwillen meines Volkes und meiner Truppen, gegen Sie Krieg zu führen, vor Allem aber hat die Schnellig-

¹) Rothan l. c. p. 84.

keit der Siege Ew. Majestät die Ausführung meiner Absicht unmöglich gemacht.[1])

Sowohl die Offenherzigkeit der ersten Sätze, als das wohlberechnete Compliment des letzten sollen ihren Eindruck nicht verfehlt haben.

Es waren die persönlichen Gedanken des Königs, welche er hier aussprach.

Die Neutralität Italiens stand seit dem 25. Juli ebenso fest, wie jene Österreichs seit dem 18. Beiden Mächten war sie dringend rathsam bei dem Zustand ihrer Heere und ihrer Finanzen. Sie wurde unwiderruflich für Österreich durch die russische Drohung, den Ernst der ungarischen Regierung und die Erregung der deutschen Bevölkerung, für Italien durch den festen Willen der Minister, die überwältigende Mehrheit der Kammer, den wilden Franzosenhaß des Volks. Was geschehn wäre, wenn Napoleon reißende Siege erfochten hätte, ist eine müßige Frage, bei deren Beantwortung sich nur so viel mit Sicherheit behaupten läßt, daß die beiden Mächte alle Mittel angewandt haben würden, die französischen Erfolge so weit wie irgend möglich zu beschränken.

Indessen, es war anders gekommen. Trotz aller erwogenen Bündnisse standen sich die beiden Gegner, ein jeder auf die eigne Kraft angewiesen, allein gegenüber. So war es auch 1866 geschehn. Während aber 1866 Österreich und Preußen bei ihrem Streite wesentlich denselben Kampfpreis zu gewinnen strebten, die leitende Stellung im deutschen Bunde, hatten 1870 Frankreich und Deutschland völlig verschiedene Ziele: Frankreich die Bewahrung der bisher geübten europäischen Hegemonie, kraft deren es Spanien die freie

[1]) Mittheilung des anwesenden Kronprinzen.

Königswahl verbot, Italien den Eintritt in seine nationale Hauptstadt verwehrte, dem deutschen Volke die Vollendung seiner Bundesreform bestritt, Holland wegen Luxemburg, Belgien wegen des Eisenbahnkaufs bedrohte, und selbst der Schweiz ungnädige Mienen wegen des Gotthardtunnels zeigte. Dagegen lebte in Deutschland kein Gedanke an herrschenden Einfluß auf die andern Nationen: das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwerte gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldete fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zu Nichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern.

Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf.

Anmerkung zu Capitel 5.

Gramont's Legenden über die Bundesverhandlungen von 1870.

In der hier vorliegenden Darstellung habe ich das Fehlschlagen der französischen Versuche, einen Dreibund mit Österreich und Italien gegen Deutschland zu Stande zu bringen, nach überall authentischem Material erzählt.

Wenn diese Darstellung von allen bisherigen vielfach abweicht, so liegt der wesentliche Grund darin, daß diese die Veröffentlichungen des Herzogs von Gramont als die wichtigste, ja entscheidende Quelle benutzen, während ich, mit Ausnahme weniger auch sonst bestätigter Notizen, von ihrem Inhalt, als völlig täuschend, überall abgesehn habe.

Ich habe schon oben von der staunenswerthen Schöpferkraft, welche die Phantasie des Herrn Herzogs auszeichnete, gesprochen. Einzelne Belege dazu sind sowohl in den frühern Bänden dieses Buches als in den Erinnerungen des Grafen Beust erwähnt worden. Jedoch zeigen sich seine stärksten, beinahe unglaublichen Leistungen dieser Art bei der Besprechung der Ereignisse von 1870, und da er die Geschichte als Minister mit gleichem Geiste gemacht, wie nachher im Exil beschrieben hat, so scheint es sich der Mühe zu verlohnen, ihn auch als Schriftsteller einer kurzen Betrachtung zu unterziehn.

Nach dem für Frankreich verderblichen Ausgang des Kriegs wurde Gramont heftig wegen des Leichtsinns angegriffen, mit dem er ohne irgend eine feste Allianz den Krieg entzündet hätte. Er erwiderte darauf im Dezember 1872, daß allerdings ein förmlicher Bundesvertrag nicht bestanden hätte, daß er aber bei den vertrauten Beziehungen und

den freundschaftlichen Äußerungen Österreichs und Italiens mit voller Sicherheit bei der Erklärung des Kriegs auf deren Beistand hätte rechnen können. Graf Beust war damals nicht mehr Minister, sondern Botschafter in London; er wollte begreiflicher Weise nicht als Genosse der Gramont'schen Kriegspolitik erscheinen und erinnerte ihn in einem den Zeitungen übergebenen Briefe vom 4. Januar 1873 an jene Depesche vom 11. Juli, in der er ihn so streng getadelt und jede Theilnahme Österreichs an seinem Verfahren abgelehnt hatte. Hierauf erwiderte Gramont in einem gleichfalls veröffentlichten Briefe vom 8. Januar. Er sagt, daß der Botschafter, Fürst Metternich, ihm zwar die Depesche nicht vorgelegt, wohl aber deren Inhalt mitgetheilt, und ihm damit einige Tage schwere Sorgen bereitet und lebhafte Auseinandersetzungen veranlaßt habe. Da aber, fährt er fort, kam Graf Vitzthum nach Paris, und sofort verschwanden alle Spuren der durch die Depesche herbeigeführten Kälte. Er sah den Kaiser, er sprach mit mir, und gleich nach seiner Ankunft in Wien schrieben Sie am 20. Juli dem Fürsten Metternich Folgendes:

> Graf Vitzthum hat unserem erhabenen Herrn die ihm vom Kaiser Napoleon aufgetragene Botschaft mitgetheilt. Diese kaiserlichen Worte haben jede Möglichkeit eines Mißverständnisses beseitigt, welches die Plötzlichkeit dieses unvorhergesehenen Kriegs hätte hervorrufen können. Erklären Sie also Sr. Majestät und deren Ministern, daß wir, getreu den 1869 in den Briefen der beiden Souveräne übernommenen Verpflichtungen, die Sache Frankreichs als die unsere betrachten, und daß wir zum Erfolge seiner Waffen nach Möglichkeit beitragen werden.

Am 24. Juli also, bemerkt Gramont weiter, dem Tage, wo ich diese Depesche erhielt[1]), hatte ich Österreichs förmliches Versprechen, zum Erfolg unserer Waffen möglichst beizutragen. Oder sollte das nur durch sympathische Wünsche geschehn, ohne jemals das Schwert zu ziehn? Ich kann es nicht glauben, und überdies fügen Sie an einer weitern Stelle hinzu:

> Unter diesen Umständen zwingt uns eine gebieterische Nothwendigkeit, mit Bedauern das Wort Neutralität auszusprechen. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel zu unserem wirklichen Zweck, das einzige Mittel, unsere Rüstungen ohne Störung durch feindliche Angriffe zu vollenden.

[1]) Ungenau, er hat sie am 23. gelesen.

„Und am Abend desselben 24., setzt Gramont hinzu, schrieb mir Metternich, das österreichische Heer könne erst Anfang September in das Feld rücken. Wie war da noch ein Zweifel an Euerem Beistande möglich. Zum Überfluß erinnere ich weiter daran, was geschah, als Graf Vitzthum wieder nach Paris zurückkam, und er nun, unterstützt durch den Fürsten Metternich, mit mir die Grundlage und die Artikel, eines Vertrages feststellte, der positiv erklärte, daß die bewaffnete Neutralität der contrahirenden Mächte (es können nur Österreich und Italien gemeint sein, wobei freilich das Fehlen eines italienischen Vertreters auffällt) bestimmt sei, sich in thätiges Zusammenwirken mit Frankreich gegen Preußen umzugestalten. Es waren Ihre eignen Bevollmächtigten, die den Gang dieser Umgestaltung vorschlugen, nämlich man würde nach Vollendung der Rüstungen eine Zusage von Preußen begehren, gegen den Status quo Deutschlands nach dem Fuß des Prager Friedens nichts zu unternehmen. Ihre Beauftragten waren es, die mit Recht die Ansicht vertraten, Preußen würde dies ablehnen, womit dann der Grund zur Kriegserklärung Österreichs gegeben wäre."

Soweit Gramont. Einige deutsche Schriftsteller haben darin ohne irgend ein Bedenken den Beweis für eine große Kriegsverschwörung von 1869 gegen Preußen erbracht gesehn. Beust selbst erklärte ja in den von Gramont citirten Stellen seines Schreibens, daß Österreich durch den kaiserlichen Brief die Pflicht bewaffneter Bundeshülfe übernommen hat, und sein Vertrauensmann Vitzthum kommt nach Paris, das erste Mal, um alle Mißverständnisse zu zerstreuen, das zweite Mal, um der französischen Regierung den Weg zur Eröffnung des gemeinsamen Kampfes zu zeigen.

Es sei, meint man, dies Alles um so gewisser, als Beust damals dem Briefe Gramont's mit keiner Sylbe entgegengetreten ist und durch sein Schweigen die Richtigkeit der Angaben anerkannt hat.

Auf diese letzte Bemerkung ist einfach zu erwidern, daß der Botschafter Graf Beust damals von seinem vorgesetzten Minister die Weisung erhielt, die Correspondenz mit Gramont nicht weiter fortzusetzen. Im Übrigen genügt es, auf die oben angeführten Thatsachen zu verweisen. Nämlich:

Im Jahre 1869 haben die drei Souveräne sich nicht Kriegshülfe versprochen, sondern nur gesagt, ohne Vorwissen der Andern kein Bündniß mit einem Dritten einzugehen.

Sehr weislich hat Gramont aus Beust's damals ungedrucktem, jetzt längst veröffentlichtem Schreiben vom 20. Juli nur die beiden eben wiederholten Stellen genommen, alles Übrige aber verschwiegen. Hätte er den ganzen Text mitgetheilt, so hätte, wie oben dargethan ist, die Welt gesehn, daß darin die bewaffnete Hülfe abgelehnt, nur eine diplomatische Vermittlung, wenn Italien sich anschlösse, in Aussicht gestellt, und die Bedingung hinzugefügt ist, daß Italien Rom erhalte. Weiter hätte daraus erhellt, daß der von Gramont den Österreichern in den Mund gelegte Plan, aus der Neutralität durch bewaffnete Vermittlung zum Kriege mit Preußen zu gelangen, eine französische, spätestens am 16. von Paris nach Wien beförderte Erfindung gewesen ist.

Vollends die so lebhaft von Gramont geschilderten Conferenzen mit Vitzthum am 24. Juli haben nie existirt, da der Graf am 15. Paris verlassen hat und erst spät im August wieder dorthin zurückgekehrt ist.

Die ganze Darstellung ist von Gramont frei aus dem Kopfe erfunden. Solche Erdichtungen haben auch Andere geleistet, charakteristisch für Gramont ist es aber, daß er sie öffentlich dem Grafen Beust entgegen hält, also nach 2 ½ Jahre selbst von ihrer historischen Richtigkeit durchdrungen gewesen ist. Aus seiner Überzeugung, daß er 1870 fest auf Österreichs Kriegshülfe hätte rechnen können, sind ihm die Bilder der Menschen und der Vorgänge erwachsen, in denen dieser Glaube sich verkörperte.

Als Beust's und Gramont's Briefe 1873 in den Zeitungen erschienen, veranlaßte die von dem Parlamente eingesetzte Untersuchungs-Commission den Grafen Chaudordy, Verwalter des Auswärtigen Amts während Gambetta's Dictatur, zu einer weitern Aussage. Er erklärte, auf jene Briefe, die kein klares Ergebniß lieferten, lasse er sich nicht ein; er wolle einfach erzählen, was er wisse. Österreich habe Frankreich nicht zum Kriege ermuthigt, bei der wachsenden Verwicklung aber den Grafen Vitzthum nach Paris geschickt, um sich eventuelle Vortheile zu sichern. Am 15. Juli, also noch vor der Kriegserklärung, habe die officielle Verhandlung begonnen, Gramont von französischer, Metternich und Vitzthum von österreichischer, der Gesandte Nigra und der Militär-Attaché Graf Vimercati von italienischer Seite. Zuerst sei eine Triple-Allianz vorgeschlagen, bald aber aufgegeben worden, da mit deren

Abschluß Österreich und Italien, beide ungerüstet, sogleich in den Krieg verwickelt worden wären. Statt dessen entwarf man einen Bundesvertrag zwischen Österreich und Italien auf Neutralität, schleunige Rüstung, darauf im September bewaffnete Vermittlung, ganz wie oben bei Gramont, zuletzt Kriegserklärung gegen Preußen, vorausgesetzt, daß eine französische Armee dann in Süddeutschland stehe. Darüber habe man vom 20. Juli bis zum 4. August verhandelt. Da nun damals die französische Armee nicht in Süddeutschland stand, sondern bei Wörth geschlagen wurde, habe man von dem Vertrage nichts mehr gehört.

Auf die Frage, ob der Vertrag ratificirt worden wäre, hatte er keine bestimmte Antwort. Auf die Frage, ob er den Text vorlegen könne, erwiderte er: nein, ich habe ihn nicht.

Ein wohl unterrichteter Zeuge ist er also keineswegs. Er unterscheidet sich von Gramont dadurch, daß er dessen Verhandlung mit Vitzthum nicht auf den 24., sondern auf den 15. setzt, wo Vitzthum freilich noch in Paris war, aber, wie wir wissen, mit Gramont über einen Bundesvertrag nicht unterhandelt hat, und daß er an dieser nicht stattgehabten Unterhandlung auch die Italiener Antheil nehmen läßt.

Im Frühling 1878 publicirte der Prinz Napoleon über die Allianzen von 1868 und 1870 einen Aufsatz, um die Behauptung zu erhärten, es sei jedes Mal der Abschluß an der römischen Frage gescheitert. Napoleon's Fürsorge für den Papst habe also Frankreich die beiden Provinzen Elsaß und Lothringen gekostet.

Dagegen erhob sich der eifrig klerikale Gramont. Er räumte ein, daß es 1869 so geschehn. Aber 1870 sei Napoleon über Rom mit Italien zur Einigung gelangt, und so hätte nicht das Verhältniß zum Papste, sondern nur die Schnelligkeit des deutschen Siegeslaufes dem Kaiser die Hülfe Österreichs und Italiens entzogen und damit Frankreichs Unglück entschieden.

Dies war ein neues Thema, und so erhielten bei Gramont dem entsprechend die erlebten Ereignisse eine neue Gestalt.

Zunächst meldet er, nach dem Beginn des Kriegs habe Napoleon die Abberufung seiner Truppen aus dem Kirchenstaat beschlossen, und dies dem König Victor Emanuel angeboten, wenn derselbe nach dem Septembervertrag von 1864 auf's Neue verspreche, den Kirchenstaat

zu respectiren und zu schützen. Dies habe der König durch einen Privatbrief vom 21. (in Wahrheit vom 20.) an Napoleon zugesagt, und ein weiterer Schriftwechsel regelte sofort einige Einzelheiten. Damit also, sagt Gramont, war das Hinderniß, an dem 1869 die Triple-Allianz gescheitert war, aus dem Wege geräumt, und sofort beeilten sich Österreich und Italien, die Wiederaufnahme der damaligen Bundesverhandlungen zu beantragen. Dies geschah, und ganz wie in dem Briefe vom 8. Januar 1873 erzählt Gramont den Vorschlag der beiden Mächte, auf dem Wege einer bewaffneten Vermittlung zum Bruche mit Preußen zu gelangen. Von der römischen Frage, sagt er, war bei der Verhandlung keine Rede; sie war ja durch den Briefwechsel der beiden Monarchen schon vorher erledigt.

Der Brief des Königs war vom 20. Juli, konnte also vor dem 22. nicht in Paris eintreffen. Der folgende Schriftwechsel mag telegraphisch gegangen sein, hat aber doch auch wohl einen Tag in Anspruch genommen. Die weitere Verhandlung kann also nicht vor dem 24. begonnen haben.

Hier aber ergibt sich eine Schwierigkeit. Schon am 23. erhielt Metternich den Brief Beust's vom 20., worin dieser die einfache Überlassung Roms an die Italiener zur Bedingung jeder Übereinkunft machte. Und diese kategorische Forderung sollte Metternich bei der Verhandlung am 24. unterschlagen haben? Wie löst Gramont den Knoten? Auf die einfachste Weise von der Welt. Nachdem er so eben die Verhandlung erst nach Eintreffen des königlichen Briefes, also am 24., hat beginnen lassen, erzählt er vier Seiten weiter höchst unbefangen, sie sei fünf Tage früher, vor der Ankunft des Beust'schen Briefs, am 18. Juli zum Abschluß gekommen. Es bleibt dem Leser überlassen, wie er sich eine Verhandlung vorzustellen hat, die am 24. begonnen und am 18. abgeschlossen worden ist.

Damit aber nicht genug. Als seine Mitunterhändler nennt Gramont wie früher die Österreicher Vitzthum und Metternich, fügt aber hier die Italiener Vimercati und Nigra hinzu. Nun haben wir vorher wahrgenommen, daß Vitzthum hier zu streichen ist, da er bereits am 15. Juli Paris verlassen hat. Und leider gilt ganz dasselbe auch von Vimercati, der von Paris nach Wien und von dort gleich weiter nach Florenz gereist und hier am 20. angekommen ist. Unmöglich kann er hienach in Paris am 18. oder 24. conferirt haben. Es bleiben also noch Metternich und Nigra als anwesende Vertreter des angeb-

lichen Bundesentwurfs. Allein hier erwachsen Bedenken anderer Art. Beust hat in seinen Memoiren auf das Bestimmteste erklärt, daß Metternich zu solchen Vorschlägen niemals Auftrag oder Vollmacht gehabt, und in der That hat Beust selbst am 25. Juli das von dem französischen Botschafter in Wien angebotene Bündniß peremtorisch abgewiesen. Nigra aber hat öffentlich gegen die Behauptung des Prinzen Napoleon protestirt, daß er der französischen Regierung Aussichten auf italienische Waffenhülfe eröffnet habe; das sei niemals geschehn.

Also eine Conferenz mit vier Bevollmächtigten, von denen zwei über hundert Meilen weit entfernt und die beiden andern nicht bevollmächtigt waren.

Jede weitere Kritik wäre überflüssig. Diese Pariser Verhandlungen haben, wie wir schon vorher bemerkt, niemals existirt. Wir sind aber noch nicht zu Ende.

Gleich nach Empfang des Beust'schen Briefs, worin nicht bloß der Abzug der Franzosen aus Rom, sondern über den September-Vertrag hinaus das Einrücken der Italiener gefordert war, sandte, wie oben berichtet ist, Gramont am 23. Juli ein Telegramm nach Florenz, worin er eine amtliche Anerkennung des September-Vertrags durch das Ministerium als Bedingung für den Abzug der französischen Truppen forderte. Um den letztern zu erlangen, gab das Ministerium die begehrte Anerkennung, proclamirte zugleich aber Italiens Neutralität im Krieg und bestimmte auch den König, ruhig abzuwarten, ob Napoleon für die Waffenhülfe nicht bessere Bedingungen böte. Gramont, nach dessen Programm Italien ja auch seinen Weg zum Schlachtfeld mit der Erklärung der Neutralität beginnen sollte, war jetzt der Erlangung des Bündnisses vollkommen sicher. Als er am 28. Juli aus Florenz die Anerkennung des September-Vertrages erfuhr, war der letzte Stein von seinem Herzen genommen: er erwartete jetzt Tag auf Tag die Unterzeichnung des Kriegsbundes. Und wieder erschuf er sich aus der Unerschütterlichkeit dieser Vorstellung ein Bild der Ereignisse, welches er dann der Nachwelt mit magistraler Sicherheit als authentische Geschichte überliefert hat.

Vom 28. Juli ab, berichtet er uns, wo in Florenz die Anerkennung des September-Vertrags festgestellt wurde, sei dort die Verhandlung über die Ausführung der in Paris am 18. geschlossenen Übereinkunft rasch und glatt bis dicht vor die Unterschrift geführt

worden. So wenig habe sich das französische Beharren auf dem September-Vertrag und der Beschützung des Kirchenstaats als ein Hinderniß für den Abschluß des Kriegsbundes gezeigt. König Victor Emanuel habe sogar vorgeschlagen, daß seine Armee mehrere Wochen früher, als bisher erklärt worden, durch Tyrol nach Bayern marschiren sollte; dies aber habe der österreichische Bevollmächtigte, Graf Vitzthum, ablehnen müssen, weil dadurch Österreich noch vor Vollendung seiner Rüstungen ebenfalls in den Krieg verwickelt werden würde.

Dieses Mal war nun der sonst bei Gramont's Conferenzen stets abwesende Vitzthum in der That gegenwärtig. Aber seine Erlebnisse waren für Gramont's Erzählungen ebenso ungünstig wie früher seine Abwesenheit.

Graf Beust, über die letzten italienischen Entschließungen nur unvollkommen unterrichtet, hatte den Grafen am 28. Juli nach Florenz gesandt, um die Lage der Dinge zu erkunden. Wir haben oben gesehn, was Vitzthum dort erfuhr. Der König hatte beschlossen, die nächsten Kriegsereignisse abzuwarten, von Unterhandlungen war keine Rede, und nach der Schlacht von Wörth erklärte Victor Emanuel, er könne dem armen Napoleon nicht helfen. Also auch die letzte Verhandlung, von der Gramont zu erzählen weiß, hat so wenig wie die frühern Statt gefunden.

Die italienische Allianz ist, wie Prinz Napoleon ganz richtig bemerkt, 1870 ebenso wie 1869 an dem „leidigen September-Vertrag" gescheitert.